Stadt Frankfurt am Main
Nachhaltigkeitsbericht 2020



17 Ziele für eine nachhaltige Stadt
und eine lebenswerte Zukunft

STADT FRANKFURT AM MAIN

Stadt Frankfurt am Main
Nachhaltigkeitsbericht 2020

17 Ziele für eine nachhaltige Stadt
und eine lebenswerte Zukunft

Gemeinsam auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt

Im Rahmen der Bewerbung um den Titel Europäische Grüne Hauptstadt 2014 haben sich fünf Dezernate der Stadt Frankfurt am Main gemeinsam auf den Weg gemacht, Frankfurt zu einer nachhaltigen Stadt zu entwickeln. Mit ihren Grußworten führen die zuständigen Stadträtinnen und Stadträte des Green City-Prozesses in das Thema nachhaltige Entwicklung ein. Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Frankfurt am Main soll anhand der 17 sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) – den Nachhaltigkeitszielen der UN – allen Leserinnen und Lesern Einblicke in die nachhaltige Entwicklung in Frankfurt ermöglichen und gemeinsam Weichen für eine nachhaltige Zukunft stellen.



Frankfurt wächst und wächst. Fast alle Indikatoren in der klassischen Statistik zeigen seit Jahren nur nach oben: Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigung, Einwohnerzahlen und Wohnungspreise, Gästeübernachtungen, Flugbewegungen. Doch die längst spürbare Klimakrise lässt Zweifel an dieser Erfolgsgeschichte aufkommen. Wie nachhaltig ist diese Entwicklung?

Erstmals haben wir mit diesem Nachhaltigkeitsbericht für die Stadt Frankfurt am Main alle relevanten Informationen zusammengetragen. Wo stehen wir zum Beispiel beim Klimaschutz oder der Anpassung an den Klimawandel? Zu allen Nachhaltigkeitszielen werden Projektbeispiele vorgestellt. Auf dieser Basis kann die weitere Entwicklung zu einer nachhaltigen Stadt in den kommenden Jahren nachvollzogen und mit anderen Kommunen verglichen werden.

Die Corona-Krise zeigt uns, dass in kurzer Zeit radikale Veränderungen möglich sind. Manche von ihnen wirken sich sofort positiv auf die Umwelt aus. Mehr Radeln oder Zufußgehen, digitale Konferenzen statt Dienstreisen oder die vermehrte Nutzung von Home-Office haben messbare Auswirkungen: Die Luft wird sauberer, der Verkehrslärm geht zurück.

Wir alle, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wie auch die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen, müssen handeln – jetzt! Lassen Sie uns gemeinsam ein nachhaltiges Frankfurt schaffen.

Stadträtin Rosemarie Heilig
Dezernat für Umwelt und Frauen



Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht zeigt, dass Frankfurt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt bereits einiges unternommen hat, aber auch noch vor großen Aufgaben steht. Mit der Verabschiedung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts hat sich unsere Stadt zur Umsetzung einer sozial- und klimagerechten Stadtentwicklung verpflichtet. Das ist ein wichtiges Bekenntnis zur nachhaltigen Stadt. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir dezernatsübergreifend und gemeinsam mit der Bürgerschaft konkrete Leitprojekte benannt. Mir persönlich geht es ganz besonders darum, dass wir Siedlung, Verkehr und Freiraum zusammendenken und Hand in Hand planen. Das ist in einer Stadt mit Wohnungsmangel und vergleichsweise kleinem Stadtgebiet nicht einfach, aber machbar.

Initiativen wie *Fridays for Future* weisen uns zu Recht darauf hin, dass die Fragen von Teilhabe und Gerechtigkeit ganz eng mit den Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes verwoben sein müssen. Es ist ein wichtiges Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, von der Politik Antworten zu erhalten, wie diese nicht einfache Aufgabe angegangen werden kann. Dazu brauchen wir sozial-ökologische Zielsetzungen und Leitlinien, aber auch ganz konkrete Projekte – die zeigen, wie Klimaschutz, soziale Teilhabe, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität von der Stadt gestaltet werden können. Der Nachhaltigkeitsbericht ist daher für mich ein Ansporn, weiter an der nachhaltigen Stadt zu arbeiten.

Stadtrat Mike Josef
Dezernat für Planen und Wohnen

Der Verkehr steht nicht erst seit *Fridays for Future* im Zentrum der Klimadebatte. Vor allem der motorisierte Individualverkehr – also der Autoverkehr – ist einer der größten Verursacher von CO_2. Hier in Frankfurt haben wir es uns zum Ziel gesetzt, den Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel zu erleichtern und das für möglichst viele Menschen. In den vergangenen Jahren haben wir die Radwegeverbindungen kontinuierlich ausgebaut und durch Roteinfärbung und bauliche Abtrennungen sicherer gemacht. Außerdem haben wir die Fahrpreise im ÖPNV gesenkt, die Haltestellen barrierefrei ausgebaut, neue Fahrzeuge bestellt und die erste Elektrobuslinie Hessens in Betrieb genommen. Eine nachhaltige Verkehrsentwicklung bedeutet schließlich nicht nur mehr Schutz für das Klima, sondern auch mehr Teilhabe und Lebensqualität für alle Menschen. Der Nachhaltigkeitsbericht zeigt, dass die Stadt Frankfurt in vielen Bereichen bereits auf dem richtigen Weg ist, er zeigt uns aber auch auf, wo wir noch besser werden können!



Stadtrat Klaus Oesterling
Dezernat für Verkehr



Nachhaltigkeit hat viele unterschiedliche Facetten. Hierzu gehört auch, dass wir für die Menschen, die in Frankfurt am Main leben und arbeiten, langfristige Zukunftschancen und Entwicklungsmöglichkeiten schaffen. Dafür braucht es vor allem aussichtsreiche und planbare Rahmenbedingungen für gute Ideen, für Innovationen in Unternehmen und für Existenzgründungen. Und wo gute Ideen entstehen, müssen wir ihnen den Raum geben, sich entfalten zu können, damit Nachhaltiges daraus hervorgehen kann. Die aktuelle Corona-Pandemie macht uns deutlich, wie wichtig eine vielfältige und möglichst krisenfeste Wirtschaftsstruktur für ein nachhaltig funktionierendes Gemeinwesen ist.

Indem wir die Unternehmen in unserer Stadt dabei unterstützen, noch effizienter zu werden, als sie es heute bereits sind, bringen wir Umwelt- und Klimaschutz mit Wirtschaftlichkeit zusammen. Das Modellprojekt Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord/Seckbach zeigt beispielhaft, dass die Stadt Frankfurt am Main hier vorangeht. Und auch die Industrie leistet einen wichtigen Beitrag, indem sie ihre Prozesse stetig optimiert und Lösungen für eine noch größere Ressourceneffizienz entwickelt. Diesen Weg möchten wir gemeinsam weiter fortsetzen.

Stadtrat Markus Frank
Dezernat für Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr



Um eine nachhaltige Entwicklung in Frankfurt zu gestalten, braucht es Wissen, Können und Wollen. Wissen, um die Herausforderungen wie Globalisierung und Klimawandel zu verstehen. Können, um mit technischen Möglichkeiten, sozialen oder wirtschaftlichen Innovationen umzugehen. Und schließlich den Willen, gemeinsam neue Wege zu einer nachhaltigen, gerechten und lebenswerten Stadt zu gehen.

Die Stadtverordneten haben deshalb 2008 und 2018 die Beteiligung Frankfurts an der UN-Dekade *Bildung für nachhaltige Entwicklung* (BNE) und des darauffolgenden Weltaktionsprogramms beschlossen. Das *Netzwerk Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt* wurde mit Beteiligung der Stadt gegründet und zahlreiche Projekte und Programme wurden ins Leben gerufen. Dabei hat sich BNE als Impuls für Innovation, Partizipation und Integration in der Bildungslandschaft bewährt. Für diese innovative Arbeit wurde Frankfurt zum wiederholten Mal von der UNESCO und dem BMBF ausgezeichnet.

Wir wollen weiterhin gemeinsam mit der Zivilgesellschaft die Weichen für eine nachhaltige Zukunft stellen. Im Feld von Integration, Partizipation und Innovation hat hierzu bereits 2017 die vielbeachtete Tagung *Die Welt reparieren* des *Netzwerks Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt* im Haus am Dom stattgefunden. Die Ergebnisse lesen sich heute wie lokale Ziele für die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen, zu denen sich die Stadt Frankfurt 2018 bekannt hat. Bildung kann bei der Umsetzung der SDGs einen wichtigen Beitrag leisten. Wie weit sich Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Frankfurter Bildungslandschaft etabliert hat, zeigt dieser erste Frankfurter Nachhaltigkeitsbericht.

Stadträtin Sylvia Weber
Dezernat für Integration und Bildung

Statement des Frankfurter Nachhaltigkeitsforums

Nachhaltige Entwicklung ist für alle Metropolen und Regionen der Welt eine große Aufgabe. Was bedeutet dies für Frankfurt am Main und die Region Rhein-Main? Wie lässt sich eine nachhaltig prosperierende Stadt gestalten? Wie können die Stadtbewohnerinnen und -bewohner wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Belange in eine zukunftsfähige Balance bringen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich das Frankfurter Nachhaltigkeitsforum – bestehend aus Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Institutionen, Verbänden, Gesellschaft und Stadtpolitik –, das im Rahmen der Bewerbung um den Titel Europäische Grüne Hauptstadt 2014 ins Leben gerufen wurde und die politisch Verantwortlichen im Green City-Prozess berät.

Die derzeit 26 Mitglieder des Nachhaltigkeitsforums befürworten, dass sich der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main intensiv mit den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung, den Sustainable Development Goals, beschäftigt und den Frankfurt Green City-Prozess damit auf ein neues inhaltliches Fundament stellt. Das Forum begrüßt ausdrücklich, dass der Magistrat einen Nachhaltigkeitsbericht für die Stadt Frankfurt vorlegt. Damit ist ein erster und wichtiger Schritt für zukünftige Planungen und die Leistung eines kommunalen Beitrags zu den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung getan.

Die Mitglieder des Nachhaltigkeitsforums



Inhalt

Einleitung 8

Stadtprofil 10

Berichtsprofil 14

Indikatorenübersicht 16

17 Sustainable Development Goals (SDGs)



SDG 1: Keine Armut 18

Armut in jeder Form und überall beenden.



SDG 5: Geschlechtergleichheit 52

Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen.



SDG 2: Kein Hunger 22

Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.



SDG 6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen 62

Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.



SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen 28

Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.



SDG 7: Bezahlbare und saubere Energie 68

Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern.



SDG 4: Hochwertige Bildung 40

Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern.



SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum 78

Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.



SDG 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur 94

Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.



SDG 10: Weniger Ungleichheiten 102

Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern.



SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden 108

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen.



SDG 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion 140

Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen.



SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz 148

Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.



SDG 14: Leben unter Wasser 158

Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.



SDG 15: Leben an Land 164

Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen.



SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen 174

Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.



SDG 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele 180

Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.

Ausblick: vom Bericht zur Strategie 184

Bildnachweise, Impressum 186

Einleitung

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten, Tendenz steigend. In Städten wird bis zu 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielt. Gleichzeitig emittieren Städte rund 70 Prozent der klimawirksamen Treibhausgase. So wird die nachhaltige Entwicklung von Städten zu einem der drängendsten Themen unserer Zeit.

Die Stadt Frankfurt am Main ist Zentrum der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main. Hier leben rund 760.000 Menschen aus 178 Nationen. Frankfurt trägt mit fast 100.000 Euro Bruttowertschöpfung je erwerbstätige Person überdurchschnittlich zur Produktivität bei, die in Deutschland im Durchschnitt bei 75.000 Euro liegt. Und Frankfurt wächst: Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner stieg in den vergangenen zehn Jahren um rund 16 Prozent und die Zahl der in Frankfurt erwerbstätigen Personen um rund 13 Prozent auf rund 723.000. Zugleich ist das Stadtgebiet mit 248 Quadratkilometern sehr kompakt. Obwohl der Energieverbrauch Frankfurts – der im Wesentlichen für die klimawirksamen Treibhausgase verantwortlich ist – pro Kopf tendenziell sinkt, steigt der absolute Energieverbrauch durch den starken Zuzug. Mit 40,2 Grad knackte Frankfurt 2019 im Stadtteil Westend den Hitzerekord in Hessen seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Ein weiterer Superlativ, der die Auswirkungen des Klimawandels spürbar macht. Wetterextreme wie Hitze und Trockenheit haben der Stadt in den letzten Jahren zu schaffen gemacht und ein Großteil der Frankfurter Bäume ist durch die Auswirkungen des Klimawandels gefährdet. Frankfurt steht vor der Herausforderung, die Gesundheit der Bevölkerung im Blick zu behalten, Ökosystemdienstleistungen wie saubere Luft und Artenvielfalt zu erhalten und sich für Klimaschutz und Klimaanpassung einzusetzen. Gleichzeitig muss eine lebenswerte Stadt für die wachsende Zahl der Frankfurterinnen und Frankfurter bezahlbaren Wohnraum, eine gute Verkehrsinfrastruktur und ausreichend Gewerbeflächen für eine produktive Wirtschaft zur Verfügung stellen.

Frankfurt auf dem Weg zur Green City

Der Green City-Prozess wurde mit der Bewerbung um den Titel Europäische Grüne Hauptstadt 2014 angestoßen. Vieles, was vorher unverbunden nebeneinander zu stehen schien – wie zum Beispiel Radfahren, Abfalltrennung, Energiesparen oder die Grünanlagen –, hat seither einen gemeinsamen Bezugspunkt unter dem inhaltlichen Dach von Frankfurt Green City. Der Prozess soll die Entwicklung Frankfurts zu einer nachhaltigeren Stadt strategisch und kommunikativ begleiten. Mit dem Startpunkt des Prozesses entstanden institutionalisierte, dezernatsübergreifende Arbeitsformen: Ein Lenkungskreis, besetzt mit Referentinnen und Referenten der Dezernate Umwelt und Frauen, Planen und Wohnen, Verkehr, Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr sowie Integration und Bildung, erarbeitet Zielsetzungen für den Gesamtprozess. Eine Redaktionsgruppe liefert fach- und dezernatsübergreifende Kommunikationsbeiträge. Sie war maßgeblich an der Erstellung dieses Nachhaltigkeitsberichtes für Frankfurt beteiligt. Im Nachhaltigkeitsforum formulieren derzeit 26 Frankfurter Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ihre Sicht auf Aufgabenstellungen und Ziele für die nachhaltige Entwicklung der Stadt Frankfurt. Regelmäßige Soiréen dienen einem Austausch zwischen den Mitgliedern des Nachhaltigkeitsforums und der Stadtpolitik.

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

2015 verabschiedeten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit dem Ziel, die Lebenssituation aller Menschen zu verbessern und gleichzeitig unseren Planeten zu erhalten. Zentrales Element der Agenda 2030 sind die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung – die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs). Sie machen die gemeinsame Verantwortung aller Länder deutlich, die notwendig ist, um ein nachhaltiges Lebens- und Wirtschaftsmodell zu erreichen.



Quelle: https://17ziele.de/downloads.html

Mit dem Vortrag des Magistrats M 68 vom 9. April 2018 *2030 Agenda des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/Deutsche Sektion: „Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“* und dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 2738[1] vom 24. Mai 2018 hat sich die Stadt Frankfurt am Main das Ziel gesetzt, an der Erreichung der Agenda 2030 mitzuwirken. Mit der Agenda 2030 und den 17 SDGs sollen in Frankfurt Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gefördert und gleichzeitig die Lebensqualität der Frankfurterinnen und Frankfurter erhöht werden. Damit gründet der Green City-Prozess auf einem neuen inhaltlichen Fundament.

Green City als Leitidee einer nachhaltigen Stadt

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu den 17 SDGs basiert der Frankfurt Green City-Prozess auf einem ehrgeizigen und differenzierten Zielsystem, das zahlreiche Aspekte in den Blick nimmt und über ökologische Zielstellungen weit hinausgeht. Die 17 SDGs werden im globalen Kontext nicht vereinzelt verstanden, sondern stehen unter dem handlungsleitenden Prinzip *People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership*. Somit stehen die Menschen, unser Planet als Lebensgrundlage, Wohlstand und ein friedliches und partnerschaftliches Zusammenleben im Mittelpunkt. Die 17 SDGs und dieses leitende Prinzip spiegeln sich in der Definition einer nachhaltigen Stadt – der sogenannten Green City – wider: Eine Green City fördert den Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen, der nicht auf Kosten Dritter oder nachfolgender Generationen geht. Die Green City bietet Lebensräume für Mensch und Natur. Sie nutzt die Chancen umweltverträglichen Wirtschaftens, um Wohlstand zu schaffen, und bietet Unterstützung für alle, die sonst den Anschluss verlieren würden. Sie ist ein lebendiger und friedlicher Raum, der Begegnungen ermöglicht. Die Entwicklung zu einer Green City erfordert Partnerschaften und eine geteilte Verantwortung aller Akteure. Politik, Verwaltung, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft treten mit ihrem Wissen und ihren Potenzialen in einen breit angelegten Diskurs, in dem langfristig gedacht und gehandelt wird. Der Frankfurter Nachhaltigkeitsbericht, der im Rahmen des Frankfurt Green City-Prozesses entstanden ist, soll einen Beitrag zu diesem Diskurs leisten.

[1] In diesem Bericht wird häufig auf Parlis, das **Parl**aments**I**nformations**S**ystem der Stadt, verwiesen. Parlis enthält parlamentarische Vorlagen mit Beratungsergebnissen, Niederschriften der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse sowie der Ortsbeiräte, Beschlussausfertigungen, Übersichten der Fragestunden der Stadtverordnetenversammlung und Wortprotokolle. www.stvv.frankfurt.de/parlis, www.stvv.frankfurt.de/parlis2/Anleitung.pdf.

Frankfurt am Main ist …

die Metropole im Herzen Europas. Die größte Stadt Hessens ist Zentrum der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main, Verkehrsknotenpunkt, internationaler Finanzplatz und Messestandort. Die Europäische Zentralbank ist hier zu Hause und der weltweit größte Internetknoten. Sie ist von markanten Hochhäusern geprägt und von einem grünen Gürtel umschlossen. Die wachsende Stadt am Fluss ist lebenswert und attraktiv. Damit das so bleibt, sind vielfältige wirtschaftliche, soziale, bauliche und planerische Aufgaben zu meistern. Gefordert ist eine nachhaltige Entwicklung, welche die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen sichert.

Frankfurt am Main in Zahlen

758.574
Menschen wohnen in Frankfurt (2019)

178 Nationen
Menschen aus leben in der Stadt (2019)

376.442
Personen pendeln täglich ein

98.698
Personen pendeln täglich aus

Die Frankfurterinnen und Frankfurter sind mobil

- **33 %** wählen den motorisierten Individualverkehr
- **26 %** gehen zu Fuß
- **21 %** fahren mit dem ÖPNV
- **20 %** nutzen das Fahrrad

50 Einzelmaßnahmen umfasst das Klimaschutzkonzept

75
Betriebe der Erwerbslandwirtschaft

45 %
Naturschutzflächen (2019)

101
Personen wohnen und arbeiten auf einem Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die Stadtfläche wird intensiv genutzt.

120 km
Fließgewässer

36 Frauen und **57** Männer
bilden das Stadtparlament (2016)

722.800
Personen sind in Frankfurt erwerbstätig

653
Spielplätze und Freizeitanlagen (2019)

98.681 Euro
Bruttoinlandsprodukt entfallen auf jede erwerbstätige Person (2017)

248 km²
beträgt die Stadtfläche

15,5 %
Waldfläche

59 % der Frankfurterinnen und Frankfurter sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Es sind

- **140** Personen im I. Sektor (Land-, Forstwirtschaft, Fischerei)
- **62.573** Personen im II. Sektor (produzierendes Gewerbe)
- **534.008** Personen im III. Sektor (Dienstleistungen) tätig

10 km
ist der Frankfurter Flughafen vom Römer entfernt

Basisjahr: 2018

Berichtsprofil

Vom Statusbericht zum Nachhaltigkeitsbericht

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht knüpft an die bisherige Berichterstattung im Rahmen des Frankfurt Green City-Prozesses an. 2016 wurden mit dem Bericht *Green City Frankfurt 2016 – Status und Trends* Projekte und Maßnahmen rund um das Thema Frankfurt Green City vorgestellt und anhand von fünf Themenknoten *Wirtschaft und Konsum, Planen und Bauen, Bildung, Klima und Freiflächen* sowie *Mobilität* abgebildet. Um den globalen Nachhaltigkeitsdiskurs aufzunehmen und der Komplexität der Aufgabenstellung gerecht zu werden, orientiert sich der Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Frankfurt am Main an den 17 SDGs[1] sowie den daraus abgeleiteten Unterzielen. Der Bericht soll eine Bestandsaufnahme liefern, die alle 17 SDGs in den Blick nimmt und dabei einen Überblick über die Entwicklungen, Aktivitäten, Projekte und Prozesse zu den einzelnen Zielen gibt. Um eine zeitliche Entwicklung abzubilden und eine Vergleichbarkeit mit anderen Städten zu ermöglichen, wurde für den Bericht ein Indikatorenset zusammengestellt.

Nachhaltigkeitsindikatoren als kommunenübergreifender Standard

Das Indikatorenset orientiert sich an der Veröffentlichung *SDG-Indikatoren für Kommunen*[2] aus dem Jahr 2018. Mit dieser Publikation haben der Deutsche Städtetag, die Bertelsmann Stiftung und weitere Partner einen Indikatorenrahmen aus über 100 Indikatoren entwickelt, der die 17 SDGs mit ihren Unterzielen abbildet. Er bietet einen kommunenübergreifenden Standard und ermöglicht eine vergleichbare Berichterstattung für Kommunen in Deutschland.[3] Für die Auswahl der Indikatoren identifizierten die Akteure Unterziele der SDGs, die für Kommunen in Deutschland relevant sind.

Um Indikatoren für die Unterziele zu finden, wurden vorhandene Nachhaltigkeitsindikatorensets herangezogen, beispielsweise *Indikatoren der UN-Nachhaltigkeitsziele* (Statistisches Bundesamt: 2016), *Final list of proposed Sustainable Development Goal indicators* (United Nations: 2016), *EU SDG Indicator Set – Indicators for Monitoring the Sustainable Development Goals (SDGs) in an EU context* (Eurostat: 2017) oder *DIN ISO 37120: Nachhaltige Entwicklung von Kommunen – Indikatoren für städtische Dienstleistungen und Lebensqualität* (DIN: 2016). Diese wurden nach den Kriterien Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion bewertet.

Für den Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Frankfurt am Main wählten die an der Erstellung beteiligten Dezernate und Fachstellen in einem iterativen Prozess 61 Indikatoren aus, die den Fortschritt Frankfurts in Bezug auf die einzelnen SDGs quantitativ und qualitativ messbar machen. Viele Indikatoren wurden aus den *SDG-Indikatoren für Kommunen* übernommen beziehungsweise modifiziert. Darüber hinaus wurden eigene Indikatoren definiert. Die Kriterien für die Auswahl der 61 Indikatoren waren Relevanz, vorhandene Zielsetzungen, Eignung zur Abbildung des jeweiligen SDGs sowie die Verfügbarkeit der Daten. Die Auswahl erfolgte in Workshops und Arbeitstreffen des Lenkungskreises und der Redaktionsgruppe des Frankfurt Green City-Prozesses.

Bei vielen der 61 Indikatoren werden der Zustand und die Tendenz bewertet.

Zustand

Eine vierstufige Skala zeigt, ob der Zustand als

schlecht	○ ○ ○
eher schlecht	● ○ ○
eher gut	● ● ○
gut	● ● ●

bewertet wird. Die Zustandsbewertung soll die Ist-Situation anhand der Werte und Daten des Indikators zeigen.

Tendenz

Ein Pfeil zeigt, ob die Richtung der Entwicklungstendenz als

schlecht	↘
gleichbleibend	→
gut	↗

eingeschätzt wird. Die Tendenz bildet die prognostizierte Entwicklungsrichtung des Indikators ab.

Der Bericht ist in 17 Kapitel gegliedert, die jeweils eine Einführung in das SDG, beispielgebende Projekte sowie Indikatoren mit Daten und detaillierten Informationen enthalten. Obwohl einige Indikatoren mehreren SDGs zugeordnet werden könnten, sind sie im Bericht nur an einer Stelle verortet.

Diese Bestandsaufnahme und Zustandsanalyse in Bezug auf die 17 SDGs mittels der 61 Indikatoren stellt den Auftakt für die Nachhaltigkeitsberichterstattung in Frankfurt dar. Sie kann Grundlage für Strategien und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt sein.



SDG colour wheel der Vereinten Nationen[4]

[1] Die Benennung der Ziele orientiert sich am Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/17_ziele/index.html.
[2] Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag und andere (2018): SDG-Indikatoren für Kommunen.
[3] Bertelsmann Stiftung, SDG-Portal, www.sdg-portal.de; Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, www.wegweiser-kommune.de.
[4] Quelle: https://www.un.org/sustainabledevelopment/news/communications-material.

Indikatorenübersicht

Zustand ○ ○ ○ schlecht ● ○ ○ eher schlecht ● ● ○ eher gut ● ● ● gut – keine Bewertung

Tendenz ↘ schlecht → gleichbleibend ↗ gut – keine Bewertung

	Indikator	Zustand	Tendenz	Seite
1 KEINE ARMUT	**SDG 1: Keine Armut**			18
	SGB II- und SGB XII-Quote	–	–	20
2 KEIN HUNGER	**SDG 2: Kein Hunger**			22
	Kinder mit Übergewicht	–	–	24
	Landwirtschaft	● ○ ○	↗	26
3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN	**SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen**			28
	Vorzeitige Sterblichkeit	–	–	30
	Ärztinnen- und Ärzteversorgung	–	–	31
	Starker öffentlicher Gesundheitsdienst	–	–	32
	Hitzebedingte Häufungen von Erkrankungs- und Sterbefällen	–	–	34
	Luftqualität – Feinstaub	● ● ●	↗	36
	Luftqualität – Stickstoffdioxid	● ○ ○	↗	38
4 HOCHWERTIGE BILDUNG	**SDG 4: Hochwertige Bildung**			40
	Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt	● ● ○	↗	42
	Schulabbrecherinnen- und Schulabbrecherquote	● ● ○	↗	44
	Abiturquote	● ● ○	↗	46
	Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge	● ○ ○	↗	48
	Beteiligung an BNE-Programmen	● ● ○	↗	50
5 GESCHLECHTER-GLEICHHEIT	**SDG 5: Geschlechtergleichheit**			52
	Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung	● ● ○	↗	54
	Frauenanteil im Frankfurter Stadtparlament	–	–	56
	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	○ ○ ○	→	58
	Frauen und Mädchen, die physischer, sexueller oder psychischer Gewalt ausgesetzt waren	–	–	60
6 SAUBERES WASSER UND SANITÄR-EINRICHTUNGEN	**SDG 6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen**			62
	Trinkwasserverbrauch	● ● ○	→	64
	Abwasserbehandlung	● ● ○	↗	66
7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE	**SDG 7: Bezahlbare und saubere Energie**			68
	Endenergieverbrauch der Industrie	○ ○ ○	→	70
	Energieproduktivität	○ ○ ○	↗	72
	Anteil erneuerbarer Energien	○ ○ ○	→	74
	Installierte Leistung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften	● ● ●	↗	76
8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTS-WACHSTUM	**SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum**			78
	Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person	–	–	82
	Branchenstruktur	–	–	84
	Beschäftigungsquote	–	–	86
	Aufstocker	● ● ○	↗	88
	Langzeitarbeitslosenquote	–	–	90
	Nachhaltiger Tourismus	● ● ○	↗	92
9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR	**SDG 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur**			94
	Existenzgründungen	● ● ●	↗	96
	Hochqualifizierte	● ● ○	↗	98
	Breitbandversorgung	● ● ●	↗	100

	Indikator	Zustand	Tendenz	Seite
10 WENIGER UNGLEICHHEITEN	**SDG 10: Weniger Ungleichheiten**			102
	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zur Beschäftigungsquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit	● ● ●	↗	106
11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN	**SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden**			108
	Intensität der Flächennutzung	● ● ○	↗	112
	Verhältnis Wohnen zu Arbeitsplätzen	● ○ ○	↗	114
	Wohnungsversorgungsquote	● ○ ○	↗	116
	Öffentlich geförderte Wohnungen	● ○ ○	↗	118
	Wohngeldhaushalte			120
	Wahrnehmen des Rechtsanspruchs auf Wohngeld	● ● ●	→	
	Ausreichende Versorgung mit bezahlbarem und gefördertem Wohnraum	● ○ ○	↗	
	Wanderungssaldo von Familien	● ○ ○	→	122
	Anzahl und Qualität der Spielplätze und Freizeitanlagen			124
	Anzahl der Spielplätze im Verhältnis zur Stadtfläche und zu den Einwohnenden	● ● ○	↗	
	Qualität der Spielplätze, Zustand der Spielgeräte	● ○ ○	↗	
	Naherholungsflächen	● ● ●	↗	126
	Wohnungsnahe Lebensmittelversorgung	● ● ●	↗	128
	Modal Split	● ● ●	↗	130
	Motorisierungsgrad	● ● ○	→	132
	Umweltfreundlicher motorisierter Individualverkehr	● ○ ○	↗	134
	Verunglückte im Straßenverkehr	–	–	136
	Barrierefreie Haltestellen und Barrierefreiheit im ÖPNV (U-Bahn-Haltestellen im städtischen Netz)	● ● ●	↗	138
12 NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION	**SDG 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion**			140
	Umweltmanagementsysteme (ÖKOPROFIT®)	● ● ●	↗	142
	Abfallmenge	● ● ○	↗	144
	Kleinmengen gefährlicher Abfälle	● ○ ○	↗	146
13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ	**SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz**			148
	CO_2-Ausstoß	○ ○ ○	→	152
	Kommunale Klimaschutzkonzepte	● ● ○	↗	154
	Kommunale Klimaanpassungskonzepte	● ○ ○	↗	156
14 LEBEN UNTER WASSER	**SDG 14: Leben unter Wasser**			158
	Fließwasserqualität	–	–	162
15 LEBEN AN LAND	**SDG 15: Leben an Land**			164
	Naturschutzflächen	–	–	168
	Anteil Waldfläche und nachhaltige Forstwirtschaft			170
	Anteil des Stadtwaldes und Anteil der zertifizierten Flächen	● ● ●	↗	
	Zustand des Waldes	● ○ ○	→	
	Landschaftsqualität und Artenvielfalt	–	–	172
16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN	**SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen**			174
	Straftaten	–	–	176
	Informelle Bürgerbeteiligung	● ● ●	↗	178
17 PARTNER-SCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE	**SDG 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele**			180
	Fair gehandelte Produkte in der Kommune	● ● ○	↗	182

SDG 1
Keine Armut

Armut in jeder Form und überall beenden.

Ziel ist es, Armut weltweit zu beenden: Extreme Armut – darunter leiden derzeit mehr als 700 Millionen Menschen – soll bis 2030 beseitigt werden. Aber auch jenseits extremer Armut gibt es selbst in Ländern des Globalen Nordens Formen von Armut, die bis 2030 halbiert werden sollen. Die nationalen Regierungen sollen deshalb, so ein Unterziel des SDG 1, Kriterien entwickeln, anhand derer beurteilt werden kann, ob eine Halbierung der Armutsbetroffenheit innerhalb der kommenden Jahre tatsächlich erreicht wird. Für Deutschland fehlen solche Kriterien bislang.

Für den vorliegenden Nachhaltigkeitsbericht wird deshalb als SDG 1-Indikator der Anteil derjenigen an der Bevölkerung herangezogen, die existenzsichernde Mindestleistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und dem SGB XII erhalten und die ohne diese Leistungen das verfassungsrechtlich garantierte soziokulturelle Existenzminimum nicht erreichen würden. Damit können – anders als in einigen anderen entwickelten Ländern wie Italien oder den USA – Menschen in Deutschland bei Bedürftigkeit auf ein umfassendes und aufeinander abgestimmtes System der sozialen Mindestsicherung zurückgreifen. Ein weiteres Unterziel des SDG 1, nämlich die Einführung von Sozialschutzsystemen und -maßnahmen, die einen Basisschutz sowie die Versorgung der Armen und Schwachen sicherstellen, ist damit in Deutschland erfüllt. Allerdings sind die Betroffenen aufgrund der Leistungshöhe von vielen Aktivitäten ausgeschlossen, die für andere Menschen selbstverständlich sind. Es ist deshalb wichtig, auch Personen aus einkommensschwachen Haushalten die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Frankfurt-Pass
- Der ehrenamtliche Dienst des Jugend- und Sozialamtes

Indikator SGB II- und SGB XII-Quote



Beispielgebende Projekte

Frankfurt-Pass

Der Frankfurt-Pass ermöglicht Frankfurterinnen und Frankfurtern mit geringem Einkommen eine Teilhabe am sozialen, bildungsbezogenen und kulturellen Leben. Der Frankfurt-Pass ist eine der am häufigsten nachgefragten freiwilligen Leistungen der Stadt Frankfurt. Der kostenlose Pass kann bei geringem Einkommen ab Geburt beantragt werden. Voraussetzung ist, dass die Menschen ihren ersten Wohnsitz in Frankfurt haben. Mit dem Pass sind unter anderem Besuche in städtischen Hallen- und Freibädern, Erlebnisbädern, im Zoo und im Palmengarten, in der Eissporthalle, in der Oper, im Schauspiel und in städtischen Museen günstiger. Auch an Kursen der Volkshochschule und am FahrRad-Verkehrskompetenzkurs ist die Teilnahme vergünstigt möglich. Außerdem können ermäßigte Monats- und Jahreskarten des Rhein-Main-Verkehrsverbundes für Erwachsene, Kinder und Jugendliche erworben werden. Mit dem Pass erhält man die kostenlose Ferienkarte des Jugend- und Sozialamtes und das Kultur- und Freizeitticket des Kulturamtes, mit denen Kinder und Jugendliche bis einschließlich 17 Jahre Zoo und Museen sogar kostenlos besuchen können.

www.frankfurt.de/frankfurt-pass

Der ehrenamtliche Dienst des Jugend- und Sozialamtes

Die mehr als 60 Frankfurter Sozialbezirksvorsteherinnen und -vorsteher und die rund 300 Sozialpflegerinnen und -pfleger haben unter anderem die Aufgabe, Menschen in Not zu helfen, die ihnen zustehenden Leistungen zu erhalten. Sie begleiten, wenn es notwendig und gewünscht ist, Hilfesuchende zu den zuständigen Behörden und helfen bei der Antragstellung. Die Sozialbezirksvorsteherinnen und -vorsteher sind Ehrenbeamtinnen und -beamte der Stadt Frankfurt am Main und jeweils für einen bestimmten Teil der Stadt zuständig.

SGB II- und SGB XII-Quote

Die SGB II-/SGB XII-Quote ist definiert als Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von existenzsichernden Mindestleistungen nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) II und XII an der Bevölkerung. Die Leistungen, um die es hier geht, sind das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld nach dem SGB II sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII.[1]

Der Bezug von existenzsichernden Mindestleistungen markiert die unteren Positionen im Einkommensgefüge. Die Leistungssysteme, die dazu beitragen sollen, Armut in allen ihren Formen und überall zu beseitigen, gibt es in Deutschland bereits seit vielen Jahren. Der Bezug der Leistungen ist nicht an Vorleistungen gebunden und zeitlich nicht begrenzt. Strittig ist allerdings, ob die Leistungshöhe der existenzsichernden Mindestleistungen wirklich ausreichend ist, um *den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht* (§ 1 Abs. 1 SGB XII). Dies gilt insbesondere für die Hilfeempfängerinnen und -empfänger, die die Leistungen nicht durch Erwerbseinkommen aufstocken können oder die einen der verschiedenen Mehrbedarfszuschläge[2] erhalten.

Mehr zum Thema
Aufstocker, S. 88

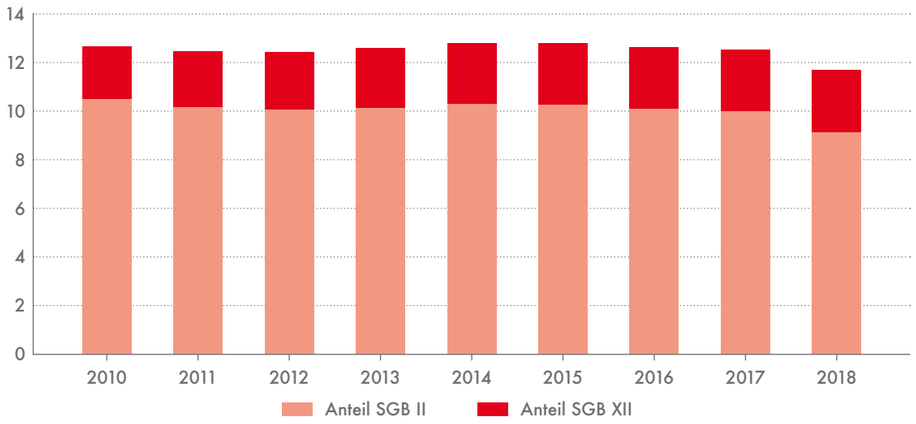
Hinzu kommt, dass die Leistungsempfängerinnen und -empfänger – und hier vor allem die von Arbeitslosengeld II – sich zum Teil Kontrollen, Verhaltenserwartungen und Sanktionsdrohungen ausgesetzt sehen (Grundsatz des Förderns und Forderns). So wird vor allem von Seiten der Wohlfahrtsverbände immer wieder eine deutliche Erhöhung der Leistungen gefordert. Dies würde den Kreis der Leistungsberechtigten erweitern und die Zahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger vergrößern. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass der Bezug von existenzsichernden Mindestleistungen für viele Betroffene nicht nur eine kurzzeitige Nothilfe bedeutet, sondern längere Zeit andauert.

Der Indikator zeigt die SGB II-/SGB XII-Quote in Frankfurt am Main.

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main will erreichen, dass alle Leistungsberechtigten die ihnen zustehenden Leistungen erhalten. Die Stadt fördert darüber hinaus Projekte und Aktionen, die Armutsgefährdung verhindern oder vermindern. Ziel ist es, wirtschaftlich schwächeren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

SGB II- und SGB XII-Quote in Frankfurt am Main von 2010 bis 2018 in Prozent



Datengrundlage: Statistik der Arbeitsagentur; Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

2018 bezogen in Frankfurt mehr als 97 Prozent[3] der Bezieherinnen und Bezieher von existenzsichernden Mindestleistungen Leistungen nach SGB II und SGB XII: Insgesamt waren dies 68.488 Leistungsberechtigte nach dem SGB II, 16.408 Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII und 2.686 Bezieherinnen und Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII. Viele, insbesondere diejenigen, die Grundsicherung im Alter erhalten, beziehen die Leistungen über mehrere Jahre. Die Daten liegen für die gesamte Stadt und auf Stadtteil- und Stadtbezirksebene vor. Die Mindestsicherungsquoten unterscheiden sich auf kleinräumiger Ebene deutlich und belegen zusammen mit anderen Merkmalen eine starke soziale Segregation benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Die SGB II- und SGB XII-Quote in Frankfurt lag 2010 noch bei 12,7 Prozent, bis 2018 ist sie auf 11,7 Prozent gesunken. Insbesondere die Zahl der SGB II-Leistungsempfängerinnen und -empfänger ist parallel zur sinkenden Arbeitslosigkeit zurückgegangen, während die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie von Hilfe zum Lebensunterhalt angestiegen ist. Insgesamt ist der Anstieg von SGB XII-Leistungsempfängerinnen und -empfängern allerdings geringer als der Rückgang der SGB II-Empfängerzahl.

Die bis 2018 gesunkenen Zahlen sind vermutlich nicht auf eine geringere Inanspruchnahme der Mindestleistungen beziehungsweise auf eine höhere Dunkelziffer der Armut zurückzuführen, denn insbesondere die Zahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger im Rentenalter ist angestiegen. Bei dieser Gruppe geht man im Allgemeinen von einer höheren Nicht-Inanspruchnahme als in anderen Bevölkerungsgruppen aus.

Die positive Entwicklung wird sich voraussichtlich im Jahr 2020 wegen der insgesamt steigenden Arbeitslosigkeit und der konjunkturellen Eintrübung umkehren. Insbesondere im Bereich des SGB II ist daher mit einem merklichen Anstieg an Empfängerinnen und Empfängern zu rechnen. Die Einführung der Grundrente lässt hingegen ab 2021 im Bereich der Grundsicherung im Alter einen Rückgang erwarten.

Eine Bewertung von Zustand und Tendenz des Indikators ist aufgrund der unterschiedlichen Perspektiven, unter denen man den Bezug von existenzsichernden Mindestleistungen betrachten kann, nicht möglich.

Projekte und Maßnahmen

Die Stadt Frankfurt am Main versucht, individuelle Nachteile auszugleichen. Beispiele dafür sind der **Frankfurt-Pass** und der **Kulturpass**.

Mit dem Programm **Zukunft für Frankfurter Kinder sichern** trägt die Stadt seit 2011 zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen bei.
www.frankfurt.de ➜ Jedem Kind in Frankfurt eine Chance geben

Mit dem **Frankfurter Arbeitsmarktprogramm (FRAP)** hilft die Stadt insbesondere Empfängerinnen und Empfängern von existenzsichernden Mindestleistungen Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse zu erwerben und den Anschluss ans Erwerbsleben nicht zu verlieren.

Das Frauenreferat Frankfurt gibt einen Wegweiser **Alleinerziehende in Frankfurt** heraus, der Leistungen und Serviceangebote für Alleinerziehende zusammenstellt. Alleinerziehende sind im SGB II-Bezug deutlich überrepräsentiert.
www.frankfurt.de/wegweiser-alleinerziehend

Das Frauenreferat Frankfurt unterstützt seit 2014 mit der Kampagne **Armut ist eine Frau** Projekte und Aktionen, um Armut abzuwenden.

Mehr zum Thema
Frankfurt-Pass, S. 19
FRAP, S. 80

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Soziales und Gesellschaft, **www.frankfurt.de** ➜ Soziales

[1] Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz werden bei diesem Indikator nicht berücksichtigt.
[2] Mehrbedarfszuschläge erhalten SGB II-Leistungsempfängerinnen und -empfänger unter anderem, wenn sie alleinerziehend sind, wenn sie aus medizinischen Gründen einer kostenaufwändigen Ernährung bedürfen oder wenn sie schwanger sind (§ 21 SGB II). Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten zum Beispiel einen Mehrbedarfszuschlag, wenn sie die Regelaltersgrenze erreicht haben (§ 30 SGB XII).
[3] Die übrigen 3 Prozent sind Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

SDG 2
Kein Hunger

Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.

SDG 2 hat zum Ziel, dass alle Menschen ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln haben. Um Ökosysteme, Böden und Klima zu schützen, sollen die Nahrungsmittelproduktion nachhaltig gestaltet und landwirtschaftliche Flächen ökologisch bewirtschaftet werden.

Während im Globalen Süden nicht alle Menschen Zugang zu ausreichend Nahrung haben, stellte die Versorgung mit Lebensmitteln für eine Stadt wie Frankfurt im Globalen Norden bislang keine Herausforderung dar. Hier stehen eine gesunde und nährstoffreiche sowie klimafreundliche und nachhaltige Ernährung und die Versorgung mit Nahrungsmitteln von guter Qualität im Mittelpunkt. Gesunde Ernährung ist besonders im Kindesalter wichtig, da hier der Grundstein für Ernährungsgewohnheit und die körperliche Konstitution im Erwachsenenalter gelegt wird. Übergewicht ist häufig auf Fehl- und Mangelernährung zurückzuführen und der Indikator Kinder mit Übergewicht zeigt die Entwicklung der übergewichtigen Kinder an allen untersuchten Kindern im Schuleingangsjahr.

Krisen wie die Covid-19-Pandemie machen jedoch deutlich, dass auch in Deutschland die Versorgung mit Nahrungsmitteln wegen der verflochtenen und globalisierten Lieferketten fragil sein kann. Ebenso kann Trockenheit zu Ernteausfällen und damit zur Knappheit einzelner Nahrungsmittel führen. Vereine wie beispielsweise die Frankfurter Tafel e. V. können Menschen bei der Lebensmittelversorgung unterstützen.

Relevante Themen für SDG 2 sind nachhaltige Landwirtschaft und nachhaltige Ernährung: Nachhaltige Landwirtschaft setzt auf ressourcenschonende Produktionsmethoden, die Gesunderhaltung von Böden, Grundwasserschutz und artgerechte Tierhaltung. Wenn landwirtschaftliche Flächen im Stadtgebiet zur Verfügung stehen und Nahrungsmittel in der Region produziert werden, können zudem Treibhausgasemissionen für den Transport der Nahrungsmittel vermieden werden. Auch die Auswahl der Nahrungsmittel ist relevant, um Nachhaltigkeit zu fördern: Durch einen geringen Anteil an tierischen Produkten und den Konsum von regionalen und saisonalen Lebensmitteln können klimaschädliche Emissionen für Produktion, Transport und Lagerung eingespart werden. In diesem Kapitel zeigt der Indikator Landwirtschaft den Anteil der landwirtschaftlichen Flächen am Frankfurter Stadtgebiet sowie den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Ernährungsrat Stadt Frankfurt am Main
- Klimagourmet

Indikator Kinder mit Übergewicht

Indikator Landwirtschaft



Beispielgebende Projekte

Ernährungsrat Stadt Frankfurt am Main

Der Frankfurter Ernährungsrat wurde 2017 gegründet. Er unterstützt die Stadt auf dem Weg, ein zukunftsfähiges Ernährungssystem aufzubauen und Strukturen zu schaffen, damit die Erzeugung und der Verbrauch von Lebensmitteln regionaler und nachhaltiger werden. Hierfür haben sich viele Akteure in Frankfurt und Umgebung zusammengeschlossen wie beispielsweise die Stadt Frankfurt, die Transition Town Frankfurt, das Forschungsinstitut für Biologischen Landbau, SLOW FOOD Frankfurt und das Social Impact Lab Frankfurt. Getragen wird der Ernährungsrat vom Verein *BIONALES – Bürger für regionale Landwirtschaft und Ernährung e. V.*
Ein bis zwei Mal im Jahr findet eine öffentliche Tagung der Vollversammlung des Ernährungsrates statt. In Arbeitskreisen werden Themen zur Ernährung aufgearbeitet wie zum Beispiel Ernährungsbildung, Ernährungsqualität in öffentlichen Einrichtungen, plastikfreie Lebensmittel und müllfreie Lieferservices. Ein Lenkungskreis sorgt dafür, dass der Ernährungsrat operational arbeitet und die Themen in die Öffentlichkeit gelangen. Er koordiniert die Arbeitskreise und organisiert Veranstaltungen.

www.ernaehrungsrat-frankfurt.de

Klimagourmet

Wie kann Ernährung das Klima schützen? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Initiative Klimagourmet vom Energiereferat der Stadt Frankfurt am Main, die durch ein Netzwerk lokaler Organisationen und Unternehmen unterstützt wird und 2014 ins Leben gerufen wurde.

Kern der Initiative ist die jährliche Klimagourmet-Woche mit Veranstaltungen zu den Themen Klimaschutz und Ernährung. Vielfältige Aktionen tragen dazu bei, klimafreundliche Ernährung erfahrbar zu machen. Das Programm mit Workshops und Aktionen lädt zum Mitmachen ein: ob zum Kochen, einer Klimagourmet-Mittagspause auf dem Willy-Brandt-Platz oder zum Bau eines Bienenhotels. Höhepunkte aus den letzten Jahren waren ein Pop-up-Restaurant im Feld, das Natur, Essen und Geselligkeit zusammenbrachte, eine lange Tafel auf dem Römer, die Schulgärten mit den Produkten ihrer Gartenarbeit deckten, und ein Klimagourmet-Kochkurs für Kochschülerinnen und -schüler. Neben der jährlichen Veranstaltungswoche zeigt die interaktive Klimagourmet-Wanderausstellung, wie klimafreundlicher Genuss funktionieren kann.

www.klimagourmet.de



Kinder mit Übergewicht

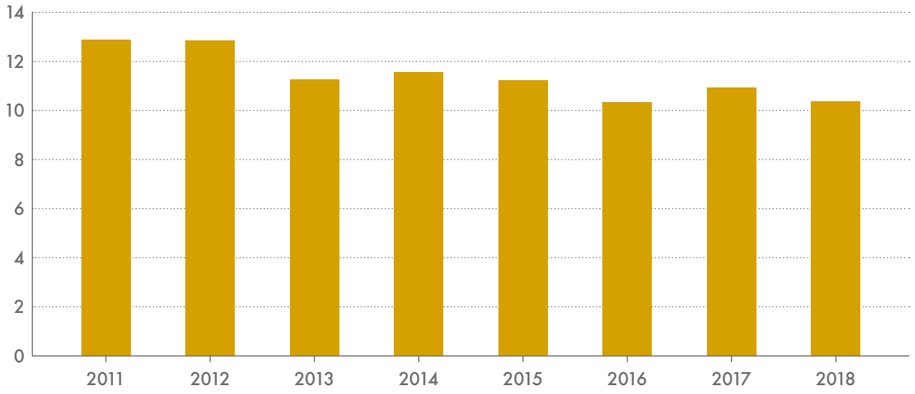
Kinder mit Übergewicht sind häufig in ihrer physischen und psychischen Befindlichkeit beeinträchtigt. Übergewicht im Kindesalter kann ein vorübergehender Zustand sein. Mit zunehmendem Alter des Kindes steigt allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass sich dieser Zustand auf das Erwachsenenalter überträgt. So haben übergewichtige Kinder im Alter zwischen sechs und neun Jahren eine zehnmal höhere Wahrscheinlichkeit auch im Erwachsenenalter an Übergewicht zu leiden als gleichaltrige Kinder mit Normalgewicht. Übergewicht stellt einen ernsten Risikofaktor für das Auftreten von Zuckerkrankheit, Bluthochdruck und Gefäßverkalkung dar und besitzt einen signifikant negativen Effekt auf die Lebenserwartung. In manchen Fällen kann Übergewicht genetisch bedingt sein, häufiger ist es allerdings auf Fehl- und Mangelernährung zurückzuführen. Neben den körperlichen Auswirkungen geht Übergewicht bei Kindern häufig mit psychischen Beeinträchtigungen einher.

Der Indikator zeigt die Entwicklung der übergewichtigen Kinder an allen untersuchten Kindern bei der Einschulungsuntersuchung.

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main hat das Ziel, die Quote der Kinder mit Übergewicht zu senken und allen Kindern die Möglichkeit einer ausgewogenen und gesunden Ernährung zu bieten.

Kinder mit Übergewicht pro Einschulungsjahrgang in Frankfurt am Main von 2011 bis 2018 in Prozent



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung

Das Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main führt bei allen schulpflichtigen Kindern ärztliche Einschulungsuntersuchungen durch. Sie umfassen unter anderem den Vorsorge- und Impfstatus, Allergien, Asthma, Ekzeme, die körperliche Entwicklung und Beeinträchtigungen beim Hören und Sehen. Das Körpergewicht wird über den Körper-Massen-Index (Body Mass Index – BMI) ermittelt. Übergewicht liegt vor, wenn der BMI-Wert über dem 90. Perzentil aller Kinder einer Altersklasse liegt. Zwischen 2011 und 2018 ist der Anteil der Kinder eines Einschulungsjahrgangs mit Übergewicht von 13 auf 10 Prozent gesunken.

Projekte und Maßnahmen

Frankfurter Bio-Brotbox-Aktion

Seit 2006 werden jedes Jahr Bio-Brotboxen an die Erstklässlerinnen und Erstklässler an den Frankfurter Grund- und Förderschulen verteilt. Bis 2019 wurden schon mehr als 100.000 Boxen ausgegeben. Sie waren gefüllt mit Vollkornbrot, Möhre, Brotaufstrich, Müsliriegel, Teebeutel, einem Bio-Gutscheinheft und dem Hinweis auf das kostenlose Kindersorgentelefon. Die Aktion steht unter der Schirmherrschaft der Frankfurter Umweltdezernentin Rosemarie Heilig und wird vom *Umweltforum Rhein-Main e. V.,* einem regionalen Nachhaltigkeitsnetzwerk mit rund 170 Unternehmen und Institutionen, auch aus der Bio-Branche, gesponsert und durchgeführt.
www.umweltforum-rhein-main.de ➜ Bio-Brotbox

Wettbewerb Schulradeln

Der Wettbewerb *Schulradeln* ist eine gemeinsame Initiative von der *integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (ivm)* und dem Klima-Bündnis im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft *Nahmobilität in Hessen* und wird einmal jährlich durchgeführt. Ziel des dreiwöchigen Wettbewerbs ist, Schülerinnen und Schüler fit für das Radfahren in Alltag und Freizeit zu machen und so die eigenständige Mobilität der Kinder und Jugendlichen zu fördern. Die internationale Kampagne STADTRADELN möchte möglichst viele davon überzeugen, ihre Wege mit dem Rad zurückzulegen, denn Radfahren ist gesund und wirkt sich positiv auf die physische und psychische Konstitution aus. Jeder Kilometer, der mit dem Fahrrad statt mit dem Auto zurückgelegt wird, vermeidet durchschnittlich 142 Gramm klimaschädliches CO_2. Die Schulen mit den meisten aktiven Radlerinnen und Radlern werden von der Stadt Frankfurt am Main und der ivm prämiert.
www.schulradeln.de

Mehr zum Thema

Umweltforum Rhein-Main e. V., S. 80



Landwirtschaft

Ökologische Landwirtschaft ist Teil einer nachhaltigen Agrarpolitik. Sie setzt auf ressourcenschonende Produktionsmethoden, Gesunderhaltung des Bodens und artgerechte Tierhaltung. Sie arbeitet nach dem Prinzip der hofeigenen Kreisläufe. Der Einsatz von Mineraldüngern und chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln ist stark begrenzt. Futtermittel aus konventionell wirtschaftenden Betrieben, beispielsweise aus dem südamerikanischen Sojaanbau, sind nicht – beziehungsweise nur in geringen Mengen – erlaubt. Außerdem ist die Verwendung gentechnisch veränderter Organismen und deren Erzeugnisse verboten. Damit hat der ökologische Landbau nicht nur regional positive Wirkungen auf Natur, Mensch und Tier, sondern er leistet auch einen Beitrag zur globalen Verantwortung.

Neben den ökologisch bewirtschafteten haben alle landwirtschaftlich genutzten Flächen einen ökologischen Wert für die Stadt, denn die unversiegelten Flächen dienen als Kaltluftentstehungsgebiete und verbessern dadurch das Stadtklima. So trägt die Landwirtschaft zur Sicherung und Erhaltung von Freiflächen sowie von Erholungs- und Kulturlandschaften der Stadt bei. Außerdem dienen viele landwirtschaftliche Flächen im Stadtgebiet der regionalen Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln und unterstützen so die Ernährungssicherheit Frankfurts und die Reduzierung von Treibhausgasemissionen für den Transport der Güter.

Der Indikator zeigt den Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche am Frankfurter Stadtgebiet. Außerdem werden die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt und die Anzahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe dargestellt.

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main hat sich zum Ziel gesetzt, landwirtschaftliche Flächen zu erhalten und eine umweltgerechte und nachhaltige Landbewirtschaftung zu fördern.

Entwicklung und Einflussfaktoren

In Frankfurt gibt es 75 Betriebe der Erwerbslandwirtschaft einschließlich Lebensmittel produzierender Gärtnerbetriebe. Deren Nutzfläche beträgt 4.300 Hektar, das entspricht rund 17 Prozent des Stadtgebietes. Rechnet man nicht kommerziell genutzte Flächen wie Streuobstwiesen und Gärten hinzu, beträgt die Nutzfläche etwa 24 Prozent. Diese unversiegelte Fläche stabilisiert das Stadtklima. Ein Großteil der Flächen befindet sich im Frankfurter Norden und Westen. In einigen Stadtteilen hat sich darüber hinaus eine kleinteilige Kulturlandschaft mit Streuobstwiesen erhalten, zum Beispiel in Sossenheim, Seckbach und Bergen-Enkheim.

Die landwirtschaftlichen Flächen in Frankfurt werden hauptsächlich ackerbaulich genutzt. Dazu zählen unter anderem der Getreide-, Rüben- und Feldgemüseanbau. Die Art der Betriebe ist vielfältig: Neben Großbetrieben gibt es kleine Mischbetriebe, die eher traditionell arbeiten. Einige Betriebe haben sich auf Marktnischen spezialisiert, wie beispielsweise die Pensionspferdehaltung. Drei der 75 Betriebe, das entspricht vier Prozent, erzeugen ausschließlich biologische Lebensmittel.[1] Es handelt sich um zertifizierte ökologische Betriebe aus den Bereichen Gemüsebau, Obstbau und Nutztierhaltung. Mit ihrer Bewirtschaftung nach den Kriterien des ökologischen Landbaus tragen sie zum Klima-, Boden- und Artenschutz in Frankfurt bei.

Projekte und Maßnahmen

Seit 1991 beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe im Umweltamt mit der Entwicklung einer umweltgerechten Landbewirtschaftung in Frankfurt. Sie setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Frankfurter Landwirtinnen und Landwirte, der Stadtverwaltung und der landwirtschaftlichen Fachbehörden zusammen. In der Arbeitsgruppe wurde beispielsweise die Biodiversitätsklausel entwickelt, die zur Sicherung der biologischen Vielfalt auf landwirtschaftlichen Flächen beiträgt. Danach sind Pächterinnen und Pächter von städtischen Acker- und Gartenbauflächen seit 2012 verpflichtet, auf mindestens einem Prozent der Fläche die biologische Vielfalt zu fördern. Dies geschieht zum Beispiel durch die Anlage von Blühstreifen und Zwischenfrüchten, Nacherntestreifen für Feldhamster oder durch das Anpflanzen von freistehenden Einzelbäumen.

Die Stadt fördert außerdem regionale Kreisläufe von Nahrungsmitteln mit kurzen Wegen. Dies trägt zu einer gesundheitsbewussten Ernährung und zum Klimaschutz bei. In Frankfurt gibt es daher vielfältige Möglichkeiten, frische, im Stadtgebiet erzeugte, Lebensmittel einzukaufen. Die landwirtschaftlichen Betriebe und Gärtnereien bieten Hofläden, Ab-Hof-Verkäufe und Gelegenheiten zur Selbsternte. Auch die Wochenmärkte in den einzelnen Stadtteilen stellen ein großes Frischeangebot aus Frankfurt und der Region zur Verfügung.

Zusätzlich bieten die Initiativen der *Solidarischen Landwirtschaft* in verschiedenen Stadtteilen Frankfurts die Möglichkeit, hochwertige, ökologische, frische und saisonale Nahrungsmittel einzukaufen. Außerdem gibt es in Frankfurt eine Öko-Mosterei und zahlreiche Gemeinschaftsgärten – sogenannte Urban Gardening-Projekte – wie zum Beispiel den Gallus-Garten oder den Neuen Frankfurter Garten, wo biologisch erzeugte Lebensmittel angebaut werden.

Zustand

●○○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Wirtschaftsförderung Frankfurt, Frisch von Feld und Hof in Frankfurt am Main, **www.buddlet.de/direktvermarkter/frankfurt/#1**

Energiereferat Stadt Frankfurt am Main, Klimagourmet: Tipps und Informationen zu klimafreundlicher Ernährung, **www.klimagourmet.de**

Management für Hafen und Markt Frankfurt, Wochenmärkte, **www.hfm-frankfurt.de/wochenmarkt.html**

[1] Datengrundlage: Umweltamt Stadt Frankfurt am Main, Amt für den Ländlichen Raum in Bad Homburg.

SDG 3
Gesundheit und Wohlergehen

Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.

SDG 3 befasst sich mit der Förderung von Gesundheit und Wohlergehen. Gesundheit und gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse sind Voraussetzung, Ergebnis und Ziel einer nachhaltigen Entwicklung.

Indikatoren, die eine Aussage über den Gesundheitszustand der Bevölkerung erlauben, müssen immer wieder daraufhin überprüft werden, in welchem Umfang diese Aussage möglich ist. In jedem Fall hat der Zustand des Gesundheitssystems einen Effekt auf die Gesundheit der Bevölkerung. Das Gesundheitssystem ist vielschichtig und umfasst unter anderem einen leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienst wie beispielsweise Gesundheitsämter. Ein insbesondere personell gut aufgestellter, öffentlicher Gesundheitsdienst liegt originär in der Zuständigkeit der (städtischen) Kommune. Möglicherweise schwerer zu beeinflussen aus Sicht der einzelnen Kommune sind die allgemeinen Bestandteile des Gesundheitssystems wie beispielsweise die niedergelassene Ärzte(-versorgung) oder die Krankenhaus(-betten)dichte. Der Indikator Ärztinnen- und Ärzteversorgung zeigt, wie die Frankfurter Bevölkerung mit Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern versorgt ist. Gesundheitsförderung geht über den Bereich der medizinischen Versorgung weit hinaus und bezieht Faktoren der äußeren Umwelt mit ein. Hier ist insbesondere die Versorgung mit sauberem (Trink-)wasser zu nennen. Die Güte von Trink-, Bade- und Oberflächenwasser beeinflusst die Lebensqualität und damit das Wohlergehen der Menschen. Auch die Luftqualität kann das individuelle Wohlergehen beeinflussen. In Städten kann es durch Verkehr, Gebäudeheizungen und Industrie zu einer erhöhten Konzentration von Luftschadstoffen kommen. Die ausgewählten Indikatoren zeigen die Entwicklung der Luftschadstoffe Feinstaub und Stickstoffdioxid und skizzieren Ziele, Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der lufthygienischen Situation. Darüber hinaus sind die Menschen Lärm durch Straßen- und Bahnverkehr, den Flughafen, Gewerbeanlagen, Bauprojekte, Sportanlagen oder durch die Nachbarschaft ausgesetzt. Aus den verschiedenen Lärmquellen resultieren unterschiedlichste gesetzliche Regelungen und Zuständigkeiten. Aufgrund der Komplexität, unter anderem in Bezug auf die Berechnung und Bewertung der Schallsituation, wird Lärm mit keinem eigenen Indikator gemessen. Der Parameter vorzeitige Sterblichkeit gibt möglicherweise Hinweise auf alle im Zusammenhang mit dem Gesundheitsschutz geleisteten Maßnahmen.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- ESEG – Erkennung und Steuerung Epidemiologischer Gefahrenlagen
- MRE-Netz Rhein-Main

Indikator vorzeitige Sterblichkeit

Indikator Ärztinnen- und Ärzteversorgung

Indikator starker öffentlicher Gesundheitsdienst

Indikator hitzebedingte Häufungen von Erkrankungs- und Sterbefällen

Indikator Luftqualität – Feinstaub

Indikator Luftqualität – Stickstoffdioxid



Beispielgebende Projekte

ESEG – Erkennung und Steuerung Epidemiologischer Gefahrenlagen

Mit dem Projekt *Erkennung und Steuerung Epidemiologischer Gefahrenlagen (ESEG)* soll in Hessen ein Frühwarn- und Sicherungssystem zur Abwehr epidemiologischer Lagen in hochverdichteten urbanen Regionen entstehen. Die Globalisierung begünstigt durch die zunehmende Mobilität die Ausbreitung von übertragbaren Krankheiten. Klimawandel, fehlender Impfschutz und Migration verstärken die Verbreitung von Infektionskrankheiten. Krankenhäuser müssen im Umgang mit infektiösen Patientinnen und Patienten besonders wachsam sein – das öffentliche Gesundheitswesen muss sein Krisenmanagement anpassen. Unter Führung des Gesundheitsamtes Frankfurt wollen Partner aus dem Gesundheitswesen – vor allem die Notaufnahmen regionaler Krankenhäuser –, der medizinischen Forschung und Medizintechnikindustrie ein vermehrtes Auftreten von Infektionserkrankungen frühzeitig regional erkennen. Dies geschieht unter Nutzung von Daten der Notaufnahmen mit dem Zweck, Patientenströme und Gegenmaßnahmen gezielt steuern zu können. Es soll erforscht werden, inwieweit in Notaufnahmen erhobene Daten zeitnah digitalisiert, krankenhausübergreifend zusammengeführt, ausgewertet und bewertet werden können, um die Versorgung der Infizierten und ihrer Kontaktpersonen gezielt zu verbessern und den Infektionsschutz in Krankenhäusern zu erhöhen. Der schnelle Austausch von Daten ermöglicht die Erfassung und Validierung von Signalen und Verdachtsfällen. Die Projektlaufzeit ist von 2018 bis 2021 angesetzt.

www.frankfurt.de/eseg

MRE-Netz Rhein-Main

Das Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt ist Mitglied im *MRE-Netz Rhein-Main.* Multiresistente Erreger (MRE) sind Bakterien, gegen die die meisten Antibiotika unwirksam sind. Nach Einschätzung der Europäischen Gesundheitsbehörde (ECDC) sind MRE die bedeutendste Krankheitsbedrohung in Europa. Jährlich bekommen etwa drei Millionen Menschen in Europa eine Krankenhausinfektion, 50.000 Menschen versterben daran. Unter der Schirmherrschaft des Hessischen Sozialministeriums sowie der Leitung von neun Gesundheitsämtern der Region (Frankfurt am Main, Offenbach am Main, Wiesbaden, Main-Taunus-Kreis, Offenbach Land, Wetteraukreis, Hochtaunuskreis, Main-Kinzig-Kreis und Rheingau-Taunus-Kreis) arbeiten Kliniken, Pflegedienste und Altenpflegeheime sowie die Landesärztekammer Hessen, die kassenärztliche Vereinigung, Einrichtungen des Rettungsdienstes und Krankentransports sowie Labore zusammen. Das Netzwerk hat zum Ziel, die Rate der MRE-Entstehung und deren Verbreitung zu vermindern, die Behandlung und die Rehabilitation der MRE-Patientinnen und -Patienten zu verbessern und einer Stigmatisierung von Menschen mit MRE entgegenzuwirken.

www.mre-rhein-main.de

Vorzeitige Sterblichkeit

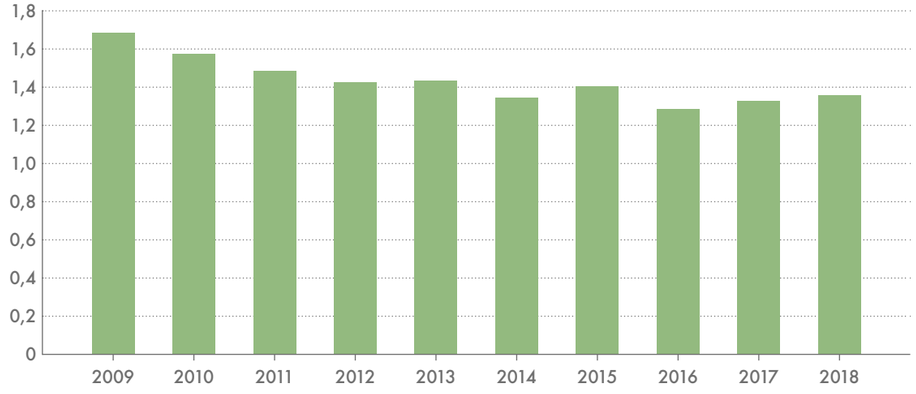
Der Gesundheitszustand beeinflusst maßgeblich die Lebensqualität der Menschen. Treten Todesfälle in einem Alter unter 65 Jahren gehäuft auf, so kann dies ein Anzeichen für massive Gesundheitsrisiken und Probleme im Gesundheitswesen sein. In Kommunen kommt der gesundheitlichen Versorgung und der Förderung gesundheitlicher Präventivmaßnahmen, die sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit beinhalten, eine besonders hohe Priorität zu. Aber auch die Sicherheit im Straßenverkehr spielt hier eine wichtige Rolle. Kommunen können zudem im Austausch mit Wirtschaftsverbänden den Arbeitsschutz verbessern.

Der Indikator zeigt die Entwicklung der Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main hat das Ziel, ein gesundes Leben für alle Menschen zu ermöglichen und die Fälle vorzeitiger Sterblichkeit zu senken.

Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren je 1.000 Einwohnende in Frankfurt am Main von 2009 bis 2018



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Mehr zum Thema

Verunglückte im Straßenverkehr, S. 136

Entwicklung

Die vorzeitige Sterblichkeit lag in Frankfurt zwischen 2009 und 2018 durchweg unter 1,7 Todesfällen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Es zeichnet sich im Betrachtungszeitraum trotz Schwankungen ein Rückgang ab. 2018 betrug die vorzeitige Sterblichkeit 1,36. Dafür verantwortlich sind unter anderem Fortschritte in der medizinischen Versorgung und der Rückgang von Verunglückten im Verkehr.

Ärztinnen- und Ärzteversorgung

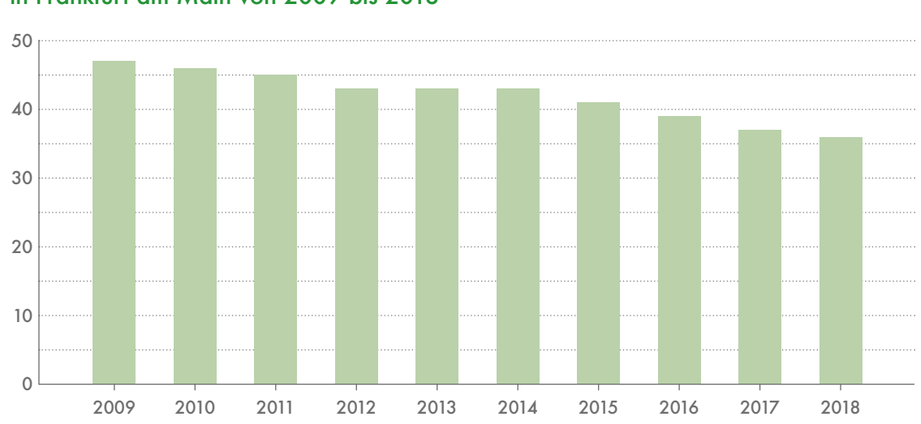
Die Versorgung der Bevölkerung durch Ärztinnen und Ärzte bezogen auf den Bereich der Allgemeinmedizin ist zentraler Bestandteil grundlegender Gesundheitsdienste. Angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft rücken Pflege und Gesundheitsversorgung als Standortfaktor weiter in den Vordergrund. Eine wohnortnahe und angemessene medizinische Versorgung und Betreuung sind im kommunalen Kontext sehr wichtig – jeder Mensch hat einen Anspruch darauf. Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner sind bedeutsam für die Erstversorgung und die mögliche Überweisung zu Fachärztinnen und -ärzten. Eine höhere Dichte an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten erhöht die Chance einer flexiblen und individuell ausgerichteten Behandlung.

Der Indikator zeigt die Entwicklung der Allgemeinärztinnen und Allgemeinärzte je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Ziel

In Frankfurt am Main wird die Versorgung der Bevölkerung durch Allgemeinärztinnen und -ärzte langfristig sichergestellt.

Anzahl der Allgemeinärztinnen und -ärzte je 100.000 Einwohnende in Frankfurt am Main von 2009 bis 2018



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung

Zwischen 2009 und 2018 ist die Anzahl der Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner von 47 auf 36 deutlich gesunken. Während die Bevölkerung Frankfurts von rund 648.000 im Jahr 2009 um knapp 100.000 (plus 15 Prozent) auf rund 748.000 im Jahr 2018 gestiegen ist, sank die Zahl der Ärztinnen und Ärzte von 308 auf 271 (minus 12 Prozent). Neben den 271 Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern standen 1.451 Medizinerinnen und Mediziner verschiedenster Fachgebiete im Jahr 2018 zur Verfügung. Kommunen haben nur bedingt die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Ärztinnen- und Ärzteversorgung, da Ärzteschaft und Krankenkassen festlegen, wie viele Vertragsärztinnen und -ärzte sich pro Region niederlassen können.



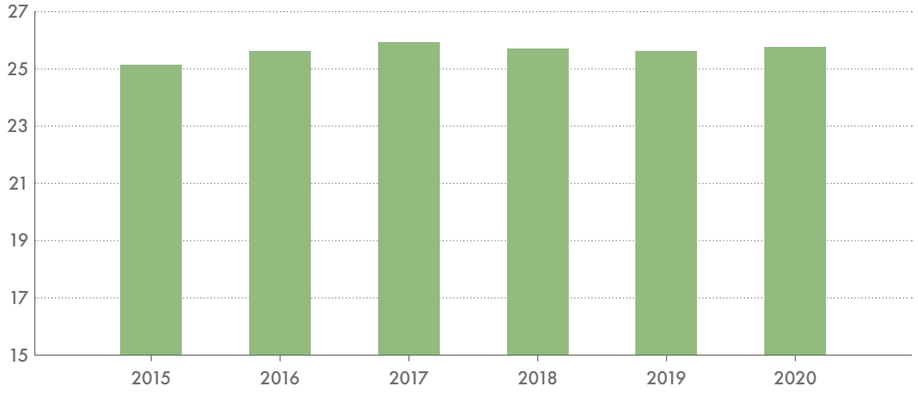
Starker öffentlicher Gesundheitsdienst

Die medizinische Versorgung der Gesellschaft in Deutschland kann anhand von drei Säulen dargestellt werden: Die erste und zweite Säule sind die stationäre (Krankenhaus) und ambulante (hauptsächlich niedergelassene Ärztinnen und Ärzte) Versorgung von Patientinnen und Patienten. Die Ausstattung der Stadt mit einem starken öffentlichen Gesundheitsdienst als dritte Säule des Gesundheitswesens spielt insbesondere eine Rolle bei allen bevölkerungsbezogenen Aufgaben in den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung. Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) wird in Frankfurt am Main durch das Gesundheitsamt dargestellt. Die Tätigkeiten reichen von der hygienischen Überwachung, Maßnahmen der Kinder- und Jugendgesundheit, Sozialpsychiatrie, subsidiäre medizinische Versorgung bis zum Management beim Ausbruch von Infektionserkrankungen. Daher kommt dieser Versorgungsstruktur, insbesondere in Zeiten einer Pandemie, eine besondere Bedeutung zu.

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main priorisiert das Vorhalten eines starken öffentlichen Gesundheitsdienstes, um präventive gesundheitsfördernde Ansätze zu verfolgen und um auch in Krisenzeiten kurzfristig einsatzfähig zu sein.

Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main auf 100.000 Einwohnende von 2015 bis 2020



Datengrundlage: Gesundheitsamt Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung

Auf 100.000 Einwohnende sind im Jahr 2020 knapp 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main tätig. Im Jahr 2015 waren es etwa 25. Trotz steigender Bevölkerungszahl konnte die Quote gehalten und sogar leicht gesteigert werden.

26

Mitarbeitende gerechnet auf 100.000 Einwohnende sind im Jahr 2020 im Gesundheitsamt tätig.

Projekte und Netzwerk

Mit dem Projekt **Erkennung und Steuerung Epidemiologischer Gefahrenlagen (ESEG)** soll in Hessen ein Frühwarn- und Sicherungssystem zur Abwehr epidemiologischer Lagen in hochverdichteten urbanen Regionen entstehen.
www.frankfurt.de/eseg

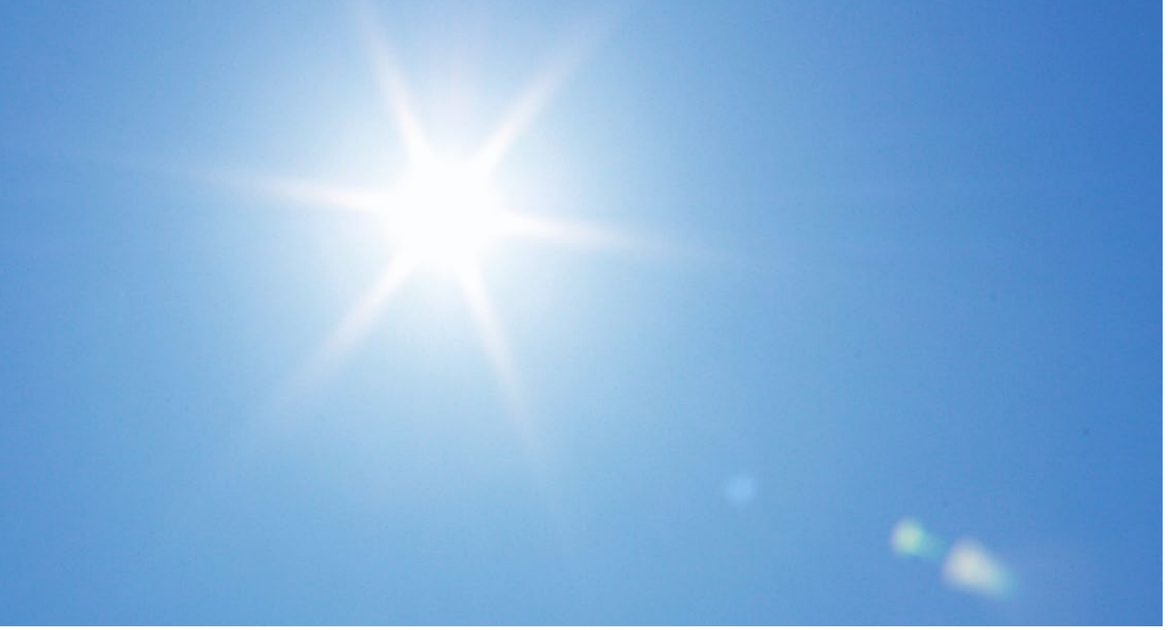
Mit dem EU-geförderten Projekt **European Network for Prostitution, Health and Information (ENPHI)** soll ein europäisches Netzwerk zur Gesundheitsversorgung von Menschen in der Prostitution beziehungsweise von Menschen ohne Krankenversicherung aufgebaut werden. Projektlaufzeit: 2019 bis 2021.
www.frankfurt.de ➜ ENPHI

Das Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt ist Mitglied im **MRE-Netz Rhein-Main**. Multiresistente Erreger (MRE) sind Bakterien, gegen die die meisten Antibiotika unwirksam sind. Das MRE-Netz ist ein Zusammenschluss von neun Gesundheitsämtern in der Region. Mehr als 250 Einrichtungen in der Rhein-Main-Region sind Mitglied.
www.mre-rhein-main.de

Mehr zum Thema
ESEG, S. 29
MRE, S. 29

Weitere Informationen

Gesundheitsamt Stadt Frankfurt am Main, **www.frankfurt.de/gesundheitsamt**



Hitzebedingte Häufungen von Erkrankungs- und Sterbefällen

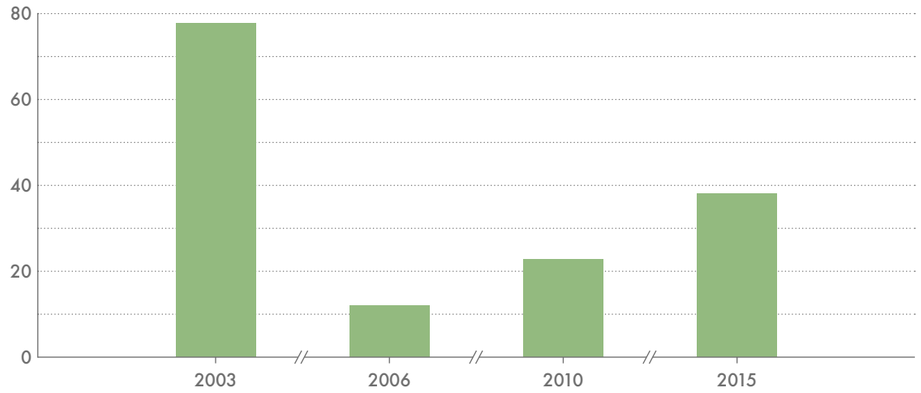
Hitzeperioden gewinnen durch den Klimawandel zunehmend an Bedeutung. Sie verursachen gesundheitliche Beeinträchtigungen und führen zu einer Zunahme der Sterblichkeit. Dieser Problematik kommt in einer Großstadt wie Frankfurt am Main besondere Bedeutung zu. Zur Bewertung der Problematik eignen sich verschiedene Parameter. Diese Parameter werden seit mehreren Jahren vom Gesundheitsamt Frankfurt bestimmt und ausgewertet. Die entsprechenden Daten werden veröffentlicht, um weitere Konsequenzen aus den Ergebnissen ziehen zu können. Als Parameter wird unter anderem die sogenannte Übersterblichkeit herangezogen. Bestimmt werden die Todesfälle an Hitzetagen im Vergleich zu den übrigen Tagen. Eine weitere Möglichkeit, die Gesundheitsgefahren durch Hitze darzustellen, ist die Erhebung der Einweisungen in Krankenhäuser an Hitzetagen. Diese Kennzahl stellt am ehesten die Häufung von Erkrankungen an heißen Tagen dar.

Der Indikator zeigt die Übersterblichkeit in Frankfurt am Main während Hitzeperioden.

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main verfolgt das Ziel, Gesundheitsgefahren durch Hitzeereignisse zu reduzieren.

Übersterblichkeit während Hitzeperioden der Jahre 2003, 2006, 2010 und 2015 in Frankfurt am Main in Prozent



Datengrundlage: Gesundheitsamt Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung

Zwischen 2003 und 2015 war die Übersterblichkeit während der Hitzeperioden in den Jahren 2003, 2006, 2010 und 2015 deutlich ausgeprägt. Mit 78 Prozent war die Übersterblichkeit im Betrachtungszeitraum im Jahr 2003 am höchsten.

Im Hitzesommer 2003 waren die gesundheitlichen Schäden durch Hitze europaweit enorm. Im weiteren Verlauf wurden umfangreiche Informationen und Empfehlungen erstellt. Unterstützt werden Informationsschreiben durch entsprechende **Informationskampagnen** wie beispielsweise die Veranstaltung Klima-Piazza und durch Beratungstätigkeiten der Ämter, unter anderem durch das Gesundheitsamt. **www.frankfurt.de/extreme-hitze**

Projekte und Maßnahmen

Um dem gesundheitsgefährdenden Effekt von Hitze präventiv zu begegnen, sind unter anderem **städteplanerische Maßnahmen** zielführend. Hier ist die Beeinflussung des sogenannten Hitze-Insel-Effekts in der Großstadt geboten. So können unter anderem gezielt eingesetzte Grünanlagen und Kaltluftschneisen helfen, diesem Effekt entgegenzuwirken. Hier arbeitet Frankfurt interdisziplinär, also in der Zusammenarbeit mehrerer Ämter, daran, Lösungsansätze zu ermitteln (zum Beispiel in der Koordinierungsgruppe Klimawandel).

Einrichtungen, die in einer besonderen Weise von Hitzegefahren betroffen sind, wie Krankenhäuser und Alten- und Pflegeeinrichtungen, werden gesondert bei **entsprechenden Wetterlagen informiert.**

Mehr zum Thema

Kommunale Klimaanpassungskonzepte, S. 156

Weitere Informationen

Gesundheitsamt Stadt Frankfurt am Main, **www.frankfurt.de/gesundheitsamt**

Stadt Frankfurt am Main, Umwelt und Grün, **www.frankfurt.de** ➜ Klimawandel und Gesundheit

Luftqualität – Feinstaub

Feinstaub besteht aus einem Gemisch fester und flüssiger Partikel und wird abhängig von deren Größe in unterschiedliche Fraktionen eingeteilt. Der Indikator betrachtet PM_{10} (particulate matter). Das sind Partikel mit einem maximalen Durchmesser von 10 Mikrometern (µm). Je kleiner die Teilchen sind, desto tiefer können sie in die Lunge eindringen. Zum Schutz der menschlichen Gesundheit darf seit 2005 der Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm (µg) PM_{10} pro Kubikmeter Luft an maximal 35 Tagen im Jahr überschritten werden.

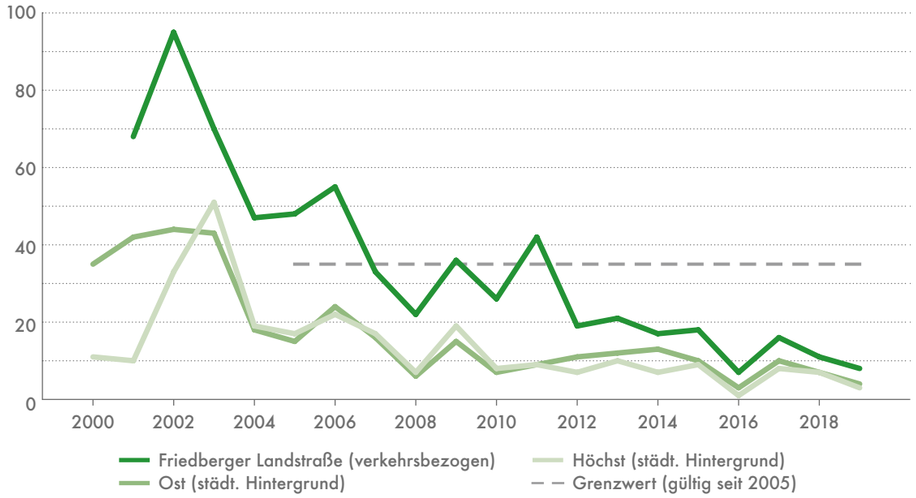
Der Indikator zeigt die Entwicklung der PM_{10}-Überschreitungstage des Tagesmittelwertes von 50 µg/m³ in Frankfurt.

Darüber hinaus existieren weitere Grenzwerte für Feinstaub. Da sie seit vielen Jahren in Frankfurt eingehalten werden, werden sie in diesem Bericht nicht näher betrachtet.

Ziel

Die Feinstaubbelastung in Frankfurt am Main wird reduziert.

Anzahl der PM_{10}-Überschreitungstage des Tagesmittelwertes von 50 µg/m³ in Frankfurt am Main von 2000 bis 2019



Datengrundlage: Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie

Entwicklung

Die Feinstaubkonzentration wird an drei kontinuierlich arbeitenden Luftmessstationen im Frankfurter Stadtgebiet erfasst. Die Stationen in Höchst und Ost charakterisieren den städtischen Hintergrund. Bei der Station Friedberger Landstraße handelt es sich um eine verkehrsbezogene Messstation in einer Straßenschlucht mit hoher Verkehrsbelastung und dichter Bebauung. Durch die Einführung der Umweltzone im Jahr 2008 und durch den Einbau von Dieselrußpartikelfiltern konnte die Feinstaubbelastung deutlich gesenkt werden. Seit 2012 wird der Grenzwert für den Tagesmittelwert für PM_{10} in Frankfurt sicher eingehalten.

Die Beurteilung von Zustand und Tendenz bezieht sich auf die Anzahl der PM_{10}-Überschreitungstage des Tagesmittelwertes von 50 µg/m³ in Frankfurt.

Ultrafeine Partikel

Ultrafeine Partikel (UFP), auch Ultrafeinstaub genannt, sind extrem kleine Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 0,1 Mikrometern. Weil sie so klein sind, können sie in die Blutbahn übergehen und in die Organe transportiert werden. Die gesundheitlichen Folgen von Ultrafeinstaub auf den menschlichen Körper sind bislang wenig erforscht.

In bereits durchgeführten Studien finden sich Hinweise auf Beeinträchtigungen des Atmungs- und Herz-Kreislauf-Systems. Für Ultrafeinstaub gibt es bislang noch keine Grenzwerte. Er kommt überall in der Atmosphäre vor und hat zahlreiche natürliche und anthropogene Quellen. Große Mengen an Ultrafeinstaub werden durch den Verkehr, beispielsweise durch Verbrennungsmotoren und Flugzeugtriebwerke, verursacht.

Seit 2015 untersucht das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG), wie hoch die Belastung mit Ultrafeinstaub im Umfeld des Flughafens Frankfurt ist und ob der Flugbetrieb eine Quelle für Ultrafeinstaub ist. Inzwischen konnte nachgewiesen werden, dass der Flugverkehr auf dem Flughafengelände und bodennahe Überflüge zu einer erhöhten Konzentration von Ultrafeinstaub beitragen. Das HLNUG hat bislang drei Zwischenberichte zu den Messergebnissen veröffentlicht.

Die Stadt Frankfurt unterstützt das HLNUG mit zwei Messgeräten zur Erfassung der Partikelanzahl. Die Messdaten können als Halbstundenmittelwerte auf der Internetseite des HLNUG abgerufen werden.[1] Das HLNUG wird das Messnetz weiter ausbauen. Die Messungen bilden eine der Grundlagen zur Bewertung der Auswirkungen ultrafeiner Partikel durch das Forum Flughafen und Region (FFR).

Zustand

●●●

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Umwelt und Grün, **www.frankfurt.de/feinstaub-pm10, www.frankfurt.de/ultrafeinstaub**

HLNUG, Messwerte und Berichte zu PM_{10} und Ultrafeinstaub, **www.hlnug.de/themen/luft/luftschadstoffe**

FFR, Untersuchungen zu Ultrafeinstaub am Frankfurter Flughafen, **www.umwelthaus.org** ➜ Ultrafeinstaub

[1] Quelle: www.hlnug.de/messwerte/luft/recherche-1.

Luftqualität – Stickstoffdioxid

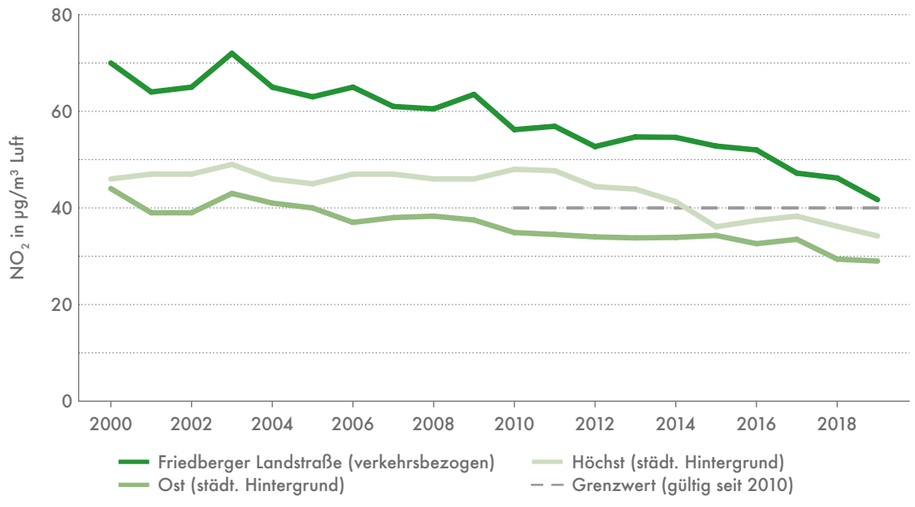
Stickstoffdioxid (NO_2) ist ein Reizgas, das insbesondere die Atemwege schädigt. Es entsteht bei Verbrennungsprozessen. Zum Schutz der menschlichen Gesundheit gilt seit 2010 der EU-Immissionsgrenzwert von 40 Mikrogramm (µg) Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel. Stickstoffdioxid wird an vielen stark befahrenen Straßen in dicht besiedelten Städten überschritten. Dafür sind vorrangig die Abgase von Dieselfahrzeugen verantwortlich.

Der Indikator zeigt die Entwicklung der Jahresmittelwerte der Stickstoffdioxidimmissionen in Frankfurt.

Ziel

Der Immissionsgrenzwert von 40 µg NO_2/m^3 im Jahresmittel wird schnellstmöglich und flächendeckend in Frankfurt am Main eingehalten.

Stickstoffdioxidimmissionen (Jahresmittelwerte) in Frankfurt am Main von 2000 bis 2019



Datengrundlage: Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie

Entwicklung

Die Stickstoffdioxidkonzentration wird seit vielen Jahren an drei kontinuierlich arbeitenden Luftmessstationen im Frankfurter Stadtgebiet erfasst. Die Stationen in Höchst und Ost charakterisieren den städtischen Hintergrund. Bei der Station Friedberger Landstraße handelt es sich um eine verkehrsbezogene Messstation. Die NO_2-Belastung ist an allen Messpunkten im langjährigen Mittel rückläufig. In der Friedberger Landstraße, einer Straßenschlucht mit hohem Verkehrsaufkommen und schlechter Durchlüftung, wird der Grenzwert jedoch noch immer überschritten. Messungen durch Passivsammler im Stadtgebiet dokumentieren auch an anderen Straßenabschnitten zu hohe NO_2-Konzentrationen.

Hauptemittent von Stickstoffdioxid ist in Frankfurt der Kfz-Verkehr (insbesondere Dieselfahrzeuge), gefolgt von der Industrie, dem Flugverkehr und den Gebäudeheizungen. Dieselfahrzeuge stoßen im realen Verkehr deutlich mehr Stickoxide aus als erlaubt. Seit dem 31. August 2019 ist die Abgasnorm Euro 6d_TEMP bei Neuzulassungen verpflichtend. Fahrzeuge, die diese Norm einhalten, emittieren deutlich weniger Stickoxide als ältere Diesel. Der Bestand an stark emittierenden Fahrzeugen ist weiterhin hoch.

Maßnahmen

Bei Grenzwertüberschreitungen müssen Luftreinhaltepläne aufgestellt werden. In Hessen ist das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) für die Luftreinhalteplanung zuständig. In Abstimmung mit der Stadt Frankfurt werden Maßnahmen festgelegt, die zur Einhaltung der Grenzwerte führen sollen. Die zweite Fortschreibung des Luftreinhalteplans für den Ballungsraum Rhein-Main, Teilplan Frankfurt am Main, soll Ende 2020 in Kraft treten.

Der Luftreinhalteplanentwurf enthält folgende Maßnahmenpakete:

- Parkgebührensatzung und Parkraumbewirtschaftung
- Teilnachrüstung der Busflotte
- Verlagerung abgasarmer Busse in die Innenstadt
- Anschaffung von E-Bussen
- Einrichtung von Busspuren und Radverkehrsanlagen
- ÖPNV-Erweiterungsmaßnahmen
- Austausch von kommunalen Fahrzeugen
- Digitalisierung des Verkehrs
- kostenfreies Jobticket
- Elektromobilitätskonzept
- Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 40 km/h innerhalb des Anlagenrings und Anordnung eines Tempo-40-km/h-Abschnitts auf der Straße Alt-Praunheim
- Fahrverbote (zonal und streckenbezogen) für Dieselfahrzeuge bis einschließlich der Abgasnorm Euro 5 / V sowie für Benziner bis einschließlich der Abgasnorm Euro 2 vorbehaltlich der tatsächlichen Entwicklung der Stickstoffdioxidbelastung

Zustand

●○○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Umwelt und Grün, **www.frankfurt.de/stickstoffoxide**

Stadt Frankfurt am Main, Umwelt und Grün, **www.frankfurt.de/umweltzone**

HLNUG, Messnetzberichte Stickstoffdioxid,
www.hlnug.de/themen/luft/messnetzberichte/jahresberichte

HMUKLV, Luftreinhalteplanung,
https://umwelt.hessen.de//umwelt-natur/luft-laerm-licht/luftreinhalteplanung

SDG 4
Hochwertige Bildung

Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern.

SDG 4 befasst sich mit inklusiver, gerechter und hochwertiger Bildung für alle Menschen. Das Nachhaltigkeitsziel nimmt alle Bildungsetappen in den Blick: von der Betreuung der Kleinsten in Kindertagesstätten und Kindergärten über die schulische Bildung bis hin zu Ausbildung oder Studium. Vier Indikatoren beschäftigen sich mit den Bedingungen der formalen Bildung und Ausbildung in Frankfurt. In Frankfurt leben in rund 20 Prozent der Haushalte Kinder. Der Indikator Betreuung zeigt den Anteil der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen. Der Indikator Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher zeigt die Quote der Schülerinnen und Schüler, die keinen Schulabschluss und damit nicht die entsprechende schulische Grundausbildung erwerben. Die Indikatoren Erfolgsquote beim beruflichen Abschluss und Abiturquote stellen dar, wie viele Schülerinnen und Schüler in Frankfurt einen Berufsabschluss beziehungsweise die Hochschulreife erwerben. Schließlich ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ein Kernthema von SDG 4. Hochwertige Bildung soll alle Menschen zu einem zukunftsfähigen Denken und Handeln befähigen. BNE soll allen Menschen ermöglichen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle, nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Der Indikator BNE-Programme zeigt die vielfältigen Initiativen, die es in der Stadt Frankfurt bereits gibt.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Netzwerk Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt
- Programm Entdecken, Forschen und Lernen im GrünGürtel

Indikator Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt

Indikator Schulabbrecherinnen- und Schulabbrecherquote

Abiturquote

Indikator Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge

Indikator Beteiligung an BNE-Programmen



Beispielgebende Projekte

Netzwerk Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt

Das Netzwerk Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt ist ein wichtiger Akteur in der Frankfurter Bildungslandschaft. Es wurde gegründet, um Bildungsakteure mit der Zivilgesellschaft und Unternehmen zu verknüpfen, und initiiert zahlreiche Projekte und Programme. So beteiligten sich beim Klimabildungsfestival 2019 über 20 Akteure aus dem Netzwerk mit Bildungsangeboten. Einen Tag lang konnten sich Schulklassen und Interessierte beim Festival am Mainkai mit Themen rund um Klima und Klimawandel beschäftigen.

Der Verein Umweltlernen in Frankfurt e. V. koordiniert das Netzwerk. Eine Steuerungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Stadtschulamt, dem Umweltamt, einer Schule, dem ADFC Frankfurt am Main und der Transition Town Frankfurt am Main e. V. begleiten die Arbeit und die Aktivitäten des Netzwerks. Das Netzwerk wurde fünf Mal von der Deutschen UNESCO-Kommission im Rahmen der UN-Dekade und des Weltaktionsprogramms BNE für sein Engagement ausgezeichnet.

www.bne-frankfurt.de

Programm Entdecken, Forschen und Lernen im GrünGürtel

Die Landschaft des Frankfurter GrünGürtels legt sich als grünes Band um die Stadt und ist für nachfolgende Generationen als freier und offener Raum gesichert. Den Bildungsraum GrünGürtel können Kinder und Jugendliche im Rahmen des Programms Entdecken, Forschen und Lernen im Frankfurter GrünGürtel als grünes Klassenzimmer erleben. Für das Umweltbildungsprogramm wurden in verschiedenen Landschaften des GrünGürtels eigens Lernstationen eingerichtet, beispielsweise am Alten Flugplatz in Bonames/Kalbach, am MainÄppelHaus auf den Streuobstflächen am Lohrberg und am StadtWaldHaus im Frankfurter Stadtwald. Kinder und Jugendliche entdecken hier unter fachkundiger Begleitung unterschiedliche Lebensräume und deren Tier- und Pflanzenvielfalt. Neben einem Programm mit jährlich rund 80 Angeboten für Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulklassen gibt es ein für alle offenes Programm mit Festen und Wochenendveranstaltungen.

Koordiniert wird das Bildungsprogramm vom Grünflächenamt, Umweltamt, Stadtschulamt und dem Verein Umweltlernen in Frankfurt e. V. Für die kontinuierliche Umsetzung und Weiterentwicklung der BNE-Aktivitäten wurden das Programm und der Bildungsraum GrünGürtel sechsmal zwischen 2005 und 2019 von der Deutschen UNESCO-Kommission im Rahmen der UN-Dekade und des Weltaktionsprogramms BNE ausgezeichnet.

www.frankfurt.de/efl

Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt

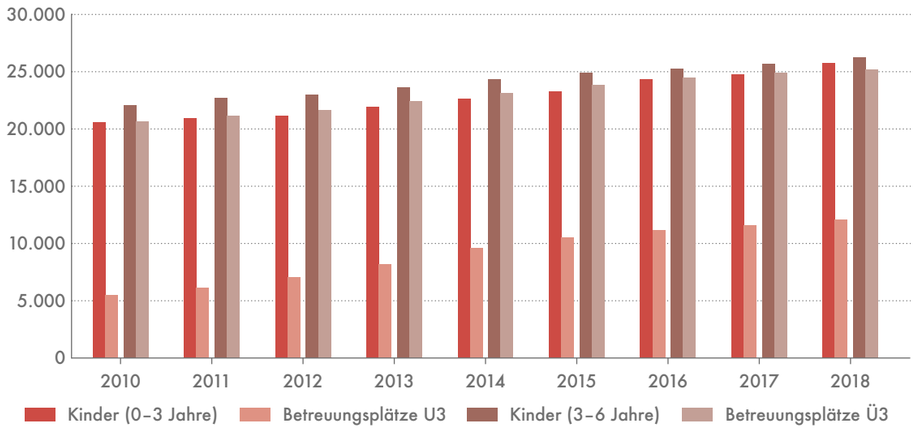
Die Förderung von Kindern bis zum Schuleintritt ist ein wichtiger Aspekt hochwertiger Bildung. Der Förderungsauftrag umfasst die Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen (§ 22 Sozialgesetzbuch VIII Absatz 3). Die frühkindliche Bildung, Erziehung, Betreuung und Förderung besitzen eine Schlüsselposition für die soziale Dimension wie Gleichberechtigung und Chancengleichheit sowie für die ökonomische Dimension wie beispielsweise die finanzielle Situation der Eltern. Kommunen haben hier nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, um die allgemeine soziale Lage in ihrem Verantwortungsbereich zu beeinflussen. Alle Kinder haben ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege (§ 24 Sozialgesetzbuch VIII).

Der Indikator zeigt die Plätze für unter Dreijährige in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie die Plätze für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen.

Ziel

Für 53 Prozent der Kinder unter drei Jahren und alle Kinder ab drei Jahren stehen in Frankfurt am Main Betreuungsplätze bis zum Schuleintritt zur Verfügung.

Betreuungsplätze für Kinder unter (U3) und über drei Jahren (Ü3) in Frankfurt am Main von 2010 bis 2018



Datengrundlage: Stadtschulamt Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung

2018 standen für 25.725 **Kinder unter drei Jahren** 10.591 Plätze in Kindertageseinrichtungen und 1.480 Plätze in der Kindertagespflege zur Verfügung. Die insgesamt 12.071 Plätze entsprachen einer Versorgung von 47 Prozent. Die Quote ist von 27 Prozent 2010 auf 47 Prozent 2018 deutlich gestiegen. Sie lag unter dem Versorgungsziel von 53 Prozent. 2018 standen für 26.265 **Kinder ab drei Jahren** bis zum Schuleintritt 25.196 Plätze in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung. Dies entsprach einer Versorgung von 96 Prozent. Die Quote ist von 93 Prozent im Jahr 2010 auf 96 Prozent im Jahr 2018 leicht gestiegen. Das Versorgungsziel von 100 Prozent wurde 2018 nicht erreicht.

70 bis 75 Prozent aller Kinder unter sechs Jahren in Frankfurt haben einen **Migrationshintergrund oder keine deutsche Staatsangehörigkeit**. Der Besuch einer Kindertageseinrichtung ist nicht nur zentral für die kindliche Entwicklung, sondern auch für Aspekte wie Deutschkenntnisse und den schulischen Erfolg. Der Einbezug aller Kinder in Betreuungs- und Bildungsangebote ist daher wichtig und ein Anstieg der betreuten Kinder positiv. 17 Prozent der Kinder, die 2018 in Kindertageseinrichtungen für unter Dreijährige betreut wurden, hatten eine andere Staatsangehörigkeit als Deutsch. Weitere 38 Prozent der Kinder hatten einen Migrationshintergrund – beispielsweise, wenn der Geburtsort der Eltern oder eines Elternteils in einem anderen Land liegt oder die Kinder eine andere Herkunftssprache haben. Von den betreuten Kindern ab drei Jahren hatten 20 Prozent eine andere Staatsangehörigkeit als Deutsch. Weitere 48 Prozent der Kinder hatten einen Migrationshintergrund.

Für **Kinder mit besonderem Förderbedarf** können Einzelintegrationsmaßnahmen beantragt werden. Ziel ist die Sicherstellung der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und der Förderung, Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen in gemeinsamen Gruppen. Für Kinder mit besonderem Förderbedarf gab es 2018 513 Einzelintegrationsmaßnahmen.

Herausforderungen für die Erfüllung der Versorgungsziele sind steigende Kinderzahlen, fehlende Liegenschaften, der Fachkräftenotstand und steigende Anforderungen an die Betreuung.

Maßnahmen

Der Ausbau an Betreuungsplätzen wird kontinuierlich fortgesetzt:

- Ausbau der Betreuungsplätze des städtischen Eigenbetriebes Kita Frankfurt in neuen Einrichtungen und Erweiterungsmaßnahmen bestehender Einrichtungen.
- Schaffung von Betreuungsplätzen in neuen Einrichtungen und durch Erweiterungsmaßnahmen bestehender Einrichtungen durch freie Träger. Diese erhalten eine städtische finanzielle Förderung im Rahmen des Frankfurter Sofortprogramms Kindertagesbetreuung.
- Städtische finanzielle Förderung kirchlicher Träger zur Schaffung von Betreuungsplätzen in neuen Einrichtungen oder in Erweiterungsmaßnahmen bestehender Einrichtungen.
- Städtische Kita-Neubauten, für die die Betriebsträgerschaften an freie und konfessionelle Träger vergeben werden.

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 25.11.2016, B 310, Stand und Perspektiven der Kindertagesstätten – Entwicklungsplanung für Frankfurt am Main, Fortschreibung 2016 – Kinderfreundliche Stadt: Zukunftsorientierte Planung der Betreuung der Kinder unter drei Jahren, **www.stvv.frankfurt.de/parlis**

Kita Frankfurt, die städtischen Kinderzentren, **www.kindernetfrankfurt.de**

Stadtschulamt Frankfurt am Main, Tagesfamilien, **www.tagesfamilien-frankfurt.de**

Schulabbrecherinnen- und Schulabbrecherquote

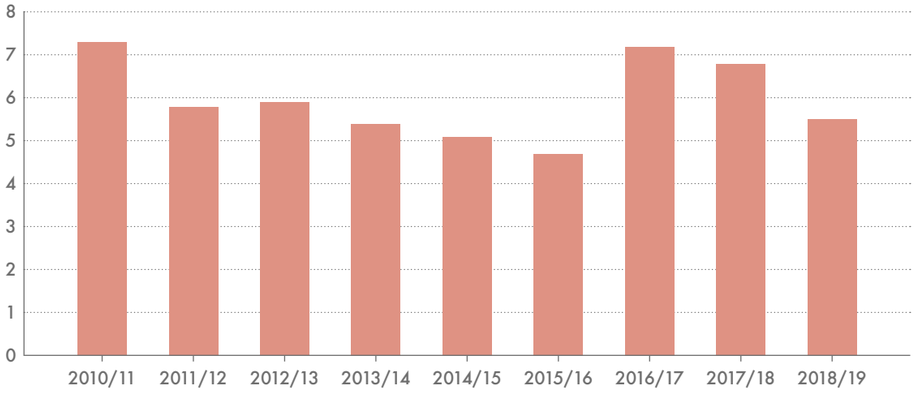
Wer die Pflichtschulzeit ohne mindestens einen Hauptschulabschluss beendet, gilt als Schulabbrecherin oder Schulabbrecher. Ziel der Schulbildung ist es, Kinder und Jugendliche von ihrem Schuleintritt bis zu ihrem Abschluss zu begleiten und auf das Berufsleben vorzubereiten. Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss haben in Deutschland kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die schulische Grundausbildung ist daher eine der zentralen Voraussetzungen für soziale Teilhabe und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Für Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien ist die Gewährleistung einer entsprechenden schulischen Grundausbildung von großer Bedeutung. Die Schulträgerschaft ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Bildung ist für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune ein weitreichendes Schlüsselthema.

Der Indikator zeigt den Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu allen Schulabgängerinnen und -abgängern in Frankfurt.

Ziel

In Frankfurt am Main soll die Bildungssituation aller Bevölkerungsgruppen verbessert werden.

Schulabbrecherinnen- und Schulabbrecherquote in Frankfurt am Main vom Schuljahr 2010/11 bis 2018/19 in Prozent



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland

Entwicklung und Einflussfaktoren

Im Schuljahr 2018/19 beendeten 5,5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler ihre Pflichtschulzeit ohne einen Hauptschulabschluss. Bei den Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit waren es 10 Prozent. Die Gruppe der ausländischen Schülerinnen und Schüler ist sehr heterogen und verfügt über unterschiedliche Bildungschancen. Ausländische Schülerinnen und Schüler sind zum Teil mit Schwierigkeiten bei der Integration in das Bildungssystem konfrontiert. Hier können fallspezifische Diskriminierungen vorliegen oder systematische Faktoren, wie etwa unsichere Aufenthaltsverhältnisse oder mangelnde Sprachkenntnisse, eine Rolle spielen.

Einflussfaktoren auf den schulischen Erfolg können die soziale und leistungsbezogene Zusammensetzung in den Schulklassen, die Qualität des pädagogischen Personals, aber auch eltern- und familienspezifische Einflüsse sein. Jugendliche ohne Abschluss bilden eine problematische Gruppe, deren Aussichten auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz gering sind. Für ihre Integration müssen besondere Anstrengungen unternommen werden. Die kommunale Entscheidungsebene kann hier als Schul- und Maßnahmenträger im Rahmen der Jugendhilfe entsprechende Initiativen ergreifen. Um den Hilfsbedarf zu ermitteln und eine Erfolgskontrolle der Hilfen zu etablieren, wird der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss jährlich erhoben.

Projekte und Maßnahmen

Das 2015 gestartete Programm **Praxis und Schule (PuSch)** des Hessischen Kultusministeriums ermöglicht Schülerinnen und Schülern mit Lern- und Leistungsrückständen, ihren Hauptschulabschluss zu erreichen.
www.kultusministerium.hessen.de
➜ Förderangebote

Das Programm **Jugendhilfe in der Schule** hat das Ziel, Jugendlichen bei Problemen, Belastungen oder schwierigen Lebensbedingungen zu helfen, damit alle, unabhängig von der sozialen Herkunft, ihr Potenzial entfalten können.
www.frankfurt.de ➜ Jugendhilfeangebote

Der Schulversuch der **Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)** führt die drei Schulformen *Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung, Berufsfachschule* und *Höhere Berufsfachschule* zusammen. Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern bereits nach einem Jahr an der Berufsfachschule den Wechsel in die duale Berufsausbildung zu ermöglichen, um ausbildungsbegleitend einen Haupt- oder mittleren Schulabschluss zu erlangen.
www.kultusministerium.hessen.de
➜ Schulsystem

Für Neuankömmlinge ohne hinreichende Deutschkenntnisse werden **Intensivklassen und Intensivkurse** angeboten. Schulen bieten bei einer größeren Anzahl von Neuankömmlingen verpflichtend Intensivklassen für diejenigen an, die grundlegende Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben müssen. Außerdem bieten Schulen während des regulären Unterrichts verpflichtende Intensivkurse an, die als Hilfe für diejenigen dienen, die keine oder geringe Deutschkenntnisse besitzen und keine Intensivklasse besuchen können.
www.kultusministerium.hessen.de
➜ Europäische Förderung Praxis und Schule

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Stadtschulamt Frankfurt am Main, **http://stadtschulamt.stadt-frankfurt.de**



Abiturquote

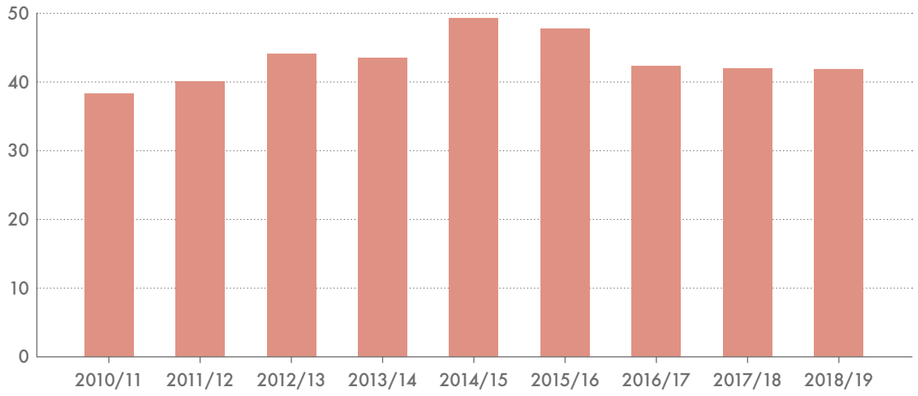
Die Abiturquote zeigt den Anteil der Schulabsolventinnen und -absolventen mit allgemeiner Hochschulreife. In unserer heutigen Wirtschaft und Gesellschaft werden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt wesentlich über höhere Bildungsabschlüsse erworben. Ein höherer Abschluss spiegelt in gewissem Maße auch den Grad der Bildungsteilhabe wider. Für die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Kommunen ist die Gewährleistung einer guten schulischen Bildung, die die Möglichkeit, das Abitur zu erlangen, miteinschließt, von großer Bedeutung.

Der Indikator zeigt den Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten im Vergleich zu allen Schulabgängerinnen und -abgängern in Frankfurt.

Ziel

In Frankfurt am Main soll die Bildungssituation aller Bevölkerungsgruppen verbessert werden.

Abiturquote in Frankfurt am Main vom Schuljahr 2010/11 bis 2018/19 in Prozent



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland

Zustand



Tendenz



Entwicklung und Einflussfaktoren

Die Abiturquote in Frankfurt lag im Schuljahr 2018/19 bei 42 Prozent. Damit stieg sie von 38 Prozent im Schuljahr 2010/2011 um 4 Prozentpunkte. Im Schuljahr 2014/2015 betrug sie sogar knapp 50 Prozent. Die Abiturquote von ausländischen Schulentlassenen lag im Schuljahr 2018/2019 bei 23 Prozent. Die Gruppe der ausländischen Schülerinnen und Schüler ist sehr heterogen und verfügt über unterschiedliche Bildungschancen.

Einflussfaktoren auf die Abiturquote sind die steigende Bildungsaspiration – das heißt, der Wille beziehungsweise das Streben eines Menschen, sich zu bilden und weiterzubilden –, die Zusammensetzung der Schülerschaft, unter anderem nach unterschiedlichen Kulturkreisen und Bildungsaspiration, sowie die Qualität des pädagogischen Personals. Auch eltern- und familienspezifische Einflüsse auf die Schülerinnen und Schüler können relevante Faktoren sein.

Projekt

Das Projekt **Stärkung der Haltekraft von Schulen und Förderung der Aufstiege** des Stadtschulamtes Frankfurt und des Staatlichen Schulamtes bietet sozialpädagogische Unterstützung an Frankfurter Gymnasien. Innerhalb des Projektes werden Schulformwechsel von den abgebenden sowie den aufnehmenden Schulen begleitet. Dazu schließen diese Schulen eine Kooperationsvereinbarung ab. Die teilnehmenden Schulen verpflichten sich zu sozialpädagogischen Begleitmaßnahmen, die geeignet sind, Schülerinnen und Schüler an der Schule zu halten und Schulformaufstiege zu fördern.

Weitere Informationen

Stadtschulamt Frankfurt am Main, **http://stadtschulamt.stadt-frankfurt.de**

Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge

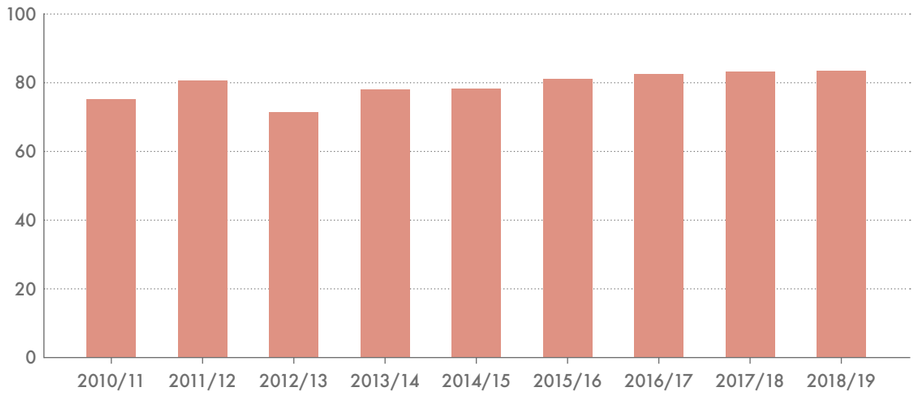
Die Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge ist eine Kennzahl für die Effizienz der angebotenen Bildungsgänge an beruflichen Schulen. Die Stadt Frankfurt am Main ist als öffentlicher Schulträger lediglich für die räumliche und sächliche Ausstattung der Berufsschulen verantwortlich und kann die Erfolgsquote deshalb nur mittelbar beeinflussen – etwa durch Schulsozialarbeit. Die Bildungsinhalte und die personelle Ausstattung sind Aufgaben des Bundeslandes. Dennoch ist die Kennzahl für regionale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger wichtig, um das Potenzial an erfolgreichen Schulabsolventinnen und -absolventen sowie das Ausmaß des Ausbildungsabbruchs einschätzen zu können. Hiervon wird das kommunale Arbeitskräftepotenzial beeinflusst.

Der Indikator zeigt den Anteil der Absolventinnen und Absolventen beruflicher Bildungsgänge mit erfolgreichem Abschluss im Vergleich zu der Anzahl der Personen, die drei Jahre zuvor eine Ausbildung in Frankfurt begonnen haben.

Ziel

Ziel der beruflichen Bildung ist die Sicherstellung eines Ausbildungsplatzangebots, das den individuellen Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht wird. Zudem soll eine bedarfsorientierte Versorgung des Arbeitsmarktes mit Fachkräften sichergestellt werden.

Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge in Frankfurt am Main vom Schuljahr 2010/11 bis 2018/19 in Prozent



Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland

Entwicklung und Einflussfaktoren

Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen beruflicher Bildungsgänge an allen Personen, die drei Jahre zuvor eine Ausbildung begannen, stieg von 75 Prozent des Jahrgangs 2010/11 auf rund 84 Prozent des Jahrgangs 2018/19.

Die Quote schwankte zwischenzeitlich und hat sich seit dem Schuljahr 2015/16 bei über 80 Prozent stabilisiert. Trotz der positiven Tendenz ist es problematisch, wenn immer noch fast jede fünfte Absolventin oder jeder fünfte Absolvent die Ausbildung nicht erfolgreich abschließt.

Durch die funktionale und institutionelle Nähe zum Arbeitsmarkt hat die wirtschaftliche Lage einen unmittelbaren Einfluss auf das Ausbildungssystem. Auch Veränderungen in den Qualifikationsprofilen im Zuge der zunehmenden Digitalisierung bedeuten neue Herausforderungen für das berufliche Bildungssystem. Schließlich führt die steigende Bildungsaspiration von Schulabsolventinnen und Schulabsolventen – das heißt, der zunehmende Wille, sich zu bilden und weiterzubilden – dazu, dass Hochschulen und Betriebe um die Ausbildung der jungen Menschen konkurrieren.

84 %

der Absolventinnen und Absolventen eines Jahrgangs schließen ihre Ausbildung ab.

Projekte und Maßnahmen

Die Stadt Frankfurt und das Land Hessen haben verschiedene Programme initiiert, um Auszubildende zu fördern, Orientierung zu geben und die Erfolgsquote beim Abschluss der beruflichen Bildungsgänge zu erhöhen.

Das Programm **Qualifizierte Ausbildungsbegleitung (QuABB)** verfolgt das Ziel, Ausbildungsabbrüche im dualen System zu verhindern. QuABB unterstützt Auszubildende, ausbildende Betriebe und Berufsschulen, wenn in der dualen Ausbildung Schwierigkeiten auftauchen. Kommt es dennoch zu einem Abbruch der Ausbildung, entwickelt die Ausbildungsbegleitung gemeinsam mit den Betroffenen Zukunftsperspektiven. Das Programm ist ein landesweites Unterstützungssystem, das sowohl akut als auch präventiv wirkt.
www.quabb-hessen.de

Die **sozialpädagogische Förderung an beruflichen Schulen**, die durch das Stadtschulamt Frankfurt gefördert wird, unterstützt Schülerinnen und Schüler bei persönlichen und schulischen Problemen. Ziel ist es, die Auszubildenden persönlich zu stabilisieren und die Ausbildungsbereitschaft zu erhöhen.
www.gjb-frankfurt.de ➜ Programme

Ziele des Programms **Berufswegeplanung an beruflichen Schulen** sind, die Schülerinnen und Schüler bei der beruflichen Orientierung zu unterstützen, ihnen ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis zu vermitteln oder die Schülerinnen und Schüler in der Ausbildung zu stabilisieren. Das Programm wurde im Auftrag der Stadt Frankfurt initiiert und findet an allen 16 Frankfurter Berufsschulen statt. Die derzeit 21 Beraterinnen und Berater haben ihren festen Arbeitsplatz in den Räumen der Schulen und sind in das dortige System integriert.
www.gjb-frankfurt.de ➜ Programme

Zustand

●○○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Stadtschulamt Frankfurt am Main, **http://stadtschulamt.stadt-frankfurt.de**



Beteiligung an BNE-Programmen

Bildung ist eine zentrale Ressource für die nachhaltige Entwicklung einer Gesellschaft. Sie ist Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche, soziale und umweltgerechte Stadtentwicklung. Mit Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wird das Ziel verfolgt, heute Kompetenzen für die Welt von morgen zu vermitteln. In Frankfurt gibt es verschiedene Programme und Projekte, um BNE für Kinder und Jugendliche zu stärken.

Der Indikator beschreibt die Anzahl der Schulen, die an dem Programm *Schuljahr der Nachhaltigkeit,* der gleichnamigen Auszeichnung *Schuljahr der Nachhaltigkeit* oder den Auszeichnungen *Umweltschule* und *Schule der Nachhaltigkeit* teilnehmen. Außerdem beschreibt der Indikator die Anzahl der Angebote sowie der Teilnehmenden am Umweltbildungsprogramm *Entdecken, Forschen und Lernen im GrünGürtel.*

Ziel

Mit den Beschlüssen zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung und zum Weltaktionsprogramm BNE hat sich die Stadt Frankfurt am Main zum Ziel gesetzt, Bildungsangebote im Sinne der Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln, Aktivitäten zu bündeln und Impulse für neue Programme zu geben.[1]

85.000

Kinder und Jugendliche nahmen von 2010 bis 2019 an dem Umweltbildungsprogramm für Frankfurter Schulen und Kitas im GrünGürtel teil.

Entwicklung

Die Stadt Frankfurt am Main engagiert sich strukturell und ganzheitlich für Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie wurde dafür mehrfach von der Deutschen UNESCO-Kommission als Kommune der Nachhaltigkeit und für die im Folgenden aufgeführten Aktivitäten ausgezeichnet.

Umweltschulen

Zwischen 2010 und 2019 wurde insgesamt 100 Mal die Auszeichnung *Umweltschule* an Frankfurter Schulen vergeben. Das Hessische Kultus- und das Hessische Umweltministerium verleihen gemeinsam die Auszeichnung anhand eines landesweiten Kriterienkatalogs an Schulen, die Projekte im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit durchführen. Die Auszeichnung ist auf zwei Jahre angelegt und kann mehrmals an eine Schule vergeben werden. Sie ermöglicht den Schulen, mit konkreten Zielen ausgewählte Handlungsbereiche zu bearbeiten und dabei gleichzeitig Strukturen im Schulalltag aufzubauen, die das Engagement auch langfristig erhalten können.

Schuljahr und Schule der Nachhaltigkeit

Zwischen 2012 und 2019 nahmen insgesamt 72 Klassen aus 14 Schulen an dem Programm *Schuljahr der Nachhaltigkeit* teil. Gestartet ist das Programm als Pilot im Schuljahr 2012/2013 mit vier Schulen. Ziel des Programms ist, Bildung für nachhaltige Entwicklung in Grundschulen strukturell zu verankern. Frankfurter Kinder erproben in diesem Rahmen Handlungsoptionen, die sie in ihrem Alltag nutzen können. Das Denken in Zusammenhängen wird gefördert und Empathie sowie Reflexionsfähigkeit werden gestärkt.

Im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird seit 2014 auch die gleichnamige Auszeichnung *Schuljahr der Nachhaltigkeit* an Schulen verliehen, die nachhaltige Entwicklung im Schulcurriculum verankert haben. 2018 wurden vier Schulen für das *Schuljahr der Nachhaltigkeit* ausgezeichnet.

Die Auszeichnung *Schule der Nachhaltigkeit* wird darüber hinaus vergeben, wenn die teilnehmenden Schulen einen nachhaltigen Schulbetrieb realisiert haben, beispielsweise in Bezug auf ökologische Verpflegung. 2018 wurden drei Frankfurter Schulen als *Schule der Nachhaltigkeit* ausgezeichnet.[2]

Entdecken, Forschen und Lernen im Frankfurter GrünGürtel

Spezifisch für Frankfurt ist das städtische Umweltbildungsprogramm *Entdecken, Forschen und Lernen im GrünGürtel.* Das Umweltbildungsprogramm bietet mit seiner Programmlinie für Schulen und Kindertageseinrichtungen allen Altersstufen eine umfangreiche Palette an außerschulischen Erlebnissen in der Natur an. Zwischen 2010 und 2019 wurden über 4.500 Veranstaltungen für Frankfurter Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen angeboten. Rund 85.000 Kinder und Jugendliche nahmen an dem Programm teil.

Im Rahmen des offenen Programms, das für alle Interessierten angeboten wird und vor allem Spiel-, Erlebnis- und Lernfeste für Familien beinhaltet, gab es rund 150 Veranstaltungen mit rund 147.000 Teilnehmenden.[3]

Netzwerk

Mit den BNE-Stadtverordnetenbeschlüssen wurde das Netzwerk *Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt* eingerichtet, um bisherige Aktivitäten zu bündeln und weiterzuentwickeln.

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Mehr zum Thema

Programm Entdecken, Forschen und Lernen im GrünGürtel, S. 41

Netzwerk Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt, S. 41

Weitere Informationen

Netzwerk Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt, **www.bne-frankfurt.de**

Stadt Frankfurt am Main, Umweltbildung, **www.frankfurt.de/efl**

Umweltlernen in Frankfurt e. V., **www.umweltlernen-frankfurt.de**

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.04.2018, § 2632, Frankfurt beteiligt sich am UN-Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE), www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[2] Datengrundlage: Umweltlernen e. V., Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
[3] Datengrundlage: Umweltamt Stadt Frankfurt am Main.

5 GESCHLECHTER-GLEICHHEIT

SDG 5 Geschlechtergleichheit

Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen.

SDG 5 befasst sich mit der Gleichstellung der Geschlechter. Alle Menschen sollen ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes Leben führen können – frei von Gewalt und mit einer eigenständigen und sicheren Existenzgrundlage.

In Deutschland ist Gleichberechtigung durch das Grundgesetz verbrieft und rechtlich gesehen hat Deutschland bereits viel erreicht. Eine faktische Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit, die alle Bereiche des Lebens umfasst, gibt es jedoch noch nicht. Der Blick auf Indikatoren der Gleichstellung und alltägliche Erfahrungen zeigen: Frauen erleben häufiger Diskriminierung als Männer, sei es am Arbeitsplatz oder in der Politik. Weltweit gibt es weniger als 10 Prozent weibliche Staatsoberhäupter beziehungsweise Regierungschefinnen. Auch die Vorstandsetagen der börsennotierten Unternehmen sind zu über 90 Prozent von Männern besetzt. Frauen verdienen rund 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Frauen und Mädchen sind häufiger Opfer von sexueller und häuslicher Gewalt. Gesetzliche Regelungen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen setzen Anreize, die einer Gleichstellung im Wege stehen. Betreuungsgeld und unzureichende Kinderbetreuung zementieren die sogenannte Hausfrauenehe sowie weibliche Teilzeitbeschäftigung und damit überkommene Rollenbilder. Somit sind eine tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die gleichberechtigte Aufteilung von Existenzsicherung und Care-Arbeit noch immer in weiter Ferne – trotz zwischenzeitlich erzielter Fortschritte.

Gleichstellung lässt sich nur gesamtgesellschaftlich erreichen. Das Ziel lohnt sich, denn: Nur wenn Frauen und Mädchen nicht nur rechtlich, sondern auch faktisch gleichgestellt sind, können eine gerechte und inklusive Gesellschaft, eine nachhaltige und stabile Wirtschaft sowie ein zukunftsweisender Umgang mit der Umwelt etabliert werden. Gleichstellung ist eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung, sie trägt zur Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen bei und ist auch für Kommunen ein entscheidender Faktor für ihre Zukunftsfähigkeit.

Der Frauenanteil in Führungspositionen der Kommunalverwaltung und im Stadtparlament lässt Aufschluss über die Gleichstellung von Frauen in Bezug auf Führung und politische Teilhabe zu. Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern thematisiert die faire Entlohnung. Eine Forderung von SDG 5 ist außerdem, alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen zu beenden und die Gewalt gegen sie zu beseitigen. Der Indikator Gewalt gegen Frauen und Mädchen misst den Anteil der Frauen, der Gewalt gegen die sexuelle Selbstbestimmung und häusliche Gewalt ausgesetzt war.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Umsetzung der europäischen Gleichstellungscharta
- Umsetzung der Istanbul-Konvention

Indikator Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung

Indikator Frauenanteil im Frankfurter Stadtparlament

Indikator Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

Indikator Frauen und Mädchen, die physischer, sexueller oder psychischer Gewalt ausgesetzt waren



Beispielgebende Projekte

Umsetzung der europäischen Gleichstellungscharta

Die Stadt Frankfurt unterzeichnete am 8. März 2012 die Europäische Gleichstellungscharta: Ziel ist die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene. Unter Federführung des Frankfurter Frauenreferats und in einem breiten Beteiligungsprozess wurde 2015 der erste Aktionsplan zur Umsetzung von Maßnahmen veröffentlicht, der auf die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben fokussierte. Hieraus entstand unter anderem eine Akademie für mehr Frauen in Führung, die *Frankfurter Akademie Mixed Leadership.* Sie ging 2019 an den Start.

Mehr zum Thema: Verdienstabstand, S. 58

Weitere Aktionspläne folgten. Umgesetzt wurden Kampagnen wie beispielsweise *Frauen.Macht.Politik.* und aktuell die Kampagne *Klischeefreie Zone Frankfurt* zum Abbau von Geschlechterstereotypen.

www.frauen-macht-politik-ffm.de
www.klischeefreie-zone-ffm.de

Umsetzung der Istanbul-Konvention

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist nach wie vor weltweit ein drängendes und grundlegendes Problem. Deutschland hat die Istanbul-Konvention, das *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt,* 2017 ratifiziert. Die Stadt Frankfurt am Main hat 2019 mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene begonnen. Hierzu wird dezernatsübergreifend gearbeitet: Bestandsaufnahmen und Maßnahmen sollen unter Beteiligung von Polizei, Justiz, Ämtern, Expertinnen und Experten sowie Beratungsstellen durchgeführt und umgesetzt werden.

Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft verharrt auf niedrigem Niveau. Auf kommunaler Ebene wird ein aktiver Beitrag dazu geleistet, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen. In der Frankfurter Stadtverwaltung wird die berufliche Förderung von Frauen durch Frauenförder- und Gleichstellungspläne unterstützt. Grundlage hierfür ist das Hessische Gleichberechtigungsgesetz (HGIG), das alle drei Jahre die Erstellung eines Frauenförder- und Gleichstellungsplans vorsieht. Das Personal- und Organisationsamt und das Gleichberechtigungsbüro der Stadt Frankfurt sind für die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen verantwortlich.

Der Indikator zeigt den Anteil von Frauen in Führungspositionen (Amts-, Referats-, Stabsstellen- und Abteilungsleitungen) in der städtischen Verwaltung.

Ziel

Es ist das Ziel der Stadt Frankfurt am Main, die Unterrepräsentanz von Frauen durch die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen abzubauen.[1]



49 %

der Frankfurter Ämter wurden im April 2020 von Frauen geleitet.

Entwicklung

2014 wurde erstmals der Frauenanteil in Führungspositionen in der Verwaltung der Stadt Frankfurt am Main ausgewertet und in den Frauenförder- und Gleichstellungsbericht aufgenommen, da sich die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auch im Bereich der Führungsfunktionen widerspiegeln sollte.

Im April 2020 wurden 28 Ämter[2] von Frauen und 29 von Männern geleitet. Von Juni 2014 bis April 2020 ist der Frauenanteil bei den Amtsleitungen von 38 auf 49 Prozent gestiegen. Damit ist das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen. Seit Frühjahr 2020 stehen erstmals Frauen an der Spitze des Ordnungsamtes, des Straßenverkehrsamtes und des Grünflächenamtes.

Für die Abteilungsleitungen liegen aktuell nur die Zahlen bis zum Jahr 2017 vor. Von den 183 Abteilungsleitungen waren 71 Frauen (39 Prozent) und 112 Männer (61 Prozent).

In der Stadtverwaltung ist das Führen in Teilzeit möglich: 2017 waren 13 Prozent der Amts- und Abteilungsleitungen in Teilzeit beschäftigt. Der Frauenanteil lag bei 84 Prozent.

Aufgrund des hohen Frauenanteils in Führungspositionen der Stadtverwaltung wird der Zustand als eher gut bewertet und die Tendenz als gut, da sich insbesondere der Anteil der Amtsleitungen in den letzten Jahren auf nahezu 50 Prozent erhöht hat.[3] Dazu beigetragen haben zum einen die gesetzlichen Grundlagen des HGIG, nach denen die Unterrepräsentanz von Frauen abgebaut werden soll, und zum anderen die kontinuierliche Begleitung durch die Gleichstellungsbeauftragten. Das 2016 in Kraft getretene novellierte HGIG legt ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung von Frauen in Führungspositionen und die dazu notwendigen flankierenden Maßnahmen. Durch eine Vielzahl von Gesprächen und konstruktiven Diskussionen konnten bestehende Rollenvorstellungen und Stereotype in der Stadtverwaltung erkannt und gleichzeitig die Chancen von Frauen erhöht werden.

Maßnahmen

Führen in Teilzeit und Telearbeit

Eine wichtige Maßnahme, um den Frauenanteil in Führungspositionen innerhalb der Stadtverwaltung zu erhöhen, ist die Möglichkeit, Führung in Teilzeit wahrnehmen zu können und damit eine flexiblere Arbeitszeit zu realisieren. Auch die Möglichkeit der Telearbeit, die mehrheitlich von Frauen wahrgenommen wird, trägt dazu bei, Familie und Beruf besser zu vereinbaren und damit Frauen in Führungspositionen zu stärken.

Fortbildungen zum Themenfeld Frauenförderung

Ein vielfältiges Fortbildungsprogramm unterstützt die berufliche Entwicklung von Frauen. Das Gleichberechtigungsbüro konzipiert mit dem Personal- und Organisationsamt Fortbildungen zum Themenfeld Frauenförderung wie beispielsweise den Lehrgang *Frauen in Führung* und begleitet die stetige Auswertung des Programms, damit es an die Anforderungen und Bedürfnisse der Teilnehmerinnen angepasst wird. Die Frauen der Frankfurter Stadtverwaltung nutzen das Fortbildungsangebot intensiv, insbesondere im Bereich Personalentwicklung. Diese Veranstaltungen umfassen zum Teil auch Inhalte, die auf Frauen zugeschnitten sind.

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Gleichberechtigungsbüro Stadt Frankfurt am Main, **www.frankfurt.de/gleichberechtigungsbuero**

[1] Kämmereiverwaltung Frankfurt am Main, Frauenförder- und Gleichstellungsplan der Stadt Frankfurt am Main, www.frankfurt.de/gleichberechtigungsbuero.
[2] Der Begriff *Ämter* umfasst Ämter, Referate und Stabsstellen.
[3] Datengrundlage: Gleichberechtigungsbüro der Stadt Frankfurt am Main.



Frauenanteil im Frankfurter Stadtparlament

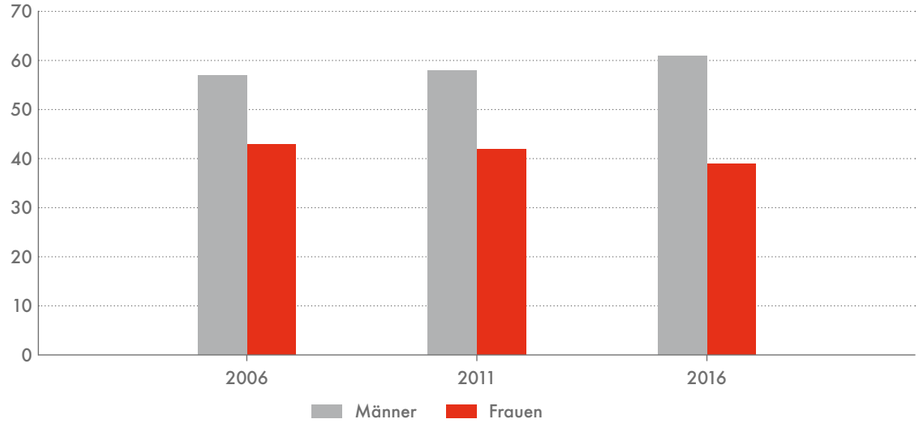
Nach einer Bevölkerungsbefragung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Herbst 2019 wünschen sich die Deutschen mehrheitlich mehr Frauen in verantwortungsvollen Positionen. 92 Prozent der befragten Frauen sprechen sich für mehr Frauen in Parteien und der Regierung aus. Gerade bei der Zusammensetzung politischer Organe kann erwartet werden, dass diese der Zusammensetzung der Gesellschaft entspricht. Auf kommunaler Ebene kann ein aktiver Beitrag dazu geleistet werden, damit bestehende Missverhältnisse abgemildert werden. So können die politischen Parteien über die Zuteilung von Listenplätzen dafür sorgen, dass sich der Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten erhöht und diese die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln.

Der Indikator zeigt die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main nach Frauen und Männern nach der jeweiligen Kommunalwahl in Prozent.

Ziel

Ziel der Stadt Frankfurt am Main ist die Geschlechtergerechtigkeit und damit die Chancengleichheit für Frauen und Männer.

Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main nach den Kommunalwahlen 2006, 2011 und 2016 in Prozent



Datengrundlage: Büro der Stadtverordnetenversammlung Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung

Der Frauenanteil in den Parlamenten ist rückläufig. Bundesweit liegt der Frauenanteil in der 19. Legislaturperiode (2017 bis voraussichtlich 2021) bei rund 30 Prozent. Dieses Bild zeigt sich auch in Frankfurt: In den letzten drei Kommunalwahlen ist der Prozentsatz an Frauen in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung von 43 auf 39 Prozent gesunken.

Drei wichtige Ämter der Stadt – Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher – sind mit Männern besetzt. Nur zwei Parteien im Frankfurter Stadtparlament haben Regelungen für eine paritätische Besetzung. Konkrete Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den (kommunalen) Parlamenten und Regierungen brauchen gesetzliche Regelungen und Quotierungen. Darüber hinaus können Parteien selbstverpflichtende Regelungen treffen.

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

Deutschland steht mit einem eklatanten Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern am unteren Ende der europäischen Skala. Es gibt viele Erhebungen zum geschlechtsspezifischen Verdienstabstand und damit unterschiedliche Datengrundlagen. Das führt immer wieder zu verschiedenen Aussagen über die Höhe der Entgeltungleichheit. Am Missstand ändert sich aber nichts, denn alle Studien und Erhebungen weisen eine anhaltende Lohnlücke zu Lasten der Frauen nach.

Der Indikator zeigt den Abstand des Medianeinkommens von Arbeitnehmerinnen zum Medianeinkommen von Arbeitnehmern. Hier werden ausschließlich die Brutto-Monatseinkommen[1] von vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern, die in Frankfurt am Main arbeiten, verglichen.

Ziel

Es ist das Ziel, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit für alle zu erreichen.

19 %

verdienten sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigte Frauen im Jahr 2018 weniger als Männer.

Entwicklung und Einflussfaktoren

Im Jahr 2018 lag am Arbeitsort Frankfurt das Mediangehalt der Männer bei monatlich 4.684 Euro, während Frauen im selben Jahr 3.812 Euro im Monat verdienten. Das verdeutlicht: Frauen verdienen im Schnitt bei einer Vollzeitbeschäftigung 19 Prozent weniger als Männer.[2] Betrachtet man die Entwicklung zwischen 2010 und 2018, zeigte sich bislang keine nennenswerte Verbesserung. Der Verdienst von Frauen war monatlich fast 900 Euro geringer als der von Männern.

Das hat viele Gründe, wie beispielsweise familienbedingte Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit. Diese verringern die Aufstiegschancen und damit den Stundenlohn. Berufe, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, wie beispielsweise in der Pflege oder Kinderbetreuung, werden geringer entlohnt, als Berufe, die häufiger von Männern ausgeübt werden. Erzieherinnen verdienen rund 1.000 Euro weniger als Beschäftigte in Mechatronik- und Elektroberufen. Aber auch innerhalb gleicher Berufe kommt es zu erheblichen Verdienstunterschieden. Männliche Versicherungskaufleute verdienen rund 1.000 Euro mehr als ihre weiblichen Kolleginnen.

Darüber hinaus gibt es eine geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung: Selbst bei der Ausübung gleichwertiger Berufe und bei gleichen Voraussetzungen werden Frauen teilweise schlechter entlohnt als Männer. Der Zustand der Ungleichheit reproduziert sich immer wieder: Durch niedrige Entlohnung wird die geschlechtsspezifische Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit gefestigt. Frauen übernehmen weiterhin einen großen Anteil der unbezahlten Sorgearbeit und können nach (familienbedingten) Auszeiten nicht mehr an einstmals gestartete Karrieren anknüpfen.

Chancengleichheit im Erwerbsleben kann nur erreicht werden, wenn sich die bestehenden Rahmenbedingungen ändern. Hierfür muss an vielen Stellschrauben, auch auf Bundesebene, gedreht werden. Es braucht vielfältige Maßnahmen auf unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ebenen wie kostenlose Ganztagsplätze in der Kinderbetreuung und in Ganztagsschulen, die Schaffung weiterer Pflegeplätze zur Entlastung der häuslichen Pflege sowie Anreize für eine geschlechtergerechte Steuerpolitik und Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit anstelle von Anreizen für überkommene Rollenmuster. Es braucht eine individuelle Besteuerung der Einkommen statt der Ehegattensplittung.

Ohne die Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, gesetzlicher Vorgaben und moderner Unternehmenskulturen wird sich der geschlechtsspezifische Verdienstabstand in Deutschland in absehbarer Zeit nicht wesentlich verringern. Auf kommunaler Ebene ist das Problem nicht umfassend lösbar. Die Stadt Frankfurt unternimmt jedoch als Arbeitgeberin vielfältige Anstrengungen, um den geschlechtsspezifischen Verdienstabstand zu verringern.

Projekte und Maßnahmen

Die Stadtverwaltung hat seit etwa 20 Jahren einen **Frauenförderplan**. Die Verdienste sind weitgehend transparent – dies erhöht eine faire Entlohnung.

Darüber hinaus setzt sich Frankfurt stadtübergreifend mit vielfältigen Maßnahmen für die Gleichstellung aller Geschlechter im Arbeits- und Berufsleben ein. Folgende beispielhafte Projekte und Maßnahmen tragen Schritt für Schritt dazu bei, die geschlechtsspezifischen Verdienstabstände zu verringern:

- Die Stadt Frankfurt setzt sich kontinuierlich für den **Ausbau von Betreuungsplätzen** ein.
- Die **FRAP (Frankfurter Arbeitsmarktprogramm) Agentur** fördert im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung spezifische Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen für Frauen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt.
- Das Frauenreferat der Stadt Frankfurt initiiert und fördert einschlägige Projekte. Ein Meilenstein in Sachen Gleichstellung und für mehr Frauen in Führung ist die **Frankfurter Akademie Mixed Leadership**. Sie entstand im Rahmen des Aktionsplans zur Umsetzung der europäischen Gleichstellungscharta unter der Federführung des Frauenreferats im Austausch mit Fachleuten aus Wirtschaft, Stadtgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Generell können Mentoring-Programme dazu beitragen, die beruflichen Talente von Frauen zu fördern oder ihr Berufswahlspektrum zu erweitern. Das vom Frauenreferat initiierte, langjährige und erfolgreiche Projekt **Einsteigen, Umsteigen, Aufsteigen** eröffnet gut qualifizierten Migrantinnen berufliche Chancen, die ihren Qualifikationen entsprechen. Ein weiteres Beispiel ist das *Regionale Frankfurter Mentoring-Programm* für mehr **Führungsfrauen in Frankfurter Unternehmen**, das vom Frauenreferat und der Wirtschaftsförderung Frankfurt begleitet wird.

Weitere Informationen

Frauenreferat Stadt Frankfurt am Main, Erwerbssituation und Arbeitslosigkeit in Frankfurt am Main. Chancen, Problemlagen und Handlungsbedarfe für Frauen,
www.info.frauenreferat.frankfurt.de/IWAK_Studie_2014.pdf

Zustand

Tendenz

Mehr zum Thema

Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt, S. 42

Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung, S. 54

FRAP, S. 80

[1] Es wird das Medianeinkommen verglichen, das heißt, der Wert, der genau in der Mitte steht, wenn alle Einkommenswerte der Größe nach sortiert werden.
[2] Datengrundlage: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für den Arbeitsort Frankfurt am Main. Betrachtet man das Medianeinkommen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort Frankfurt, fällt die Differenz des Medianeinkommens zwischen vollzeitbeschäftigten Männern und Frauen geringer aus: Es ergibt sich lediglich eine Lohnlücke von 6,5 Prozent, die sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigte Frauen (Medianeinkommen 3.827 Euro) weniger verdienen als Männer (Medianeinkommen 4.091 Euro). Die Menschen am Wohnort Frankfurt arbeiten allerdings zum Teil in anderen Kommunen.

Frauen und Mädchen, die physischer, sexueller oder psychischer Gewalt ausgesetzt waren

Gewalt gegen Frauen ist ein Ausdruck der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und spiegelt gesellschaftliche Machtverhältnisse wider: Sie reicht von sexueller Belästigung und häuslicher Gewalt über Genitalverstümmelung bis hin zu Frauenhandel und Zwangsprostitution. Darstellung von Gewalt gegen Frauen in den Medien und Pornografie tragen zu einer Kultur der Gewalt gegen Frauen bei und haben weitreichende Auswirkungen auf das Leben von Frauen. Mit der Istanbul-Konvention, einem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, soll offensiv gegen alle Formen von Gewalt vorgegangen werden. Einen besonderen Fokus legt die Konvention auf die Bekämpfung häuslicher Gewalt.

Der Indikator zeigt die Anzahl der Frauen und Mädchen, die Gewalt gegen die sexuelle Selbstbestimmung und häuslicher Gewalt ausgesetzt waren.

Ziel

Auch in Frankfurt am Main sollen die Zielsetzungen der Istanbul-Konvention umgesetzt werden. Es sollen eine Bestandsaufnahme zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen durchgeführt und daraus Maßnahmen abgeleitet werden. Im Bereich der häuslichen Gewalt sind Strukturen und Angebote für betroffene Kinder einzubeziehen.[1]

Entwicklung

2019 wurden 527 Frauen in Frankfurt Opfer einer **Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung**. Das entspricht rund 1,4 Frauen auf 1.000 Einwohnerinnen.

In den Jahren 2010 bis 2019 wurden im Durchschnitt 1.370 Opfer **häuslicher Gewalt** pro Jahr gemeldet. 80 Prozent der Opfer waren Frauen.[2] Es ist davon auszugehen, dass es eine hohe Dunkelziffer gibt, da nicht alle Fälle sexueller und häuslicher Gewaltdelikte zur Anzeige gebracht werden. Laut einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) haben 40 Prozent der Frauen in Deutschland seit ihrem 16. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt. 25 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen haben Gewalt durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner (häusliche Gewalt) erlebt.[3]

Gewaltschutz und -prävention sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Beteiligt sind in Frankfurt verschiedene Ämter sowie Polizei, Justiz, Beratungsstellen und Frauenhäuser. Zum Schutz von Frauen und Mädchen finanziert die Stadt Frankfurt über das Jugend- und Sozialamt mit städtischen und kommunalisierten Mitteln Frauenhäuser und Beratungsstellen. Ein akutes Problem für die Kapazitäten in Frauenhäusern stellt die Wohnungsnot in Frankfurt dar: Bewohnerinnen von Frauenhäusern finden zum Teil keine neue Wohnung und können daher die Häuser nicht verlassen. In der Folge können Frauen, die Schutz suchen, nicht aufgenommen werden. Nicht alle Frauen haben Zugang zu Frauenhäusern. So sind für Frauen mit Behinderungen die Informationen schwerer zugänglich oder sie können aus baulichen Gründen nicht in ein Frauenhaus aufgenommen werden.

Projekte, Maßnahmen und Netzwerke

Netzwerkarbeit

Es gibt einige Netzwerke zur Prävention gegen und Intervention bei Gewalt. Das Frankfurter Frauenreferat und andere städtische Stellen wie Jugend- und Sozialamt, Gesundheitsamt und Präventionsrat koordinieren und beteiligen sich an der Netzwerkarbeit beispielsweise im Arbeitskreis *gegen Gewalt an Frauen und Mädchen,* Arbeitskreis *Intervention bei Gewalt gegen Frauen* und Arbeitskreis *gegen häusliche Gewalt Frankfurt West.*

Modell Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung

Das Projekt *Modell Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung* sichert für betroffene Frauen eine optimierte und standardisierte medizinische Versorgung und Spurensicherung. Eine Anzeige kann so auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Das Projekt der Beratungsstelle *Frauennotruf Frankfurt* wird vom Sozialamt, Gesundheitsamt und Frauenreferat der Stadt Frankfurt gefördert.
www.frauennotruf-frankfurt.de

FeM-Onlineberatung

Das *FeM-Mädchenhaus* bietet eine anonyme Onlineberatung für Mädchen und junge Frauen, die aktuell oder in der Vergangenheit körperliche, seelische und/oder sexualisierte Gewalt erlebt haben oder sich davon bedroht fühlen. Das Portal wurde vom Verein *Feministische Mädchenarbeit e. V. (FeM)* und dem Frauenreferat der Stadt Frankfurt entwickelt. Es wird vom Frauenreferat finanziert.
www.fem-onlineberatung.de

Beratungsstelle gewaltfreileben

Die *gewaltfreileben Beratungsstelle für Lesben, Trans* und queere Menschen* unterstützt in der Bewältigung von Konflikten, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen communitybasiert und wird vom Frauenreferat der Stadt Frankfurt gefördert.
www.gewaltfreileben.org

Weitere Informationen

Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt, Digitale Gewalt,
www.frauennotruf-frankfurt.de ➜ Digitale Gewalt

Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt des Landes Hessen, **www.lks-hessen.de**

Arbeitskreis Intervention bei Gewalt gegen Frauen (AK InGe), Wegweiser für Eilanträge nach dem Gewaltschutzgesetz in verschiedenen Sprachen, **www.frankfurt.de/frauen-gewaltschutz**

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4796, Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* bekämpfen: Istanbul-Konvention umsetzen!, www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[2] Datengrundlage: Polizeipräsidium Frankfurt am Main.
[3] Studie des BMFSJ: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland (2004).

6 SAUBERES WASSER UND SANITÄR-EINRICHTUNGEN

SDG 6
Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen

Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.

SDG 6 befasst sich mit der Verfügbarkeit und der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wasser und der Sanitärversorgung. Der Zugang zur Trinkwasser- und Sanitärversorgung liegt in Frankfurt bei nahezu 100 Prozent. Die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser von guter Qualität ist eine wichtige Aufgabe von Kommunen. Millionen Liter Wasser werden täglich in Frankfurter Haushalten verbraucht. So selbstverständlich, wie Wasser aus den Leitungen kommt, fließt es auch wieder ab. Um weiterhin hygienisch einwandfreies Trinkwasser zu bekommen und die Ressource Wasser zu schützen, ist es wichtig, die Qualität von wasserverbundenen Ökosystemen wie Flüssen, Grundwasserleitern und Seen zu erhalten.

Außerdem muss das Abwasser aufbereitet und die Verschmutzung von Gewässern verringert werden, um die Schadstoffbelastung so gering wie möglich zu halten.

In diesem Kapitel werden der Trinkwasserverbrauch und die Aufbereitung von Abwasser mit je einem Indikator beschrieben.

Mehr zum Thema

Fließwasserqualität, S. 162

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Kommunales Wasserkonzept Frankfurt am Main
- Wasserlehrpfad

Indikator Trinkwasserverbrauch

Indikator Abwasserbehandlung



Beispielgebende Projekte

Kommunales Wasserkonzept Frankfurt am Main

Das Hessische Umweltministerium hat in Kooperation mit diversen Akteuren im Jahr 2019 das Leitbild für ein Integriertes Wasserressourcen-Management Rhein-Main fertiggestellt. Das Leitbild sieht unter anderem eine Erstellung von kommunalen Wasserkonzepten vor. Die Stadt Frankfurt hat als die Kommune mit dem höchsten absoluten Trinkwasserverbrauch und den zur Sicherung der Versorgung erforderlichen großen Zuliefermengen, vorrangig aus dem Hessischen Ried und dem Vogelsberg, frühzeitig die Erstellung eines solchen – freiwilligen – Konzepts zugesagt. Inhalt des Konzepts werden vor allem der Stand der Wasserversorgung beziehungsweise anderer Wassernutzungen und die in der Zukunft zu erwartenden Entwicklungen sein. Daraus werden Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung und zur Substitution von Trinkwasser durch Brauchwasser abgeleitet. Das Wasserkonzept der Stadt Frankfurt soll im Jahr 2021 fertiggestellt werden.

Wasserlehrpfad

Der Wasserlehrpfad der Mainova AG befindet sich im Frankfurter Wasserpark an der Friedberger Landstraße. Mit dem Lehrpfad sollen die Bürgerinnen und Bürger für einen ressourcenschonenden Umgang mit Wasser sensibilisiert werden. Der Lehrpfad zeigt die nachhaltige Trinkwasserversorgung der Region: von der Wassergewinnung über den verantwortungsvollen Netzbetrieb bis hin zur bewussten Nutzung. An neun teils interaktiven Stationen können Besucherinnen und Besucher den Weg des Wassers nachverfolgen. Zusätzlich wird auf Schautafeln alles Wissenswerte rund um das Thema Wasser erläutert. Sie zeigen beispielsweise den Wasserkreislauf, die Filtration und die lokale Trinkwasserversorgung. An Exponaten können Besucherinnen und Besucher Wasser mit Pumpen in Bewegung oder mit Wasserkraft eine Lampe zum Leuchten bringen. Im Frühjahr 2017 wurde der Wasserlehrpfad offiziell eröffnet. Er ist von April bis Ende Oktober geöffnet und barrierefrei zugänglich.

www.mainova-wasserlehrpfad.de

Trinkwasserverbrauch

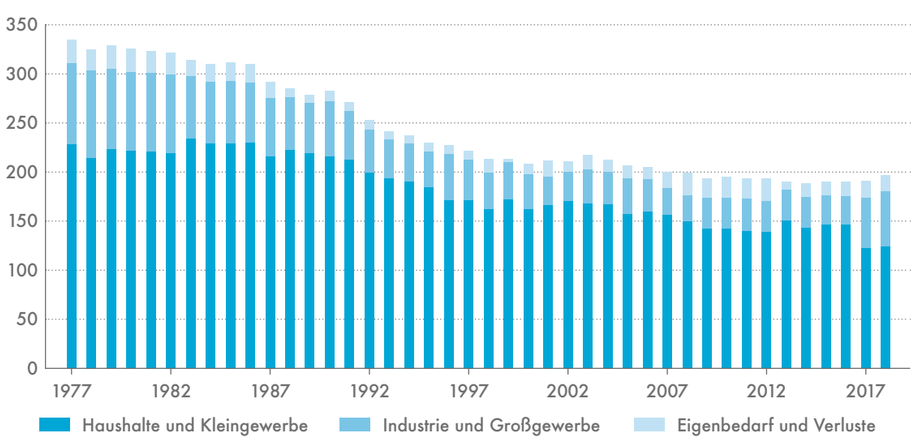
Trinkwasser ist eine kostbare Ressource. Daher ist ein sorgsamer Umgang wichtig. Die öffentliche Wasserversorgung ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und wird in kommunaler Selbstverwaltung ausgeübt. Technische oder wasserwirtschaftliche Begrenzungen bei der Versorgungsinfrastruktur können limitierende Faktoren für die Entwicklungsfähigkeit einer Stadt darstellen. Für den Wasserverbrauch der öffentlichen Trinkwasserversorgung gibt es zwei maßgebende Bewertungsgrößen: Die Trinkwasserabgabe beziehungsweise der gemessene Wasserverbrauch wird in Kubikmeter pro Jahr (m^3/a) für die gesamte Kommune angegeben. Bezogen auf die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner, errechnet sich daraus der Pro-Kopf-Verbrauch in Litern pro Einwohnerin/Einwohner und Tag (l/E*d).

Der Indikator zeigt sowohl den gemessenen Wasserverbrauch für die gesamte Kommune als auch den Pro-Kopf-Verbrauch in Frankfurt am Main.

Ziel

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Trinkwasser in Frankfurt am Main soll weiter reduziert werden.

Pro-Kopf-Verbrauch von Trinkwasser in Frankfurt am Main in Litern pro Einwohnerin/Einwohner und Tag (l/E*d) nach den Verbrauchergruppen von 1977 bis 2018



Datengrundlage: Regionaler Wasserbedarfsnachweis 6. Fortschreibung der Hessenwasser GmbH & Co. KG

Entwicklung und Einflussfaktoren

Von 1977 bis 2009 sank die Trinkwasserabgabe in Frankfurt am Main. Von 2010 bis 2013 stagnierte die Trinkwasserabgabe bei rund 48,7 Millionen Kubikmetern. Ab 2014 ist der Trinkwasserverbrauch auf 52,2 Millionen Kubikmeter im Jahr 2017 angestiegen. Der Wasserverbrauch im Trockenjahr 2018 lag bei 54,2 Millionen Kubikmetern. Maßgeblich wird die Trinkwasserabgabe durch das Bevölkerungswachstum beeinflusst, das im Zeitraum von 2010 bis 2018 mit über 75.000 zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohnern in Frankfurt rund 11 Prozent betrug.[1]

Die Trinkwasserabgabe wird in drei Verbrauchergruppen unterteilt: Die erste Gruppe fasst den Verbrauch von *Haushalten und Kleingewerbe* zusammen, da diese zum Teil statistisch nicht getrennt werden können. In der zweiten Gruppe *Industrie und Großgewerbe* wird der Trinkwasserverbrauch erfasst, der für diesen Sektor von der öffentlichen Wasserversorgung abgedeckt wird. Dieser umfasst überwiegend den Trinkwasserbedarf der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Produktionsprozesse. Zur dritten Gruppe *Eigenbedarf und Verluste* zählen die Verbrauchsanteile, die beispielsweise für die Aufbereitung des Trinkwassers selbst genutzt werden.

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Trinkwasser sank von 335 Litern pro Tag im Jahr 1977 auf 198 l/E*d im Jahr 2018 und gliederte sich 2018 wie folgt auf die drei Sektoren auf [2]:

- Haushalte und Kleingewerbe 125 l/E*d
- Industrie und Großgewerbe 56 l/E*d
- Eigenbedarf und Verluste 17 l/E*d

Der Anteil von *Industrie und Großgewerben* sowie der Anteil von *Kleingewerben* am Trinkwasserverbrauch in den Kommunen ist strukturell bedingt und in Frankfurt im Vergleich zu anderen Kommunen besonders hoch. Hier spielen Sondereffekte wie eine hohe Arbeitsplatzdichte in Frankfurt und die daraus resultierenden hohen Zahlen von Einpendlerinnen und Einpendlern, das Vorhandensein von vielen öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen und Hochschulen sowie die zahlreichen Übernachtungsgäste eine Rolle.

Die Einführung von verbrauchsmindernder Wasserspartechnik ab den achtziger Jahren und verhaltensbedingte Wassereinsparungen ab 1990 in Folge einer städtischen Wassersparkampagne stellen Einflussfaktoren dar, die zu einer Reduzierung des Pro-Kopf-Bedarfs führten. Der Einsatz neuer Technik und Materialien in der Wasserversorgung und -verteilung führte zusätzlich dazu, dass sich Verluste im Rohrnetz stark reduzierten.

Steigerungen des Verbrauchs sind vorrangig auf den Anstieg von kleineren Haushalten sowie mehr Komfort und Hygiene zurückzuführen. Ferner führen Trockenperioden zu einem steigenden Wasserverbrauch in einzelnen Jahren. Statistisch gesehen treten Trockenjahre in einer Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren auf. Diese sind jedoch zukünftig in Folge des Klimawandels häufiger zu erwarten.

Konzept

Die Stadt Frankfurt erstellt ein **kommunales Wasserkonzept**. Inhalt werden der Stand der Wasserversorgung beziehungsweise anderer Wassernutzungen und die in der Zukunft zu erwartenden Entwicklungen sein.

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Umwelt und Grün, **www.frankfurt.de/wasser**

Zustand

●●○

Tendenz

→

Mehr zum Thema

Kommunales Wasserkonzept für Frankfurt am Main, S. 63

[1] Den Berechnungen werden die Bevölkerungszahlen des Hessischen Statistischen Landesamtes zum Stichtag 31.12. zugrunde gelegt.
[2] 2016 gab es eine Änderung der Zuweisung von Gewerben zu den Sektoren auf Basis von geänderten Grenzen für die Verbrauchsvolumina. Infolgedessen wurden anteilig mehr Gewerbe zur Verbrauchergruppe *Industrie und Großgewerbe* statt zur Gruppe *Haushalte und Kleingewerbe* gezählt. Durch diese Verschiebung in den Verbrauchergruppen hat sich auch der Anteil am Trinkwasserverbrauch durch die Verbrauchergruppen verschoben: Industrie und Großgewerben wird ab 2017 ein höherer Verbrauch zugeordnet, während der Verbrauch von Haushalten und Kleingewerben entsprechend gesunken ist.

Abwasserbehandlung

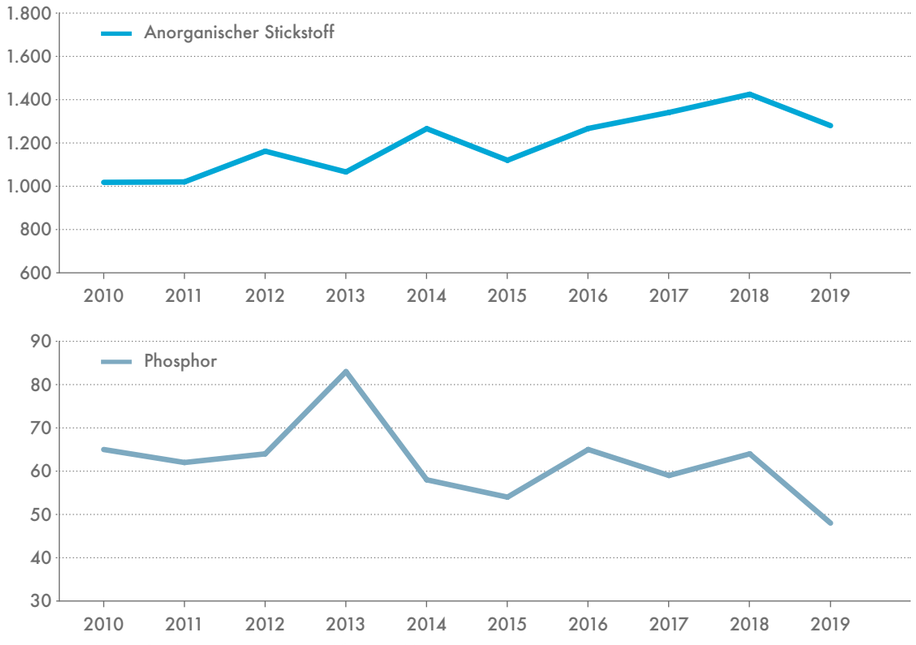
Abwasser bezeichnet vom häuslichen, gewerblichen oder industriellen Gebrauch verunreinigtes Wasser. Eine mangelhafte Abwasserreinigung kann dazu führen, dass schädliche Stoffe in Gewässer eingeleitet werden und den Gewässerzustand verschlechtern. Das kommunale Abwasser der Stadt Frankfurt am Main wird in Abwasserreinigungsanlagen – nach einer mechanischen Vorbehandlung zur Abtrennung von enthaltenen Feststoffen – mittels biologischer Verfahren zur Kohlenstoff- und Stickstoffentfernung sowie durch eine Phosphatfällung gereinigt, bevor es in den Main gelangt.

Der Indikator beschreibt den Anschlussgrad an die Abwasserreinigungsanlagen. Der Einzugsbereich der Reinigungsanlagen umfasst neben der Stadt Frankfurt am Main auch umliegende Gemeinden, wie Offenbach am Main, Eschborn und Neu-Isenburg.[1] Außerdem wird die Entwicklung der Einleitung von Stickstoff und Phosphor in den Main dokumentiert.

Ziel

Es ist das Ziel, eine gesetzeskonforme Abwasser- und Niederschlagswasserableitung und -behandlung in der Stadt Frankfurt am Main durchzuführen. Insbesondere die Einleitung von Phosphor in den Main soll zukünftig noch weiter reduziert werden.

Einleitung von Stickstoff und Phosphor aus den Abwasserreinigungsanlagen Frankfurt-Niederrad-Griesheim und Frankfurt-Sindlingen in den Main von 2010 bis 2019 in Tonnen pro Jahr (t/a)



Datengrundlage: Stadtentwässerung Frankfurt am Main

Entwicklung

Die Großstadt Frankfurt produziert eine Abwassermenge von etwa 300.000 Kubikmetern täglich. Man begann bereits vor 140 Jahren mit dem Kanalbau, um große Abwassermengen abzuleiten und damit Krankheiten und Epidemien entgegenzuwirken. Die Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF) verfügt heute über zwei Abwasserreinigungsanlagen, eine in Niederrad-Griesheim und eine in Sindlingen. Das Abwasser aus Frankfurt sowie aus angrenzenden Gemeinden wird in diesen Anlagen gereinigt. Der Anschlussgrad im Einzugsbereich der Reinigungsanlagen beträgt für die Stadt Frankfurt 99,3 Prozent. Insgesamt sind die Haushalte von etwa 1,2 Millionen Menschen angeschlossen.

In einer Monoklärschlammverbrennungsanlage wird der anfallende Klärschlamm beseitigt und dabei gleichzeitig Strom gewonnen. So werden etwa 17 Millionen Kilowattstunden pro Jahr erzeugt – damit können rund 5.300 typische Haushalte versorgt werden.

Die Menge an anorganischen Stickstoffverbindungen, im Wesentlichen Nitrat, die in den Main abgegeben wird, hat sich von 2010 bis 2019 durch den Bevölkerungsanstieg von 1.018 auf 1.280 Tonnen erhöht. Im gleichen Zeitraum konnte durch Nachrüstungen und Optimierungen beider Abwasserreinigungsanlagen die ins Gewässer eingeleitete Menge an Phosphor von 65 auf 48 Tonnen reduziert werden.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU sieht für kommunale Kläranlagen in Hessen vor, die Einleitung von Phosphor in Gewässer weiter zu reduzieren. Die Abwasserbehandlung in Frankfurt erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben bereits auf einem hohen Niveau.

Projekte und Maßnahmen

Durch eine Ausweitung der Abwasserreinigungskapazität und durch die Ergänzung von Reinigungsstufen wird die Abwasserbehandlung in den kommenden zehn Jahren weiter ausgebaut. Damit wird die Fracht der typischen Abwasserinhaltsstoffe (Nitrat, Phosphat und auch Kohlenstoff) weiter reduziert beziehungsweise die Mehrbelastung durch den Bevölkerungsanstieg kompensiert.

Die SEF hat die Technik in der Abwasserreinigungsanlage Sindlingen optimiert und dadurch die Einleitung von Phosphor in den Main bereits deutlich gemindert. Durch die Anpassung der vorhandenen Technik soll der Wert weiter reduziert werden.

In der Anlage Niederrad-Griesheim soll eine Filtrationsstufe nachgerüstet werden, um die Einleitung von Phosphor auf etwa 30 Prozent der aktuellen Menge zu reduzieren.

Darüber hinaus soll eine neue Klärschlammbehandlungsanlage gebaut werden, die eine deutlich erhöhte Energiegewinnung von Strom und Wärme gewährleistet. Ein weiteres Projekt beschäftigt sich mit der Rückgewinnung von Phosphor mit dem Ziel, die weltweit begrenzten natürlichen Vorkommen an Phosphor zu schonen.

Der Zustand der Abwasserbehandlung in Frankfurt am Main wird mit eher gut bewertet. Durch die geplanten Maßnahmen wird die Tendenz mit gut bewertet.

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Stadtentwässerung Frankfurt am Main, **www.stadtentwaesserung-frankfurt.de**

[1] Der Einzugsbereich der beiden Frankfurter Abwasserreinigungsanlagen ist der Publikation *Rein in den Main* der SEF zu entnehmen, www.stadtentwaesserung-frankfurt.de/images/stories/dateien/rein_in_den_main_web.pdf.

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

SDG 7
Bezahlbare und saubere Energie

Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern.

Eine verlässliche Energieversorgung ist Grundlage für unseren gegenwärtigen Lebensstandard: Die industrielle Entwicklung beruht auf der Erschließung und Nutzung von Energiequellen, die über Muskelkraft hinausgehen. Mit dem Einsatz von Brennträgern wie Kohle, Erdöl und Gas wurden die Produktion von Gütern sowie der Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben. Energie stellt die Basis für viele Formen der Mobilität dar, beispielsweise für motorisierten Individualverkehr und öffentlichen Personennahverkehr. Auch für das alltägliche Leben in Privathaushalten ist Energieversorgung eine wichtige Grundlage: Neben dem Heizen wird Energie insbesondere für den Betrieb von Elektrogeräten und Beleuchtung genutzt. Digitalisierung, die für die aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen eine maßgebliche Grundlage darstellt, basiert ebenfalls auf einer verlässlichen Energieversorgung.

Die herkömmlichen Formen der Energieversorgung, die auf fossilen Brennträgern beruhen, verursachen Treibhausgase und belasten damit das Klima.

Ziel von SDG 7 ist es, neben der bezahlbaren und verlässlichen Versorgung mit Energie, die Energieversorgung nachhaltiger und sauberer zu gestalten. Dazu muss der Energieverbrauch sinken. Dies kann dadurch erreicht werden, dass auf energieaufwendige Verhaltensweisen oder Technologien verzichtet wird (Suffizienzstrategie) oder energieaufwendige Technologien durch energiesparende ersetzt werden (Effizienzstrategie). Außerdem müssen erneuerbare Energiequellen erschlossen, ausgebaut und genutzt werden (Konsistenzstrategie).

In diesem Kapitel wird der Verbrauch der Energie in Frankfurt anhand des Indikators Endenergieverbrauch der Industrie vorgestellt. Die Effizienzsteigerung des Energieverbrauchs wird mit dem Indikator Energieproduktivität gemessen. Er zeigt, wie viele Geldeinheiten wirtschaftlicher Leistung pro Einheit eingesetzter Energie erzeugt werden. Die Indikatoren erneuerbare Energien und installierte Leistung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften stellen dar, wie es um den Anteil und den Ausbau erneuerbarer Energien in Frankfurt am Main steht.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Frankfurt spart Strom
- Mieterstrommodell und Photovoltaik-Eigenstromlösungen

Indikator Endenergieverbrauch der Industrie

Indikator Energieproduktivität

Indikator Anteil erneuerbarer Energien

Indikator installierte Leistung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften



Beispielgebende Projekte

Frankfurt spart Strom

Das Programm *Frankfurt spart Strom* vom Energiereferat der Stadt Frankfurt richtet sich an kleine und mittelständische Unternehmen, Vereine, Glaubensgemeinschaften sowie Privathaushalte. Die teilnehmenden Unternehmen führen eine Energieeffizienzberatung durch, auf deren Basis Maßnahmen zur Reduzierung des Stromverbrauchs festgelegt werden können. Für jede Kilowattstunde Strom, die kalkulatorisch durch die Umsetzung einer Energiesparmaßnahme eingespart wird, bekommen die Unternehmen zehn Cent von der Stadt. Teilnehmende Privathaushalte werden vom Energiereferat ebenfalls persönlich beraten. Außerdem können sie Strommessgeräte ausleihen, um den Verbrauch einzelner Geräte zu prüfen und einen Online-Verbrauchscheck zu machen. Sie erhalten ab einer Einsparung von 10 Prozent eine Prämie von 20 Euro und für jede weitere eingesparte Kilowattstunde Strom 10 Cent von der Stadt.

www.frankfurt-spart-strom.de

Mieterstrommodell und Photovoltaik-Eigenstromlösungen

Der Frankfurter Energieversorger Mainova ist deutschlandweit Vorreiter beim Mieterstrom aus Sonnenenergie. Seit mehreren Jahren engagiert sich das Unternehmen für den Ausbau von Photovoltaik (PV) und setzt mit Mieterstrom die Energiewende auch im urbanen Raum um: Durch die Kooperation mit der lokalen Wohnungswirtschaft erhalten Mieterinnen und Mieter die Möglichkeit, an den Vorteilen der Energiewende zu partizipieren, indem sie den Strom direkt von den auf ihren Dächern installierten PV-Anlagen beziehen. Inzwischen gibt es über 260 PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von mehr als 6.000 Kilowatt für über 2.500 Haushalte. Das Rhein-Main-Gebiet mit rund 200 Sonnenstunden im Monat bietet sehr gute Voraussetzungen für die umweltschonende Stromerzeugung mit Photovoltaik vor Ort. Mit einem Anteil von rund 25 Prozent der in Deutschland installierten PV-Mieterstromanlagen sind die Mainova AG und damit auch die Stadt Frankfurt bundesweit Marktführerinnen.

Neben dem Mieterstrom bietet der regionale Energiedienstleister PV-Eigenstromlösungen für Unternehmen und private Hauseigentümerinnen und -eigentümer an. Diese gewährleisten eine Umsetzung der Energiewende vor Ort: Der umweltfreundliche PV-Strom nimmt den kurzen Weg vom Dach in die Wohnung oder die Halle und entlastet die öffentlichen Netze. Durch den direkten Verbrauch vor Ort wird das öffentliche Netz weniger in Anspruch genommen.

Endenergieverbrauch der Industrie

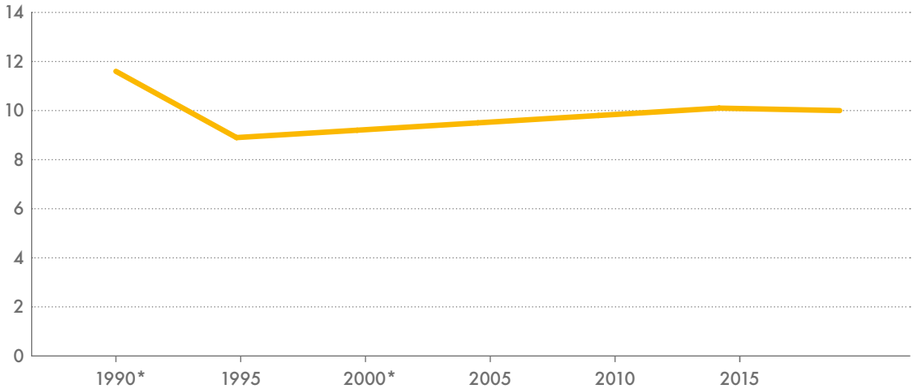
Neben der Umstellung auf regenerative Energieerzeugung ist es wichtig, den Endenergieverbrauch zu verringern, um weniger Treibhausgase zu emittieren. Der Energieverbrauch der Industrie ist von Kommunen nur schwer zu beeinflussen und wird eher durch Bundesgesetze, Vorgaben und Förderprogramme gesteuert. Dies kann die Kommune durch eigene Maßnahmen verstärkend begleiten. Eine gute Möglichkeit ist die Initiierung von Energieeffizienznetzwerken, bei denen die Kommune eine Zielvereinbarung zur Energie- und CO_2-Einsparung mit den teilnehmenden Unternehmen abschließt.

Der Indikator zeigt, wie viel Endenergie durch den Sektor Industrie gerechnet auf die Bevölkerungszahl in Frankfurt am Main verbraucht wird.

Ziel

Frankfurt hat sich als Masterplankommune das Ziel gesetzt, 50 Prozent Energie bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Jahr 2010 einzusparen.[1] Es ist kein Ziel für einzelne Sektoren in Frankfurt definiert. In der Studie zum Masterplan wurde das Einsparpotenzial für den industriellen Sektor bis 2050 auf etwa 10 Prozent geschätzt.

Endenergieverbrauch der Industrie in Frankfurt am Main von 1990 bis 2018 in Megawattstunden pro Einwohnerin und Einwohner (MWh/Kopf)



* Hochrechnung, da keine Erhebung vorliegt

Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main; Energie- und CO_2-Bilanz für Frankfurt, erstellt vom Institut für Energie und Umwelt Heidelberg

Entwicklung und Einflussfaktoren

Von 1990 bis 2018 ist der Endenergieverbrauch durch die Industrie von 7.822 auf 7.484 Gigawattstunden beziehungsweise von 11,6 auf 10,0 Megawattstunden pro Kopf in Frankfurt gesunken. Im Jahr 2018 waren das 31 Prozent am Gesamtverbrauch in Frankfurt (ohne Flugbewegungen). Der Endenergieverbrauch im industriellen Sektor ist stark konjunkturabhängig und der Rückgang in den 90er Jahren ist vor allem auf einen Einbruch des produzierenden Gewerbes zurückzuführen. Seitdem sind der absolute sowie der Pro-Kopf-Verbrauch bis zum Jahr 2018 gestiegen.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele ist es wichtig, den Endenergieverbrauch der Industrie deutlich zu senken. Aus diesem Grund wird der Zustand mit schlecht und die Tendenz lediglich als gleichbleibend bewertet.

Neben der starken Abhängigkeit des Endenergieverbrauchs von der Konjunktur, die von der Stadt Frankfurt kaum beeinflusst werden kann, ist die Energieeffizienz ein wichtiger Baustein. Die Effizienz muss gesteigert werden, um den Endenergieverbrauch bei gleichbleibender oder steigender Produktion zu reduzieren.

Projekte und Netzwerke

Das Energiereferat der Stadt Frankfurt bietet für die Industrie ein **Energieeffizienznetzwerk** an. Die beteiligten Unternehmen verpflichten sich in einem Vertrag mit der Stadt zu einem Energie- und CO_2-Einsparziel. Durch ein jährliches Monitoring wird die Zielerreichung überprüft. Die Netzwerklaufzeit beträgt vier Jahre. Darüber hinaus führt die Mainova AG ein Business-Energieeffizienznetzwerk durch.

Das Projekt **ÖKOPROFIT®** vom Energiereferat unterstützt Betriebe beim Einstieg ins Umweltmanagement. Obwohl sich das Programm eher an kleinere und mittlere Unternehmen aus dem Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen richtet, haben auch Betriebe aus dem produzierenden Gewerbe teilgenommen. Unternehmen haben die Möglichkeit, Beratung in Anspruch zu nehmen und sich in Workshops auszutauschen.

Zustand

Tendenz

Mehr zum Thema

Umweltmanagementsysteme, S. 142

Kommunale Klimaschutzkonzepte, S. 154

Weitere Informationen

Energiereferat Stadt Frankfurt am Main, **www.frankfurt.de/energiereferat**

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.03.2012, § 1288, Frankfurt am Main – 100 % erneuerbare Energie!, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

Energieproduktivität

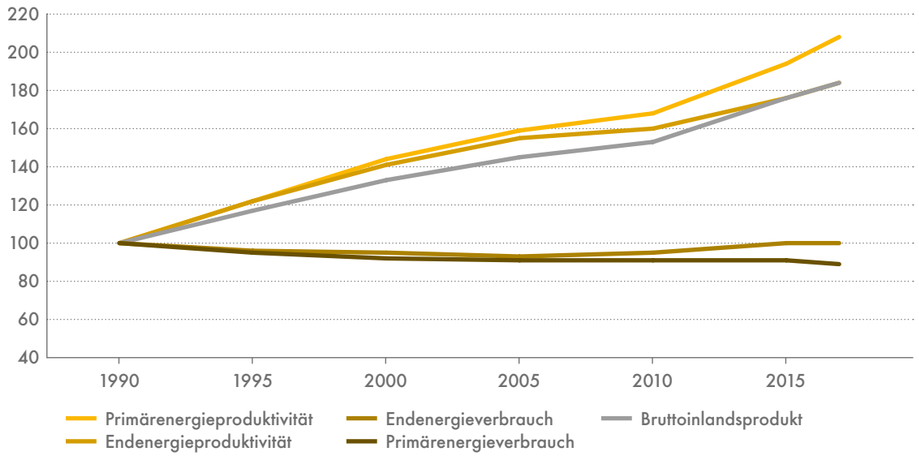
Die Energieproduktivität ist ein Maß dafür, wie viele Geldeinheiten wirtschaftlicher Leistung pro Einheit eingesetzter Energie erzeugt werden. Dafür werden der Primärenergieverbrauch (PEV) und der Endenergieverbrauch (EEV) ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gesetzt. Eine steigende Energieproduktivität kann zu einem geringeren Energieverbrauch und sinkendem Treibhausgasausstoß bei gleicher Wirtschaftsleistung beitragen. Die Aussagekraft des Indikators für Frankfurt am Main ist beschränkt, da sich die Energieproduktivität aufgrund rein struktureller Effekte verändert hat, nämlich durch den Wandel der Wirtschaftsstruktur von energieintensiver Industrie hin zu mehr Dienstleistungen. Das führt automatisch zu einer höheren Energieproduktivität, weil weniger Energie für die Erbringung wirtschaftlicher Leistung benötigt wird. Wichtig ist daher, den Endenergieverbrauch abzusenken, damit die lokalen erneuerbaren Energie- und Abwärmequellen den Wärme- und Energieverbrauch der Stadt decken können.

Der Indikator zeigt die Primärenergieproduktivität und die Endenergieproduktivität in Frankfurt.

Ziel

Für den Indikator Energieproduktivität gibt es kein definiertes Ziel in Frankfurt. Für die Senkung des Endenergieverbrauchs ist das Ziel, den Energieverbrauch um 50 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Verbrauch im Basisjahr 2010 zu reduzieren.[1]

Primärenergieverbrauch und Endenergieverbrauch in Frankfurt am Main im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 1990 bis 2017 inklusive Verkehr, ohne Flugbewegungen, in Prozent



Datengrundlage: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Energie- und CO_2-Bilanz für Frankfurt, erstellt vom Institut für Energie und Umwelt Heidelberg; Primärenergiefaktoren: Globales Emissions-Modell Integrierter Systeme (GEMIS) 4.94 und Institut für Energie und Umwelt Heidelberg

Entwicklung und Einflussfaktoren

Primärenergie ist die benötigte Energiemenge, die mit den natürlich vorkommenden Energieformen beziehungsweise Energiequellen – etwa aus Kohle, Gas und Öl oder von Sonne und Wind – zur Verfügung steht. Die Primärenergieproduktivität in Frankfurt hat sich von 1990 bis 2017 von einem Euro pro Kilowattstunde auf mehr als zwei Euro pro Kilowattstunde verdoppelt. Grund für die deutliche Steigerung der Primärproduktivität ist insbesondere der Strukturwandel von energieintensiver Industrie auf Dienstleistungen.

Der Primärenergieverbrauch ist zwischen 1990 und 2017 um 11 Prozent gesunken. Der Rückgang ist auf eine Verbesserung des Primärenergiefaktors für Strom und eine Verschiebung zu mehr Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplung im Wärmemarkt von 34 Prozent im Jahr 2000 auf 50 Prozent im Jahr 2017 zurückzuführen.

Endenergie wird aus den Primärenergieträgern gewonnen. Dabei wird Primärenergie transportiert beziehungsweise umgewandelt, damit sie nutzbar wird, beispielsweise als Strom, Brenn- oder Kraftstoffe. Der EEV für Strom ist so um den Effekt des eingesetzten Energieträgermix mit unterschiedlichen Kraftwerkstypen und Wirkungsgraden bereinigt. Die Endenergieproduktivität in Frankfurt ist von 1 Euro pro Kilowattstunde im Jahr 1990 auf rund 1,9 Euro pro Kilowattstunde 2017 gestiegen und der Endenergieverbrauch ist zwischen 1990 und 2017 – ohne den Effekt der Verbesserung des Primärenergiefaktors für Strom und dem höheren Fernwärmeanteil – mit leichten Schwankungen nahezu unverändert geblieben.

Dem Ziel, den Energieverbrauch von 2010 bis 2050 zu halbieren, ist die Stadt bisher nicht nähergekommen. Von 2010 bis 2017 ist vielmehr eine Steigerung um fünf Prozent dokumentiert. Der Zustand der Energieproduktivität wird daher als schlecht bewertet, da der Anstieg der Produktivität nicht auf Energieeinsparungen und Effizienz zurückzuführen ist. Die Entwicklung in Frankfurt folgt der auf Bundesebene: Auch national bleibt man hinter den gesteckten Einsparzielen zurück.

Der Anstieg der Energieproduktivität ist aber generell positiv zu bewerten und daher wird die Tendenz positiv beurteilt.

Konzepte und Netzwerke

Energiekonzepte in der Bauleitplanung

Durch die Energiekonzepte, die im Rahmen der Bebauungsplanverfahren durchgeführt wurden, konnten fast alle Neubaugebiete in Frankfurt an umweltschonende Fernwärmeversorgungen angeschlossen werden. Darüber hinaus konnte durch die Beratung der Investoren und gezielte Förderprogramme der Stadt oft ein energetischer Standard deutlich unterhalb der gesetzlichen Vorgaben erreicht werden. Damit konnte der Anstieg des Energieverbrauchs abgemildert werden. Die wärmetechnische Sanierung von Gebäuden hat zu einer deutlichen Einsparung geführt. Der Wärmeverbrauch der privaten Haushalte sank trotz eines Bevölkerungsanstiegs von 18 Prozent um 21 Prozent.

Netzwerke in Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen

Die Maßnahmen Energieeffizienznetzwerke und ÖKOPROFIT® adressieren den Energiebedarf und CO_2-Ausstoß im Sektor Industrie und Netzwerke in Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen. Die Unternehmen, die sich daran beteiligen, setzen Energieeffizienzsteigerungen schneller um als der Branchendurchschnitt, der nur die Energiemanagementsysteme (beispielsweise ISO 50001) umsetzt beziehungsweise umsetzen muss. Seit Beginn der ÖKOPROFIT®-Runden im Jahr 2007 haben sich in Frankfurt 91 Unternehmen an diesem Programm beteiligt. 2017 lag die CO_2-Einsparung der ÖKOPROFIT®-Betriebe bei knapp 8.000 Tonnen pro Jahr. Das Energieeffizienznetzwerk mit industriellen Partnern läuft seit 2015 und ist 2019 in die zweite Runde gestartet. In der ersten Runde wurden die CO_2-Emissionen der Unternehmen um 14.000 Tonnen reduziert.

Weitere Informationen

Energiereferat Stadt Frankfurt am Main, **www.frankfurt.de/energiereferat**

Zustand

Tendenz

Mehr zum Thema

Endenergieverbrauch der Industrie, S. 70

Umweltmanagementsysteme, S. 142

CO_2-Ausstoß, S. 152

Kommunale Klimaschutzkonzepte, S. 154

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 24.09.2015, § 6320, Masterplan 100 % Klimaschutz – Frankfurt am Main – Generalkonzept 2015, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

Anteil erneuerbarer Energien

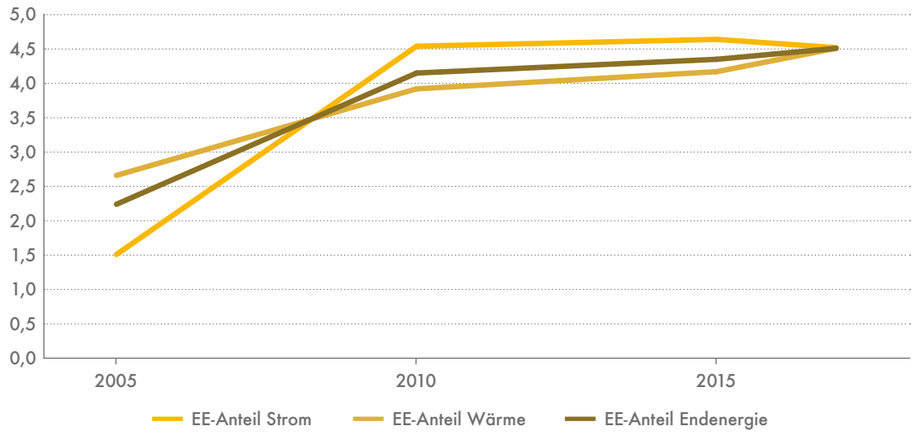
Erneuerbare Energien wie Solar- oder Windenergie werden aus regenerativen Quellen gewonnen. Regenerative Quellen stehen stets zur Verfügung oder erneuern sich kontinuierlich. Anders als fossile Brennstoffe wie Erdöl oder Braunkohle sind sie nicht eines Tages aufgebraucht. Die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch ist ein wichtiger Maßstab für das Fortschreiten der Energiewende. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist die Reduzierung des Energieverbrauchs für Strom und Wärme – vor allem im Winter, wenn die Sonne wenig zur Deckung des Energiebedarfs beiträgt und Wärme zur Beheizung von Wohnungen, Büros und Fabriken benötigt wird – wichtig. Die Wärmewende, das heißt die Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien, ist eine lokale Aufgabe und deshalb die entscheidende Fragestellung für eine Stadt wie Frankfurt.

Der Indikator zeigt den Anteil erneuerbarer Energie am Energieverbrauch in Frankfurt sowie die Anteile von erneuerbarem Strom und erneuerbarer Wärme an der gesamten Strom- und Wärmeversorgung.

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 ihren gesamten Energieverbrauch durch erneuerbare Energien zu decken.[1]

Anteil erneuerbarer Energie (EE) am Energieverbrauch von Frankfurt am Main von 2005 bis 2017 in Prozent



Datengrundlage: Energiereferat Stadt Frankfurt am Main; Energie- und CO_2-Bilanz für Frankfurt, erstellt vom Institut für Energie und Umwelt Heidelberg

Entwicklung und Einflussfaktoren

Seit 2010 sind im Frankfurter Stadtgebiet eine Stagnation des Anteils von erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung und eine marginale Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien an der Wärmeerzeugung zu beobachten.

Zwischen 2005 und 2010 stieg der Anteil der erneuerbaren Energieerzeugung in Frankfurt. In diesem Zeitraum gingen ein Biomasse-Heizkraftwerk für einen Industriepark in Fechenheim und ein Biogas-Blockheizkraftwerk im Industriepark Höchst ans Netz. Darüber hinaus wurden Blockheizkraftwerke in der Nahwärmeversorgung auf Biomethan umgestellt. Dadurch konnte der Anteil erneuerbarer Energie am Stromverbrauch von 1,5 auf 4,5 Prozent verdreifacht werden. Dieser Wert ist seitdem bei steigendem Gesamtstromverbrauch nahezu konstant. 2017 setzte sich der Mix aus erneuerbarem Strom zu 83 Prozent aus Biomasse, zu 8 Prozent aus Wasser und zu 9 Prozent aus Solarenergie zusammen. Damit ist laut einer Studie des Landes Hessen das Biomasse-Potenzial der Stadt nahezu erschöpft. Stromerzeugung aus Wind ist auf dem Frankfurter Stadtgebiet wegen des Flughafens nicht möglich.

Im Wärmesektor zeigt sich ein ähnliches Bild: Der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung hat sich von 2005 bis 2017 von 2,7 Prozent auf 4,5 Prozent erhöht. Der Energiebedarf im Wärmesektor ist in diesem Zeitraum nahezu konstant geblieben, obwohl die Bevölkerung um rund 18 Prozent gestiegen ist. Der Anteil von Biomasse an der erneuerbaren Wärmeerzeugung liegt bei 95 Prozent. Die übrigen 5 Prozent werden durch solarthermische Anlagen erzeugt. Die Biomasse-Wärmeerzeugung wird von zwei Anlagen dominiert: der Klärschlammverbrennung im Industriepark Höchst und der Müllverbrennung (biogener Anteil) in der Nordweststadt.

Projekte, Maßnahmen und Konzepte

Im Masterplan 100 % Klimaschutz kommt der lokalen Stromproduktion mit **Photovoltaikanlagen** (PV-Anlagen) eine große Bedeutung zu: 20 Prozent des Strombedarfs sollen 2050 durch Photovoltaik erzeugt werden. Die Stadt hat Hemmnisse für den Ausbau identifiziert und zum Teil eine suboptimale Dimensionierung von PV-Anlagen festgestellt. Auf Bundes- und Landesebene können die übergeordneten Hemmnisse durch gezielte Lobbyarbeit beseitigt werden.

Im Rahmen des **EU-geförderten Projektes Hotmaps** wird eine Strategie zur Dekarbonisierung des Wärmesektors für Frankfurt entwickelt. Hauptbestandteile sind der Ausbau der Fernwärme unter Nutzung der Abwärmepotenziale sowie die deutliche Reduzierung des Wärmebedarfs der Gebäude.

Auf Bebauungsplanebene und im Rahmen der integrierten Stadtentwicklungskonzepte wurden **Energiekonzepte für die Wärme- und Stromversorgung durch erneuerbare Energien** erstellt, die durch die nationale Klimaschutzinitiative gefördert wurden. Die Konzepte zeigen, dass es schon jetzt für Neubaugebiete möglich ist, den Anteil der erneuerbaren Energien und/oder der Abwärme an der Energieversorgung für Wärme, Strom und Mobilität auf 60 bis 70 Prozent zu steigern.

Weitere Informationen

Energiereferat Stadt Frankfurt am Main, **www.frankfurt.de/energiereferat**

Stadt Frankfurt am Main, Masterplan 100 % Klimaschutz, **www.frankfurt.de/masterplan-klimaschutz**

Zustand

Tendenz

Mehr zum Thema

Installierte Leistung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften, S. 76

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.03.2012, § 1288, Frankfurt am Main – 100 % erneuerbare Energie!, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

Installierte Leistung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften

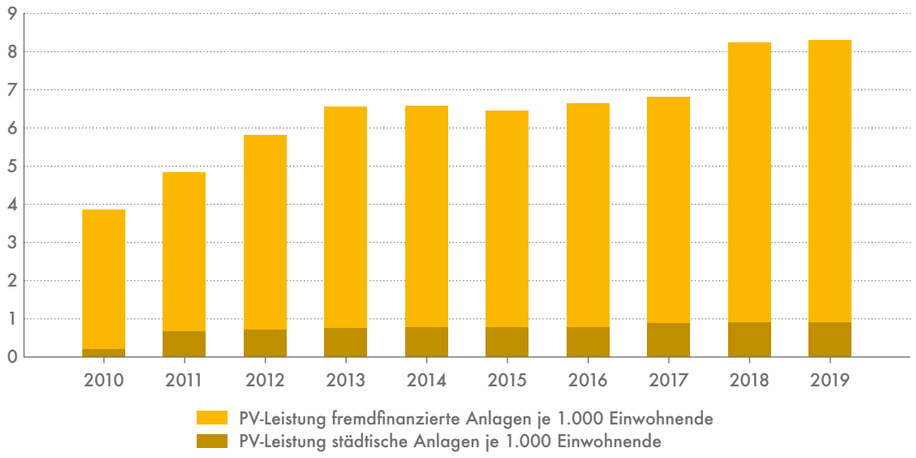
Als erneuerbare Energien werden Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen. Hierzu zählen unter anderem Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie Geothermie. Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine dezentrale Bereitstellung aus. Das heißt, Energie wird vermehrt durch ein dezentrales Netz an Anlagen produziert. Ziel sollte sein, von der dezentralen zur verteilten Energieerzeugung zu kommen. Das heißt, dass der erzeugte Strom dann auch direkt in den Liegenschaften oder Gebäuden genutzt wird. Hierfür bietet das städtische Umfeld ideale Voraussetzungen. Kommunen können nicht nur die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern, sondern auch selbst als Investor tätig werden und damit den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben. In Frankfurt am Main ist aufgrund der spezifischen Standortfaktoren Sonnenenergie, die durch Photovoltaikanlagen erzeugt wird, besonders relevant. Die Leistung von Photovoltaikanlagen wird in Kilowatt$_{peak}$ gemessen. Die Einheit Kilowatt$_{peak}$ stellt die durchschnittliche Leistung einer Anlage dar. Eine Anlage mit einem Wert von einem Kilowatt$_{peak}$ kann im Jahr etwa 1.000 Kilowattstunden Strom erzeugen.

Der Indikator zeigt die installierte Leistung von Photovoltaikanlagen je 1.000 Einwohnende auf kommunalen Liegenschaften der Stadt Frankfurt. Es wird nach Anlagen unterschieden, die durch die Kommune oder durch Investoren finanziert werden.

Ziel

Es ist das Ziel, dass bei allen Neubauten und Dachsanierungen die durch Photovoltaik größtmöglich erreichbare Stromerzeugungsleistung auf stadteigenen Dächern installiert und in Betrieb genommen wird.[1]

Installierte Leistung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften von 2010 bis 2019 je 1.000 Einwohnende in Kilowatt$_{peak}$



Datengrundlage: Amt für Bau und Immobilien Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

Seit Anfang der 90er Jahre fördert die Stadt Frankfurt Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen auf städtischen Liegenschaften, um einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele zu leisten. 1990 wurden die ersten drei städtischen Photovoltaikanlagen auf den Liegenschaften Kinderzentrum Melibocusstraße (KiZ 121), Sport- und Freizeitzentrum Kalbach und Werner-von-Siemens-Schule gebaut. 2000 kamen die ersten fremdfinanzierten Anlagen auf Dächern städtischer Liegenschaften hinzu. Seitdem stieg die Anzahl installierter Anlagen stetig. Waren 2010 insgesamt 35 Anlagen mit einer Leistung von 2.557 Kilowatt$_{peak}$ auf Liegenschaften der Stadt Frankfurt installiert, waren es 2019 bereits 78 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von 6.356 Kilowatt$_{peak}$ auf Dächern. Leistung und Anzahl der Photovoltaikanlagen haben sich damit mehr als verdoppelt. Umgerechnet auf 1.000 Einwohnende stieg die Leistung von rund 3,9 Kilowatt$_{peak}$ auf etwa 8,4 Kilowatt$_{peak}$.

Von den 78 installierten Anlagen waren im Jahr 2019 33 Anlagen mit einer elektrischen Gesamtleistung von 684 Kilowatt$_{peak}$ im Betrieb der Stadt. Hinzu kommen 45 fremdfinanzierte Anlagen auf städtischen Liegenschaften, die mit insgesamt 5.672 Kilowatt$_{peak}$ den Großteil der Leistung ausmachen. Hier wären beispielhaft die Photovoltaikanlagen der sechs Modulbaukitas zu erwähnen, auf deren Dächern insgesamt 180 Kilowatt$_{peak}$ installiert wurden. 2019 wurden mit den Anlagen im Ganzen 194.000 Kilowattstunden erzeugt, was im Durchschnitt 32.300 Kilowattstunden pro Kita und Kalenderjahr entsprach. Die fremdfinanzierten Anlagen werden von Investoren wie der Mainova AG, AHS Solar GmbH & Co. KG und der Sonneninitiative e. V. finanziert. Der Betrieb wird über Dachnutzungsverträge geregelt.

Die gesamte erzeugte Strommenge 2019 von circa 6.400 Megawattstunden aller auf städtischen Gebäuden installierten PV-Anlagen entspricht circa 4 Prozent des in den kommunalen Einrichtungen verbrauchten Stroms von 155.000 Megawattstunden.

Maßnahmen

Ein wichtiger Meilenstein, um die installierte Photovoltaikleistung zu steigern, war der Beschluss § 2365 *Fotovoltaikpotenziale in Frankfurt – mehr Tempo und neue Impulse bei der Nutzung der städtischen Dachflächen* der Stadtverordnetenversammlung vom 1. März 2018. Mit dem Beschluss möchte die Stadt ihrer Vorbildfunktion beim Ausbau der erneuerbaren Energien und beim Klimaschutz weiter gerecht werden und die Installation von Photovoltaikanlagen forcieren. Nach dem Beschluss muss seit 2018 bei allen Neubauten und Dachsanierungen auf stadteigenen Dächern sowie auf Dächern städtischer und stadtnaher Gesellschaften die größtmögliche Stromerzeugungsleistung installiert und in Betrieb genommen werden, die durch Photovoltaik erreichbar ist. Die Wirtschaftlichkeit soll im Einzelfall geprüft werden, um zu entscheiden, ob die Anlagen von der Stadt selbst oder von Investoren finanziert werden.
www.stvv.frankfurt.de/parlis

Zustand



Tendenz



Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Energiemanagement, **https://energiemanagement.stadt-frankfurt.de**

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.03.2018, § 2365, Fotovoltaikpotenziale in Frankfurt – mehr Tempo und neue Impulse bei der Nutzung der städtischen Dachflächen, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

SDG 8
Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.

Arbeit und Wirtschaftswachstum tragen maßgeblich zur Bekämpfung von Armut bei. Die Förderung eines nachhaltigen Wachstums, einer grünen Wirtschaft und das Schaffen von genügend Arbeitsplätzen, unter Achtung der Menschenrechte und der planetaren Grenzen, sind sowohl für Länder des Globalen Südens als auch für Länder auf der Nordhalbkugel bedeutend. SDG 8 zielt auf Wirtschaftswachstum und die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen ab. Das Ziel fordert ferner ein nachhaltiges und umweltverträgliches Wirtschaftswachstum.

Der Indikator Bruttoinlandsprodukt zeigt die Veränderung der Wirtschaftsleistung in Frankfurt.

Der Indikator Branchenstruktur gibt einen Überblick über die Verteilung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die unterschiedlichen Branchen und zeigt, welche Branchen Arbeitsplätze bieten und wie sich die sektorale Zusammensetzung entwickelt.

Die Indikatoren Beschäftigungsquote, Aufstocker und Langzeitarbeitslosenquote geben Einblicke in die Beschäftigungssituation der in Frankfurt am Main lebenden Personen im Erwerbsalter.

Der Indikator nachhaltiger Tourismus zeigt, inwieweit die Tourismus- und Kongressbranche Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt und so zu einem Wandel hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum beiträgt.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord/Seckbach
- Umweltforum Rhein-Main e. V.
- Frankfurter Arbeitsmarktprogramm

Indikator Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person

Indikator Branchenstruktur

Indikator Beschäftigungsquote

Indikator Aufstocker

Indikator Langzeitarbeitslosenquote

Indikator nachhaltiger Tourismus



Beispielgebendes Projekt

Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord/Seckbach

Auf Anregung der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2012 und in der Folge umfassender Vorarbeiten durch das Stadtplanungsamt wurde ein nachhaltiges Gewerbegebiet als dezernatsübergreifendes Pilotvorhaben etabliert. Zentraler Baustein war ab 2016 die Einrichtung eines Standortmanagers durch die Wirtschaftsförderung. Flankiert wurde dies ab 2017 durch einen Klimaschutzmanager des Energiereferats. Das Gebiet im Frankfurter Osten umfasst 186 Hektar und wird gemeinsam mit den ansässigen Unternehmen zu einem Zukunftsstandort weiterentwickelt, der Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit, gesellschaftlichen Mehrwert und Innovation in Einklang bringt. Im Sinne der Nachhaltigkeitskriterien der Vereinten Nationen thematisiert das nachhaltige Gewerbegebiet die SDGs 7, 8, 9, 11 und 13. Im Rahmen des Projekts wurden sechs Hauptziele definiert, die mit den Projektpartnerinnen und -partnern aus der Wirtschaftsförderung, der städtischen Verwaltung und den Unternehmen vor Ort umgesetzt werden sollen:

1. Klimaneutraler Standort: Reduzierung des CO_2-Ausstoßes und Steigerung des Grünflächenanteils.
2. Eine aktive und vernetzte Unternehmerschaft wird in Form der Standortinitiative Frankfurter Osten Nachhaltig (FFN) e. V. etabliert.
3. Mittels Glasfaserausbau sollen die Produktivität des Areals erhöht und die Attraktivität für Neuansiedlungen verbessert werden.
4. Die alten Industriestraßen sollen saniert und unter anderem für Fahrradpendlerinnen und -pendler attraktiver werden.
5. Eine bauliche Entwicklung soll die Attraktivität des Areals steigern.
6. Die Entwicklung des nachhaltigen Gewerbegebiets soll Beispiel für weitere Standorte sein.

www.frankfurter-osten.de

Beispielgebende Projekte

Umweltforum Rhein-Main e. V.

Das Umweltforum Rhein-Main e. V. (UFO RM e. V.) ist ein regionales Nachhaltigkeitsnetzwerk mit rund 170 Unternehmen und Institutionen.

Im Sinne der *Lokalen Agenda 21* führt es als Frankfurter Verein seit über 20 Jahren die Interessen von Kommunen, Unternehmen, Institutionen und Fachleuten in Frankfurt und der Region Rhein-Main zusammen. Seine Aufgabe ist es, Aktivitäten zu bündeln, Wissenstransfer zu ermöglichen und effektive Maßnahmen anzustoßen. Themenschwerpunkte sind unter anderem die Erzeugung und Vermarktung von Biolebensmitteln, nachhaltiges Bauen, Solarenergie, Lernpartnerschaften in Schulen, Nachhaltigkeit sportlich umsetzen, betrieblicher Umweltschutz oder umweltfreundliche Mobilität. Bei Unternehmensbesuchen werden nachhaltige Geschäftsmodelle, umgestellte Betriebsabläufe sowie innovative Ideen vorgestellt und besichtigt und ein Austausch vor Ort ermöglicht. Darüber hinaus werden Fachveranstaltungen für Mitglieder und Nichtmitglieder angeboten und via Newsletter und Homepage wird über aktuelle Themen informiert. Der Verein, der politisch unabhängig ist, bringt wichtige Themen in regionale Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse ein.

Die Stadt Frankfurt am Main ist Initiator und langjähriges Mitglied im Verein.

www.umweltforum-rhein-main.de

Frankfurter Arbeitsmarktprogramm

Grundlage für die Aktivitäten im Bereich der kommunalen Beschäftigungsförderung ist das Frankfurter Arbeitsmarktprogramm (FRAP). Grundsätzlich definiert das FRAP eine rechtskreisübergreifende Strategie, um den Herausforderungen des Arbeitsmarktes zu begegnen. Es sieht sich als Ergänzung der Angebote der (vorrangig) zuständigen Rechtsträger des SGB II und SGB III. Mit den Förderangeboten sollen vor allem die Personen angesprochen werden, für die die dortigen Angebote nicht zielführend sind. In der Regel handelt es sich dabei um Menschen, die aufgrund ihrer multiplen Problemlagen eine längerfristig angelegte Unterstützung brauchen. Indem sich das FRAP im Sinne der Armutsprävention öffnet und die Menschen einbezieht, die dem Arbeitsmarkt bislang nicht zur Verfügung standen oder die in prekären Verhältnissen leben, dient es auch der Erhaltung des sozialen Friedens in der Stadt. Zielgruppen des FRAP sind

- erwerbsfähige, nicht erwerbstätige Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss oder ohne Berufsausbildung,
- erwerbsfähige, nicht erwerbstätige Erwachsene im SGB II-Leistungsbezug,
- erwerbstätige Erwachsene in prekären Arbeitsverhältnissen und/oder mit ergänzendem ALG II-Bezug,
- (nicht) dauerhaft voll erwerbsgeminderte Erwachsene im SGB XII-Leistungsbezug,
- erwerbsfähige, nicht erwerbstätige Personen mit Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und
- erwerbsfähige, nicht erwerbstätige Erwachsene (Berufsrückkehrerinnen).

Über alle Zielgruppen hinweg wird berücksichtigt, dass für (allein-)erziehende Mütter Förderangebote, insbesondere Ausbildungsangebote, auch in Teilzeit angeboten werden.

www.agentur.frap-server.de





8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, definiert als Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen und Importe. Auf kommunaler Ebene misst das BIP die Bruttowertschöpfung, die innerhalb einer Kommune stattfindet. Bezogen auf die Erwerbstätigenzahl, liefert der Indikator somit wichtige Hinweise zum Lebensstandard.

Das BIP auf Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten genau zu bestimmen, ist schwierig. Die Zahlen basieren auf Schätzungen und können somit fehlerbehaftet sein. Datengrundlage für diesen Indikator stellen Ergebnisse des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder dar, dem die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages angehören.

Der Indikator beschreibt das Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person in Frankfurt.

Ziel

Es gibt für das BIP kein Ziel auf kommunaler Ebene, da das Grundgesetz ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum als Aufgabe von Bund und Ländern definiert. Die Stadt Frankfurt am Main möchte die Wirtschaftskraft halten und stärken.

Entwicklung und Einflussfaktoren

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen stieg von 2010 bis 2017 von 93.601 auf 98.681 Euro je erwerbstätige Person an. Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt – das heißt, die Inflationsrate wird herausgerechnet –, kommt man zu einem realen jährlichen Wachstum von durchschnittlich 0,1 Prozent.[1] Die Bruttowertschöpfung in Frankfurt ist bereits auf einem sehr hohen Niveau und die Schwankungen der Wachstumsraten stellen in erster Linie Konjunkturzyklen dar. Dennoch lässt das Bruttoinlandsprodukt, das in Frankfurt im bundesweiten Vergleich sehr hoch ist, Rückschlüsse auf einen hohen Lebensstandard in Frankfurt zu.

Der Magistrat kann mit der Wirtschaftsförderung das lokale Bruttoinlandsprodukt geringfügig beeinflussen. Die Wirtschaftsförderung in Frankfurt hilft bei der Ansiedlung neuer Unternehmen und unterstützt ansässige Unternehmen bei ihrer Modernisierung oder Ausweitung innerhalb Frankfurts. Insofern versucht die Stadt Frankfurt, die Wirtschaftskraft zu halten und zu stärken.

Ein steigendes BIP und Wirtschaftswachstum gehen häufig mit einem steigenden Rohstoffeinsatz und Energieverbrauch einher, was gegenläufig zu ökologischen Aspekten der Nachhaltigkeit ist, da dadurch beispielsweise das Klima belastet wird. Die Betrachtung des BIPs sollte daher durch Indikatoren wie Energieproduktivität ergänzt werden, welche die erzeugte Wertschöpfung im Verhältnis zum Mitteleinsatz betrachten. Steigt das BIP und sinkt dabei der Einsatz von Rohstoffen und Energie, spricht man von grünem Wachstum. Langfristig muss ein grünes Wachstum anvisiert werden, um die Quellen- und Senkenfunktion der Umwelt durch den Rohstoff- und Energieeinsatz nicht zu überlasten. Das heißt, für Produktion und Konsum dürfen nicht mehr Ressourcen genutzt werden, als Ökosysteme bereitstellen können, und nicht mehr Abfälle und Treibhausgase entstehen, als Ökosysteme aufnehmen können.

Mehr zum Thema

Energieproduktivität, S. 72

Kommunale Klimaschutzkonzepte, S. 154

Weitere Informationen

Wirtschaftsförderung Frankfurt, **www.frankfurt-business.net**

98.681 Euro

beträgt das Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person.

[1] Datengrundlage: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Hessisches Statistisches Landesamt.

Branchenstruktur

Die Branchenstruktur zeigt die sektorale Zusammensetzung der Volkswirtschaft. Sie kann anhand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in einer Branche arbeiten, dargestellt werden. Der Indikator liefert Kontextinformationen darüber, welche Sektoren beziehungsweise Branchen für die Stadt Frankfurt am Main relevant sind und Arbeitsplätze bieten. Die Branchenstruktur eignet sich darüber hinaus, um den Strukturwandel, das heißt die Verschiebungen zwischen den drei Sektoren

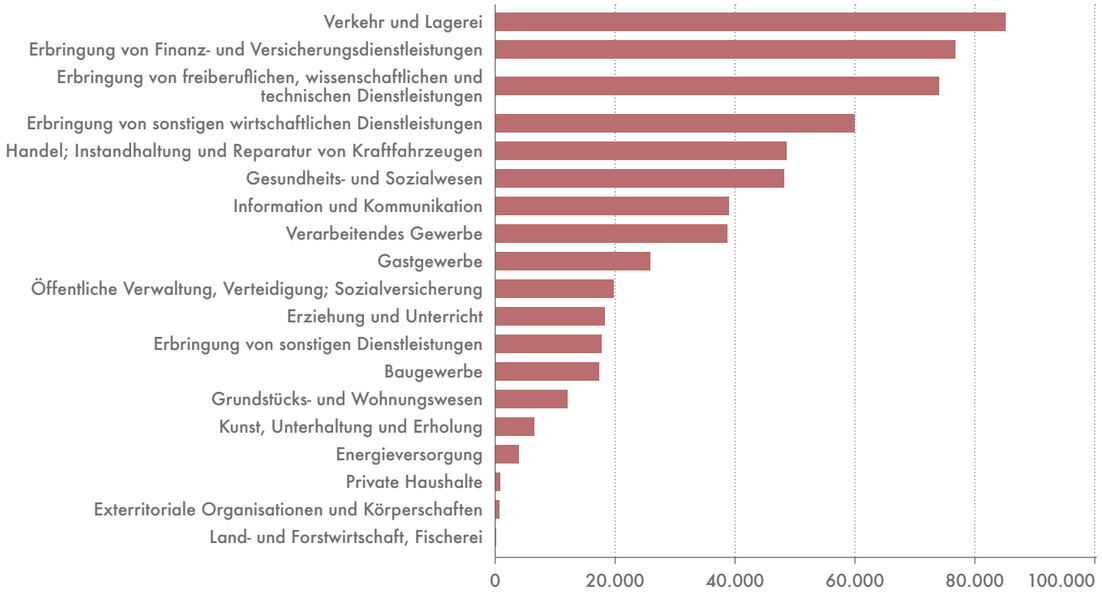
- Land-, Forstwirtschaft, Fischerei,
- produzierendes Gewerbe sowie
- Dienstleistungssektor, darzustellen.

Der Indikator beschreibt die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftsabschnitten in Frankfurt.

Ziel

Nach dem Prinzip, die vorhandenen Stärken und gewachsenen Strukturen zu nutzen und auszubauen, stehen für Bestandspflege wie auch die Ansiedlung folgende Branchen im Fokus der Wirtschaftsförderung: Logistik & Mobilität, Finance, Consulting, IT & Telekommunikation, Industrie & Life Sciences sowie Kreativwirtschaft.

Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsabschnitten am Arbeitsort Frankfurt am Main im Jahr 2018



Datengrundlage: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Entwicklung und Einflussfaktoren

Frankfurt genießt Weltruf als europäisches Finanzzentrum, hoch vernetzte Verkehrs- und Distributionsdrehscheibe und internationaler Messe- und Handelsplatz. Die Stadt ist als Standort international agierender Dienstleistungsunternehmen Teil einer hoch entwickelten Volkswirtschaft. Dies spiegelt sich auch in der Branchenstruktur wider, die von den Branchen *Verkehr und Lagerei* und *Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen* angeführt wird.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Frankfurt ist von 2010 bis 2018 im Vergleich zum Bevölkerungswachstum überproportional von 495.339 auf 596.722 Personen gestiegen.[1] Im Jahr 2018 waren

- 140 Personen (0,02 Prozent) im primären Sektor (Land-, Forstwirtschaft, Fischerei),
- 62.573 Personen (10 Prozent) im sekundären Sektor (produzierendes Gewerbe) und
- 534.008 Personen (89 Prozent) im tertiären Sektor (Dienstleistungen) beschäftigt.

Der wirtschaftliche Strukturwandel ist ein regelhafter Prozess, der sich durch Globalisierung und Digitalisierung beschleunigt. Faktoren wie Technologie, Standort- und Kostenvorteile andernorts, Verfügbarkeit von Fachkräften sowie Baulandpreise wirken sich auf den Strukturwandel aus und führen zu Verschiebungen zwischen den Branchen. Die Wirtschaftsförderung Frankfurt beobachtet, ob es Tendenzen und Entwicklungen gibt, die von den Marktkräften nicht kompensiert werden. Werden solche Entwicklungen beobachtet, arbeitet die Stadt mit ihren sozialen Trägerorganisationen und den zuständigen Landes- und Bundesbehörden zusammen, um abfedernde Maßnahmen zu ergreifen.

Der sekundäre Sektor hat in den letzten Jahrzehnten deutlich an Bedeutung verloren. Der Abbau wurde mit Sorge betrachtet, da das produzierende Gewerbe eine hohe Wertschöpfung generiert. In Frankfurt wurden daher verschiedene Programme umgesetzt, um den Erhalt des sekundären Wirtschaftssektors zu fördern. Seit 2016 gibt es ein Kompetenzzentrum Industrie bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt, das alle Maßnahmen und Teilprojekte in diesem Bereich koordiniert und vorantreibt.

Maßnahmen und Projekte

Der **Masterplan Industrie** wurde 2016 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen (§ 6727) und stellt als breit strukturierter und langfristig angelegter Prozess eines der zentralen strukturpolitischen Projekte der Stadt dar, um Frankfurt als Wirtschaftsstandort zu stärken. Der Masterplan wird vom Kompetenzzentrum Industrie der Wirtschaftsförderung koordiniert.
www.frankfurt-business.net
➜ Masterplan Industrie

Das Kompetenzzentrum Kreativwirtschaft **Creative Hub Frankfurt** der Wirtschaftsförderung Frankfurt ist Anlaufstelle für Belange von Unternehmen und Akteuren der Kreativwirtschaft. Das Kompetenzzentrum unterstützt und berät Akteure und Unternehmen bedarfsorientiert, fungiert als Netzwerkknoten und fördert den Kreativstandort Frankfurt.
www.creativehubfrankfurt.de

Das **Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie (FiZ)** ist ein Technologiezentrum, das in Public Private Partnership betrieben wird. Es bietet kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie eine Basis für Innovation und Wachstum.
www.fiz-biotech.de

Weitere Informationen

Wirtschaftsförderung Frankfurt, **www.frankfurt-business.net**

[1] Für eine Person gab es keine Angaben zum Wirtschaftsabschnitt.

Beschäftigungsquote

Eine Erwerbstätigkeit sichert die wirtschaftliche und soziale Inklusion. Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im Erwerbsalter von 15 bis unter 65 Jahren an. Je höher die Beschäftigungsquote, umso höher ist der Anteil der Personen im Erwerbsalter, die nicht auf Arbeitslosengeld (Versicherungsleistung nach dem SGB III) oder Arbeitslosengeld II (SGB II) angewiesen sind.[1] Hierbei schließen sich eine Erwerbstätigkeit und der Bezug von Arbeitslosengeld II nicht aus, auch wenn die allermeisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne ergänzende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende auskommen.

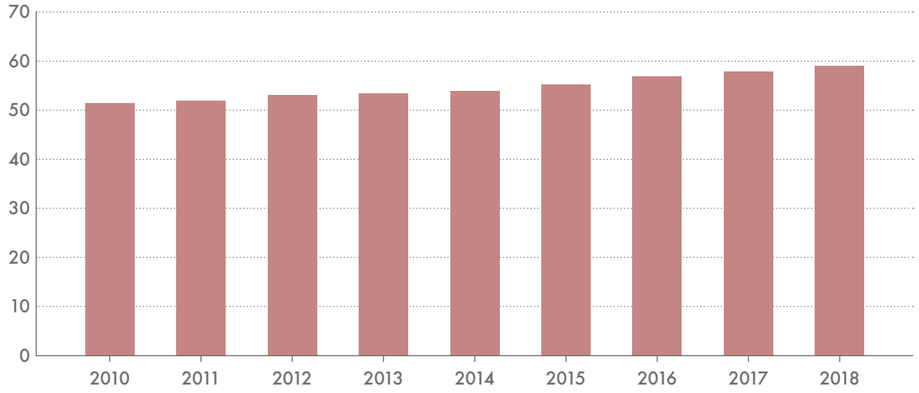
Mehr zum Thema
Aufstocker, S. 88

Der Indikator gibt die Beschäftigungsquote der Einwohnerinnen und Einwohner in Frankfurt am Main an.[2]

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main ist bestrebt, allen Menschen zu ermöglichen, einer Beschäftigung nachzugehen, ohne dass hierdurch andere Nachhaltigkeitsziele gefährdet werden.

Beschäftigungsquote in Frankfurt am Main von 2010 bis 2018 in Prozent



Datengrundlage: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

2018 lag die Zahl der am Arbeitsort Frankfurt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 597.000. Von den am Wohnort Frankfurt lebenden Personen im Erwerbsalter waren 2018 rund 309.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigt, von denen rund 99.000 außerhalb Frankfurts arbeiteten, also Auspendlerinnen und Auspendler waren. Von den 597.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kamen 376.000 von außerhalb, waren also Einpendlerinnen und Einpendler. Damit wurde lediglich ein gutes Drittel der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Frankfurt von Personen besetzt, die auch in der Stadt wohnten. Der Anstieg der Zahl der Beschäftigten kommt daher nur zu einem Teil den in Frankfurt wohnenden Erwerbspersonen zugute. So stieg von 2016 bis 2018 die Zahl der in Frankfurt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 37.000, während sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einpendlerinnen und Einpendler um rund 21.000 vergrößerte, die Zahl der Arbeitslosen aber nur um rund 2.000 Personen zurückging.

Die gute konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich in der seit 2010 gestiegenen Beschäftigung wider: Im Jahr 2010 betrug der Anteil aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 51 Prozent. 2018 waren es 59 Prozent. Die Beschäftigungsquote ist von 2010 bis 2018 von Jahr zu Jahr gestiegen. Die Arbeitslosenquote sank im selben Zeitraum von 7,4 auf 4,9 Prozent. Der Anstieg der Beschäftigungsquote ist hierbei nicht auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit zurückzuführen: Während die Zahl der Arbeitslosen von 2010 bis 2018 um knapp 6.000 Personen zurückging, stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 40.000. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der in Frankfurt am Main lebenden Personen im Erwerbsalter um rund 64.000 an. Der deutliche Anstieg der Beschäftigungsquote ist demnach vor allem auf den Zuzug von Erwerbspersonen zurückzuführen. Die Folgen einer höheren Beschäftigungsquote, die insbesondere auf Zuzug basiert, sind unter anderem eine steigende Konkurrenz um den in Frankfurt am Main knappen Wohnraum, eine Verdichtung des Verkehrs und eine Belastung der sozialen Infrastruktur.

Mehr zum Thema
SDG 11, ab S. 108

Eine eindeutige Bewertung der gestiegenen Beschäftigungsquote kann deshalb nicht erfolgen.

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Arbeit, Bildung, Wissenschaft, **www.frankfurt.de** ➜ Arbeitsmarkt

Agentur für Arbeit Frankfurt am Main, **www.arbeitsagentur.de** ➜ Frankfurt am Main

[1] Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld (SGB III) dürfen erwerbstätig sein, allerdings muss die Arbeitszeit unter 15 Stunden in der Woche liegen.
[2] Die Beschäftigungsquote darf nicht mit der Erwerbsquote verwechselt werden. Während die Beschäftigungsquote nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berücksichtigt, gehen in die Berechnung der Erwerbsquote auch Beamte, Selbstständige und ausschließlich geringfügig Beschäftigte ein.

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTS-WACHSTUM

Aufstocker

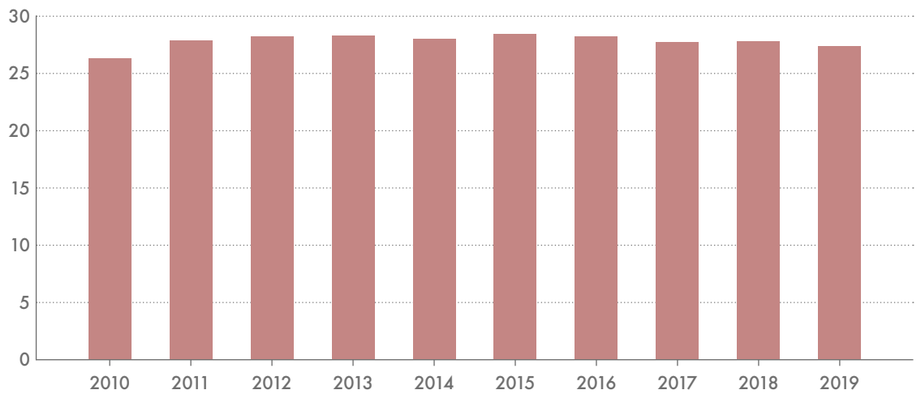
Der Begriff Aufstocker bezeichnet hier erwerbstätige Personen, deren Einkommen nicht ausreicht, um ihren eigenen Bedarf und den der Personen, mit denen sie gegebenenfalls zusammenleben und eine Bedarfsgemeinschaft[1] bilden, zu decken und die deshalb SGB II-Leistungen beziehen.[2] Durch die Leistungen des SGB II wird die Differenz zwischen vorhandenem Einkommen und Bedarf gedeckt. Hierbei wird das Erwerbseinkommen nicht voll auf die SGB II-Leistungen angerechnet, so dass Bedarfsgemeinschaften mit Erwerbseinkommen immer über ein höheres Einkommen verfügen als ansonsten gleiche Bedarfsgemeinschaften ohne eine erwerbstätige Person. Der Umstand, dass Erwerbstätige auf ergänzende SGB II-Leistungen angewiesen sind, ist daher kein Beleg für eine unzureichende Entlohnung ihrer Tätigkeit. Vollzeiterwerbstätige erzielen, seit es die Regelungen zum Mindestlohn gibt, in der Regel Nettoeinkommen, die über dem Niveau der SGB II-Leistungen für eine alleinlebende Person liegen. So handelt es sich bei den Aufstockerinnen und Aufstockern um Erwerbstätige, die entweder nicht Vollzeit arbeiten und/oder in einer Bedarfsgemeinschaft leben, für deren Lebensunterhalt ihr niedriges Erwerbseinkommen nicht ausreicht. Letzteres ist der Fall, wenn zur Bedarfsgemeinschaft Kinder gehören beziehungsweise nur ein (geringes) Erwerbseinkommen vorhanden ist. Sofern Erwerbseinkommen durch SGB II-Leistungen ergänzt, also aufgestockt werden muss, weil Kinder vorhanden sind, verweist der Indikator unter anderem auf Unzulänglichkeiten des Familienlastenausgleichs.

Der Indikator gibt den Anteil der erwerbstätigen SGB II-Leistungsempfängerinnen und -empfänger an erwerbsfähigen SGB II-Leistungsempfängerinnen und -empfängern in Frankfurt am Main an.

Ziel

Es ist das Ziel der Stadt Frankfurt am Main, dass möglichst viele erwerbsfähige Bezieherinnen und Bezieher von existenzsichernden Mindestleistungen einer Erwerbstätigkeit nachgehen und ihre Hilfebedürftigkeit überwinden oder mindestens teilweise reduzieren.

Aufstockerquote in Frankfurt am Main von 2010 bis 2019 in Prozent



Datengrundlage: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Entwicklung und Einflussfaktoren

Im Jahr 2010 waren 26 Prozent der erwerbsfähigen SGB II-Leistungsempfängerinnen und -empfänger in Frankfurt am Main erwerbstätig. Im Jahr 2019 waren es 27 Prozent.

Möglichst viele erwerbsfähige SGB II-Leistungsempfängerinnen und -empfänger sollen an das Erwerbsleben herangeführt werden: Die im Vergleich zu vielen anderen Großstädten hohe Aufstockerquote in Frankfurt am Main weist auf eine gesunde Wirtschaftsstruktur hin, die auch vielen gering Qualifizierten Alternativen zur Arbeitslosigkeit bietet. Selbst wenn ihre Erwerbseinkommen – im sozialrechtlichen Sinne – nicht bedarfsdeckend sind, ist positiv zu bewerten, dass die Aufstocker durch ihre Erwerbstätigkeit den Kontakt zum Erwerbsleben aufrechterhalten. Zudem vergrößern sich ihre finanziellen Spielräume dadurch, dass ein Teil des Erwerbseinkommens nicht auf die SGB II-Leistungen angerechnet wird. Daher sind auch Teilzeitbeschäftigungen oder geringfügige Beschäftigungen zu begrüßen, da diese die Abhängigkeit von Unterstützung verringern.

Durch die Corona-Krise, die im Frühjahr 2020 begonnen hat, ist davon auszugehen, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte weniger werden und auch die Aufstockerquote zurückgeht – diese Prognose ist bei der Bewertung der Entwicklungstendenz nicht berücksichtigt.

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Arbeit, Bildung, Wissenschaft, **www.frankfurt.de** ➜ Arbeitsmarkt

Agentur für Arbeit Frankfurt am Main, **www.arbeitsagentur.de** ➜ Frankfurt am Main

[1] Eine Bedarfsgemeinschaft besteht aus mindestens einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, dem Partner oder der Partnerin und den im Haushalt lebenden unter 25-jährigen, unverheirateten Kindern. Kinder zählen nur zur Bedarfsgemeinschaft, wenn sie ihren Bedarf nicht durch eigenes Einkommen oder Vermögen selbst decken können. Ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und einzustehen, wird vermutet, wenn Partner länger als ein Jahr zusammenleben, mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben, Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder befugt sind, über Einkommen und Vermögen des anderen zu verfügen.

[2] In der Statistik der Bundesagentur für Arbeit wird der Begriff Aufstocker hingegen für Personen verwendet, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld (SGB III) SGB II-Leistungen beziehen.

Langzeitarbeitslosenquote

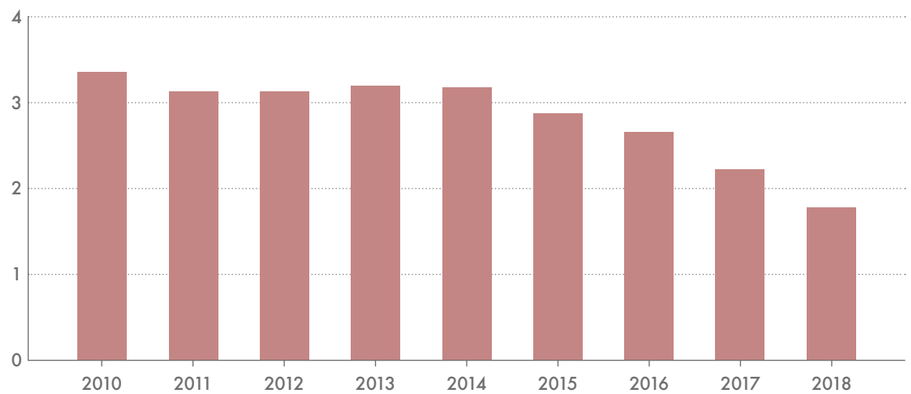
Als Langzeitarbeitslose gelten arbeitslose Personen, die ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II ohne längere Unterbrechung arbeitslos gemeldet sind. Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit von mehr als sechs Wochen – weil Langzeitarbeitslose zum Beispiel krank sind, vorübergehend eine Beschäftigung gefunden haben oder an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen und deshalb dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen – führen dazu, dass die Dauer des Bezugs auf null gesetzt wird. Die amtlich ausgewiesene Zahl unterschätzt daher das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit. Langzeitarbeitslosigkeit kann sich negativ auf die finanzielle, soziale und gesundheitliche Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen auswirken. Wenn Langzeitarbeitslose und gegebenenfalls Personen, mit denen sie zusammenleben, auf SGB II-Leistungen angewiesen sind, was häufig der Fall ist, hat dies auch Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Kommune. Darüber hinaus kann sich Langzeitarbeitslosigkeit negativ auf den sozialen Zusammenhalt und die allgemeine Lebensqualität einer Kommune auswirken. Daher müssen insbesondere solche Maßnahmen weiter in den Vordergrund der Arbeitsmarktpolitik rücken, die darauf ausgerichtet sind, langzeitarbeitslose Personen zurück in eine Beschäftigung zu führen.

Der Indikator gibt den Anteil der Langzeitarbeitslosen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an.[1]

Ziel

Es ist das Ziel der Stadt Frankfurt am Main, die Langzeitarbeitslosenquote zu senken.

Langzeitarbeitslosenquote in Frankfurt am Main von 2010 bis 2018 in Prozent



Datengrundlage: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

2010 lag die Langzeitarbeitslosenquote bei 3,4 Prozent. Sie hat sich bis 2018 mit 1,8 Prozent fast halbiert. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank im gleichen Zeitraum von 8.817 auf 5.909 (minus 33 Prozent), während sich die Zahl der Arbeitslosen von 25.328 auf 19.687 (minus 22,3 Prozent) verringerte. Der prozentual stärkere Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen im Vergleich zur Zahl der Arbeitslosen insgesamt kann bedeuten, dass die Verweildauer in Arbeitslosigkeit insgesamt gesunken ist. Es kann jedoch ebenfalls darauf hindeuten, dass es durch den vermehrten Einsatz kurzfristiger Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere bei Arbeitslosen aus dem Rechtskreis SGB II, häufiger zu Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit gekommen ist. Wenn eine solche Unterbrechung länger als sechs Wochen dauert und die betreffende Person dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung steht, wird in der Arbeitsmarktstatistik eine neue Arbeitslosigkeitsperiode ausgewiesen.

Der an sich positive Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit kann daher nicht eindeutig bewertet werden.

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Arbeit, Bildung, Wissenschaft, **www.frankfurt.de** ➜ Arbeitsmarkt

Agentur für Arbeit Frankfurt am Main, **www.arbeitsagentur.de** ➜ Frankfurt am Main

[1] Berechnung: (Anzahl Arbeitslose mit Dauer der Arbeitslosigkeit > 1 Jahr) / (Anzahl Arbeitslose + Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort) x 100. Geringfügig Beschäftigte sind nicht berücksichtigt.



8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTS-WACHSTUM

Nachhaltiger Tourismus

Die Kongress- und Geschäftsreisebranche sowie touristische Übernachtungen sind wichtige Wirtschaftsfaktoren für Kommunen. Neben Veranstaltungsstätten und Hotels profitiert auch eine Vielzahl weiterer Dienstleisterinnen und Dienstleister. Tourismus mit seiner positiven ökonomischen Wirkung kann jedoch negative ökologische Folgen haben, wie beispielsweise die Belastung durch Abfall oder Luftschadstoffe. Für die nachhaltige Entwicklung einer Kommune ist es relevant, die umweltgerechte und nachhaltige Organisation von Veranstaltungen zu fördern: Nachhaltig organisierte Veranstaltungen, sogenannte Green Meetings, orientieren sich an Nachhaltigkeitsaspekten und leisten einen Beitrag dazu, die ökologische Belastung durch Tourismus gering zu halten.

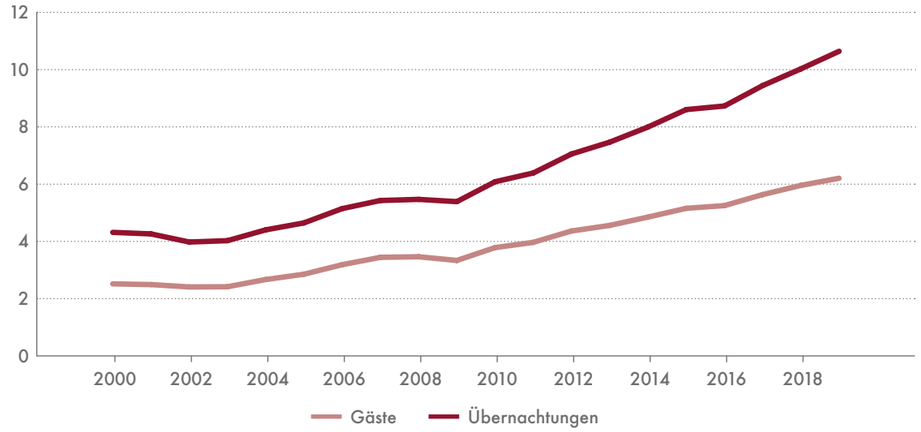
Die Stadt Frankfurt am Main erarbeitet aktuell eine Tourismusstrategie, die eine Nachhaltigkeitsstrategie beinhaltet.

Im Rahmen der Fortschreibung des Nachhaltigkeitsberichts können auf Basis der Nachhaltigkeitsstrategie geeignete Indikatoren aufgenommen werden, die den nachhaltigen Tourismus messbar werden lassen.

Ziel

Es ist das Ziel, Frankfurt als nachhaltiges Tourismus- und Geschäftsreiseziel sowie als idealen Veranstaltungsort für *Green Meetings* zu stärken und dabei die Synergien mit dem Umland zu nutzen.

Anzahl der Gäste und Übernachtungen in Frankfurt am Main von 2000 bis 2019 in Millionen



Datengrundlage: Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Entwicklung

Die Stadt Frankfurt am Main ist mit jährlich rund 80.000 Kongressen und Tagungen einer der bedeutendsten Tagungsstandorte in Deutschland und Europa. Neben seiner Bedeutung als internationaler Tagungs- und Kongressstandort ist Frankfurt ein attraktives Ziel für Städtereisen. Die Anzahl der Gäste und der Übernachtungen konnte in den Jahren 2010 bis 2019 sehr deutlich gesteigert werden: Die Zahl der ankommenden Gäste belief sich 2019 auf rund 6,2 Millionen. Dies entspricht einer Steigerung um 161 Prozent seit dem Jahr 2000. Im selben Jahr wurden etwa 10,8 Millionen Übernachtungen verzeichnet. Im Vergleich zu den Übernachtungen im Jahr 2000 ist dies ein Zuwachs von 155 Prozent.[1]

Nachhaltiger Tourismus und Green Meetings

Im Rahmen der Tourismusstrategie wird durch die Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main (TCF) eine ausführliche Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Die Abteilung Frankfurt Convention Bureau (FCB) stellt auf ihrer Website Informationen zu Nachhaltigkeitsstrategien von wichtigen Akteuren der Kongressbranche zur Verfügung, beispielsweise zur Messe Frankfurt Venue GmbH und zum German Convention Bureau. Auch die umweltgerechte und nachhaltige Organisation von Veranstaltungen, sogenannten Green Meetings, rückt in Frankfurt zunehmend in den Fokus: Zahlreiche Veranstaltungsstätten sind ökologisch zertifiziert und bei Neubauprojekten wird verstärkt auf Nachhaltigkeit geachtet. Veranstalterinnen und Veranstalter von Tagungen und Kongressen können sich auf der Website des FCB zu Veranstaltungsorten und Hotels mit einer Green Policy informieren. Diese Häuser sind im *FrankfurtRheinMain Online Meeting Guide* mit einem grünen Blatt gekennzeichnet.

Neben den Themen Ressourcen, Catering und Kommunikation spielt Mobilität eine wichtige Rolle bei der Organisation von Green Meetings, da Mobilität zentral für die Aspekte Klima und Energie ist. Die kompakte Größe der Stadt und das dichte Netz öffentlicher Verkehrsmittel ermöglicht Besucherinnen und Besuchern eine schnelle und umweltfreundliche Form der Fortbewegung. Mit den Kongress- und Kongress-Kombi-Tickets für den öffentlichen Nahverkehr unterstützt das FCB die nachhaltige Mobilität. Das FCB informiert Veranstalterinnen und Veranstalter über die Möglichkeit, das DB-Veranstaltungsticket zu nutzen, und stellt Verlinkungen zur Buchungsplattform für Tickets zur Verfügung.

Weitere Informationen

Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main, **www.frankfurt-tourismus.de**

[1] Datengrundlage: Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main.

SDG 9
Industrie, Innovation und Infrastruktur

Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.

Die weltweite Entwicklung beruht auf widerstandsfähiger Infrastruktur, Industrialisierung und Innovationen. Alle drei Faktoren sind Antriebe für Wirtschaftswachstum und Grundlagen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Um einer nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden und die Übernutzung von Ressourcen oder die Erschütterung durch Krisen wie die Corona-Pandemie zu verhindern, ist es relevant, die Aspekte Resilienz und Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. Nur wenn Industrie und Infrastruktur breit und resilient aufgestellt sind und nachhaltige Entwicklung beim Ausbau von Industrie und Infrastruktur sowie bei Innovationen mitgedacht wird, können sich Wirtschaft und Gesellschaft widerstands- und zukunftsfähig entwickeln.

In diesem Kapitel gibt der Indikator Existenzgründungen einen Überblick über die Neuerrichtungen beziehungsweise Neugründungen von Unternehmen und Unternehmerpersönlichkeiten pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, was als Gradmesser für Innovation betrachtet werden kann. Der Indikator Hochqualifizierte bildet Frankfurt als Wissenschaftsstandort ab und zeigt, welchen Anteil die Hochqualifizierten an den Beschäftigten ausmachen. Der Indikator Breitbandversorgung gibt Auskunft darüber, wie viele Unternehmen und Privathaushalte über Zugänge zum Internet mit verhältnismäßig hohen Datenübertragungsraten verfügen. Diese Kennzahl ist aufgrund der Digitalisierung besonders relevant.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Frankfurter Gründerpreis
- Visionsbüro Frankfurt, Zukunft, Stadt und Handel

Indikator Existenzgründungen

Indikator Hochqualifizierte

Indikator Breitbandversorgung



Beispielgebende Projekte

Frankfurter Gründerpreis

Der Frankfurter Gründerpreis ist eine gemeinsame Initiative der Stadt Frankfurt am Main und der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH sowie der Frankfurt University of Applied Sciences. Mit dem Preis sollen Frankfurter Existenzgründerinnen und -gründer und Start-ups unterstützt und die Gründerszene in der Stadt allgemein gestärkt werden. Jährlich werden drei oder mehr herausragende Gründungen aus Frankfurt ausgezeichnet, um Mut zur Selbstständigkeit zu machen. Der Preis ist mit 30.000 Euro dotiert. Aus den eingegangenen Bewerbungen wählt eine unabhängige Jury die Preisträgerinnen und Preisträger aus. Zur Jury gehören Persönlichkeiten der Wirtschaftsförderung, der Politik und der Wirtschaft sowie ausgewählte Preisträgerinnen und Preisträger der Vorjahre.

www.frankfurt-business.net/existenzgruender

Visionsbüro Frankfurt, Zukunft, Stadt und Handel

Das Visionsbüro wurde von der Stadt Frankfurt am Main und dem Handelsverband Wirtschaftsdienst des Hessischen Handels GmbH als Pilotprojekt initiiert, um als virtueller Hybrid ein Netzwerk für die Themen Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit im Einzelhandel der Stadt Frankfurt zu schaffen und neue Perspektiven zu eröffnen. Kern der Aktivitäten des sogenannten Zukunftslabors sind Workshops und innovative Foren rund um nachhaltige Gastronomie und Dienstleistungen mit der Zielsetzung, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Einzelhandels, der Gastronomie und der Stadt mit Frankfurterinnen und Frankfurtern zukunftsweisende Themen zu erschließen.

www.visionsbuero-frankfurt.de

Existenzgründungen

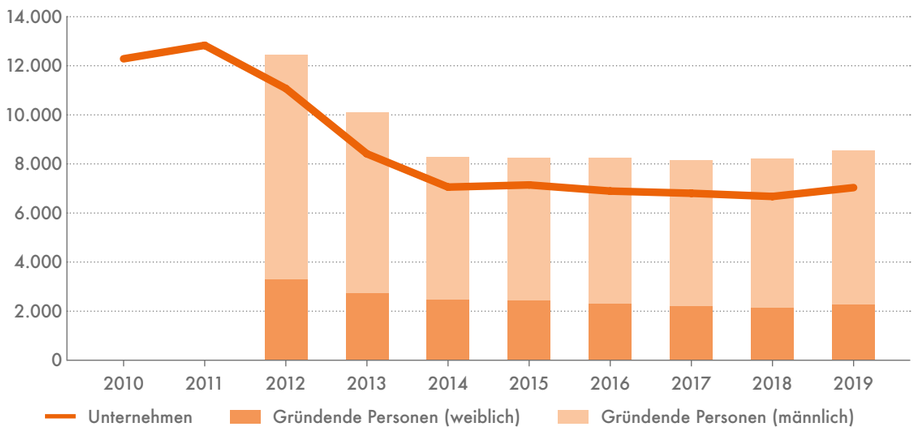
Existenzgründungen schaffen Arbeitsplätze, fördern den Wettbewerb und tragen durch ihre Wertschöpfung zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei reicht die Bandbreite der Existenzgründungen vom selbstständigen Dienstleistungsanbieter für den lokalen Markt, beispielsweise Friseursalons oder Schnellimbisse, bis hin zum hoch innovativen Start-up mit dem Ziel der globalen Markterschließung. In der Regel handelt es sich um Selbstständige oder kleinere Unternehmen. Eine hohe Gründerinnen- und Gründerquote ist Ausdruck einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur, da vielfältige Wege zur Erschließung neuer Märkte und Geschäftsmodelle erprobt werden und erfolgreiche Gründungen Arbeitsplätze schaffen. Da Existenzgründungen für das zukünftige Wirtschaftswachstum von großer Bedeutung sind, haben sie im Sinne der Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.

Der Indikator zeigt die Anzahl der Neuerrichtungen beziehungsweise Neugründungen von Unternehmen in Frankfurt sowie die Anzahl der gründenden Personen.

Ziel

Ziel ist die Unterstützung von Existenzgründungen als Investition in eine nachhaltig gestaltete Zukunft. Existenzgründungen und Start-ups leisten durch innovative Geschäftsideen und Prozesse sowie technische, digitale und IT-Weiterentwicklungen über alle Branchen hinweg einen entscheidenden Beitrag zur Förderung der Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft.

Neuerrichtungen/Neugründungen von Unternehmen in Frankfurt am Main sowie Anzahl der gründenden Personen von 2010 bis 2019



Datengrundlage: Hessisches Statistisches Landesamt

Entwicklung

2010 gab es in Frankfurt 12.387 Neuerrichtungen beziehungsweise Neugründungen, 2011 waren es 12.914, bis 2019 fiel die Zahl auf 7.347. Auch gerechnet auf die Einwohnerinnen und Einwohner war seit 2012 die Zahl der Gründungen fallend: Gab es 2010 noch etwa 19 Neuerrichtungen auf 1.000 Einwohnende, waren es 2019 rund 10.[1] Betrachtet man die Personen, die gründeten, waren es im Jahr 2019 8.532, davon 2.264 Frauen. Ursachen für die abnehmenden Existenzgründungen sind unter anderem der wachsende Arbeitsmarkt und die stabile Wirtschaftslage nach der Finanzkrise 2008 bis Anfang 2020. Gründungen können ein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit sein. Beschäftigte dagegen haben weniger Gründe, sich selbstständig zu machen. Dennoch sind Existenzgründungen von großer Bedeutung für die Entwicklung, Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft von Wirtschaft und Gesellschaft.

Im bundesweiten Vergleich ist die Zahl der Neugründungen in Frankfurt überdurchschnittlich hoch. Frankfurt bietet gute Bedingungen für Existenzgründungen: eine zentrale Lage im Ballungsraum Rhein-Main, Branchenvielfalt und -vernetzung, hervorragende Infrastruktur und Konnektivität (internationaler Flughafen, Hafen, Schienenverkehr und Autobahnen, Telekommunikationsknoten), internationale Ausrichtung sowie einen internationalen Messe- und Handelsplatz. Die Stadt Frankfurt stellt darüber hinaus vielfältige Beratungsangebote für Existenzgründerinnen und -gründer sowie Möglichkeiten der Gründungsfinanzierung zur Verfügung.

Die weltweite Ausbreitung von COVID-19 hat schwerwiegende Folgen für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftslage, die in den Daten zu Existenzgründungen bis Ende 2019 nicht abgebildet werden.

Projekte, Maßnahmen und Netzwerke

Die **Frankfurter GründerMatrix** fasst übergreifend Informationen und Angebote rund um das Thema Existenzgründung – Gründungsfinanzierung, Gründerszene, Gründungsnetzwerk und Beratung sowie Räume für Gründende – zusammen. Interessierte können mit der Matrix gezielt Informationen abrufen und sich einen Überblick über die Angebote der Stadt machen.

Der **Frankfurter Gründerfonds**, ein Projekt der Wirtschaftsförderung Frankfurt mit den Partnern Frankfurt School Financial Services GmbH und Bürgschaftsbank Hessen GmbH, richtet sich an Existenzgründende und Jungunternehmen mit Sitz in Frankfurt. Durch Bürgschaften wird ihnen der Zugang zu Bankdarlehen bis zu 50.000 Euro erleichtert.

Die Wirtschaftsförderung koordiniert ein **Gründungsberatungsnetzwerk** mit zwölf Partnerorganisationen. Das Netzwerk bietet vielfältige Angebote von ersten Informationsgesprächen und Beratungen über die Businessplanentwicklung bis hin zu Finanzierungsmöglichkeiten und einer Begleitung in den Jahren nach der Gründung.

Das **Frankfurter Gründerzentrum** auf der Hanauer Landstraße bietet Büroräume und gemeinschaftliche Arbeitsplätze für Gründende und junge Unternehmen. So soll ihnen der Zugang zu Büroräumen mit günstigen Konditionen erleichtert werden.

Der **Frankfurter Gründerpreis** soll eine aktive und innovative Gründungslandschaft fördern.

Im Projekt **Frankfurt Forward** werden Start-ups, Investoren und Unternehmen branchenübergreifend vernetzt, um den Austausch von Wissen, Technologien und Erfahrungen zu fördern. Neben dem Pitch-Wettbewerb *Startup of the Month/Year* wird Frankfurt Forward 2020 erstmals um ein *International Matchmaking* ergänzt, um Frankfurt als Gründungs- und Start-up-Standort international zu bewerben.

Weitere Informationen

Wirtschaftsförderung Frankfurt, **www.frankfurt-business.net/existenzgruender**

Zustand

Tendenz

Mehr zum Thema

Frankfurter Gründerpreis, S. 95

[1] Die Statistischen Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes 2010–2015 zeigen die Zahl der Neuerrichtungen von Unternehmen. Seit 2016 wird die Zahl der Neugründungen dargestellt. Neugründungen errechnen sich aus den Betriebsgründungen (Hauptniederlassung, Zweigniederlassung oder unselbstständige Zweigstelle) und sonstigen Neugründungen. Neuerrichtungen umfassen zusätzlich die Umwandlungen.



Hochqualifizierte

Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit einem akademischen Berufsabschluss ist ein entscheidender Faktor für die Prosperität und Innovationskraft einer Kommune. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Wachstum und Wohlstand in einer Kommune und dem Anteil von hochqualifiziertem Personal. So kann eine Korrelation zwischen dem Anteil Hochqualifizierter und dem Gewerbesteueraufkommen angenommen werden. Darüber hinaus ist bei Menschen mit akademischer Bildung ein positiver Einfluss auf die Sozialstruktur der Kommune zu erwarten.

Der Indikator Hochqualifizierte beschreibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Frankfurt am Main.

Ziel

Der Anteil der Berufstätigen mit akademischem Abschluss soll erhöht werden.[1]

29 %

der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Frankfurt haben einen akademischen Abschluss.

Entwicklung

Seit 2012 ist beim Anteil von Arbeitskräften mit akademischem Abschluss ein Anstieg zu verzeichnen. Der Anteil ist zwischen 2012 und 2018 von 22 auf 29 Prozent gestiegen. Auffällig ist, dass der Anstieg der vergangenen Jahre im Wesentlichen auf die weiblichen Arbeitskräfte zurückzuführen war. Der Anteil der Akademikerinnen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen stieg von 2012 bis 2018 um 8 Prozentpunkte, während bei den Akademikern ein Plus von 5 Prozentpunkten zu verzeichnen war.[2]

Einflussfaktoren auf den höheren Anteil an Arbeitskräften mit akademischen Berufsabschlüssen können die Verschiebungen der Branchenstruktur in Frankfurt sein: Es ist eine zunehmende Verlagerung von der Industrie zum Dienstleistungssektor zu beobachten. Außerdem steigt die Akademikerinnen- und Akademikerquote in Deutschland seit Jahren, sodass dem Arbeitsmarkt immer mehr Menschen mit akademischem Abschluss zur Verfügung stehen.

Maßnahmen

Ein besonderes Potenzial zur Steigerung der Hochqualifiziertenquote liegt darin, dass Frankfurt auch für Akademikerinnen und Akademiker ausländischer Herkunft attraktiv ist. So wandern mehr hochqualifizierte Menschen aus dem Ausland nach Frankfurt zu als ab. Vor diesem Hintergrund sollten die Bemühungen zur Anerkennung akademischer Abschlüsse von Zugewanderten sowie zu deren Qualifizierung intensiviert werden.

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Kulturportal,
www.kultur-frankfurt.de ➜ Wissenschaft

Wissenschaftsstandort Frankfurt am Main

Frankfurt mit seinen **acht Hochschulen** genießt als Studien- und Wissenschaftsstandort deutschland- und weltweit einen guten Ruf. Im Wintersemester 2018/2019 waren 66.765 Studierende für ein Studium in Frankfurt eingeschrieben und 5.885 Personen an den Hochschulen als wissenschaftliches oder künstlerisches Personal tätig. Die Johann Wolfgang Goethe-Universität als Volluniversität mit 16 Fachbereichen, 170 Studiengängen und fünf Campus ist die viertgrößte Universität Deutschlands. Im Wintersemester 2018/2019 waren hier 46.482 Studierende eingeschrieben. Die sieben weiteren Frankfurter Hochschulen University of Applied Sciences, Frankfurt School of Applied Management, Provadis School of International Management and Technology, Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, Philosophisch-Theologische Hochschule Sankt Georgen, Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städelschule sowie Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft boten im Wintersemester 2018/2019 über 20.000 Studierenden vielfältige Studiengänge und Spezialisierungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus ist Frankfurt Standort vieler weiterer wissenschaftlicher Einrichtungen:

- In Frankfurt gibt es vier **Max-Planck-Institute** mit internationalem Ruf (Biophysik, empirische Ästhetik, europäische Rechtsgeschichte und Hirnforschung).
- In Frankfurt gibt es drei **Leibniz-Institute** zu den Bereichen Bildungsforschung und Bildungsinformation, Finanzforschung sowie Friedens- und Konfliktforschung.
- 1763 wurde die international bekannte medizinisch-naturwissenschaftliche **Senckenberg Stiftung** ins Leben gerufen, aus der 1817 die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft hervorging.
- Das **Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)** verfolgt drängende nachhaltigkeitsrelevante Fragestellungen.
- Zahlreiche weitere wissenschaftliche Institutionen haben ihren Sitz in Frankfurt am Main.

Neben akademisch ausgebildeten Fachkräften bieten die Hochschulen und Institutionen Kooperations- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Unternehmen, die Stadt sowie die Frankfurterinnen und Frankfurter.

Zustand

●●○

Tendenz

↗

[1] Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 19.06.2015, B 242, Die besten Köpfe nach Frankfurt, www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[2] Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main.

Breitbandversorgung

Unter Breitbandversorgung sind Zugänge zum Internet mit verhältnismäßig hoher Datenübertragungsrate zu verstehen. Es gibt keinen definierten Schwellenwert für die Übertragungsrate. Leistungsfähige Breitbandnetze dienen dem schnellen Informations- und Wissensaustausch und sind für Wirtschaft und Gesellschaft eine ebenso bedeutende Infrastruktur wie Straßen und Schienennetze. Für Unternehmen ist eine Breitbandversorgung als Standortfaktor ein zentrales Kriterium. Auch private Haushalte profitieren von der Versorgung mit Breitbandinternet: Sie erhöht die Attraktivität von Wohnstandorten und kann eine Voraussetzung für Homeoffice sein, was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert. Städte profitieren bereits von einem guten Ausbau der digitalen Infrastruktur, wohingegen viele ländliche Gebiete noch Lücken bei der Verfügbarkeit von Breitband-Internetzugängen aufweisen. Die Nutzung des Internets erhöht den Energieverbrauch, was gegenläufig zu ökologischen Nachhaltigkeitsaspekten wirkt, kann aber auch (beispielsweise im Falle des Homeoffice) Wegstrecken vermeiden und damit Emissionen einsparen. Aufgrund der Bedeutung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen und für alle sozialen Gruppen hat der Indikator Breitbandversorgung eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.

Der Indikator zeigt die Breitbandversorgung der Haushalte und der ansässigen Unternehmen in Frankfurt am Main.

Ziel

Im Rahmen des Kooperationsprojektes der Region Frankfurt-Rhein-Main sollen 50 Prozent der Haushalte bis 2025 und 90 Prozent bis 2030 einen glasfaserbasierten gigabitfähigen Internetzugang erhalten. Industrie, Dienstleister und Gewerbe sollen bis 2025 vollständig mit Glasfaser versorgt werden.[1]

97 %

der Frankfurter Haushalte können über eine Breitbandversorgung von über 50 Megabit pro Sekunde verfügen.

Entwicklung und Einflussfaktoren

Laut Bundesbreitbandatlas steht 97 Prozent der privaten Haushalte in Frankfurt eine Breitbandversorgung von über 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s)[2] zur Verfügung. Im Jahr 2016 waren es 91 Prozent. Durch den Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Internetzugangs wurde Frankfurt Ende 2018 zur Gigabit-City: Auf Übertragungsraten von 1 Gigabit pro Sekunde[3], was einer 20-fach höheren Geschwindigkeit entspricht, konnten 2019 bereits 89 Prozent der Frankfurter Haushalte zurückgreifen – sie gehören damit zu den am besten versorgten in Deutschland[4] und Frankfurt ist im nationalen Vergleich damit gut aufgestellt. In der Region Frankfurt-Rhein-Main liegt der Anteil derzeit bei 93 Prozent.

Von den Frankfurter Unternehmen verfügen knapp 98 Prozent über eine Breitbandversorgung von über 50 Mbit/s. Frankfurt liegt damit weit über dem deutschlandweiten Durchschnitt von 51 Prozent (Stand 2018).[5]

Die tatsächlich genutzten Übertragungsraten – sowohl in Haushalten als auch in Unternehmen – hängen von der Vertragsart des jeweiligen Anbieters ab. Um für die zukünftigen Entwicklungen der Digitalisierung gerüstet zu sein und den steigenden Bedarf zu decken, wird die Breitbandinfrastruktur weiter ausgebaut. Die Glasfaser ist dabei derzeit die einzige ausbaufähige Technologie, die die hohen Anforderungen an Qualität und Quantität erfüllen kann.

Projekte und Maßnahmen

Die Stadt Frankfurt am Main fördert die digitale Infrastruktur, insbesondere den Breitbandausbau, durch verbesserte Rahmenbedingungen bei den Genehmigungsverfahren. Bisher wurden mehrere Projektstellen geschaffen und eine ämterübergreifende Projektgruppe eingerichtet. Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur soll im Rahmen eines Kooperationsprojektes der Region Frankfurt-Rhein-Main realisiert werden. Unter der Federführung des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain haben sich dazu die Städte Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach am Main und Wiesbaden sowie die Landkreise Bergstraße (teilweise), Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Hochtaunus, Main-Kinzig, Main-Taunus, Offenbach, Rheingau-Taunus und Wetterau zusammengeschlossen. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde 2019 unterzeichnet. Eine regionale Kooperationsvereinbarung und der Beginn der Umsetzungsphase stehen noch aus.

Zustand

●●●

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Breitbandatlas, **www.bmvi.de** ➜ Breitbandatlas

Regionalverband FrankfurtRheinMain, Digitalisierung, **www.region-frankfurt.de** ➜ Digitalisierung

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Die Gigabitstrategie für Hessen: Unsere Infrastruktur für die digitale Zukunft, **https://wirtschaft.hessen.de** ➜ Breitband

Breitbandbüro Hessen, Breitband, **www.breitband-in-hessen.de/Publikationen**

[1] Absichtserklärung Gigabitregion Frankfurt-Rhein-Main: www.region-frankfurt.de ➜ Gigabitregion; Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 04.05.2020, B 212, Die digitale Infrastruktur in Frankfurt weiter ausbauen, XII, www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[2] 50 Megabit (Mbit) entsprechen 6,25 Megabyte (MB).
[3] 1 Gigabit pro Sekunde (Gbit/s) entspricht 1.000 Megabit (Mbit) und 125 Megabyte (MB) pro Sekunde. Zum Vergleich: Eine Datei von 8 Gigabyte (GB) lässt sich mit 1 Gbit/s beispielsweise in nur einer Minute herunterladen. Mit einer Geschwindigkeit von 50 Mbit/s dauert der Download 21 Minuten.
[4] Datengrundlage: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Industrie und Handelskammer der Stadt Frankfurt am Main.
[5] Datengrundlage: Stadt Frankfurt am Main.

SDG 10
Weniger Ungleichheiten

Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern.

Globale Ungleichheiten sind Hindernisse für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Ungleichheiten treten zum einen zwischen Staaten auf – insbesondere zwischen Staaten im Globalen Süden und im Globalen Norden –, zum anderen kommt es innerhalb vieler Länder zu Ungleichheiten. Diese beschränken die Möglichkeit bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, am sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. SDG 10 fokussiert sich auf die Reduktion von Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten.

Für Kommunen im Globalen Norden ist es besonders relevant, Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft zu beseitigen. Zentrale Ziele sind, Chancengleichheit zu gewährleisten und alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zur Selbstbestimmung zu befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion zu fördern. In einer Stadt wie Frankfurt am Main, in der Menschen aus knapp 180 Nationen leben, ist das Thema Integration von besonderer Relevanz. In diesem Kapitel wird mit dem Indikator Verhältnis der Beschäftigungsquote von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zur Beschäftigungsquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ein Schlaglicht auf mögliche Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft geworfen: Die Beschäftigungsquote lässt Rückschlüsse auf die Teilhabe von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit am Arbeitsmarkt und damit auch auf die wirtschaftliche und soziale Teilhabe zu.

Da Ungleichheiten Anknüpfungspunkte zu zahlreichen gesellschaftlichen Themen haben, gibt es in diesem Bericht in den Kapiteln *SDG 1 – Keine Armut, SDG 4 – Hochwertige Bildung* und *SDG 5 – Geschlechtergleichheit* weitere Informationen zum Thema.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Online-Stadtführer für Menschen mit und ohne Behinderungen
- Inklusion im Job
- Inklusion in der Kultur
- Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung – Maßnahmenpaket

Indikator Verhältnis der Beschäftigungsquote von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zur Beschäftigungsquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit



Beispielgebende Projekte

Online-Stadtführer für Menschen mit und ohne Behinderungen

Die Stabsstelle Inklusion der Stadt Frankfurt am Main kümmert sich um die Belange von Menschen mit Behinderungen. Die Stabsstelle stellt Informationen und Materialien zur Verfügung und setzt Projekte für ein inklusives Frankfurt um. Ein Projekt, das Inklusion fördern und ermöglichen soll, ist der Online-Stadtführer: Hier finden Menschen mit und ohne Behinderungen Informationen zur Barrierefreiheit zahlreicher Einrichtungen in Frankfurt, darunter Gaststätten, Cafés, Einkaufsmöglichkeiten, Hotels, Kultur- und Bildungseinrichtungen und städtische Ämter. Es gibt die Möglichkeit, nach Stadtteilen, Branchen und Kriterien, wie der Eignung für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer oder Seh- und Hörbehinderte, zu filtern. Regelmäßig erscheint für Menschen mit Behinderungen ein gedruckter Stadtführer mit nützlichen Adressen und Informationen.

www.frankfurt-inklusiv.de

Inklusion im Job

Menschen mit Behinderung haben es schwerer, Ausbildung und Arbeit zu finden. Noch nicht alle Unternehmen haben diese Menschen für sich als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entdeckt, obwohl Menschen mit Behinderung durchaus leistungsfähig sind. 80 Prozent der Arbeitgebenden sehen keinen Leistungsunterschied zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Die Stabsstelle Inklusion setzt sich deshalb mit ihren Kooperationspartnerinnen und -partnern dafür ein, dass Unternehmen diese Chancen kennenlernen. Sie ermöglicht es, dass Menschen mit Behinderung zu den Unternehmen Kontakt aufnehmen können. Jährlich gibt es die große Jobmesse *Personal.Fachkräfte.Diversity* mit Unternehmensständen und Workshops in den Sälen der IHK. Hier werden Arbeitgebende und Menschen mit Behinderung zusammengebracht.

www.frankfurt-inklusiv.de

Beispielgebende Projekte

Inklusion in der Kultur

Inklusion soll in allen Lebensbereichen stattfinden, auch in der Kultur. Die Stabsstelle Inklusion hat dafür starke Partner gefunden:

Inklusives Museum

Das Historische Museum Frankfurt hat sich zu einem inklusiven Museum weiterentwickelt. Es ist nicht nur baulich barrierefrei. Es gibt mehr Sitzgelegenheiten, unterfahrbare Vitrinen, ein Blindenleitsystem im Haus und eine App, die Besucherinnen und Besucher durch das Haus führt. Die praktische App gibt es in Deutsch, Englisch, Deutsch Leichte Sprache, Englisch Leichte Sprache und Gebärdensprache (wahlweise mit Untertiteln).

Literatur in Einfacher Sprache

Alle Menschen sollen Zugang zur Literatur bekommen. Deshalb arbeitet die Stabsstelle Inklusion mit dem Literaturhaus Frankfurt zusammen. Viele Autorinnen und Autoren wurden eingeladen, literarische Texte in Einfacher Sprache zu schreiben. Die Texte werden im Rahmen von Lesungen im Literaturhaus der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Texte sind auch als Buch veröffentlicht worden: *LiES! Das Buch* (Piper-Verlag). Die Reihe wird fortgesetzt.

www.frankfurt-inklusiv.de

Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung – Maßnahmenpaket

Die Frankfurter Stadtbevölkerung ist geprägt von Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit vielfältigen Lebensentwürfen. Vor diesem Hintergrund ist die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung von großer Bedeutung. Interkulturelle Öffnung meint die Bereitschaft, professionell und kreativ mit der gesellschaftlichen Vielfalt umzugehen, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch gegenüber der Bevölkerung. Die Stadt stellt sich dieser Herausforderung und treibt die Öffnung ihrer Ämter, Betriebe und Institutionen mit einem Maßnahmenpaket voran:

- Interkulturelle Kompetenz wurde als Kriterium in die städtischen Beurteilungsrichtlinien aufgenommen.
- Handreichungen für Führungskräfte zu Themen rund um interkulturelle Kompetenzen wurden entwickelt und werden rund 2.000 Beschäftigten mit Personalverantwortung fortlaufend zur Verfügung gestellt.
- Fortbildungen zu unterschiedlichen Aspekten von Diversität und Interkulturalität wurden konzipiert und ins Fortbildungsprogramm aufgenommen.
- Die Praxis bei Stellenbesetzungsverfahren wurde unter dem Gesichtspunkt von Gleichberechtigung und Diversität in der Stadtverwaltung geprüft und es wurden Fragen für Vorstellungsgespräche entwickelt, die die interkulturellen Kompetenzen prüfen sollen.

www.frankfurt.de/interkulturelle-oeffnung



10 WENIGER UNGLEICHHEITEN

Verhältnis der Beschäftigungsquote von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zur Beschäftigungsquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit

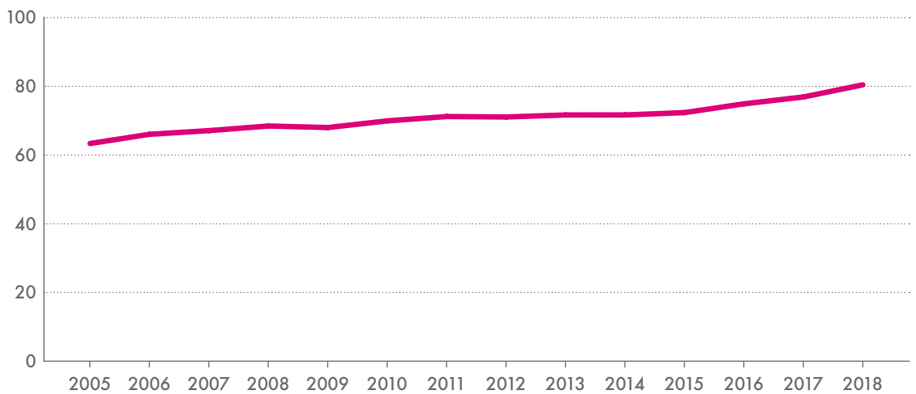
Der betrachtete Indikator setzt die Quote von Beschäftigten mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit ins Verhältnis und lässt auf diese Weise Rückschlüsse über die Positionierung von Ausländerinnen und Ausländern am Arbeitsmarkt zu. Eine hohe Beschäftigungsquote von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sichert deren wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Gleichwertige Lebensverhältnisse von Menschen nicht deutscher und deutscher Staatsangehörigkeit sind von zentraler Bedeutung für die nachhaltige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer Kommune.

Der Indikator zeigt das Verhältnis der Beschäftigungsquote von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zur Beschäftigungsquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit am Wohnort Frankfurt in der Altersgruppe 15 bis einschließlich 64 Jahre.[1]

Ziel

Ein grundsätzliches Ziel besteht darin, den Beschäftigungsgrad der Frankfurter Bevölkerung in nicht prekären Beschäftigungsformen zu erhöhen. Im Sinne eines Rückgangs von Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt sollten sich die Beschäftigungsquoten der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit und der Bevölkerung mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit (bei einer gleichzeitigen Erhöhung des Beschäftigungsgrads) angleichen.

Verhältnis der Beschäftigungsquote von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zur Beschäftigungsquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit in der Altersgruppe von 15 bis einschließlich 64 am Wohnort Frankfurt am Main von 2005 bis 2018 in Prozent



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main; Bundesagentur für Arbeit

Entwicklung und Einflussfaktoren

Das Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ist von 63 Prozent im Jahr 2005 auf rund 81 Prozent im Jahr 2018 gestiegen. Ein Wert unter 100 Prozent bedeutet, dass die Beschäftigungsquote bei Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit geringer ist als bei Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, während ein Wert über 100 Prozent auf eine höhere Beschäftigungsquote bei Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit hinweisen würde. Der Anstieg lässt Rückschlüsse über die Positionierung von Ausländerinnen und Ausländern am Arbeitsmarkt zu: Die Partizipation am Arbeitsmarkt, die eine Voraussetzung für berufliche Selbstverwirklichung sowie die Erzielung eines eigenen Einkommens ist, steigt. So wird eine selbstbestimmte Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert.

Dabei ist es wichtig, auch die Entwicklung der Beschäftigungsstabilität und der Beschäftigungsformen im Blick zu behalten. Eine Ausweitung von Beschäftigung sollte nicht auf Grundlage der Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen und nicht zu Ungunsten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfolgen.

Die Entwicklung der Beschäftigungsquote ist abhängig von

- der Wirtschaftslage und konjunkturellen Schwankungen, die sich auf den gesamten Arbeitsmarkt auswirken;
- Arbeitsmarktprogrammen, die Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit stärken und die Arbeitsmärkte flexibilisieren;
- der Qualifikation von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Strukturwandel und Anerkennung von Abschlüssen aus anderen Ländern;
- dem Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (relevant dafür sind beispielsweise arbeitsrechtliche Regelungen wie das Gesetz zur Fachkräfteeinwanderung und EU-Beitritte) und der Verhinderung von Diskriminierung und Segmentation von Arbeitsmärkten.

Programm und Maßnahmen

Das kommunale **Frankfurter Arbeitsmarktprogramm (FRAP)** des Jugend- und Sozialamtes der Stadt Frankfurt und der beauftragten FRAP-Agentur bietet Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung an. Mit dem FRAP wird das Ziel verfolgt, am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen zu integrieren. Es werden individuelle Beratungen angeboten, die Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bei Arbeitssuche, Wiedereinstieg und Aus- und Weiterbildung unterstützen. Betriebe, die geflüchtete Menschen beschäftigen wollen, können sich unter anderem zur Beschäftigungserlaubnis, zu finanziellen Fördermöglichkeiten und rechtlichen Fragen bei der Einstellung beraten lassen.
www.agentur.frap-server.de

Das **Jobcenter Frankfurt am Main** fördert Maßnahmen, die Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit helfen, eine Beschäftigung zu erlangen.
www.jc-frankfurt.de

Weitere Informationen

Amt für multikulturelle Angelegenheiten Stadt Frankfurt am Main, **www.amka.de**

Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring,
www.amka.de/frankfurter-integrations-und-diversitaetsmonitoring-2017

Zustand

●●●

Tendenz

↗

Mehr zum Thema
FRAP, S. 80

[1] Berechnung: (Anzahl ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort 15–64 Jahre / Anzahl Ausländerinnen und Ausländer 15–64 Jahre insgesamt) / (Anzahl deutsche sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort 15–64 Jahre / Anzahl deutsche Einwohnerinnen und Einwohner 15–64 Jahre insgesamt) * 100.

SDG 11
Nachhaltige Städte und Gemeinden

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen.

SDG 11 bündelt Zielsetzungen rund um nachhaltige Städte und Stadtentwicklung. Zentral für die nachhaltige Entwicklung von Städten sind ein sparsamer Umgang mit Flächen und eine ausgewogene Nutzungsmischung. Der Indikator Intensität der Flächennutzung misst den sparsamen Umgang mit Grund und Boden. Auch Wohnen und Wohnumfeldqualität sind zentrale Themen: Die Stadt Frankfurt hat das Ziel, eine Stadt für alle zu sein und allen Menschen bezahlbaren und angemessenen Wohnraum zu bieten. Bezüglich der Wohnqualität sind die Verfügbarkeit und Qualität von Wohnungen und das Wohnumfeld relevant. Spielplätze, Naherholungsflächen und Supermärkte müssen schnell erreichbar sein.

Die Bereiche Mobilität und Verkehr sind relevant, da Mobilität ein Grundbedürfnis darstellt und alle Menschen ausreichende Möglichkeiten haben sollen, mobil zu sein. Andererseits ist Verkehr als Ausdruck der Mobilitätsbedürfnisse mit negativen Auswirkungen verbunden: Durch den motorisierten Individualverkehr mit Verbrennungsmotoren werden Treibhausgase und Luftschadstoffe ausgestoßen, für Straßen und Parkplätze werden Flächen versiegelt und es kommt zu Unfällen. Außerdem führen der motorisierte Individualverkehr sowie Schienen- und Flugverkehr zu einer hohen Lärmbelastung. Frankfurt mit seinen täglich rund 380.000 Einpendelnden steht vor der Herausforderung, verschiedenen Anforderungen an Mobilität gerecht zu werden, ohne dass dadurch die Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigt werden. Lärm wird aufgrund der hohen Komplexität und der unterschiedlichen und individuellen Auswirkungen, je nach Lage, Bauweise und Schallquelle, nicht mit einem eigenen Indikator gemessen.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Fahrradstadt Frankfurt am Main
- Mainova Frankfurt Marathon
- Integriertes Stadtentwicklungskonzept Frankfurt 2030+

Indikator Intensität der Flächennutzung

Indikator Verhältnis Wohnen zu Arbeitsplätzen

Indikator Wohnungsversorgungsquote

Indikator öffentlich geförderte Wohnungen

Indikator Wohngeldhaushalte

Indikator Wanderungssaldo von Familien

Indikator Anzahl und Qualität der Spielplätze und Freizeitanlagen

Indikator Naherholungsflächen

Indikator wohnungsnahe Lebensmittelversorgung

Indikator Modal Split

Indikator Motorisierungsgrad

Indikator Umweltfreundlicher motorisierter Individualverkehr

Indikator Verunglückte im Straßenverkehr

Indikator barrierefreie Haltestellen und Barrierefreiheit im ÖPNV (U-Bahn-Haltestellen im städtischen Netz)



Beispielgebendes Projekt

Fahrradstadt Frankfurt am Main

Die Stadt Frankfurt möchte im Sinne einer zeitgemäßen und zukunftsweisenden Mobilitätspolitik ihre Aktivitäten zur Radverkehrsförderung massiv ausweiten, sowohl in Bezug auf bauliche Maßnahmen als auch auf regulatorische und Werbemaßnahmen.

Im August 2019 fasste die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss *Fahrradstadt Frankfurt am Main.* Dieser sieht unter anderem vor, sichere Radwege zu schaffen, Kreuzungen für Fuß- und Radverkehr sicherer zu machen, deutlich mehr Fahrradabstellplätze zu errichten, eine Kampagne für die Durchsetzung bestehender Verkehrsregeln durchzuführen und die Finanzierung einer fahrradfreundlichen Verkehrspolitik sicherzustellen.

Folgende Maßnahmen wurden bereits umgesetzt:

- Im Jahr 2019 wurden 2.100 neue Fahrradabstellplätze geschaffen, im Jahr 2020 werden weitere 4.000 Fahrradabstellplätze errichtet.
- Erste Meilensteine: Die Schöne Aussicht und die neu rot markierten Radverkehrsanlagen an der Alten Brücke bilden die ersten Maßnahmen, die aus dem Beschluss umgesetzt wurden.
- Einhergehend mit einer Spurreduzierung für den motorisierten Individualverkehr von zwei auf eine je Richtung, wurde die Rotmarkierung wenig später beidseitig über die Kurt-Schumacher-Straße, Konstablerwache und Konrad-Adenauer-Straße verlängert. Weitergeführt wurde die Verbindung über die Friedberger Landstraße in Richtung Norden bis zum Friedberger Platz.
- Zur Steigerung der Aufmerksamkeit wurden einige Radverkehrsanlagen an Kreuzungen (Nibelungenallee/Friedberger Landstraße, Adickesallee/Eckenheimer Landstraße sowie Eckenheimer Landstraße/Marbachweg) und auf Streckenabschnitten rot markiert.
- Als prominente und bei Fuß- und Radverkehr beliebten Nebenstraßen wird derzeit an Planungen für den Oeder Weg sowie den Grüneburgweg gearbeitet. Zahlreiche weitere Straßenraumumgestaltungen (beispielsweise Hanauer Landstraße) befinden sich in der Planung, die von den mittlerweile verstärkten Planungsteams der Stadt konzipiert werden.
- Seit Dezember 2019 gibt es eine Fahrradstaffel der städtischen Verkehrspolizei, die Radverkehrsanlagen und Gehwege von Falschparkerinnen und Falschparkern freihält.
- Seit Juni 2020 gibt es die Navigations-App *bikecitizens* kostenlos für alle Frankfurterinnen und Frankfurter, mit der auch offline navigiert werden kann.

www.radfahren-ffm.de

Beispielgebende Projekte

Mainova Frankfurt Marathon

Der Frankfurt Marathon ist dank einer Vielzahl von umwelt- und klimafreundlichen Maßnahmen nicht nur Deutschlands grünster Marathon, sondern einer der grünsten Marathonläufe der Welt. Schon im Jahr 2014 wurde der Mainova Frankfurt Marathon mit dem „Green Award“ für den weltweit umweltfreundlichsten Marathon durch den Verband der internationalen Straßenlaufveranstalter ausgezeichnet. Über 220.000 Euro hat der Veranstalter in den vergangenen Jahren in den Bereichen Catering, Verkehr, Abfall/Entsorgung, Merchandising, Energie/Wasser und Mobilität investiert. Der Frankfurt Marathon soll nicht nur in sportlicher Hinsicht ein Highlight sein, sondern zeigen, dass Veranstalter, Läuferinnen und Läufer auf Nachhaltigkeit achten. Seit dem Jahr 2005 können sich die Marathonorganisatoren auf das Umweltforum Rhein-Main als zuverlässigen Partner verlassen. Der Laufklassiker am Main ist mit seinen Maßnahmen im Vergleich zu anderen Sport-Großveranstaltungen führend. Der Veranstalter spendet zusätzlich 1 Euro je Marathonteilnehmerin und -teilnehmer an eine Ökokooperative in Italien. Diese ist langjährige Partnerin der Pasta-Party und nutzt das Geld, um hierfür Olivenbäume in einem ihrer Anbaugebiete in der Toskana anzupflanzen. Bei 14.000 bis 15.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird mit bis zu 4.500 neuen Olivenbäumen kalkuliert. Damit werden pro Jahr etwa 240 Tonnen CO_2 eingespart.

Um den Marathon noch klimafreundlicher zu machen, hat der Veranstalter in lokale Photovoltaik investiert. So produziert zum Beispiel seit 2018 eine rund 150 Quadratmeter große PV-Anlage mit 30 Kilowatt$_{Peak}$ Leistung jährlich rund 22.500 Kilowattstunden klimafreundlichen Strom. Pro Jahr spart die Anlage, die auf einem Gebäude der Mainova-Konzernzentrale errichtet wurde, rund 12 Tonnen CO_2 ein. Rund 960 Bäume müssten gepflanzt werden, um diese Menge an CO_2 zu kompensieren.

www.frankfurt-marathon.com
www.umweltforum-rhein-main.de

Integriertes Stadtentwicklungskonzept Frankfurt 2030+

Frankfurt verändert sich rasant – die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner steigt, die Stadtgesellschaft wird vielfältiger und vernetzter. Das integrierte Stadtkonzept *Frankfurt 2030+* definiert für die nächsten zehn Jahre und darüber hinaus, wie das Wachstum nachhaltig gestaltet und die urbanen Qualitäten dabei ausgebaut werden sollen.

Das integrierte Stadtentwicklungskonzept hat sechs Zielvorstellungen definiert:

1. Frankfurt für alle: Frankfurt ist im Jahr 2030 eine Stadt mit Wohnraum für alle. Dank einer konsequenten Wohnungspolitik finden die Frankfurterinnen und Frankfurter in der ganzen Stadt Wohnungen, die zu ihren Bedürfnissen passen.
2. Dynamische Wirtschaftsmetropole: Frankfurt als Kern des Ballungsraums Frankfurt-Rhein-Main und der weiteren Metropolregion richtet seine Wirtschaftsstruktur und seine Wirtschaftsflächen auf die Anforderungen der Zukunft aus.
3. Mehr Frankfurt: 2030 ist Frankfurt am Main urbaner. Die Stadt zeichnet sich durch lebendige Stadtteile, eine höhere bauliche und einwohnerbezogene Dichte und Nutzungsmischung aus. Frankfurt bekennt sich zu den Chancen des Stadtwachstums und zeigt Wege auf, wie zukunftsfähig damit umgegangen wird.
4. Umwelt- und klimagerechtes Frankfurt: Die Stadt leistet ihre Beiträge zur internationalen Verantwortung gegenüber Klimaschutz und dem Erhalt der biologischen Vielfalt. Die Sicherung und Entwicklung von Grün- und Freiräumen werden als wichtige Elemente einer hohen Lebensqualität weiterhin gefördert und Offenland bleibt für die Durchlüftung und Kaltluftentstehung erhalten.
5. Die Region ist Stadt: Frankfurt richtet sein Handeln auf eine langfristige und zukunftsfähige Stärkung der gesamten Region aus.
6. Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe: Frankfurt setzt auf das enge Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft in der Stadtentwicklung. Frankfurt geht die Entwicklung der Stadt ganzheitlich an, informiert aktiv und beteiligt die Bürgerinnen und Bürger konsequent über das gesetzliche Mindestmaß hinaus und nutzt dafür neue Formate und Technologien.

www.stvv.frankfurt.de/parlis ➜ § 4793 vom 07.11.2019



Intensität der Flächennutzung

Ein sparsamer Umgang mit Grund und Boden ist für Kommunen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung seit langem vorgegeben (§ 1a Absatz 2 Baugesetzbuch). Zudem ist die Verringerung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke als Nachhaltigkeitsziel mittlerweile auf allen übergeordneten Ebenen (UN, EU, Bund, Land Hessen) verankert.

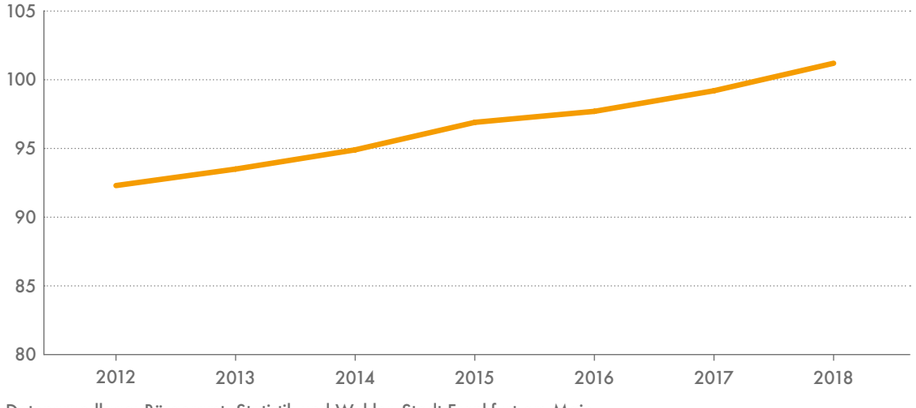
Häufig wird der absolute Flächenverbrauch als Kennzahl herangezogen, um eine Aussage darüber zu treffen, wie sparsam eine Kommune mit Grund und Boden umgeht. Für die Stadt Frankfurt in ihrer Funktion als Oberzentrum, Entwicklungsschwerpunkt und Wachstumsmotor für eine ganze Region ist es dagegen aussagekräftiger, die Dichteentwicklung zu messen. So wird die Effizienz der Bodennutzung in den Mittelpunkt gestellt. Darüber hinaus kann die Aussagekraft des Indikators erhöht werden, wenn neben den Einwohnenden auch die Erwerbstätigen in die Berechnung miteinbezogen werden, da Arbeitsplätze einen wesentlichen Teil der Stadtfläche verbrauchen. Dies gilt insbesondere für Frankfurt mit einer extrem hohen Arbeitsplatzdichte.

Der Indikator zeigt die Intensität der Flächennutzung, in der die Einwohnerinnen und Einwohner zuzüglich der Erwerbstätigen auf die Siedlungs- und Verkehrsfläche gerechnet werden.

Ziel

Ziel ist es, dass der Wert der Intensität der Flächennutzung ansteigt. Bis 2030 werden in Frankfurt am Main mehr Urbanität und eine höhere bauliche sowie einwohnerinnen- und einwohnerbezogene Dichte angestrebt.[1]

Einwohnerinnen und Einwohner sowie Erwerbstätige pro Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche in Frankfurt am Main von 2012 bis 2018 (Personen/ha)



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

Die Anzahl der Einwohnenden und Erwerbstätigen pro Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche ist von 92 Personen im Jahr 2012 auf über 101 im Jahr 2018 angestiegen. Dies deutet auf eine immer dichter werdende Bebauung und damit einen immer effizienteren Umgang mit der Stadtfläche hin. Wesentliche Treiber der Entwicklung sind die seit Jahren steigenden Einwohnenden- und Erwerbstätigenzahlen. Da mit den Bauflächen durch höhere Bebauungsdichten immer effizienter umgegangen wird, nimmt die Siedlungsfläche nicht im selben Maße zu. Der Indikator bezieht sich auf das gesamte Stadtgebiet Frankfurts. Damit werden räumliche Unterschiede innerhalb der Stadt ausgeblendet. Trotz steigender gesamtstädtischer Dichte gibt es weiterhin Bereiche mit hohem Nachverdichtungspotenzial.

Der Zustand der Intensität der Flächennutzung wird aufgrund des relativ hohen Wertes im Vergleich mit den 15 größten deutschen Städten als eher gut bewertet. Aufgrund der Steigerung zwischen 2012 und 2018 wird die Tendenz als gut bewertet.

Projekte und Maßnahmen

In Frankfurt gibt es zahlreiche Projekte und Maßnahmen zur Intensität der Flächennutzung:

Im Rahmen des Projekts **Frankfurt Nordwest – Neuer Stadtteil der Quartiere** kann neuer Wohnraum geschaffen werden. Voraussichtlich Ende 2021 wird der Stadtverordnetenversammlung der Abschlussbericht vorgestellt, auf dessen Basis entschieden wird, ob eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme durchgeführt werden soll.

Im Rahmen eines Nachverdichtungsprojekts werden in der **Platensiedlung Nord** rund 680 neue Wohnungen geschaffen. Die verhältnismäßig weitläufige Zeilenstruktur der Platensiedlung Nord hat den Ausgangspunkt geboten, um die bestehenden Gebäude aufzustocken und durch einige Neubauten zu ergänzen. Neben den zusätzlichen Wohnungen können durch die Maßnahme wohnungsergänzende Infrastruktureinrichtungen angesiedelt werden, die bislang fehlten.

Für das Planungsgebiet **Günthersburghöfe** im Frankfurter Nordend wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Auf den Flächen soll ein Blockrandquartier für Geschosswohnungsbau in Anlehnung an die städtebaulichen Dichten des gründerzeitlich geprägten Frankfurter Nordends mit bis zu 1.500 Wohneinheiten entstehen.

Das Plangebiet **Nordöstliche Anne-Frank-Siedlung** liegt am Ortsrand des Stadtteils Eschersheim. Im Südwesten schließt das Gebiet an die bestehende Bebauung nördlich der Anne-Frank-Siedlung an. Die Gesamtfläche des Planungsgebiets umfasst 13,5 Hektar. Ziel ist, mit dem Bebauungsplan Planungsrecht für ein allgemeines Wohngebiet zu schaffen. Aus der Identität des Ortes soll ein städtisches und zugleich durchgrüntes Quartier mit Verbindungen in den Naherholungsraum und Wohnmöglichkeiten für verschiedene Bevölkerungsgruppen entwickelt werden.

Das **Europaviertel**, zwischen Bockenheim und Gallus, umfasst eine Fläche von 145 Hektar. Die 100 Hektar brachgefallenen Flächen des ehemaligen Hauptgüterbahnhofes und seines Rangierfeldes wurden zu einem gemischt genutzten Stadtquartier ausgebaut. Es wurden etwa 30.000 Arbeitsplätze und rund 5.700 innenstadtnahe Wohnungen geschaffen, eine Erweiterungsfläche für die Messe Frankfurt erschlossen und großzügige Grünflächen angelegt.

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Stadtplanungsamt Frankfurt am Main, **www.stadtplanungsamt-frankfurt.de**

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4793, Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten – urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

Verhältnis Wohnen zu Arbeitsplätzen

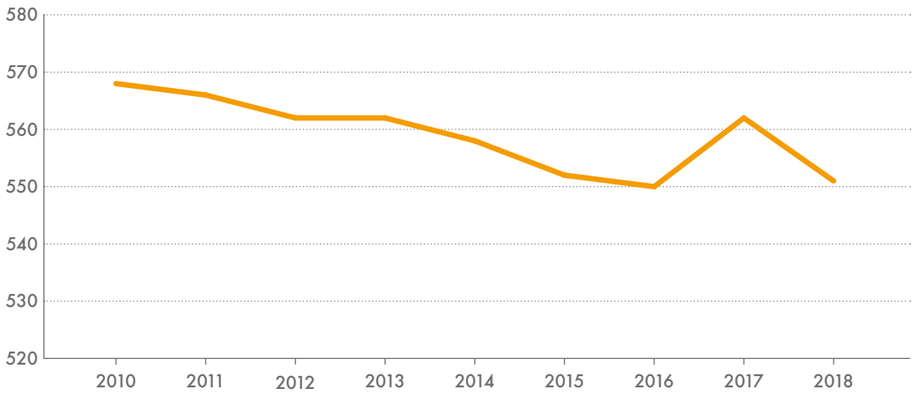
Der Indikator zeigt das Verhältnis von Wohnungen zu Arbeitsplätzen. Ist die Anzahl an Wohneinheiten im Vergleich zu den Arbeitsplätzen niedrig, führt dies zu einer hohen Anzahl an Einpendlerinnen und Einpendlern. Da der Stadt-Umland-Verkehr viel stärker von Pkw geprägt ist als der Stadtverkehr, steigert dies Überlastungen im Straßennetz, Flächenbedarf und Trennwirkungen von Straßen, Unfallzahlen, CO_2-Emissionen sowie Luft- und Lärmbelastungen. Auch im ÖPNV ist zu Spitzenzeiten häufig die Kapazitätsgrenze erreicht. Neben diesen Beeinträchtigungen der Wohn- und Lebensqualität wirkt die hohe Arbeitsplatzdichte verschärfend auf die Wohnraumknappheit: Für Arbeitsplätze entsteht Flächenbedarf und die Wohnungsnachfrage steigt, da viele, die in einer Stadt arbeiten, dort auch leben möchten. Hält der Wohnungsbau nicht mit der Arbeitsplatzentwicklung mit, trägt dies zur Steigerung des Wohnungsnachfrageüberhangs und des Pendelvolumens bei.

Der Indikator misst die Anzahl an Wohneinheiten pro 1.000 Erwerbstätige in Frankfurt.

Ziel

Es ist das Ziel, bis 2030 mehr Urbanität und eine stärkere Nutzungsmischung in Frankfurt am Main zu erzielen.[1]

Wohneinheiten pro 1.000 Erwerbstätige in Frankfurt am Main von 2010 bis 2018



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

Das Verhältnis von Wohneinheiten zu Erwerbstätigen ist von 568 im Jahr 2010 auf 551 im Jahr 2018 gesunken.[2] Negative Folge dieser Entwicklung ist eine Steigerung der Einpendelnden, die zu einem großen Anteil mit dem Pkw fahren, was zu Beeinträchtigungen der Lebensqualität in der Stadt führen kann.

Außerdem verschärft sich durch das unausgewogene Verhältnis von Wohnungen und Arbeitsplätzen die Wohnraumknappheit in Frankfurt.

Viele Faktoren, unter anderem die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner und die Wirtschaftsentwicklung, beeinflussen die Nutzungsmischung. Durch die kommunale Planungshoheit und die Beteiligung der Stadt an der regionalen Flächennutzungsplanung bestehen indirekt Möglichkeiten, auf Einwohnenden- und Arbeitsplatzzahlen sowie deren Verteilung Einfluss zu nehmen.

Bei der Interpretation des Indikators ist zu berücksichtigen, dass nicht jede und jeder, der in Frankfurt arbeitet, auch dort wohnen möchte. Außerdem gibt es Haushalte mit mehreren Erwerbstätigen. Insofern ist ein gänzlich ausgeglichenes Verhältnis nicht notwendig. Es lässt sich aber durch die vergleichsweise extremen Bedingungen in Frankfurt eine wünschenswerte Richtung für die weitere Entwicklung formulieren: Das Verhältnis von Wohnungen zu Arbeitsplätzen sollte sich stärker zugunsten der Wohnungen entwickeln.

Konzepte und Maßnahmen

Im **Integrierten Stadtentwicklungskonzept Frankfurt 2030+** sind Leitvorstellungen der räumlichen Stadtentwicklung für die nächsten 10 bis 15 Jahre enthalten. Zu nennen sind hier die Weiterentwicklung von Gebieten zu urbanen Mischquartieren und die Entwicklung neuer Quartiere mit einer gemischten Nutzung aus Wohnen, Dienstleistung und Gewerbe (beispielsweise das geplante Quartier Am Römerhof).

Im **Lyoner Quartier** sollen in der ehemaligen Bürostadt Niederrad Wohnungen entstehen, damit sich ein gemischtes und lebendiges Quartier entwickelt. Bisherige Bürohäuser werden zu Wohnhäusern umgebaut oder abgerissen. In den kommenden Jahren entstehen circa 4.000 neue Wohnungen für rund 10.000 Menschen.
www.lyonerquartier.de

Der **Omniturm** ist ein erstmals nutzungsgemischtes Hochhaus in Frankfurt. Neben rund 44.000 Quadratmetern Bürofläche gibt es in dem Gebäude etwa 150 Mietwohnungen.

Weitere Informationen

Stadtplanungsamt Frankfurt am Main, **www.stadtplanungsamt-frankfurt.de**

Zustand

●○○

Tendenz

↗

Mehr zum Thema

Integriertes Stadtentwicklungskonzept Frankfurt 2030+, S. 110

Wohnungsversorgungsquote, S. 116

Modal Split, S. 130

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4793, Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten – urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept, www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[2] Von 2016 auf 2017 ist das Verhältnis von Wohneinheiten zu Erwerbstätigen angestiegen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Erfassung von Wohneinheiten 2017 umgestellt wurde: Alle Wohnheime wurden als Wohngebäude gezählt. Damit stieg der Wohnungsbestand um 12.000 Wohneinheiten. Die positive Entwicklung vom Jahr 2016 auf 2017 muss daher lediglich als statistischer Effekt bewertet werden.

Wohnungsversorgungsquote

Eine nachhaltige Stadt bietet allen Menschen ausreichend Wohnraum und steht neuen Einwohnerinnen und Einwohnern offen. Nach dem Wohnungsmarktbericht der Stadt Frankfurt am Main ist die Wohnungsversorgungsquote ein zentraler Indikator, um die Versorgung mit Wohnungen zu beurteilen. Die Quote beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis von Wohnungen zu Haushalten. Die Wohnungspolitik hat die Zielsetzung, alle Haushalte mit einer angemessenen Wohnung zu versorgen. Allerdings reicht dafür ein numerischer Ausgleich zwischen der Zahl der Wohnungen und der Zahl der Haushalte nicht aus. Für einen funktionierenden Wohnungsmarkt, der einen Wechsel und somit ein Anpassen der Wohnungssituation an die tatsächlichen Erfordernisse erlaubt, aber auch Modernisierungen und umfassende Sanierungen ermöglicht, ist eine bestimmte Leerwohnungsbeziehungsweise Fluktuationsreserve notwendig. Sie ist abhängig von der Umzugshäufigkeit innerhalb der Kommune, dem Zuzug sowie dem modernisierungs- und sanierungsbedingten Leerstand.

Der Indikator zeigt, wie viele Wohnungen pro 100 Haushalte in Frankfurt zur Verfügung stehen. Die Anzahl der Haushalte wird auf Basis der Meldekartei generiert.

Ziel

Ziel ist es, eine Wohnungsversorgungsquote von 103 Prozent zu erreichen, um alle Haushalte mit einer angemessenen Wohnung zu versorgen, um so auch Reserven für Renovierungen und Umzüge zu gewährleisten.[1]

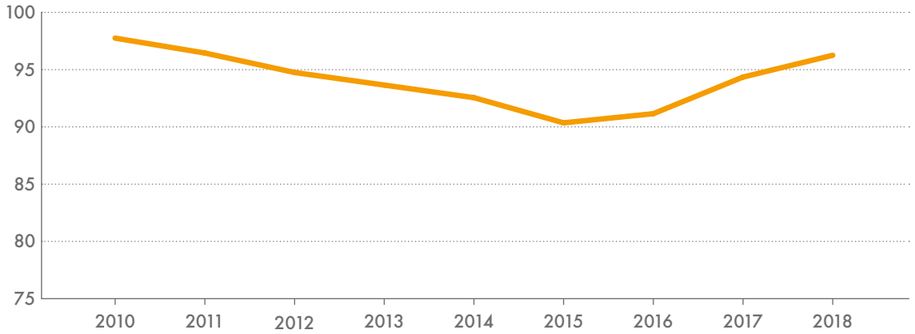
Entwicklung und Einflussfaktoren

Bedingt durch den starken Bevölkerungszuwachs sank die Wohnungsversorgungsquote in Frankfurt von 98 Prozent im Jahr 2010 auf 90 Prozent im Jahr 2015. Zwischen 2015 und 2018 wurden deutlich über 20.000 neue Wohnungen genehmigt und fast 15.000 Wohnungen fertiggestellt. Im Jahr 2018 befanden sich zudem über 8.000 Wohnungen im Bau. Bei der Bewertung der im Jahr 2018 auf 96 Prozent gestiegenen Wohnungsversorgungsquote müssen neben der Bautätigkeit jedoch auch statistische Effekte berücksichtigt werden. 2017 nahm die Zahl der Haushalte lediglich um etwa 1.500 zu, was in Relation zum Bevölkerungswachstum einen geringen Wert darstellt. Eine Erklärung hierfür könnten Bereinigungen des Melderegisters sein, die überproportional Einpersonenhaushalte betrafen und damit die Haushaltszahl im Vergleich zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner überproportional senkte.

Auch die Berücksichtigung von Wohnheimwohnungen infolge der im Jahr 2017 geänderten Datenbasis für die Erfassung des Wohnungsbestands führte zu einem Anstieg von rund 10.000 Wohneinheiten und ließ die Wohnungsversorgungsquote rechnerisch steigen. Offen ist des Weiteren, wie sich die 2019 in Frankfurt eingeführte Zweitwohnungssteuer auf die Quote auswirken wird. Es zeichnet sich ab, dass die Zahl der mit Zweitwohnsitz in Frankfurt am Main gemeldeten Haushalte deutlich sinken und die Wohnungsversorgungsquote im Verhältnis steigen wird.

Da die Wohnungsversorgungsquote unabhängig davon weiterhin deutlich unter den 103 Prozent einer ausreichenden Wohnungsversorgung liegt, wird der Zustand als eher schlecht bewertet. Dennoch ist eine steigende Tendenz von Baugenehmigungen und -fertigstellungen in den letzten zehn Jahren zu verzeichnen, wenn auch die Baufertigstellungen deutlich unter den Zahlen der Wohnungsbedarfsprognose blieben, in der der Wohnungsbedarf der Stadt Frankfurt am Main bis ins Jahr 2040 vorausberechnet wurde.

Wohnungen in Frankfurt am Main je 100 Haushalte zwischen 2010 und 2018 in Prozent



Datengrundlage: Amt für Wohnungswesen Stadt Frankfurt am Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Zustand

Tendenz ↗

Projekte und Publikationen

Mit der jährlichen Erhebung der **Baulandpotenziale Wohnen** (zuletzt 2019) wird das Ziel verfolgt, den Bearbeitungsstand der planerischen Vorbereitung von Wohnbauflächen darzustellen und zu steuern. In der aktuellen Erhebung sind 43 Wohnbauflächenpotenziale erfasst, die ein Potenzial von 19.700 Wohneinheiten ausweisen.

Der **Flächennutzungsplan (FNP)** regelt für das gesamte Gemeindegebiet die Art der Bodennutzungen in Grundzügen und ist der vorbereitende Bauleitplan für die Bebauungsplanung. Für die Region Frankfurt-Rhein-Main liegt seit 2011 ein Regionaler Flächennutzungsplan (RegFNP) vor, der vom Regionalverband FrankfurtRheinMain erstellt wird. An der Fortschreibung des Plans beteiligt sich die Stadt Frankfurt am Main intensiv und meldet neue Bauflächen an.

Der **Wohnungsmarktbericht 2018** der Stadt Frankfurt am Main verschafft interessierten Frankfurterinnen und Frankfurtern einen umfangreichen Überblick darüber, wie sich der Frankfurter Wohnungsmarkt darstellt und entwickelt (Wohnungsangebot, Wohnungsnachfrage, Rahmenbedingungen). **www.wohnungsamt.frankfurt.de** ➜ Wohnungsmarktbericht

Die **Wohnungspolitischen Leitlinien** der Stadt Frankfurt 2005 (Fassung 12/2008) formulieren das Ziel einer ausreichenden und angemessenen Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsgruppen. Die Stadt Frankfurt am Main soll ein attraktiver Wohnstandort für unterschiedliche Bevölkerungsschichten, Generationen und Kulturen sein.

Mit dem **Baulandbeschluss** für eine sozial gerechte Stadtentwicklung sollen die Grundlage und das Vorgehen der Stadt Frankfurt bei künftigen Wohnbaulandentwicklungen festgelegt werden. Um eine sozial- und klimagerechte Bodennutzung und einen für alle Bevölkerungsschichten bezahlbaren Wohnungsbau zu gewährleisten, verfolgt die Stadt das Ziel, bei allen Wohnbauentwicklungen folgende Quoten umzusetzen: 30 Prozent geförderter Wohnungsbau, 15 Prozent gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren, 15 Prozent frei finanzierter Mietwohnungsbau und 10 Prozent preisreduzierte Eigentumswohnungen.[2]

Weitere Informationen

Stadtplanungsamt Frankfurt am Main, **www.stadtplanungsamt-frankfurt.de**

Amt für Wohnungswesen Stadt Frankfurt am Main, **www.wohnungsamt.frankfurt.de**

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4793, Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten – urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept, www.stvv.frankfurt.de/parlis; Wohnungspolitische Leitlinien der Stadt Frankfurt am Main 2005; Wohnungsmarktbericht der Stadt Frankfurt am Main 2018, www.wohnungsamt.frankfurt.de ➜ Wohnungsmarktbericht.
[2] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2020, § 5590, Baulandbeschluss für die Frankfurter Stadtentwicklung, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

Öffentlich geförderte Wohnungen

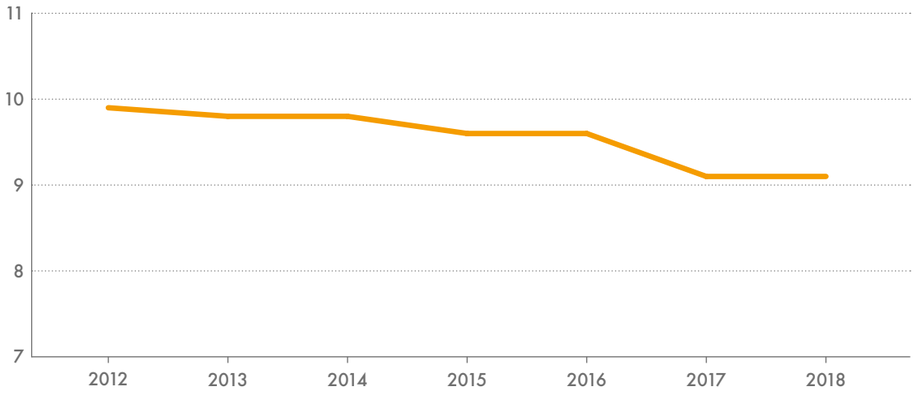
Öffentlich geförderte Wohnungen sollen dazu beitragen, dass die Stadt für alle Menschen Platz und bezahlbaren Wohnraum bietet. Öffentlich geförderte Wohnungen sind den Haushalten vorbehalten, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt nicht mit angemessenem Wohnraum versorgen können. Zu unterscheiden sind Wohnungen für Sozialwohnungsberechtigte und geförderte Wohnungen für Bezieherinnen und Bezieher höherer Einkommen. Berechtigt für Sozialwohnungen sind Haushalte, deren Einkommen eine nach der Größe der Haushalte gestaffelte Einkommensgrenze unterschreitet. Außerdem muss eine Bindung an Frankfurt bestehen und der Haushalt muss unzureichend untergebracht sein. Sozialwohnungen unterliegen einer Mietpreis- und Belegungsbindung und stellen die überwiegende Zahl der geförderten Wohnungen dar. In Frankfurt ist das Amt für Wohnungswesen für die Vermittlung von Sozialwohnungen zuständig. Außerdem gibt es geförderte Wohnungen, die auch Personen mit höherem Einkommen zur Verfügung stehen (Mittelstandsprogramme). Auch hier besteht eine nach Einkommen und Personenzahl gestaffelte Zugangsbeschränkung, die den Bereich oberhalb der Grenze für Sozialwohnungsberechtigte abdeckt. Für Mittelstandswohnungen besteht ebenfalls eine an den berechtigten Personenkreis angepasste Mietpreis- und Belegungsbindung.

Der Indikator zeigt den Anteil der geförderten Wohnungen für Sozialwohnungsberechtigte und für Bezieherinnen und Bezieher höherer Einkommen am Wohnungsbestand im gesamten Stadtgebiet. Der Indikator gibt nur die quantitative Entwicklung der geförderten Wohnungen an, nicht die Anzahl berechtigter Personen, die noch keine entsprechende Wohnung bekommen konnten.

Ziel

Ziel ist es, dass der Bestand an geförderten Wohnungen entweder steigt oder langfristig mindestens konstant bleibt. Frankfurt am Main soll im Jahr 2030 eine Stadt sein, die Wohnraum für alle bietet.[1]

Anteil öffentlich geförderter Wohnungen in Frankfurt am Main von 2012 bis 2018 in Prozent



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

Der Anteil geförderter Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand ist in den letzten Jahren gesunken. Lag er 2012 noch bei 9,9 Prozent, ist er bis 2018 auf 9,1 Prozent gesunken. Diese Entwicklung ist negativ zu bewerten, da Gruppen, die sich aus verschiedenen Gründen auf dem freien Wohnungsmarkt nicht mit angemessenem Wohnraum versorgen können, auf öffentlich geförderte Wohnungen angewiesen sind. Einflussfaktor für den sinkenden Anteil an geförderten Wohnungen ist vor allem die Anzahl der Wohnungen, deren Sozialbindung ausgelaufen ist und die damit aus der Förderung entlassen werden. Wenn Neubau geförderter Wohnungen und Ankauf von Belegungsrechten für Wohnungen durch die Stadt Frankfurt mit diesen Verlusten nicht mithalten kann, sinken Bestand und Anteil von geförderten Wohnungen.

In der Betrachtung der Entwicklung sind statistische Effekte zu berücksichtigen: 2017 wurde die Erfassung von Wohneinheiten umgestellt und fortan wurden alle Wohnheime als Wohngebäude gezählt. Damit wuchs der Wohnungsbestand um knapp 10.000 Wohneinheiten, was sich mindernd auf den Anteil geförderter Wohnungen am Gesamtbestand ausgewirkt hat. Der Zustand in Bezug auf den Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen in Frankfurt wird als eher schlecht bewertet, da nach Empfehlungen des Deutschen Städtetags 20 Prozent des Wohnungsbestandes als geförderter Wohnraum zur Verfügung stehen sollten – allerdings allein bezogen auf den Bereich der Sozialwohnungen. Die Entwicklungstendenz wird gut eingeschätzt.

Projekte, Maßnahmen und Programme

Das **Förderprogramm für den sozialen Mietwohnungsbau** unterstützt die Wohnungsbauförderung des Landes Hessen. Die städtischen Fördermittel werden zusätzlich zu den Landesmitteln ausgezahlt. Hierdurch erhöhen sich die finanziellen Anreize für den Bau von Sozialwohnungen in Frankfurt und zudem wird die Miethöhe auf 5 Euro (5,50 Euro für Wohnungen, die im Passivhausstandard errichtet werden) bei Erstvermietung reduziert.

Die **Förderprogramme zum Erwerb von Belegungsrechten** an bestehendem Wohnraum, beziehungsweise zur Bindungsverlängerung, flankieren den Neubau von Sozialwohnungen.

Das **Programm Umzugsprämie** richtet sich an Menschen, die in unterbelegten Sozialwohnungen wohnen, beispielsweise da die Kinder bereits ausgezogen sind. Durch eine Prämie wird ein Anreiz gesetzt, in eine kleinere Wohnung umzuziehen.

Wohnungsbau- oder Mittelstandsprogramme in Frankfurt richten sich an Haushalte, deren Einkommen über den Grenzen für den klassischen sozialen Wohnungsbau liegen, und helfen ihnen, Wohnraum zu finden.

Mit der 2020 gestarteten Aktion **Frankfurt Fairmieten** will die Stadt die Bekanntheit der Programme erhöhen und die Vermittlung der Wohnungen vereinfachen.
www.frankfurt-fairmieten.de

Mit dem **Baulandbeschluss** für eine sozial gerechte Stadtentwicklung sollen die Grundlage und das Vorgehen der Stadt Frankfurt bei künftigen Wohnbaulandentwicklungen festgelegt werden.[2]

Weitere Informationen

Amt für Wohnungswesen Stadt Frankfurt am Main, **www.wohnungsamt.frankfurt.de**

Zustand

●○○

Tendenz

↗

Mehr zum Thema

Wohnungsversorgungsquote, S. 116

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4793, Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten – urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept, www.stvv.frankfurt.de/parlis; Wohnungsmarktbericht der Stadt Frankfurt am Main 2016; Wohnungspolitische Leitlinien der Stadt Frankfurt am Main 2005, www.wohnungsamt.frankfurt.de ➜ Wohnungsmarktbericht.
[2] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2020, § 5590, Baulandbeschluss für die Frankfurter Stadtentwicklung, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

Wohngeldhaushalte

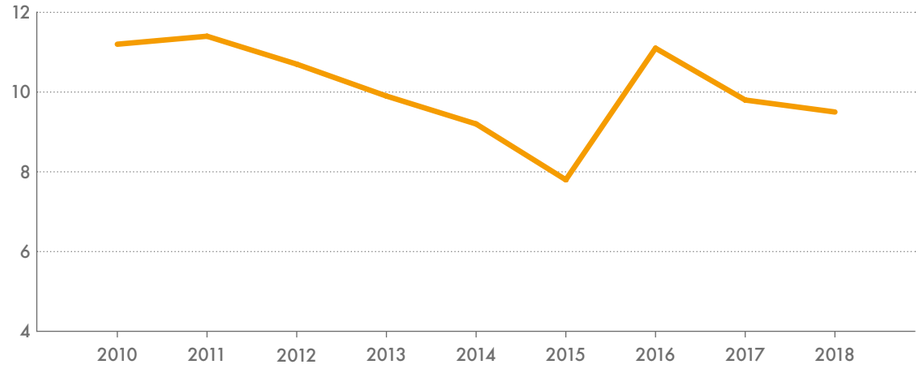
Das Wohngeld wird als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter oder als Lastenzuschuss für Eigentümerinnen und Eigentümer, die ihre Wohnungen selbst nutzen, bei geringem Einkommen geleistet. Wer zum Kreis der Berechtigten gehört, hat darauf einen Rechtsanspruch. Zum 1. Januar 2020 wurden die Leistungen des Wohngeldgesetzes verbessert. Neben der Erhöhung der Einkommensfreigrenzen wurden Freibeträge für Pflegepersonen oder -kräfte sowie Zuwendungen, die nicht innerhalb einer Unterhaltsverpflichtung gezahlt werden, neu geschaffen. Ferner wurden die Freibeträge für Schwerbehinderte von jährlich 1.500 auf 1.800 Euro erhöht. Die berücksichtigungsfähigen Mietobergrenzen wurden ebenfalls erhöht. So wurde beispielsweise der Miethöchstbetrag für einen Einpersonenhaushalt von 522 auf 575 Euro angehoben. Auch die Parameter der Wohngeldformel wurden angepasst, sodass sich ab dem 1. Januar 2020 insgesamt ein höheres Wohngeld ergibt. Wohngeld ist eine wichtige Geldleistung des Sozialstaates und trägt zu einer nachhaltigen Stadt bei. Damit soll allen Menschen ermöglicht werden, in der Stadt zu leben. Mit Wohngeld soll angemessener und familiengerechter Wohnraum wirtschaftlich gesichert werden. Ungeachtet dessen ist es erstrebenswert, dass Menschen nicht auf Wohngeld angewiesen sind und möglichst viele Menschen bezahlbaren Wohnraum finden und entsprechende Einkommen erzielen.

Der Indikator zeigt die reinen Wohngeldhaushalte gerechnet auf 1.000 Haushalte in Frankfurt.

Ziel

1. Ziel ist, dass möglichst alle Wohngeldberechtigten ihren Rechtsanspruch auf Wohngeld wahrnehmen können. Nur so kann das Wohngeld seinen Zweck als subjektbezogene und staatliche Finanzierungshilfe erfüllen, angemessenes und familiengerechtes Wohnen auch für Haushalte mit niedrigem Einkommen auf Dauer zu sichern.
2. Langfristiges Ziel der Stadt Frankfurt am Main ist es darüber hinaus, bis 2030 eine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem und gefördertem Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.[1] Dies würde dazu beitragen, dass Bürgerinnen und Bürger unabhängig von staatlichen Leistungen leben können.

Wohngeldhaushalte je 1.000 Haushalte in Frankfurt am Main von 2010 bis 2018



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

Im Betrachtungszeitraum 2010 bis 2018 ist der Anteil der Wohngeldhaushalte mit Schwankungen leicht zurückgegangen: von rund 11 Wohngeldhaushalten pro 1.000 Haushalte im Jahr 2010 auf 9,5 im Jahr 2018. Eine Bewertung dieser Entwicklung ist nur schwer möglich. Der Rückgang der Wohngeldhaushalte könnte sowohl an einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Einkommen und Miete liegen als auch an einer Verschlechterung der Einkommenssituation, was zum Bezug von Grundsicherungsleistungen führen würde.

Indirekten Einfluss auf die Anzahl der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger hat die Stadt, indem mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Aber auch Änderungen in den Wohngeldbestimmungen, wie den Einkommensgrenzen der berechtigten Personen oder den berücksichtigungsfähigen Mietobergrenzen, können die Anzahl der berechtigten Personen deutlich verändern.

Ab dem 1. Januar 2021 wird die sogenannte Klimakomponente beim Wohngeld eingeführt. Damit sollen Energiekostensteigerungen infolge des von der Bundesregierung beschlossenen Klimapakets für Haushalte abgedeckt werden, die Wohngeld beziehen.

Projekte und Maßnahmen

Als Teil der öffentlichen Wohnungsbau- und Wohnraumförderung ist das Wohngeld eine Ergänzung zu staatlichen objektbezogenen Finanzierungshilfen. Mit vielfältigen Projekten und Maßnahmen verfolgt die Stadt das Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und öffentlich geförderte Wohnungen bereitzustellen. Eine ausreichende und bedarfsgerechte Wohnraumversorgung kann dazu beitragen, die Zahl der Wohngeldhaushalte zu verringern.

Auch Projekte und Maßnahmen, die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, Arbeitsplätze zu finden und ein adäquates Einkommen zu erzielen, können dazu beitragen, dass Haushalte dauerhaft unabhängig von staatlichen Hilfen leben können, und in der Folge die Quote der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger senken.

Weitere Informationen

Amt für Wohnungswesen Stadt Frankfurt am Main, **www.wohnungsamt.frankfurt.de**

Wahrnehmen des Rechtsanspruchs auf Wohngeld

Zustand

●●●

Tendenz

→

Ausreichende Versorgung mit bezahlbarem und gefördertem Wohnraum

Zustand

●○○

Tendenz

↗

Mehr zum Thema

Intensität der Flächennutzung, S. 112

Wanderungssaldo von Familien, S. 122

Wohnungsversorgungsquote, S. 116

Öffentlich geförderte Wohnungen, S. 118

FRAP, S. 80

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern, S. 58

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4793, Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten – urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept, www.stvv.frankfurt.de/parlis; Wohnungspolitische Leitlinien der Stadt Frankfurt am Main 2005, www.wohnungsamt.frankfurt.de ➜ Wohnungspolitische Leitlinien.

Wanderungssaldo von Familien

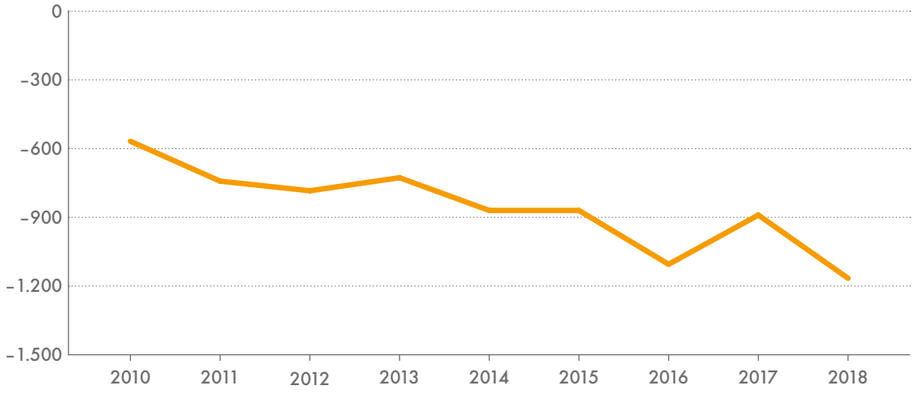
Eine familienfreundliche Stadt bietet familiengerechte Infrastrukturen und bezahlbaren Wohnraum für Familien. Wenn mehr Familien in das Umland abwandern als aus dem Umland zuwandern, ist das ein Signal dafür, dass die Lebensqualität für Familien in der Stadt vergleichsweise schlechter ist. Für Großstädte ist dies ein typisches Problem. Durch den Wanderungssaldo der Stadt Frankfurt mit dem Umland in der Altersgruppe *Personen jünger als sechs Jahre* lassen sich diese Wanderungen abbilden. Ist der Wanderungssaldo positiv, ziehen mehr Personen aus dem Umland in die Stadt als umgekehrt. Ist der Saldo negativ, wandern Familien in das Umland ab. Als Umland definiert sind die angrenzenden Landkreise und die Stadt Offenbach am Main.

Der Indikator zeigt den Wanderungssaldo von Familien mit Kindern unter sechs Jahren der Stadt Frankfurt am Main mit ihrem Umland.

Ziel

Es ist das Ziel, bis 2030 in Frankfurt am Main Wohnraum für alle zu schaffen. Das Angebot an geräumigen und hochwertigen Wohnungen, die familiengerecht sind, soll steigen.[1]

Wanderungssaldo der Stadt Frankfurt am Main mit dem Umland in der Altersgruppe Kinder unter sechs Jahren von 2010 bis 2018



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

Der Zuwachs an Einwohnerinnen und Einwohnern in Frankfurt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin mehr Familien in das Umland abwandern als aus dem Umland zuwandern. Der Wanderungssaldo der Altersgruppe jünger als sechs Jahre ist im gesamten Betrachtungszeitraum negativ. Zwischen 2010 und 2018 ist der Saldo von –568 auf –1.166 gesunken. 2018 wanderten somit 1.166 Kinder unter sechs Jahren aus Frankfurt ab.

Wenn Familien aus einer Stadt abwandern, kann dies ein Hinweis darauf sein, dass sie beispielsweise aufgrund von Knappheit geeigneter Wohnungen und steigenden Mietpreisen besonders große Probleme auf dem Wohnungsmarkt haben und sich nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können. Darüber hinaus kann eine vermehrte Abwanderung von Familien auf Mängel der Qualität des Wohnumfelds hindeuten, beispielsweise durch Lärmbelastung oder Grünflächenmangel. Im Sinne einer ausgewogenen Sozial- und Altersstruktur ist es wünschenswert, dass Familien in der Großstadt bleiben. Mit der Wanderungsbewegung ins Umland können Umweltbelastungen durch die Erhöhung von Flächenverbrauch und Verkehrsaufwand steigen, da damit oftmals eine flächenaufwändigere Wohnform und häufigere und weitere Autofahrten verbunden sind. Um den Wanderungssaldo zu verbessern, sollen geeigneter und günstiger Wohnraum geschaffen und die Wohnqualität verbessert werden. Auch eine gute und ausreichende Kinderbetreuung und ein vielfältiges Schulangebot können sich darauf auswirken, dass mehr Familien in der Stadt bleiben. Unabhängig vom Wohnungsangebot und der Lebensqualität gibt es natürlich dennoch Familien, die gezielt im Umland wohnen möchten.

Projekte und Maßnahmen

Stadtplanungsprojekte schaffen für Familien neuen Wohnraum, um die Familienfreundlichkeit der Stadt zu stärken. Beispielsweise wurde der Riedberg mit seinen sieben Quartieren zu einem Stadtteil entwickelt, der in der Gesamtbetrachtung eine hohe Lebensqualität bietet. Mit der Fertigstellung wird dort Platz für circa 15.000 Menschen in 6.000 Wohneinheiten geschaffen werden.

Das Projekt **Frankfurt Nordwest – Neuer Stadtteil der Quartiere** könnte ebenfalls für Familien neuen Wohnraum mit gutem Zugang zu Grün- und Naherholungsflächen schaffen. Voraussichtlich Ende 2021 wird der Stadtverordnetenversammlung der Abschlussbericht zu den vorbereitenden Untersuchungen vorgestellt, auf dessen Basis entschieden wird, ob eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme durchgeführt werden soll.

Projekte und Maßnahmen in den Bereichen **Grünflächen, Umweltqualität, Verkehrsberuhigung** und **Kinderbetreuung** können ebenfalls zu einer familienfreundlichen Stadtentwicklung beitragen.

Weitere Informationen

Stadtplanungsamt Frankfurt am Main, **www.stadtplanungsamt-frankfurt.de**

Stadt Frankfurt am Main, Planen, Bauen und Wohnen, **www.frankfurt.de/themen/planen-bauen-und-wohnen**

Zustand

●○○

Tendenz

→

Mehr zum Thema

Naherholungsflächen, S. 126

Anzahl und Qualität der Spielplätze und Freizeitanlagen, S. 124

Modal Split, S. 130

Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt, S. 42

Luftqualität – Feinstaub, S. 36

Luftqualität – Stickstoffdioxid, S. 38

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4793, Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten – urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept, www.stvv.frankfurt.de/parlis; Wohnungspolitische Leitlinien der Stadt Frankfurt am Main 2005, www.wohnungsamt.frankfurt.de ➜ Wohnungspolitische Leitlinien.



Anzahl und Qualität der Spielplätze und Freizeitanlagen

Spielplätze sind sichere Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche frei bewegen und austoben können. Dabei können sie zwischen besonderen Angeboten wie Waldspielparks, Wasserspiel- und Rollsportanlagen wählen. Für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist ein fußläufig zu erreichendes, zielgruppengerechtes Angebot von ansprechenden Spielplätzen wichtig.

Der Indikator zeigt die Anzahl und die Qualität der Spielplätze in Frankfurt am Main.

Ziel

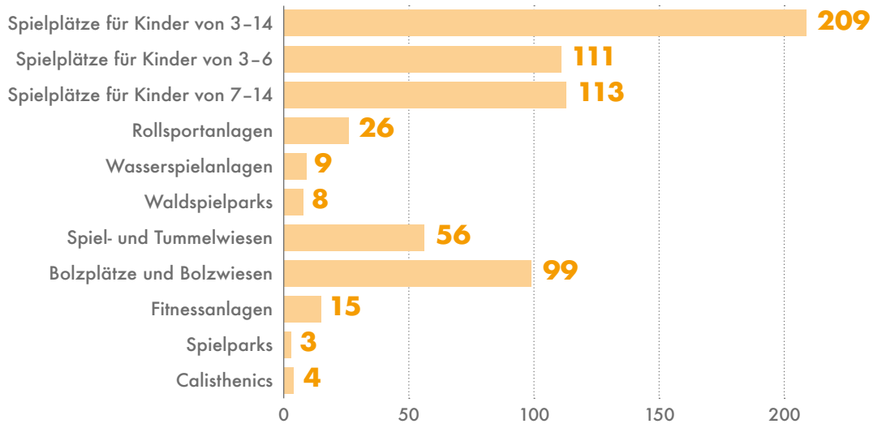
Alle Frankfurter Kinder und Jugendliche sollen Zugang zu Spielplätzen haben. Inklusion und Beteiligung sollen bei der Planung berücksichtigt werden und eine immer zentralere Rolle einnehmen.

Entwicklung

Frankfurt hat 653 Spielplätze und Freizeitanlagen mit verschiedenen Ausrichtungen, die ein abwechslungsreiches Spielangebot ermöglichen. Der Bedarf nach Spielplätzen steigt mit der wachsenden Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern und so wurde die Anzahl der Spielplätze analog zum Bevölkerungswachstum um rund 15 Prozent von 570 Plätzen im Jahr 2010 auf 653 im Jahr 2019 gesteigert.

Neben der Schaffung von neuen Spielplätzen, zum Beispiel in Neubaugebieten, ist es wichtig, das bestehende Angebot der Stadt in guter Qualität zu sichern und bestehende Spielplätze zu erneuern. Die Erneuerung war in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten und so sind viele Spielplätze sanierungsbedürftig. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurden die personellen Kapazitäten zum Umbau und zur Erneuerung der Plätze ausgebaut.

Anzahl der Spielplätze und Freizeitanlagen in Frankfurt am Main, gegliedert nach Ausrichtungen im Jahr 2019



Datengrundlage: Grünflächenamt Stadt Frankfurt am Main

Anzahl der Spielplätze im Verhältnis zur Stadtfläche und zu den Einwohnenden

Zustand ● ● ○

Tendenz ↗

Qualität der Spielplätze, Zustand der Spielgeräte

Zustand ● ○ ○

Tendenz ↗

Inklusion und Beteiligung

Die Aspekte Inklusion und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gewinnen bei der Planung von Spielplätzen an Bedeutung. Bei Neuplanungen und Umbauten von Spielplätzen in Frankfurt wird geprüft, inwieweit Inklusion realisiert werden kann. Um ein Spielangebot für alle zu schaffen, müssen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Fähigkeiten oder Einschränkungen berücksichtigt werden.

Ein gelungenes Beispiel für Inklusion ist der **Spielplatz Chamissostraße**. Dort können Spielgeräte wie ein Sandspieltisch oder ein kleiner Kaufladen ohne besondere motorische Fähigkeiten oder hohen Kraftaufwand genutzt werden. So wurde ein Spielort geschaffen, der allen Kindern und Jugendlichen Spielmöglichkeiten bietet.

Kinder und Jugendliche werden regelmäßig bei der Planung von Spielplätzen beteiligt. Beim **Spielplatz im Holzhausenpark** wurde beispielsweise der Schutz der neu bepflanzten Flächen thematisiert. Bei den Kindern und Jugendlichen sollte ein Verständnis für die Auswirkungen geweckt werden, die durch das intensive Bespielen der Flächen entstehen. Als Ergebnis des Prozesses konnten die beteiligten Schulen zum Schutz der Pflanzen Zaunelemente künstlerisch gestalten.

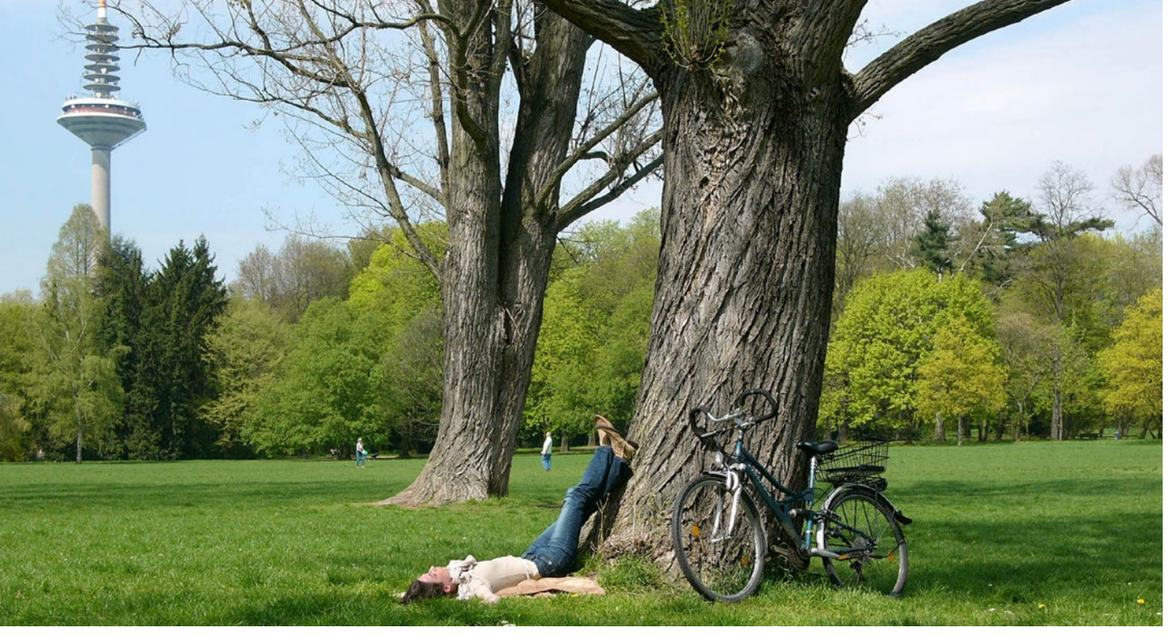
2019 startete das Projekt zur Modernisierung und Neugestaltung des **Spielplatzes Am Pilz** in der Fritz-Tarnow-Straße. Die Ideen von Kindern der umliegenden Schulen und Betreuungseinrichtungen flossen unmittelbar in die Planung des Spielplatzes ein.

Um die Qualität der Spielplätze zu steigern, bietet das Kinderbüro das Programm **Spielplatzpatenschaften** an. Spielplatzpatin oder -pate können Menschen werden, die in der Nähe eines Spielplatzes leben oder arbeiten. Patinnen und Paten nehmen Fragen und Anregungen der Nutzenden auf und geben diese an das Kinderbüro weiter.

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Umwelt und Grün, **www.frankfurt.de** ➜ Spielen

Kinderbüro Stadt Frankfurt am Main, Spielplatzpaten, **www.kinderbuero-frankfurt.de**



Naherholungsflächen

Naherholungsflächen sind unbebaute Flächen, die für Erholung und Sport oder für die Naturerfahrung genutzt werden können. Zu diesen Flächen gehören Grünanlagen und Parks, aber auch Flächen, die vorrangig andere Funktionen erfüllen wie forstlich genutzte Wälder, mit Wegen erschlossene landwirtschaftliche Bereiche und Friedhöfe. Erholungsflächen erfüllen wichtige soziale, ökologische und ökonomische Funktionen. Sie haben einen hohen Freizeitwert, können Stress reduzieren und als Treffpunkt verschiedener sozialer Schichten dienen. Erholungsflächen haben einen hohen ökologischen Wert, da sie durch Klimaregulation und Luftfilterung in städtischen Gebieten die Luftqualität verbessern können und Lebensraum für Tiere und Pflanzen bieten. Sie sind auch ein wichtiger weicher Standortfaktor für die Ökonomie der Stadt.

Der Indikator zeigt die Erreichbarkeit von Erholungsflächen für alle Frankfurterinnen und Frankfurter und misst, welcher Anteil des Stadtgebiets mit Grün- und Erholungsflächen im Umkreis von 300 Metern ausgestattet ist.

Ziel

Naherholungsflächen sollen gesichert, bestehende Grünflächen erweitert und neue geschaffen werden. Die Verbesserung der Erreichbarkeit von Grünflächen und die Schaffung von neuen Grünverbindungen ist ein maßgebliches Ziel für die zukünftige Entwicklung von grünen Naherholungsflächen.[1]

Entwicklung und Einflussfaktoren

In Frankfurt gibt es viele hochwertige Grünflächen im Sinne der Naherholung. Sie sind häufig fußläufig erreichbar. Die grünen Ringe um Frankfurt – GrünGürtel, Alleenring und Anlagenring – bieten ein vielfältig nutzbares Angebot an Parks, Naturerlebnisräumen, Sport- und Spielplätzen und Wegen. 2017 fand im Rahmen der Green City-Bewerbung eine Datenanalyse und Auswertung unter dem Titel *Handlungsziele für Stadtgrün und deren empirische Evidenz* statt.[2] Sie zeigte, dass 80 Prozent der Frankfurter Stadtfläche mit Grünflächen im Umkreis von 300 Metern ausgestattet sind. 300 Meter gilt als fußläufige Entfernung.

In den letzten Jahren wurde die Qualitätssteigerung der Naherholungs- und Grünflächen vorangetrieben. Beispiele sind die Sanierung von Anlagen am Mainufer, die Erweiterung des Mainuferparks in der Nähe der Europäischen Zentralbank, der Alte Flugplatz Kalbach/Bonames und Renaturierungsmaßnahmen im GrünGürtel entlang der Nidda sowie die Grunderneuerung innerstädtischer historischer Parkanlagen wie der Wallanlagen, des Grüneburgparks und des Höchster Stadtparks.

Der Klimawandel und die dadurch zunehmende Trockenheit führen dazu, dass es arbeitsintensiver wird, die Grünflächen zu unterhalten. Außerdem steigt durch den Zuzug neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger der Nutzungsdruck auf die Grünflächen. Diese Entwicklungen machen neue Planungsansätze erforderlich. Frankfurt ist eine wachsende Stadt und es wird angenommen, dass die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner bis mindestens 2030 ansteigt. Um einen guten Zugang zu Grün- und Naherholungsflächen zu bieten, müssen bestehende Flächen möglichst erhalten und neue Quartiere stark durchgrünt werden. Nur so kann die Naherholungs-, Klima- und Artenschutzfunktion erhalten und dem zunehmenden Nutzungsdruck begegnet werden. Außerdem müssen bestehende Quartiere und Straßenzüge stärker begrünt werden. Dieses Ziel wird auch dadurch verfolgt, dass die Stadt mit dem Förderprogramm *Frankfurt frischt auf* bis zur Hälfte der anfallenden Kosten für private Begrünungsmaßnahmen von Dächern, Fassaden und Höfen übernimmt. So können neue Orte mit Erholungswirkung geschaffen werden.

Projekte und Maßnahmen

Das Grünflächenamt fördert **Urban Gardening** mit städtischen Mitteln von rund 100.000 Euro pro Jahr. Es bietet Frankfurterinnen und Frankfurtern die Möglichkeit, **Baum-, Beet- und Kübelpatenschaften** zu übernehmen, um das Stadtgrün und die rund 1.000 Jungbäume, die jährlich gepflanzt werden, zu pflegen.
www.frankfurt.de/baumpatenschaften

Mit dem Projekt **Grünes Ypsilon** sollen bestehende Grünanlagen zwischen Ginnheim, Dornbusch und Grüneburgpark vernetzt und verbessert werden. So sollen beispielsweise Verbindungen zwischen den Grünanlagen und Fuß- und Fahrradübergänge geschaffen werden.
www.gruenes-ypsilon.de

Mit dem Programm **Straßenzüge und Straßenbahntrassen** werden für deren klimagerechte Umgestaltung jährlich 500.000 Euro über vier Jahre bis 2023 zur Verfügung gestellt. Aktuelle Projekte sind der Paul-Arnsberg-Platz sowie die Platzfolge Roßmarkt, Goethe- und Rathenauplatz.

Zustand

●●●

Tendenz

↗

Mehr zum Thema

Kommunale Klimaanpassungskonzepte, S. 156

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Umwelt und Grün, **www.frankfurt.de/themen/umwelt-und-gruen**

80 % der Frankfurter Stadtfläche haben Grünflächen im Umkreis von 300 Metern.

[1] Stadt Frankfurt am Main, Verfassung des Frankfurter GrünGürtels 1991, www.frankfurt.de/gruenguertel; Strategieplan zur Anbindung des GrünGürtels an Stadt und Region, Speichen- und Strahlenplan 2011; Grün und Freiraum – Integriertes Stadtentwicklungskonzept Frankfurt am Main 2030+ 2019, Fachbeitrag Grün und Freiraum (Grünflächenamt/Stadtplanungsamt), www.frankfurt.de/gruenflaechenamt, www.stadtplanungsamt-frankfurt.de ➜ iSteK.
[2] Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn, April 2017.

Wohnungsnahe Lebensmittelversorgung

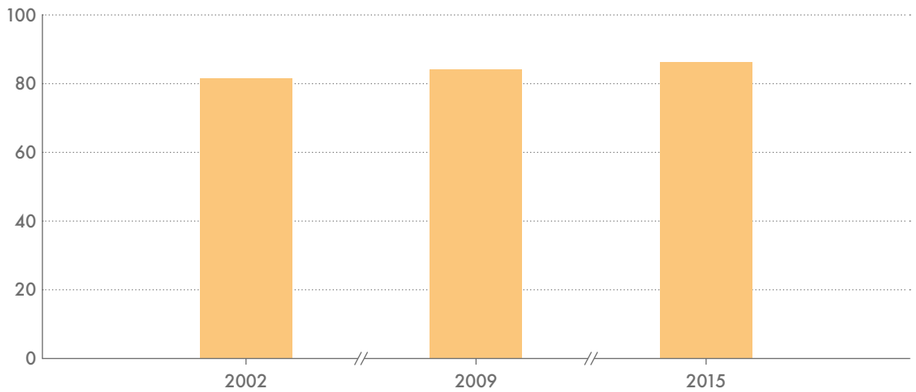
Die Wohnqualität hängt unter anderem von einer guten wohnungsnahen Versorgungsinfrastruktur ab. Ein engmaschiges Netz an Standorten zur Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs – insbesondere mit Nahrungsmitteln – fördert eine *Stadt der kurzen Wege*: Menschen können in ihrer Nachbarschaft einkaufen und das Verkehrsaufkommen reduziert sich, da die Strecken zu Lebensmittelgeschäften kurz sind und mit dem Rad oder zu Fuß bewältigt werden können. Als fußläufig zumutbare Entfernung gelten maximal 600 Meter. Unter fußläufiger Lebensmittelversorgung versteht man alle Lebensmittelgeschäfte mit mehr als 200 Quadratmetern Verkaufsfläche, die im Umkreis von 500 Metern Luftlinie liegen. Die Entfernung von 500 Metern Luftlinie entspricht in etwa einer realen Entfernung von 600 Metern, wenn man den üblichen Umwegfaktor von 1,2 einrechnet.

Der Indikator zeigt den Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner in Frankfurt, in deren Umkreis von 500 Metern Luftlinie um ihre Wohnung sich ein Lebensmittelgeschäft befindet.

Ziel

Es ist das Ziel, eine wohnungsnahe, fußläufig erreichbare Nahversorgung in Frankfurt am Main zu gewährleisten.[1]

Einwohnerinnen und Einwohner mit Lebensmittelgeschäft im Umkreis von 500 Metern Luftlinie in Frankfurt am Main in den Jahren 2002, 2009 und 2015 in Prozent



Datengrundlage: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main; Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

2002 wohnten 81,6 Prozent der Frankfurter Bevölkerung im Umkreis von 500 Metern Luftradius um ein Lebensmittelgeschäft mit einer Verkaufsfläche von mehr als 200 Quadratmetern. Der Anteil stieg bis 2015 auf 86,4 Prozent. Das Niveau und die Entwicklung der wohnungsnahen Lebensmittelversorgung sind damit positiv zu bewerten.

Ein Einflussfaktor auf die wohnungsnahe Grundversorgung ist die Entwicklung der Bevölkerungsverteilung. Findet das Bevölkerungswachstum im Stadtgebiet überwiegend in den Einzugsbereichen der Lebensmittelgeschäfte statt, hat dies einen positiven Einfluss auf den Indikator. Ein weiterer Einflussfaktor ist die Entstehung neuer Nahversorgungsstandorte. Um eine gute und wohnungsnahe Lebensmittelversorgung zu gewährleisten, sollen die bestehenden Standorte durch neue Nahversorgungsstandorte, die bisher nicht versorgte Bereiche abdecken, ergänzt werden.

Projekte, Konzepte und Maßnahmen

Mit dem **Einzelhandels- und Zentrenkonzept** sollen die Stadtteilzentren gestärkt und die flächendeckende, wohnortnahe Versorgung gewährleistet werden. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat 2008 erstmals ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept beschlossen und 2011 einer aktualisierten Fassung zugestimmt. Eine weitere Aktualisierung von 2018 befindet sich im Abstimmungsprozess.
www.stadtplanungsamt-frankfurt.de
➜ Zentrenkonzept

Über die **Anpassung von Planungsrecht** durch entsprechende Festsetzungen in Bebauungsplänen können ungeeignete Standorte verhindert werden.

Die gemeinnützige Gesellschaft *smart work frankfurt gemeinnützige Gesellschaft für berufsbezogene Qualifizierung und Beschäftigung mbH* will mit den **smart-Lebensmittelmärkten** die Nahversorgung in Frankfurter Stadtteilen sicherstellen, in denen es keinen Supermarkt gibt, und so die Nahversorgungslücken schließen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Märkte nehmen an Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammen für Langzeitarbeitslose der *smart work frankfurt gGmbH* teil.
www.smart-work-frankfurt.de ➜ Smart-Märkte

Der **Frankfurter Agenda-Stadtplan für Nachhaltiges Leben** erscheint als zentrale Info- und Austauschplattform seit 2004 in handlichem Print-Format und seit 2019 zeitgemäß auch online. Er listet viele Adressen zum nachhaltigen Leben und Einkaufen in Frankfurt und der Region auf, unter anderem auch Luftpumpstationen und Stromtankstellen. Darüber hinaus widmet sich der redaktionelle Teil dem Thema Klimawandel und zeigt verschiedene Wege auf, die zur Anpassung an den Klimawandel eingeschlagen werden können. In der neuen Online-Version des Agenda-Stadtplans kann direkt nach Angeboten in der eigenen Umgebung gesucht werden. Wechselnde aktuelle Themenbeiträge, Veranstaltungshinweise oder Tipps runden den Internetauftritt ab. Der Frankfurter Agenda-Stadtplan ist ein Projekt des Umweltforums Rhein-Main e. V. in Zusammenarbeit mit der Agentur Seippel & Weihe sowie dem Umweltamt der Stadt Frankfurt am Main. Die Broschüre ist beim Umweltamt, der Bürgerberatung, den Meldeämtern und den Mitgliedern des Umweltforums erhältlich.
www.agenda-stadtplan.de
www.umweltforum-rhein-main.de

Zustand

●●●

Tendenz

↗

Mehr zum Thema

Umweltforum Rhein-Main e. V., S. 80

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.09.2008, § 4608, Einzelhandels- und Zentrenkonzept, www.stvv.frankfurt.de/parlis; Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.06.2012, Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2011, § 1859, www.stvv.frankfurt.de/parlis; Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4793, Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten – urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

Modal Split

Der Modal Split beschreibt die Verteilung des Wegeaufkommens auf die Verkehrsmittel Fußverkehr, Radverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sowie Motorisierter Individualverkehr (MIV) und charakterisiert damit das Verkehrsmittelwahlverhalten. Die Daten für diesen Indikator werden im Abstand von fünf Jahren durch Haushaltsbefragungen gewonnen. Die Angaben der Befragten beziehen sich auf die mittleren Werktage von Dienstag bis Donnerstag.

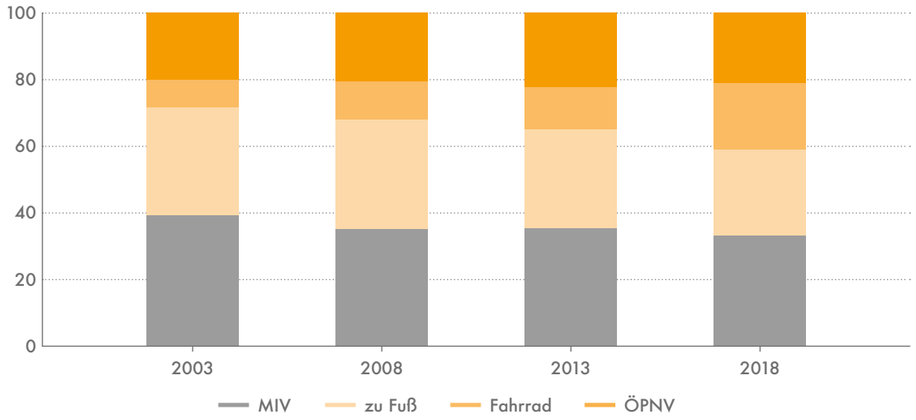
Dabei ist zu berücksichtigen, dass die mit dem ÖPNV und dem MIV zurückgelegten Wege im Durchschnitt länger sind als die im Fuß- und Radverkehr als Hauptverkehrsmittel zurückgelegten Wege. Bei einer Betrachtung der jeweils erbrachten Verkehrsleistung verschieben sich die Verkehrsmittelanteile daher deutlich zu Lasten des nichtmotorisierten Verkehrs.

Der Indikator beschreibt die Verkehrsmittelwahl der Frankfurter Bevölkerung.

Ziel

Um die Mobilitätsbedürfnisse stadtverträglich zu bewältigen, soll ein möglichst großer Anteil im Fußverkehr, Radverkehr oder ÖPNV zurückgelegt werden.[1] Konkrete Zielwerte sind derzeit nicht festgelegt. Die Zielformulierung zur Klimaallianz sieht vor, die Kapazitäten im ÖPNV in Frankfurt am Main auszubauen und die Anteile von Rad- und Fußverkehr zu erhöhen.

Verkehrsmittelwahlverhalten der Frankfurter Bevölkerung in den Jahren 2003, 2008, 2013 und 2018 in Prozent



Datengrundlage: Dezernat Verkehr Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

Die Haushaltsbefragungen der TU Dresden zeigen, dass die Frankfurterinnen und Frankfurter für einen immer größeren Anteil ihrer Wege die Verkehrsmittel des Umweltverbundes aus Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV nutzen. Der MIV wird aktuell im werktäglichen Gesamtverkehr nur noch für rund ein Drittel aller Wege als Fahrerin oder Fahrer beziehungsweise Mitfahrerin oder Mitfahrer genutzt – im Binnenverkehr innerhalb Frankfurts sogar nur für rund ein Viertel aller Wege.

Zwischen 2013 und 2018 hat insbesondere der Radverkehr seinen Anteil stark ausbauen können. Das ging nicht mehr überwiegend zu Lasten des MIV, sondern hat auch zu einem leichten Rückgang der Anteile des Fußverkehrs und des ÖPNV geführt. Für viele Frankfurterinnen und Frankfurter entstehen durch die Corona-Pandemie zusätzliche Anreize, mit dem Rad in der Stadt unterwegs zu sein: Durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ist das Verkehrsaufkommen in Frankfurt insgesamt gesunken, was das Radfahren sicherer macht. Darüber hinaus ist Radfahren eine Form der Fortbewegung, bei der das Infektionsrisiko gering ist. Diese Faktoren werden in den Daten bis 2018 nicht abgebildet und die Entwicklung muss in den nächsten Jahren neu bewertet werden.

Das Verkehrsgeschehen in Frankfurt am Main ist durch die intensiven Verflechtungen mit dem Umland geprägt, zu denen keine vergleichbaren Erhebungen durchgeführt werden. Der Verkehr in Frankfurt wird maßgeblich durch die hohe Zahl der Pendlerinnen und Pendler beeinflusst. Im Pendelverkehr überwiegt der MIV deutlich und beträgt nach Schätzungen zwischen 65 und 70 Prozent, so dass der fließende und ruhende Autoverkehr an vielen Stellen der Stadt den öffentlichen Raum weiterhin deutlich dominiert. Der Anteil des MIV im Stadt-Umland-Verkehr stellt für die stadtverträgliche Gestaltung von Mobilität und Verkehr eine große Herausforderung dar.

Wegen des hohen Anteils umweltfreundlicher Verkehrsmittel an allen Wegen der Frankfurter Bevölkerung wird der Zustand in Bezug auf den Indikator Modal Split als gut eingeschätzt. Die Tendenz wird als gut eingeschätzt, da der Anteil des Umweltverbundes zugenommen hat. Das Potenzial gegenüber dem MIV wurde jedoch noch nicht optimal ausgeschöpft.

Projekte und Maßnahmen

Damit der Verkehr in Zukunft stadtverträglich abgewickelt werden kann, müssen umweltfreundliche Verkehrsmittel einen immer größeren Anteil der steigenden Verkehrsmenge übernehmen. Der **Ausbau von Bussen und Bahnen** und die Anbindung neuer Stadtviertel an den öffentlichen Nahverkehr fördern den Umstieg vom Auto zu einer nachhaltigen und stadtverträglichen Mobilität. Mit der Fortschreibung der Gesamtverkehrsplanung wird eine *Teilstrategie für den Infrastrukturausbau ÖPNV Frankfurt am Main 2030* erarbeitet.

Indem die Stadt **gute Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr** schafft, werden umwelt- und klimafreundliche Mobilitätsformen gefördert. Mit dem Beschluss zur Fahrradstadt Frankfurt am Main werden Aktivitäten zur Radverkehrsförderung massiv ausgeweitet, sowohl in Bezug auf die Infrastruktur für den fließenden und ruhenden Radverkehr als auch in Bezug auf Service und Kommunikation.

Ein besonderes Augenmerk muss zukünftig auf den **Verkehr zwischen Stadt und Umland** gelegt werden. Der Ausbau des regionalen ÖPNV soll mit den regionalen Akteuren auf den bestehenden Achsen und durch neue Angebote wie Schnellbuslinien sowie durch die Weiterentwicklung und Qualifizierung des regionalen Radroutennetzes, beispielsweise mit Radschnellwegen, vorangetrieben werden.

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Verkehr, **www.frankfurt.de/verkehr**

Zustand

Tendenz

Mehr zum Thema
Fahrradstadt Frankfurt am Main, S. 109

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4793, Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten – urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept, www.stvv.frankfurt.de/parlis.



11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

Motorisierungsgrad

Der Motorisierungsgrad beschreibt das Verhältnis zwischen der Anzahl der zugelassenen Pkw und der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner. Hierbei wird nicht zwischen gewerblich und privat zugelassenen Pkw unterschieden. Diese Unterscheidung würde auch nicht zuverlässig aussagen, ob die Fahrzeuge im gewerblichen oder im privaten Kontext eingesetzt werden. Auch gibt eine Zulassung in Frankfurt keine Auskunft darüber, wo dieses Fahrzeug hauptsächlich genutzt wird. Die Motorisierung kennzeichnet nicht nur die Notwendigkeit, ein Auto zu besitzen, um Mobilitätsbedürfnisse befriedigen zu können, sondern ist auch Ausdruck der konjunkturellen Lage, des sozialen Status, aber auch aktueller geschäftspolitischer Entscheidungen. Ein hoher Motorisierungsgrad bringt negative Umweltwirkungen mit sich, die je nach Antrieb und Kraftstoffart unterschiedlich groß sind. Durch die Nutzung der Pkw mit klassischem Verbrennungsmotor entsteht ein hoher Energieverbrauch und damit hohe verkehrsbedingte Emissionen wie Kohlendioxid und Stickoxide, die den Klimawandel befördern und die Gesundheit schädigen. Auch der ruhende Verkehr belastet den öffentlichen Raum, da für Parkplätze Flächen versiegelt werden.

Der Indikator zeigt die Entwicklung des Motorisierungsgrades der Frankfurter Bevölkerung.

Ziel

Durch die Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes soll es immer mehr Menschen ermöglicht werden, ihre Mobilitätsbedürfnisse ohne eigenen Pkw zu bewältigen. Zur Entlastung des öffentlichen Raums vom ruhenden Autoverkehr soll nicht nur die Nutzung, sondern auch der Besitz von Pkw reduziert werden. Es wird angestrebt, dass der Motorisierungsgrad nicht weiter steigt.

Entwicklung und Einflussfaktoren

Parallel zum Wachstum der Bevölkerung hat die Anzahl der in Frankfurt zugelassenen Pkw im Jahr 2018 einen absoluten Höchststand erreicht. Der Motorisierungsgrad – also das Verhältnis zwischen der Anzahl zugelassener Pkw und der Anzahl der Einwohnenden – war im Betrachtungszeitraum 2009 bis 2018 weitgehend konstant und liegt bei rund 540 Pkw auf 1.000 Einwohnende. Auf zwei Menschen, die in Frankfurt leben, kommt somit ein Pkw.[1]

Die Ergebnisse der Haushaltsbefragung *System repräsentativer Verkehrsbefragungen (SrV) 2018* haben gezeigt, dass immer mehr Haushalte Zugriff auf einen Pkw haben. Der Anteil autofreier Haushalte ist deutlich zurückgegangen. Kohorteneffekte führen dazu, dass auch die älteren Bevölkerungsgruppen eine relativ hohe Motorisierung aufweisen, da sie im Alter ihre Pkw nicht abschaffen. Auch die Tatsache, dass ein erheblicher Teil des Stadtwachstums in den äußeren, weniger gut in das Gesamtverkehrssystem integrierten Lagen stattfindet, kann zu einer Steigerung der privaten Motorisierung führen.

Die aktuelle Motorisierung kann sowohl im Vergleich mit anderen Großstädten in Deutschland als auch im innerregionalen Vergleich dennoch als eher gut bewertet werden, da sie vergleichsweise niedrig ist. Die Entwicklungstendenz ist angesichts der relativen Stabilität der letzten Jahre als gleichbleibend einzuschätzen. Zur Entlastung des öffentlichen Raums soll zukünftig allerdings nicht nur die Nutzung, sondern auch der Besitz von Autos reduziert werden.

Projekte und Maßnahmen

Die Stadt ergreift zahlreiche Maßnahmen, um die Verkehrsmittel des Umweltverbundes zu stärken und so eine höhere Wahlfreiheit bei der Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse zu erreichen. Mit dem Beschluss zur Fahrradstadt Frankfurt am Main wird speziell der Radverkehr weiter gefördert: Radwege und Kreuzungen werden sicherer gemacht, neue Fahrradwege entstehen und Kampagnen für die Förderung des Radverkehrs und die Achtung der Verkehrsregeln werden durchgeführt.

Neben der Stärkung des Umweltverbundes soll über die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und die Förderung des (stationsgebundenen) Carsharings die private Motorisierung gesenkt werden.

Durch Programme zum betrieblichen Mobilitätsmanagement soll ein Beitrag geleistet werden, Firmenflotten zu reduzieren.

Zustand

●●○

Tendenz

→

Mehr zum Thema

Fahrradstadt Frankfurt am Main, S. 109

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, mainziel, **https://mainziel.de**



[1] Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main.



11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

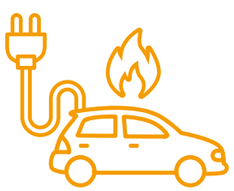
Umweltfreundlicher motorisierter Individualverkehr

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) beschreibt die Nutzung von Personenkraftwagen (Pkw), Krafträdern, Wohnmobilen, Mietfahrzeugen und Taxis, egal ob diese individuell oder als Sharing-Modell genutzt werden. Zum umweltfreundlichen MIV gehören Fahrzeuge mit Hybrid-, Erdgas- und Elektroantrieb (HEE). Ein höherer Anteil an Fahrzeugen mit umweltfreundlichem Antrieb trägt durch Reduzierung von Lärm, Luftschadstoffen und CO_2 zur Steigerung der Lebensqualität und zum Klimaschutz bei. Die Stadt Frankfurt am Main legt einen besonderen Fokus auf die Entwicklung der Elektromobilität.

Der Indikator stellt den Anteil von Pkw mit Hybrid-, Erdgas- und Elektroantrieb an allen zugelassenen Pkw in Frankfurt dar.

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main hat sich zum Ziel gesetzt, einen bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur zur Förderung der Elektromobilität zu erreichen. Aus Gründen des Klimaschutzes sind die Elektroladestationen mit Strom zu beliefern, der unter Nutzung regenerativer Energieträger erzeugt wurde.[1]



2,3 % der zugelassenen Pkw in Frankfurt haben einen Hybrid-, Erdgas- oder Elektroantrieb.

Entwicklung und Einflussfaktoren

Laut Umweltbundesamt sind Autos mit Benzin- oder Dieselmotor eine hohe Belastung für Mensch und Umwelt – sie sind jedoch das mit Abstand am häufigsten verwendete Verkehrsmittel in Deutschland. Auch in Frankfurt werden viele Wege mit dem motorisierten Individualverkehr zurückgelegt: Im werktäglichen Gesamtverkehr sind es ein Drittel und im Binnenverkehr ein Viertel aller Wege. Im Pendlerverkehr dominiert der MIV mit etwa 65 bis 70 Prozent. Dies zeigt, wie wichtig der Umstieg auf umweltfreundlichere Antriebe ist.

Seit 2016 stieg der Anteil der Fahrzeuge mit Hybrid-, Erdgas- und Elektroantrieb (HEE) an allen zugelassenen Pkw an. Während 2016 nur 0,26 Prozent (844) der Fahrzeuge einen HEE-Antrieb hatten, waren es 2019 2,3 Prozent (7.893). Im Vergleich zu Benzin- und Dieselfahrzeugen ist der Anteil sehr niedrig.

Fahrzeuge mit Elektroantrieb stehen derzeit im Mittelpunkt der Förderstrategien für umweltfreundliche Antriebe von Bund, Ländern und Kommunen. Elektrofahrzeuge leisten einen Beitrag zum Klimaschutz durch CO_2-Vermeidung, wenn der Strom zur Aufladung aus erneuerbaren Energien stammt. Außerdem reduzieren Elektrofahrzeuge die Luft- und Lärmbelastung. Die Betriebs- und Wartungskosten sind niedrig. Durch eine zehnjährige Befreiung von der Kfz-Steuer bis 2025 und eine Kaufprämie von bis zu 9.000 Euro im Rahmen des Konjunkturpakets gegen die negativen ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie werden Kaufanreize geschaffen. Es ist zu erwarten, dass der Anteil elektrisch angetriebener Fahrzeuge in den nächsten Jahren steigt. Der derzeit niedrige Anteil liegt vermutlich an den hohen Anschaffungskosten und der unzureichenden Ladeinfrastruktur.

Projekte und Maßnahmen

Bereits 2009 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Frankfurt zu einem Vorreiter auf dem Gebiet der Elektromobilität zu machen.[2] 2011 wurde von der Wirtschaftsförderung Frankfurt erstmalig ein **Elektromobilitätskonzept** veröffentlicht. Als Fortschreibung wurde 2019 vom Magistrat ein Elektromobilitätskonzept mit einer Umsetzungsstrategie *Elektromobilität 2030 in Frankfurt am Main* vorgelegt. 2020 hat die Stadtverordnetenversammlung das Konzept beschlossen.[3] Das Konzept und die Umsetzungsstrategie sind wichtige Bausteine für die Mobilitätswende in Frankfurt. Die Strategie beinhaltet Projektvorschläge mit Handlungsoptionen zu Themen wie Ladeinfrastruktur, Wohnungsbau und Quartierentwicklung, ÖPNV, kommunale und gewerbliche Fuhrparks, Intermodalität, Radverkehr, E-Carsharing und E-Taxis.

Die **Frankfurter Stromtankstellen** und ihre Filialen sind ein kostenloses Angebot des Umweltforums Rhein-Main e. V. und seiner Mitgliedsunternehmen zur Förderung der Elektromobilität. Es bietet Solartankstellen (Gelbe ST-Sonnen) und Ökostromtankstellen (Blaue ST-Sonnen). Das Zapfstellennetz wird kontinuierlich erweitert. Im Zuge dieses Projektes hat das Umweltforum zunächst mit seinen Mitgliedern Mainova AG, Frankfurter Sparkasse, Velotaxi Frankfurt und weiteren Partnern wie traffiQ die erste Frankfurter Solartankstelle für E-Fahrräder und Elektroroller auf der Frankfurter Hauptwache errichtet. In der Folge wurde ein Netz von Solar- und Ökostromtankstellen für Autos und Zweiräder im Stadtgebiet aufgebaut. An etwa zehn Standorten können Elektromobile kostenlos nachladen. Hinzu kommen in Frankfurt derzeit rund 70 Ladestationen anderer Anbieter, die zum Teil kostenpflichtig sind. **www.lemnet.org**

Zustand

●○○

Tendenz

↗

Mehr zum Thema

Modal Split, S. 130

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt E-Mobil, **www.frankfurtemobil.de**

Stadt Frankfurt am Main, Vortrag des Magistrats vom 20.12.2019, M 219, Elektromobilitätskonzept und Umsetzungsstrategie für die Stadt Frankfurt am Main, Elektromobilität 2030 in Frankfurt am Main, **www.stvv.frankfurt.de/parlis**

Deutsches Dialog Institut/INOVAPLAN, 2019, Elektromobilitätskonzept und Umsetzungsstrategie für die Stadt Frankfurt am Main, **www.stvv.frankfurt.de/parlisobj/M_219_2019_AN_Konzept.pdf**

Umweltforum Rhein-Main e. V., **www.umweltforum-rhein-main.de**

[1] Stadt Frankfurt am Main, 30.05.2018, Leitfaden der Stadt Frankfurt am Main zum Errichten von Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum, http://www.frankfurtemobil.de/files/2018-07_final_leitfaden_ladeinfrastruktur_blanko.pdf.
[2] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.09.2009, § 6642, Frankfurt zu einem Vorreiter auf dem Gebiet der Elektromobilität machen, www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[3] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2020, § 5589, Elektromobilitätskonzept und Umsetzungsstrategie für die Stadt Frankfurt am Main, Elektromobilität 2030 in Frankfurt am Main, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

Verunglückte im Straßenverkehr

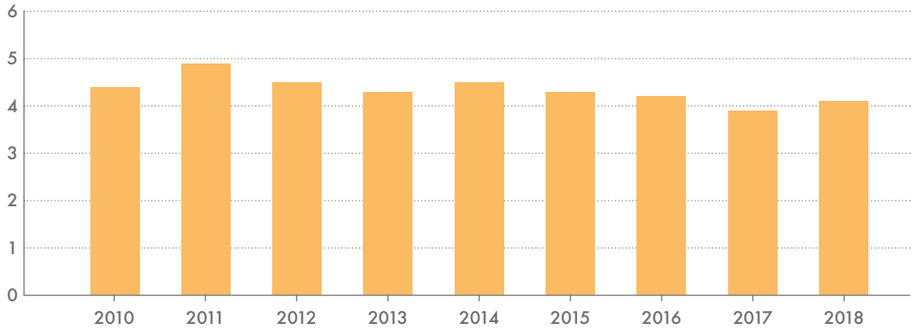
Weltweit sind Verkehrsunfälle – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eines Landes – die häufigste Todesursache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Insgesamt ereignen sich in Deutschland jährlich rund 300.000 Unfälle mit Personenschäden, was etwa 800 Unfällen mit Verletzungen oder Todesfolgen pro Tag entspricht. Um die Teilnahme am Straßenverkehr und damit das Leben in der Stadt Frankfurt sicherer zu machen, müssen präventive Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen.

Der Indikator beschreibt die verletzten und getöteten Personen im Straßenverkehr in Frankfurt am Main.

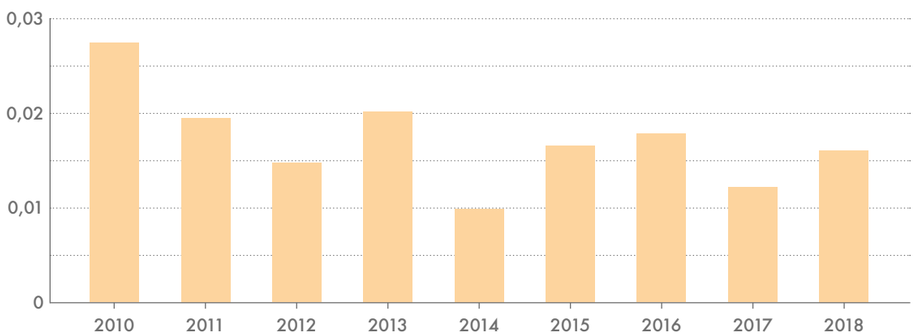
Ziel

Es ist das Ziel, die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr in Frankfurt am Main auf ein Minimum zu reduzieren.

Verletzte im Verkehr im Frankfurter Stadtgebiet je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner von 2010 bis 2018



Getötete im Verkehr im Frankfurter Stadtgebiet je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner von 2010 bis 2018



Datengrundlage: Verkehrsunfallstatistik Polizeipräsidium Frankfurt am Main; Einwohnerinnen- und Einwohnerstatistik Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

2018 wurden im Frankfurter Stadtverkehr 3.052 Menschen verletzt und 12 Menschen getötet. Auf 1.000 Einwohnende in Frankfurt kamen 4,1 verletzte und 0,016 getötete Personen. Die Anzahl der verletzten Menschen ist zwischen 2010 und 2018 trotz Schwankungen leicht von 4,4 auf 4,1 pro 1.000 Einwohnende gesunken. Die Anzahl der getöteten Menschen ist im gleichen Zeitraum trotz Schwankungen von 0,027 auf 0,016 pro 1.000 Einwohnende ebenfalls gesunken.

Mit der Einführung der Elektronischen Unfalltypen Steckkarte (EUSka) im Jahr 2006 ist es möglich geworden, auf Basis von Ursachen und aktuellen Gegebenheiten Punkte in Frankfurt, an denen gehäuft Unfälle passieren, detailliert festzustellen. Auf Grundlage dieser Unfallanalysen werden Unfallschwerpunkte erkannt und durch gezielte Verkehrssicherheitsprogramme, Präventionsmaßnahmen sowie bauliche Änderungen innerhalb der Verkehrsinfrastruktur entschärft.

Projekte, Maßnahmen und Kampagnen

Unfallkommission

Die Unfallkommission (Uko) ist ein gemeinsames Gremium der Straßenverkehrsbehörde, der Straßenbaubehörde und der Polizei. Sie hat die Aufgabe, Bereiche im Straßennetz zu erkennen, an denen sich Unfälle häufen. Sie analysiert das Unfallgeschehen, beschließt Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und überwacht deren Umsetzung. Im Anschluss überprüft die Uko die Wirksamkeit der beschlossenen Maßnahmen. Diese Maßnahmen können sich auf alle Veränderungen im Straßenverkehrsraum beziehen: von Änderungen der Beschilderung und Markierung über Anpassung von Ampelschaltungen zu Umbauarbeiten oder Fahrbahndeckenerneuerungen.

Kampagne Lass Dich Sehen

Lass Dich Sehen ist eine Kampagne des Verkehrsdezernates und des Straßenverkehrsamtes zur besseren Sichtbarkeit in der dunklen Jahreszeit, die 2008 ins Leben gerufen wurde. Auf der Aktionsseite sind Informationen erhältlich, wie man sich in der Dunkelheit gut sichtbar machen kann, wie Kinder besser geschützt werden können oder wie ein Fahrrad verkehrssicher gestaltet werden kann. Ziel ist es, bei Dunkelheit verkehrssicher unterwegs zu sein.
www.lass-dich-sehen-frankfurt.de

Sichere Schulwege

Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern erarbeitet das Stadtschulamt jährlich, auf welchen Wegen man die Schulen am besten erreichen kann. Auf den Plänen, die mindestens für die Schulklassen eins bis sieben bestehen, sind die empfohlenen Schulwege einschließlich zu bevorzugender Straßenseite, Ampeln, Fußgängerüberwege, Gefahrenstellen und Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel eingezeichnet. 2008 wurde die Aktion Schulweg-Safari vom Straßenverkehrsamt gestartet. Ziel ist es, die Frankfurter Kinder und Eltern zu mobilisieren, den Schulweg selbstständig zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen. Die Kampagne hat sich insbesondere das Thema Eltern-Taxis zu Herzen genommen. Jedes Jahr finden Aktionen zur Aufklärung statt.
www.schulweg-safari.de

Weitere Informationen

Verkehrsunfallstatistik Polizeipräsidium Frankfurt am Main
https://k.polizei.hessen.de/1482585081



11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

Barrierefreie Haltestellen und Barrierefreiheit im ÖPNV

Mobilität ist ein wesentliches Bedürfnis der Menschen. Um umweltfreundliche Mobilität in Frankfurt zu fördern, ist es wichtig, dass alle Menschen Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) haben. Wesentliche Qualitätsmerkmale für den Zugang der Fahrgäste zum ÖPNV sind die barrierefreie und kundenorientierte Gestaltung der Bus- und Straßenbahnhaltestellen sowie der U-Bahn-Stationen mit ihrer Zuwegung. Barrierefreie Gestaltung umfasst Aufzüge, Rampen und Bahnsteige. Auch moderne Fahrzeuge, in denen Menschen mit Rollstuhl, Kinderwagen oder Seh- und Hörbehinderung gut reisen können, sind relevant. Gesetzliche Grundlage für Barrierefreiheit im ÖPNV ist das Personenbeförderungsgesetz. Es sieht vor, für die Nutzung des ÖPNV bis Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen.

Der Indikator beschreibt den Anteil der barrierefreien Haltestellen des städtischen U-Bahn-Netzes in Frankfurt am Main. Außerdem werden weitere Aspekte der Barrierefreiheit im ÖPNV in Frankfurt beschrieben, die sich auf Straßenbahnen und Busse beziehen.

Ziel

Es ist das Ziel, die Teilhabe mobilitätseingeschränkter Personen durch einen barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern.

96 % der U-Bahn-Stationen in Frankfurt sind barrierefrei.

Entwicklung und Einflussfaktoren

Mit Inbetriebnahme der Aufzüge im Jahr 2018 wurde die U-Bahn-Station Eschenheimer Tor barrierefrei zugänglich. Damit sind 81 der 84 Stationen des städtischen U-Bahn-Netzes auch für Menschen nutzbar, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Elf dieser Stationen liegen auf dem Gebiet der Stadt Oberursel (U3) und zwei Stationen auf dem Gebiet der Stadt Bad Homburg vor der Höhe (U2). 71 Stationen befinden sich auf Frankfurter Stadtgebiet. Betrachtet man das Stadtgebiet, sind 96 Prozent der 71 U-Bahn-Stationen barrierefrei.[1]

Neben barrierefreien Haltestellen werden im Frankfurter ÖPNV weitere Aspekte beachtet und umgesetzt: U-Bahnen haben einen barrierefreien Einstieg und Mehrzweckbereich für Rollstühle, Kinderwagen und Rollatoren. Die Bereiche sind von außen gut sichtbar mit Piktogrammen markiert. Straßenbahnen haben ebenfalls Mehrzweckbereiche. Kommt es bei Straßenbahnen zu einem Spalt zwischen Fahrzeug und Bahnsteig, können Klapprampen benutzt werden, um diesen zu überwinden. Busse bieten Aufstellflächen für Kinderwagen, Rollstühle oder Rollatoren. Sie senken sich an den Haltestellen seitlich ab, um einen einfacheren Ein- und Ausstieg zu ermöglichen. Wird die Kinderwagen- oder Rollstuhltaste von den Fahrgästen gedrückt, achtet die Fahrerin oder der Fahrer besonders auf die Türen und gibt gegebenenfalls Hilfestellungen beim Ein- und Ausstieg.

Immer bedeutsamer wird das Thema Barrierefreiheit im ÖPNV seit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) im Jahr 2013: Aufgrund der Novellierung des Gesetzes muss der Nahverkehrsplan die Belange von Menschen stärker berücksichtigen, die in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkt sind. Der Nahverkehrsplan ist der Rahmenplan der Stadtpolitik für die Fahrgäste. Im Nahverkehrsplan ist die Definition der Nahverkehrsstandards enthalten und damit werden das Thema Barrierefreiheit und mögliche Ausnahmen definiert.

Die Bewertung des Zustands und der Tendenz bezieht sich auf den Anteil der barrierefreien Haltestellen des städtischen U-Bahn-Netzes in Frankfurt am Main. Beides wird mit gut bewertet.

Projekte und Maßnahmen

In Frankfurt werden Maßnahmen und Projekte umgesetzt, damit Barrierefreiheit gestärkt wird. Im Februar 2020 wurde beispielsweise das **Planfeststellungsverfahren für den barrierefreien Umbau der U-Bahn-Station Westend** abgeschlossen. Die Verkehrsgesellschaft Frankfurt hat das Umbauverfahren beim Regierungspräsidium Darmstadt beantragt. Die Verkehrsgesellschaft möchte die Aufzugschächte für die Station auf der Bockenheimer Landstraße installieren, damit der Bahnsteig unmittelbar vom Aufzug aus erreicht wird.

Derzeit ist neben dem barrierefreien Umbau von verschiedenen Straßenbahn- und Bushaltestellen konkret der Umbau der letzten verbleibenden nicht barrierefreien U-Bahn-Stationen Römerstadt und Niddapark in Planung.

Weitere Informationen

Rhein-Main-Verkehrsverbund, Barrierefrei unterwegs,
www.rmv.de ➜ Allgemeines Infomaterial ➜ Barrierefrei unterwegs

Hessen Mobil, Straßen- und Verkehrsmanagement, Nahverkehrspläne,
https://mobil.hessen.de ➜ Barrierefreie Haltestellen

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Barrierefreiheit,
www.vgf-ffm.de ➜ Barrierefreies Reisen

Barrierefreie Haltestellen des städtischen U-Bahn-Netzes

Zustand

●●●

Tendenz

↗

[1] Datengrundlage: traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH; Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH.

12 NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION

SDG 12 Nachhaltige/r Konsum und Produktion

Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen.

Die Menschheit – insbesondere die Bevölkerung der Länder im Globalen Norden – konsumiert für die Erhaltung und Steigerung ihrer Lebensstile mehr Ressourcen als Ökosysteme bereitstellen können. Bei der Produktion und dem Konsum der Güter entstehen Abfälle, die die Mengen überschreiten, die Ökosysteme aufnehmen können. Damit die Tragfähigkeit von Ökosystemen nicht überschritten und ihre Quellen- und Senkenfunktion nicht überstrapaziert wird, fordert SDG 12 die Etablierung und Umsetzung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern. Um nachhaltige Produktionsmuster zu gewährleisten, analysieren Unternehmen idealerweise ihre Prozesse und Produkte und führen in allen Bereichen Nachhaltigkeitskriterien ein: Produktionsprozesse sollten so gestaltet werden, dass Energie, Wasser und weitere Ressourcen wie Erdöl, Metalle und Holz eingespart werden. Auch das Produktdesign sollte auf Nachhaltigkeitsaspekten beruhen und Kriterien wie Langlebigkeit und Wiederverwertbarkeit einbeziehen, um Ressourcen zu sparen.

Der Indikator Umweltmanagementsysteme zeigt Systeme, die von Unternehmen in Frankfurt angewendet werden, und misst, wie viele Unternehmen diese nutzen, um nachhaltigere Produktionsmuster zu etablieren. Neben der Einsparung von Ressourcen ist ein umweltverträglicher Umgang mit Chemikalien und anderen Abfällen relevant, um Ökosysteme nicht zu überlasten. Es ist wichtig, dass Abfälle sachgemäß entsorgt werden, damit sie nicht in die Umwelt gelangen. Außerdem ist die separate Sammlung und Wiederverwertung von Abfällen zentral, um das Abfallaufkommen zu vermindern und Ressourcen zu sparen. In diesem Kapitel zeigt der Indikator Abfallmenge, welche Abfallarten in Frankfurt am Main gesammelt und dem Recycling zugeführt werden. Ein weiterer Indikator misst die Kleinmengen gefährlicher Abfälle, das heißt Schadstoffe und Elektroaltgeräte, die in Frankfurt gesammelt werden, um sie gesondert und umweltschonend zu entsorgen oder bestenfalls zu recyceln.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- cleanffm
- MainBecher

Indikator Umweltmanagementsysteme

Indikator Abfallmenge

Indikator Kleinmengen gefährlicher Abfälle



Beispielgebende Projekte

cleanffm

cleanffm ist eine im Jahr 2017 gestartete Initiative der Stadt Frankfurt für mehr Sauberkeit und Lebensqualität: Unter anderem werden zusätzliche Mülleimer aufgestellt und häufigere Reinigungstouren realisiert. Zentraler Baustein der Initiative ist neben der Ausweitung der Infrastruktur eine breite Kommunikationskampagne: Frankfurterinnen und Frankfurter werden in ihrer direkten Umgebung sowie über digitale Kanäle auf die schädliche Wirkung einer unsachgemäßen Entsorgung von Abfällen aufmerksam gemacht. Städtische Mülleimer werden mit Botschaften der Kampagne beklebt, um täglich an die Herausforderung rund um das Thema Abfall zu erinnern. Auf Social-Media-Kanälen können sich die Menschen über Abfallvermeidung, Müllentsorgung, die neusten Kampagnenbotschaften und Veranstaltungen informieren und austauschen. Sauberkeitsbotschafterinnen und -botschafter sind auf Veranstaltungen, in Parks und auf den Straßen unterwegs, um mit den Menschen über ihr persönliches Verhalten zum Thema Abfallentsorgung zu sprechen. Die Stabsstelle Sauberes Frankfurt betreut die Kampagne mit dem Ziel, die Stadtsauberkeit und das Erscheinungsbild der Stadt Frankfurt am Main zu verbessern. Sie kooperiert unter anderem mit dem Umweltamt, dem Grünflächenamt, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) und der Servicegesellschaft für Frankfurt und Grüngürtel gGmbH (SFG).

www.cleanffm.de

MainBecher

Die Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) etablierte 2019 mit dem MainBecher ein stadtweites Mehrweg-Pfandsystem. Der Becher kann in rund 150 Cafés, Kantinen und Gaststätten genutzt werden, um Heißgetränke mitzunehmen. Der Becher ist plastikfrei, besteht zu 100 Prozent aus natürlichen und nachwachsenden Rohstoffen sowie natürlich vorkommenden Mineralien, ist recyclebar und biologisch abbaubar. Der MainBecher ist Frankfurts Antwort auf die wachsenden Müllberge durch einen anhaltendenden Getränke-to-go-Trend. Jährlich gehen etwa 2,8 Milliarden Einwegbecher in Deutschland über die Ladentheken. Davon 25 Millionen allein in Frankfurt. Einwegbecher sind so produziert und zusammengesetzt, dass sie kaum recycelt werden können und zum Großteil verbrannt werden. Der MainBecher als Mehrweg-Pfandsystem reduziert die Nutzung solcher To-go-Einwegbecher in Frankfurt und umliegenden Kommunen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind auf einer App und Website verzeichnet.

www.mainbecher.de

12 NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION

Umweltmanagementsysteme

Das Umweltmanagement ist Teil des Gesamtmanagements eines Unternehmens oder einer Organisation und dient dazu, Abläufe und Zuständigkeiten so zu organisieren, dass die eigenen und die gesellschaftlichen Ansprüche an ein umweltverträgliches Handeln sichergestellt sind, umweltbezogene Chancen und Risiken frühzeitig erkannt und rechtliche Anforderungen erfüllt werden. Das Umweltmanagement soll in allen Unternehmensbereichen ansetzen, um durch den sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen die optimale Lösung im Sinne des Umweltschutzes zu erreichen und möglichst Kosteneinsparungen zu erzielen. Die Zertifizierung mit einem Umweltmanagementsystem ist ein transparenter und erfolgreicher Weg, Umweltschutz in betriebliche Abläufe einzubringen und zu kommunizieren. Bei der Zertifizierung werden die Bestandteile des Managements (Planung, Steuerung und Überwachung der Betriebsabläufe) auf den Umweltschutz übertragen. Die bekanntesten Umweltmanagementsysteme sind die internationale Norm ISO 14001 und die Europäische Umweltmanagementverordnung EMAS (Eco-Management and Audit Scheme). Daneben gibt es weitere Umweltmanagementansätze wie das Modell *Ökologisches Projekt Für Integrierte Umwelt-Technik* (ÖKOPROFIT®). Teilnehmenden Organisationen wird dabei aufgezeigt, wie man umweltrelevante Betriebskosten senken und zur Schonung der natürlichen Ressourcen beitragen kann.

Der Indikator zeigt die Beteiligung am ÖKOPROFIT®-Programm der Stadt Frankfurt und gibt die nach EMAS zertifizierten Organisationen und Standorte im Stadtgebiet an.

Ziel

Im Rahmen der Erreichung der Klimaschutzziele hat die Stadt Frankfurt am Main das Ziel, das Projekt ÖKOPROFIT® auszuweiten. Auch kommunale Unternehmen sollen teilnehmen.[1]

Entwicklung und Einflussfaktoren

In Frankfurt ist der Umweltmanagementansatz **ÖKOPROFIT®** verbreitet – er wurde in den 90er Jahren von der TU Graz entwickelt. Das städtische Energiereferat setzt das Projekt seit 2007 mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung Frankfurt, der Industrie- und Handelskammer Frankfurt sowie der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main um. Seit 2019 ist der Regionalverband für die Region Frankfurt-Rhein-Main eingebunden. Als Kooperationsprojekt zwischen der Stadt und der örtlichen Wirtschaft zielt der ÖKOPROFIT®-Ansatz darauf ab, natürliche Ressourcen zu schonen und die Betriebskosten zu senken. Die teilnehmenden Organisationen setzen sich mit umweltrelevanten Fragestellungen auseinander: Energieeffizienz, Wassersparen, Abfallmanagement, Beschaffung, Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitermotivation und betriebliche Arbeitsplatzsicherheit.

ÖKOPROFIT® wird in Projektrunden organisiert. Im Rahmen der Einsteigerrunde im ersten Jahr werden die Organisationen intensiv begleitet. Am Programmende prüft die ÖKOPROFIT®-Kommission, ob die Pflichtkriterien und die geplanten Maßnahmen angestoßen wurden, und vergibt das ÖKOPROFIT®-Zertifikat. Ein zentrales Merkmal ist die Vernetzung zwischen den Betrieben, der Stadt und den kooperierenden Partnern. ÖKOPROFIT® dient als Netzwerkprojekt, das Nachhaltigkeit in Frankfurt und der Region unterstützt und eine wichtige Säule der Frankfurter Klimaschutzmaßnahmen darstellt.

ÖKOPROFIT® ist Teil des Regionalen Energiekonzepts FrankfurtRheinMain, das die Energiewende bis 2050 erreichen will. Die Anzahl der Einsteigerbetriebe lag seit 2007 bei etwa zehn Unternehmen im Jahr. Seit 2007 haben 91 Unternehmen bis zur Projektrunde 2019/2020 teilgenommen.[2] In der Projektrunde 2018/2019 haben die Teilnehmenden beispielsweise 1.083.809 Kilowattstunden Strom oder 1.020.751 Kilogramm CO_2 – und damit 830.571 Euro – eingespart. Engagierte Betriebe können ihre Netzwerkarbeit nach erfolgreicher Teilnahme im Rahmen des ÖKOPROFIT®-Klubs vertiefen. Die Zahl der Teilnehmenden ist bis zur Projektrunde 2019/2020 stetig gestiegen und lag zuletzt bei 26 Klubbetrieben. Dies zeigt, dass nicht nur das Projekt selbst, sondern auch der Austausch gut angenommen wird. Im Rahmen von ÖKOPROFIT® wird eine lokale Qualitätsauszeichnung verliehen. Das Programm ist vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein guter Einstieg in Umweltmanagementsysteme. Mit dem Baustein *von ÖKOPROFIT® zu EMAS/ISO 14001* werden Betriebe betreut, die sich auf ein umfangreicher zertifiziertes Umweltmanagementsystem vorbereiten.

Die Europäische Umweltmanagementverordnung **EMAS** wurde 1993 von der EU entwickelt. Die Zertifizierung ist komplex und anspruchsvoll. EMAS baut auf der internationalen Umweltmanagementnorm ISO 14001 auf. Bis Ende 2019 waren in Frankfurt 14 Organisationen mit 32 Standorten nach EMAS zertifiziert.[3] Damit ist die Zahl seit dem Jahr 2010 mit sieben Organisationen und zwölf Standorten gestiegen – gegenläufig zum deutschlandweiten Trend, der seit 2005 eine Abnahme der Organisationen verzeichnet.[4] Für nach EMAS zertifizierte Unternehmen in Frankfurt gibt es die Möglichkeit, sich im EMAS-Club Rhein-Main auszutauschen. Dadurch sollen die Verbreitung gefördert, ein Netzwerk geschaffen und die Interessen von Organisationen mit EMAS-Registrierung in nationalen und internationalen Gremien vertreten werden.

Die Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen direkt zu beeinflussen, ist für die Verwaltung nur sehr eingeschränkt möglich, beispielsweise durch Erleichterungen und Vergünstigungen in kommunalen Genehmigungsprozessen. Unabhängig davon, welcher Umweltmanagementansatz gewählt wird, legen viele Unternehmen, die keine entsprechende Zertifizierung besitzen, Wert auf umweltverträgliches Handeln. Der Indikator kann somit nur zum Teil die Verbreitung nachhaltiger Produktionsweisen anzeigen.

ÖKOPROFIT®

Zustand

●●●

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, ÖKOPROFIT®, **www.frankfurt.de/ökoprofit**

Regionalverband FrankfurtRheinMain, **www.klimaenergie-frm.de** ➜ ÖKOPROFIT®

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, **www.frankfurt-main.ihk.de** ➜ ÖKOPROFIT®

Wirtschaftsförderung Frankfurt, **www.frankfurt-business.net**

Umweltgutachterausschuss Geschäftsstelle, EMAS, **www.emas.de**;
Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V., EMAS-Register, **www.emas-register.de**

International Organization for Standardization, ISO 14001, **www.iso.org** ➜ 14001



91 Unternehmen
haben seit dem Start 2007 bis zur Projektrunde 2019/2020 bei ÖKOPROFIT® Frankfurt teilgenommen.

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.03.2009, § 5693, ÖKOPROFIT® für städtische Unternehmen, www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[2] Datengrundlage: Energiereferat Frankfurt am Main, Projektbroschüren ÖKOPROFIT®, www.frankfurt.de/ökoprofit.
[3] Datengrundlage: Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V., EMAS-Register, www.emas-register.de.
[4] Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V., EMAS in Zahlen, www.emas-register.de/emas-in-zahlen.

Abfallmenge

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main und in seinem Auftrag speziell das Umweltamt erfüllen die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Die Vermeidung und das Recycling von Abfällen haben dabei Vorrang vor energetischer Verwertung und Beseitigung. Die Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) ist mit der Sammlung der verschiedenen Abfallfraktionen beauftragt. Das Land Hessen gibt Zielgrößen für die Abfallmengen vor, die gesammelt werden sollen. Besondere Bedeutung kommt der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen zu (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG § 6). Die in den Zielgrößen festgelegten Fraktionen im Abfallwirtschaftsplan des Landes sind nicht identisch mit den ausgewerteten Fraktionen in Frankfurt.

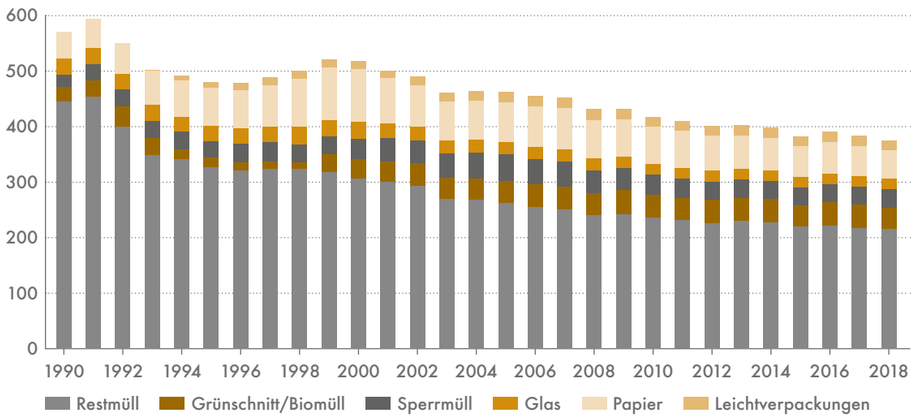
Der Indikator zeigt die gesammelten Abfallmengen von 1990 bis 2018 nach Abfallarten und gibt somit Auskunft darüber, wie viel Abfall im Recycling verwertet werden kann (Sperrmüll, Bioabfälle und Grünschnitt, Papier, Glas, Leichtverpackungen) und wie viel Abfall beseitigt werden muss (Restmüll).

Ziel

Im Abfallwirtschaftsplan Hessen sind für 2025 folgende Zielgrößen pro Kopf und Jahr festgelegt:[1]

- 150 Kilogramm Restmüll
- 110 Kilogramm Abfälle aus der Biotonne
- 65 Kilogramm Garten- und Parkabfälle
- 75 Kilogramm Verpackungsabfälle/stoffgleiche Nichtverpackungen
- 70 Kilogramm grafische Papiere
- 20 Kilogramm sonstige Wertstoffe

Abfallmenge in Frankfurt am Main in Kilogramm pro Einwohnerin und Einwohner (kg/Kopf) von 1990 bis 2018



Datengrundlage: Rhein-Main Abfall GmbH; Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES)

Entwicklung und Einflussfaktoren

Das Abfallaufkommen in Frankfurt ist zwischen 1990 und 2018 von 570 auf 380 Kilogramm pro Kopf gesunken.

Restmüll: Das Restmüllaufkommen wurde von 446 auf 215 Kilogramm gesenkt. Trotz der starken Reduktion ist das Ziel aus dem Abfallwirtschaftsplan für 2025 von 150 Kilogramm pro Kopf und Jahr noch nicht erreicht.

Sperrmüll: Das Sperrmüllaufkommen ist von 22 (1990) auf 34 Kilogramm (2018) gestiegen.

Grünschnitt und Bioabfälle: Die Sammlung von Grünschnitt und Biomüll ist von 25 (1990) auf 38 Kilogramm (2018) gestiegen. Schwankungen sind wetterbedingt. Die Menge sinkt bundesweit in trockenen Jahren, wie beispielsweise im Jahr 2018. Der niedrige Wert ist typisch für Großstädte, da viele Menschen keinen Garten besitzen.

Glas, Papier, Leichtverpackungen: Das gesammelte Glas ist von 28 auf 18 Kilogramm gesunken. Im Jahr 2018 wurden 51 Kilogramm Papier pro Kopf gesammelt. In den vergangenen zehn Jahren zeigte sich ein Abwärtstrend. Ursache dafür ist unter anderem die positive Tendenz, dass die Menge an verbrauchtem Papier sinkt: Durch die Digitalisierung gehen Druckerzeugnisse wie Tageszeitungen zurück. Die gleichzeitig zunehmende Menge an Kartonage für Verpackungen im Versandhandel gleicht diesen Rückgang nicht aus. Die Sammlung von Leichtverpackung mit der gelben Tonne wurde 1993 eingeführt und konnte von 2 auf 18 Kilogramm im Jahr 2018 gesteigert werden.

Projekte und Maßnahmen

Um die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten und Abfälle möglichst getrennt zu sammeln, ist ein Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen erforderlich: Verbesserung der Mülltrennung, Erhöhung der Sammelquoten bei den Verwertungsabfällen, Stärkung der Wiederverwendung und Reduzierung des Restabfalls (Abfallvermeidung).

2019 wurde der **MainBecher** eingeführt.

2020 begann in einem Teil des Stadtgebiets die zweite Phase des Tests zur **wöchentlichen Bioabfallsammlung**. Die FES und das Umweltamt begleiten die bundesweite Initiative mit Infokampagnen:
www.fes-bio.de
www.aktion-biotonne-deutschland.de

2020 wurde ein **Identsystem** eingeführt. Alle Mülltonnen im Stadtgebiet wurden mit einem elektronischen Chip ausgestattet, mit dem die Leerung jeder Tonne registriert wird. Störungen können erkannt und die Touren der Müllfahrzeuge optimiert werden.

Seit 2020 werden auf den Wertstoffhöfen der FES (in Kooperation mit der Gesellschaft für Wiederverwendung und Recycling mbH (GWR) und der Servicegesellschaft für Frankfurt und Grüngürtel gGmbH (SFG)) **Wertstofflotsen** zur Beratung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Anlieferung von Wertstoffen eingesetzt.

Um die **Bildung von Netzwerken im Bereich Wiederverwendung** hessenweit zu fördern, übernimmt das Umweltamt in den Jahren 2020 und 2021 die Kofinanzierung einer Stelle bei der GWR. Die Maßnahme ist Teil der Ressourcenschutzstrategie des Landes Hessen und erfolgt in Kooperation mit dem Hessischen Umweltministerium.

Ab 2021 wird im Frühjahr und im Herbst eine **stadtweite Grünschnittsammlung** eingeführt.

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Mehr zum Thema

MainBecher, S. 141

Weitere Informationen

Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES), **www.fes-frankfurt.de**

[1] Abfallwirtschaftsplan Hessen vom 24.04.2015, www.umwelt.hessen.de ➜ Abfallwirtschaftsplan.

12 NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION

Kleinmengen gefährlicher Abfälle

Zu den gefährlichen Abfällen gehören viele Produkte und Schadstoffe, die im Haushalt und Kleingewerbe verwendet werden: Abflussreiniger, Farben, Lacke, Klebstoffe, Laugen, Säuren, Chemikalien, Fotochemikalien, Altöl, Pflanzenschutzmittel, Düngemittel, Akkus, Batterien, Medikamente und vieles mehr. Sie müssen aufgrund ihrer Umwelt- oder Gesundheitsschädlichkeit getrennt vom Hausmüll entsorgt werden.

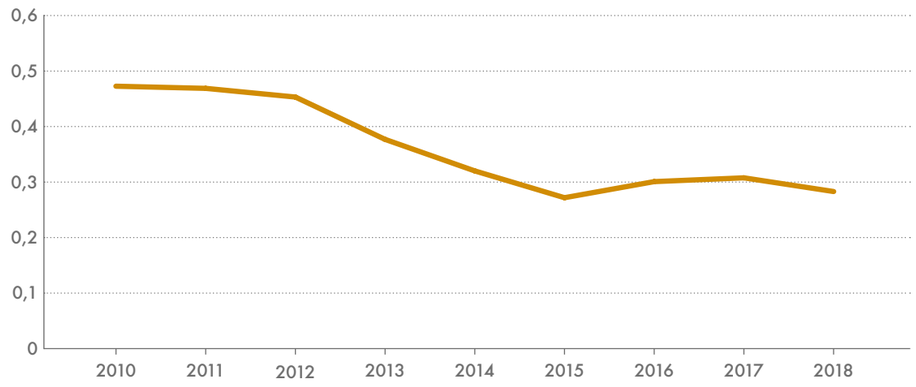
Auch Elektro- und Elektronikgeräte sind gefährliche Abfälle. Das Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) regelt die Produktverantwortung sowie die Erfassung und Verwertung dieser Geräte. Das Gesetz hat das Ziel, Abfälle von Elektro- und Elektronikgeräten zu vermeiden und deren Wiederverwendung und Verwertung vorzubereiten, um die Abfallmenge zu reduzieren und dadurch die Ressourcen effizienter zu nutzen. Kleinmengen gefährlicher Abfälle werden in Frankfurt mobil und stationär gesammelt und quantitativ erfasst.

Der Indikator zeigt die Entwicklung der Kleinmengen gefährlicher Abfälle. Die erfasste Menge an Schadstoffen aus Haushalten und Kleingewerbe sowie an Elektroaltgeräten werden separat je Einwohnerin und Einwohner pro Jahr dargestellt.

Ziel

Es ist das Ziel, Schadstoffe im Hausmüll zu vermeiden oder mindestens deren Anteil zu verringern und die im Haushalt und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen gefährlicher Abfälle in Sammelstellen zu erfassen. Für Elektro- und Elektronikgeräte wird vom Land Hessen eine Erfassung von 10 Kilogramm je Einwohnerin und Einwohner bis 2025 angestrebt.[1]

Erfasste Schadstoffsammlung in Frankfurt am Main in Kilogramm pro Einwohnerin und Einwohner (kg/Kopf) von 2010 bis 2018



Datengrundlage: Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES)

Entwicklung und Einflussfaktoren

Schadstoffe

Neben dem Ziel, die Schadstoffe zu verringern, soll deren Aufkommen im Hausmüll verhindert und vermindert werden, da sie gesondert entsorgt werden müssen. Eine hohe Erfassungsrate der Schadstoffe in den Sammelstellen wird angestrebt. Es gibt allerdings keine verlässlichen Zahlen, wie viel Kilogramm Schadstoffe pro Person entstehen: Es ist nicht bekannt, wie viele Produkte konsumiert werden, die dann als Schadstoffe entsorgt werden müssten. Außerdem wird vermutlich ein Teil der Menge falsch entsorgt. Zwischen 2010 und 2018 ist die Menge der erfassten Schadstoffe pro Kopf von 0,5 auf 0,3 Kilogramm gesunken. Wesentliche Faktoren für eine hohe Erfassungsrate sind die Anzahl und Standorte der mobilen und stationären Sammelstellen, die Öffnungszeiten sowie Annahmebedingungen wie Abgabemenge und Gefäßvolumen. Das Schadstoffmobil bietet in Frankfurt die Möglichkeit, Schadstoffe abholen zu lassen. In stationären Sammelstellen der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) ist die Abgabe zeitlich flexibel möglich.

Die erfasste Menge von gefährlichen Abfällen ist abhängig vom Umfang der verwendeten Produkte. Eine zunehmende Verwendung von ökologisch unbedenklichen Produkten und ein sparsamer Umgang mit den Schadstoffen sind zu begrüßen. Gleichzeitig wird damit die Schadstoffmenge reduziert und die erfasste Menge sinkt.

Elektroaltgeräte

Elektroaltgeräte können in Frankfurt über den Sperrmüll entsorgt oder bei stationären Sammelstationen der FES abgegeben werden. Die gesammelte Menge an Elektroaltgeräten schwankte von 2010 bis 2018 zwischen 4 und 5 Kilogramm pro Kopf. Bis 2025 wird eine Erfassung von 10 Kilogramm im Jahr angestrebt, um die Entsorgung der Geräte im Hausmüll zu verhindern. Die Quote wird aus dem Gesamtgewicht der erfassten Altgeräte im Verhältnis zum Durchschnittsgewicht der Elektrogeräte, die in den drei Vorjahren in Verkehr gebracht wurden, errechnet. Um die Erfassungsquote zu erhöhen, wird eine zusätzliche Rückgabemöglichkeit für Elektrokleingeräte an 25 etablierten Standorten des Schadstoffmobils eingerichtet.

Projekte und Maßnahmen

Im Rahmen des Projekts **Wertstoffinseln**, mit denen in erster Linie Wertstoffe gesammelt werden sollen, die nicht der Verpackungsverordnung unterliegen, wird die Erfassung von Elektrokleingeräten und Energiesparlampen über Container im Frankfurter Stadtgebiet geprüft. Die FES möchte ab 2021 an mehreren Standorten die ersten Wertstoffinseln einrichten.

Die Gemeinnützige Gesellschaft für Wiederverwendung und Recycling mbH bereitet verschiedene Projekte zur Steigerung der Quoten bei der Elektroaltgerätesammlung vor. Hierunter fallen die **Abholung von E-Geräten aus der Wohnung** und der Einsatz eines **ReUse-Mobils in der Nähe eines oder mehrerer Wochenmärkte**, bei dem noch verwendbare Geräte abgegeben und gekauft werden können. Alle Teilprojekte sollen im Jahr 2020 starten.
www.gwr-frankfurt.de

Darüber hinaus existieren im Stadtgebiet private Initiativen zur Wiederverwendung. Repair-Cafés unter Koordination der BUND-Jugend bieten Räumlichkeiten, um Elektrogeräte zu reparieren und so länger zu nutzen.
www.repaircafefrankfurt.de

Das Warenhaus Neufundland bietet gebrauchte Elektrogeräte an und unterstützt so die Wiederverwendung.
www.neufundland-frankfurt.de

Weitere Informationen

Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES), **www.fes-frankfurt.de**

Zustand

●○○

Tendenz

↗

[1] Abfallwirtschaftsplan Hessen vom 24.04.2015, www.umwelt.hessen.de ➜ Abfallwirtschaftsplan.

SDG 13
Maßnahmen zum Klimaschutz

Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels auf das Leben und die Lebensqualität sind auch in Frankfurt am Main spürbar: Veränderung des Stadtklimas, Extremwetterereignisse, hitzebedingte Erkrankungen, Hitzestress von Pflanzen und Tieren, vermehrtes Auftreten neuer Arten mit Gefahrenpotenzial – die Auswirkungen sind vielfältig. Auch die Menschen leiden unter den sommerlichen Hitzeperioden: 2018 wurde im Frankfurter Westend mit 12,9 Grad Celsius die bundesweit höchste Jahresmitteltemperatur dokumentiert. Im Hitzesommer 2019 wurde mit 40,2 Grad Celsius die hessenweit höchste Extremtemperatur gemessen. Die Trockenheit der letzten Jahre hat den Bäumen besonders zu schaffen gemacht.

Der Klimawandel stoppt nicht an Ländergrenzen und seine Auswirkungen betreffen die gesamte Gesellschaft. Daher sind Klimaschutz und Klimaanpassung relevante Aufgaben für die Stadt Frankfurt und ihre Bevölkerung. Klimaschutz umfasst alle Maßnahmen, um den Klimawandel einzudämmen und zu stoppen. Klimaanpassung bezeichnet die Aktivitäten, die ergriffen werden, um mit den spürbaren Folgen des Klimawandels umzugehen.

Treibhausgase, insbesondere Kohlenstoffdioxid (CO_2), sind die Hauptursache des Klimawandels und damit ein wichtiger Indikator, um die Entwicklungen und den Erfolg des Klimaschutzes zu messen. In diesem Kapitel zeigt der Indikator CO_2-Ausstoß, wie sich die Emissionen von Treibhausgasen in den letzten Jahren entwickelt haben. Mit dem Indikator Klimaschutzkonzepte werden die bisherigen Klimaschutzkonzepte der Stadt Frankfurt mit ihren Zielen und Maßnahmen vorgestellt. Der Indikator Klimaanpassungskonzepte gibt einen Überblick, mit welchen Maßnahmen die Stadt den Folgen des Klimawandels begegnet.

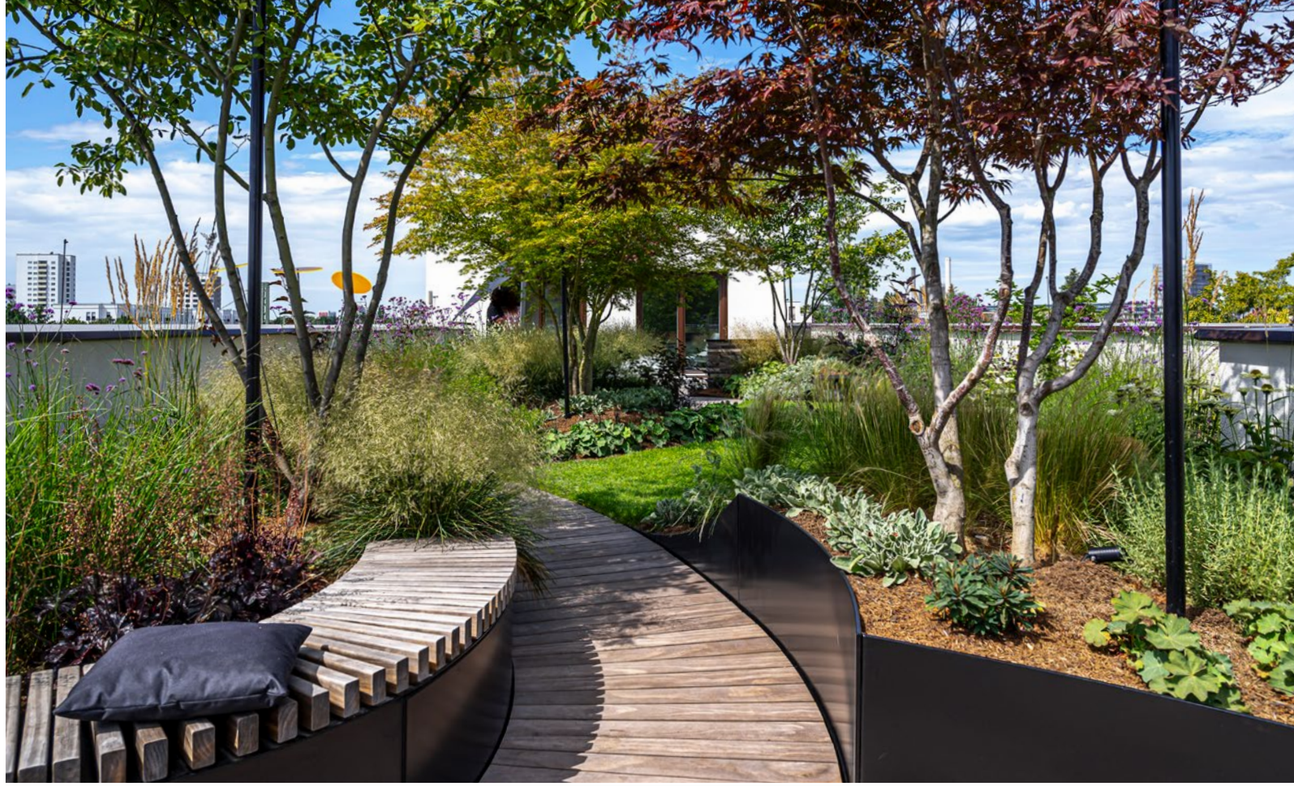
Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Ideenwettbewerb Klimaschutz
- Der geschenkte Baum
- Frankfurt frischt auf – 50 % Klimabonus

Indikator CO_2-Ausstoß

Indikator kommunale Klimaschutzkonzepte

Indikator kommunale Klimaanpassungskonzepte



Beispielgebendes Projekt

Ideenwettbewerb Klimaschutz

Unter dem Motto *Kreative Köpfe für den Klimaschutz* findet in Frankfurt regelmäßig ein Ideenwettbewerb zum Klimaschutz statt. Veranstalter ist das Energiereferat der Stadt Frankfurt am Main. Gesucht werden gute Geschäftsideen und technische Neuheiten von Unternehmen und Start-ups. Alle eingereichten Ideen müssen nachweislich dazu beitragen, CO_2 in Frankfurt einzusparen und somit die Stadt dabei zu unterstützen, bis zum Jahr 2050 komplett auf regenerative Energien umzustellen. Die Projektideen müssen aus den Bereichen Energieversorgung, Gebäudesysteme oder Mobilität stammen. Zusätzlich legt das Energiereferat jährlich eine Sonderkategorie fest, beispielsweise Solarenergie im Jahr 2016, Elektromobilität im Jahr 2017 sowie Abwärme im Jahr 2019. Der Wettbewerb hat bislang vier Mal stattgefunden. Je nach Haushaltslage wird er alle zwei Jahre ausgerufen.

An dem Wettbewerb können Unternehmen, Start-ups, juristische Personen des privaten Rechts sowie Personengesellschaften teilnehmen. Pro Ausschreibungsrunde werden 100.000 Euro vergeben und es werden immer mehrere Ideen gefördert. Die eingereichten Ideen werden von einer Fachjury nach den nachfolgenden Kriterien beurteilt:

- Innovationscharakter
- CO_2-Einsparungen
- Wirtschaftlichkeit
- Umsetzbarkeit des Projektes innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens
- Übertragbarkeit und Multiplikatorwirkung
- Verstetigung

www.frankfurt.de/ideenwettbewerb

Beispielgebende Projekte

Der geschenkte Baum

Bäume haben einen hohen Wert für die Lebensqualität, das Stadtklima und die biologische Vielfalt. Sie produzieren Sauerstoff, binden Kohlenstoff und wirken damit dem Klimawandel entgegen. Bäume filtern die Luft, bieten Lebensraum für Tiere und andere Pflanzen, spenden Schatten und kühlen ihre Umgebung. Die Stadt Frankfurt am Main mit ihren mehr als 200.000 Stadtbäumen wurde 2014 mit dem Titel *Europäische Stadt der Bäume* für ihre Vorreiterrolle bei der Pflege ihrer Stadtbäume ausgezeichnet.

Mit der Initiative *Der geschenkte Baum* fördert das Umweltamt die Anpflanzung von Laubbäumen in privaten Gärten. Interessierte Bürgerinnen und Bürger werden ausführlich beraten und die Kosten für einen Laubbaum werden bis zu 500 Euro übernommen. Seit 2010 wurden durch das Programm über 1.100 Bäume in privaten Gärten gepflanzt.

www.frankfurt.de ➜ Der geschenkte Baum

Frankfurt frischt auf – 50 % Klimabonus

Die Stadt Frankfurt am Main setzte im Jahr 2017 ein Förderprogramm auf, um Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen: Das Programm *Frankfurt frischt auf – 50 % Klimabonus* übernimmt mit dem Klimabonus bis zur Hälfte der Kosten für Begrünungsmaßnahmen von Dächern, Fassaden und Höfen. Zisternen, die der Bewässerung der neuen Grünflächen dienen, werden ebenfalls anteilig bezuschusst. Gleiches gilt für öffentlich zugängliche Trinkbrunnen und Maßnahmen, die Schatten in den öffentlichen Raum werfen, beispielsweise auf Plätze oder den Bürgersteig. Einen Antrag können alle Privatpersonen und Unternehmen stellen, die in Frankfurt ein Haus oder ein Grundstück besitzen.

Bewachsene Wände, Dachgärten und Hinterhof-Oasen stellen Klimaanpassungsmaßnahmen dar, da sie im Sommer für ein angenehmes Klima in der Stadt sorgen: Pflanzen am Haus spenden Schatten, filtern und erfrischen die Luft. Das Mikroklima verbessert sich erheblich. Die Temperatur wird gesenkt, Schall gemindert und das Umfeld optisch aufgewertet. Es wird frisch und angenehm im eigenen Hof und auf dem Betriebsgelände. Die begrünten Gebäude sind vor Witterungseinflüssen geschützt und ihre Lebensdauer wird somit verlängert. Gleichzeitig verringern sich die Energiekosten für Heizung und Kühlung sowie die seit 2019 geltende Abwassergebühr – Grün spart Geld und wertet Immobilien auf. So entstehen Freizeitflächen und Aufenthaltsbereiche, von denen alle profitieren: die Bewohnerinnen und Bewohner strukturreicher grüner Stadtteile, die Angestellten von Unternehmen in der Pause und auf dem Weg zur Arbeit und nebenbei auch Pflanzen und Tiere, denn neues Grün trägt zusätzlich zur Erhaltung der Artenvielfalt bei.

Trinkbrunnen sorgen zudem dafür, dass sich Menschen bei Hitze auch unterwegs in der Stadt mit ausreichend Trinkwasser versorgen können.

www.frankfurt.de/klimabonus



CO_2-Ausstoß

Kohlenstoffdioxid (CO_2)-Emissionen bezeichnen Treibhausgase, die durch die Verbrennung verschiedener kohlenstoffhaltiger Materialien wie Kohle, Benzin oder Erdgas entstehen. Der Anstieg von CO_2 in der Atmosphäre bewirkt eine Verstärkung des Treibhauseffekts, was die Hauptursache für die globale Erwärmung ist. Die CO_2-Emissionen werden in Frankfurt nach dem Bilanzierungs-Standard Kommunal (BISKO) berechnet. Dieser Standard wurde im Auftrag des Umweltbundesamtes vom Institut für Energie und Umwelt Heidelberg (ifeu) in Kooperation mit dem Klima-Bündnis der europäischen Städte entwickelt und soll kommunale Energiebilanzen in Deutschland vergleichbar machen. BISKO basiert auf dem Territorialprinzip, das heißt, es wird die gesamte in Frankfurt verbrauchte Endenergie berücksichtigt. Die Treibhausgasemissionen für die Verbrauchssektoren werden mit Emissionsfaktoren für die verschiedenen Energieträger berechnet. Die Emissionsfaktoren beinhalten die energiebezogenen Vorketten der Energieträger, wie die Förderung der Energieträger, ihr Transport und ihre Aufbereitung.

Der Indikator zeigt die Entwicklung der CO_2-Emissionen in Frankfurt für die Sektoren Privathaushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie sowie Verkehr.[1]

Ziel

Die Stadt Frankfurt am Main hat das Ziel, die CO_2-Gesamtemissionen bis 2050 gegenüber dem Basisjahr 1990 um 95 Prozent zu reduzieren. Zudem hat sich die Stadt Frankfurt am Main aufgrund der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis verpflichtet, alle fünf Jahre die CO_2-Emissionen pro Kopf um 10 Prozent zu verringern. Ausgehend vom Basisjahr 1990, bedeutet das eine Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bis 2030.[2]

Entwicklung und Einflussfaktoren

Die Entwicklung der CO_2-Emissionen, bezogen auf die Einwohnerinnen und Einwohner Frankfurts, wird in drei Sektoren unterteilt.

Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie

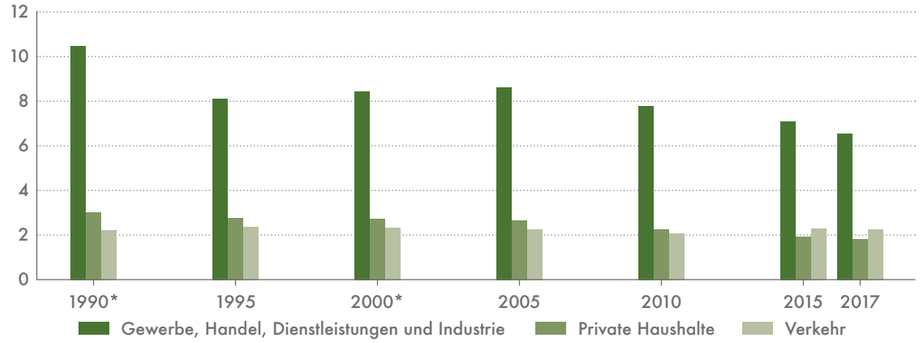
Die CO_2-Emissionen von Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Industrie pro Kopf sanken von 10,5 Tonnen im Jahr 1990 um rund 37 Prozent auf 6,6 Tonnen im Jahr 2017. Die auf den ersten Blick positive Entwicklung beruht auf Nebeneffekten, die nicht hinreichend mit dem gewählten Indikator beschrieben werden können. De facto spielen der Konjunktureinbruch im produzierenden Gewerbe in den 90er Jahren und der Strukturwandel – hin zu mehr Dienstleistungsunternehmen – eine große Rolle. Dazu kommt der Bevölkerungsanstieg von 19 Prozent von 1990 bis 2017.

Die Emissionen für GHD und Industrie waren mit 62 Prozent im Jahr 2017 an den gesamten CO_2-Emissionen der Stadt hoch. Gründe waren die knapp 700.000 Arbeitsplätze bei 740.000 Einwohnenden und die gut 360.000 Einpendelnden im Jahr 2017. Auch werden Einsparungen durch effizientere Prozesse, beispielsweise durch den massiven Ausbau von Rechenzentren in Frankfurt, kompensiert. Schon jetzt werden 1,3 Terawattstunden Strom in diesem Bereich eingesetzt – das ist knapp ein Fünftel des gesamten Stromverbrauchs der Stadt.

Private Haushalte

Die CO_2-Emissionen privater Haushalte pro Kopf sanken von 3 Tonnen 1990 um rund 40 Prozent auf 1,8 Tonnen im Jahr 2017. Ihr Anteil an den Gesamtemissionen der Stadt beträgt 17 Prozent. Die Reduktion ist unter anderem auf energiesparende Haushaltsgeräte und den Wechsel von Öl- auf Gasheizungen oder Fernwärme zurückzuführen. Fast alle Neubaugebiete konnten an energieeffiziente Fernwärmeversorgungen angeschlossen werden.

CO_2-Emissionen in Frankfurt am Main in Tonnen pro Kopf (t/Kopf) von 1990 bis 2017



* Hochrechnung, da keine Erhebung vorliegt

Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main; Energie- und CO_2-Bilanz für Frankfurt, erstellt vom Institut für Energie und Umwelt Heidelberg

Zustand

Tendenz

→

Als wachsende Stadt verzeichnet Frankfurt eine hohe Rate an energieeffizienten Neubauten (jährlich 2 Prozent der Wohnfläche). Darüber hinaus trägt die energetische Sanierung von Gebäuden (circa 1 Prozent jährlich) zu einer Reduzierung des Verbrauchs pro Einwohnerin und Einwohner bei.

Verkehr

Für den Verkehr ist eine leichte Steigerung der CO_2-Emissionen von 2,23 Tonnen pro Kopf im Jahr 1990 um 1,3 Prozent auf 2,26 Tonnen im Jahr 2017 zu beobachten. Auch der Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen hat zugenommen: von 14 Prozent im Jahr 1990 auf 21 Prozent im Jahr 2017. Als gut kommunal beeinflussbar werden Binnen- und Quell-/Zielverkehr im Straßenverkehr (motorisierter Individualverkehr, Straßengüterverkehr) sowie öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) eingestuft. Das sind 72 Prozent aller Verkehrsleistungen in Frankfurt. Der Rest ist Durchgangsverkehr.

Die Gesamtemissionen sind zwischen 1990 und 2017 um 32 Prozent pro Einwohnerin und Einwohner gesunken. Trotz der sinkenden Gesamtemissionen können die Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Der Zustand in Bezug auf den CO_2-Ausstoß wird daher mit schlecht bewertet und die Tendenz gleichbleibend.

Maßnahmen und Beschlüsse

Die Stadt führt vielfältige Maßnahmen durch, um die CO_2-Emissionen zu reduzieren. Sie werden durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung (STVV) zum Klimaschutz untermauert:

1990: Blockheizkraftwerke für Frankfurt (STVV-Beschluss § 2966)
1991: Klimaoffensive (STVV-Beschluss § 6953)
2004: Umweltpolitische Leitlinien (STVV-Beschluss § 7415)
2006: Wohnungsneubau in Passivhausbauweise (STVV-Beschluss § 974)
2007: Klimaschutz in Frankfurt (STVV-Beschluss § 1658)
2007: Klimaschutzstadtplan für Frankfurt (STVV-Beschluss § 1806)
2007: Bausteine für den Klimaschutz (STVV-Beschluss § 2443)
2009: Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt Frankfurt am Main (STVV-Beschluss § 7349)
2012: Frankfurt am Main – 100 % erneuerbare Energie! (STVV-Beschluss § 1288)
2015: Masterplan 100 % Klimaschutz – Frankfurt am Main – Generalkonzept (STVV-Beschluss § 6320)

Weitere Informationen

Energiereferat Stadt Frankfurt am Main, **www.frankfurt.de/energiereferat**
Klimaschutz, **www.klimaschutz-frankfurt.de**
Frankfurt spart Strom, **www.frankfurt-spart-strom.de**
eClub, **www.eclub-frankfurt.de**

[1] Ohne Flugbewegungen (bilanziert nach dem *Landing and Take Off-Zyklus*) des Frankfurter Flughafens.
[2] Frankfurt hat sich zu dieser kontinuierlichen Reduktion der Treibhausgasemissionen im Rahmen der Mitgliedschaft im Verein *Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern Südamerikas* als Gründungsmitglied verpflichtet.

Kommunale Klimaschutzkonzepte

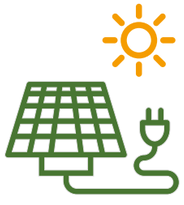
Durch Treibhausgase, insbesondere Kohlenstoffdioxid (CO_2), aber auch andere Gase wie Methan oder Lachgas ist das Klima im Wandel. CO_2 wird insbesondere durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern freigesetzt. Die globale Mitteltemperatur hat sich seit Beginn des letzten Jahrhunderts um mehr als 0,8 Grad Celsius erwärmt, der Meeresspiegel ist in diesem Zeitraum um rund 19 Zentimeter angestiegen und Wetterextreme treten immer häufiger auf. Die Folgen des Klimawandels sind schon heute zu beobachten und zeigen sich in Frankfurt am Main durch eine steigende Durchschnittstemperatur, Hitze, Trockenheit und Starkregenereignisse.

Bereits 2009 hatte die Stadt Frankfurt ein Energie- und Klimaschutzkonzept zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beschlossen.[1] Das Konzept enthielt 50 Maßnahmen bei einem vorgesehenen Budget von jährlich zwei Millionen Euro. Das Maßnahmenpaket bildet seither die Grundlage für die städtischen Aktivitäten zum Klimaschutz. Mit dem *Masterplan 100 % Klimaschutz* wurde das Klimaschutzkonzept im Jahr 2015 fortgeschrieben.

Der Indikator beschreibt Maßnahmen aus den Klimaschutzkonzepten der Stadt Frankfurt am Main.

Ziel

Bis 2050 soll die Versorgung der Stadt auf 100 Prozent erneuerbare Energien umgestellt und der Energieverbrauch um mindestens 50 Prozent zum Basisjahr 2010 reduziert werden. Damit sollen bis 2050 gegenüber dem Jahr 1990 95 Prozent der Treibhausgase eingespart werden.[2]



50 Einzelmaßnahmen
umfasst das Klimaschutzkonzept der Stadt Frankfurt am Main.

Konzepte und Maßnahmen

Das vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) zusammen mit lokalen Akteuren entwickelte und 2009 beschlossene *Klimaschutzkonzept* bildet mit 50 Einzelmaßnahmen die Arbeitsgrundlage für den kommunalen Klimaschutz in Frankfurt am Main.

Die Maßnahmen sind in sieben Pakete gegliedert:

1. Stromsparoffensive Haushalte
2. Sanierungsinitiative Wohngebäude
3. Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden
4. Blickfeld Vereine und Kirchen
5. Öffentliche Liegenschaften (Schwerpunkt Stadt und Universität)
6. Nachhaltige Energieversorgung
7. Klimaschutzpakt Frankfurt am Main

Für alle Maßnahmen zusammen wurde ein Potenzial von zwei Millionen Tonnen CO_2-Einsparung in zehn Jahren berechnet. Tatsächlich sind die Emissionen aber von 2010 bis 2015 um 240.000 CO_2-Tonnen gestiegen – bei konstanten Werten in den Bereichen Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, private Haushalte sowie Industrie, aber mit einem Anstieg im Verkehrsbereich.

Durch den *Masterplan 100 % Klimaschutz*, der vom Fraunhofer Institut für Bauphysik erstellt wurde, wurde das Klimaschutzkonzept im Jahr 2015 fortgeschrieben. Mit dem Masterplan werden die städtischen Klimaschutzziele erweitert und konkretisiert: Bis 2050 soll die Versorgung der Stadt auf 100 Prozent erneuerbare Energien umgestellt und der Energieverbrauch um mindestens 50 Prozent zum Basisjahr 2010 reduziert werden.

Die Ergebnisse der Berechnungen und einer computergestützten Simulation für das Jahr 2050 haben ergeben, dass diese städtischen Ziele unter den vorgegebenen Annahmen erreichbar sind. Ergebnisse der Vergangenheit zeigen jedoch, dass trotz der umfangreichen Konzepte und Maßnahmenpakete isolierte Maßnahmen sowie Anreiz- und Beratungsprogramme von städtischer Seite alleine nicht ausreichen, um die hochgesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Auch sind die ordnungspolitischen Eingriffsmöglichkeiten von Kommunen eingeschränkt und oft werden Einsparungen durch Mehrverbrauch auf der anderen Seite überkompensiert. Daher bedarf es weitreichender gesetzlicher Vorgaben auf Bundesebene und europäischer Ebene, damit Klimaschutzprogramme auf lokaler Ebene erfolgreich sein können.

Eine Klimaallianz für Frankfurt

Der Klimaschutz ist, insbesondere durch die *Fridays for Future-Bewegung*, noch stärker in die Wahrnehmung von Gesellschaft und Politik gerückt. In Frankfurt hat dies im Jahr 2019 dazu geführt, dass die *Klimaallianz*[3] mit einem politischen Beschluss ins Leben gerufen wurde. Der Beschluss definiert Maßnahmen in verschiedenen Bereichen und dokumentiert den Willen, aktiv zu handeln. Das ist notwendig, da Klimaschutz eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Alle müssen mitmachen: Stadtgesellschaft, Unternehmen, Verwaltung und jede und jeder Einzelne. Mit Blick in die Zukunft werden derzeit die vorliegenden Klimaschutzkonzepte der Stadt Frankfurt überarbeitet. Ein wichtiger Bestandteil der Klimaallianz ist unter anderem der *kommunale Kohleausstieg*, indem das Heizkraftwerk West bis zur Mitte dieses Jahrzehnts seinen Betrieb von Steinkohle auf Gas umstellt. Das langfristige Ziel ist der komplette Verzicht auf die Nutzung fossiler Energieträger.

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Weitere Informationen

Energiereferat Stadt Frankfurt am Main, Klimaschutzkonzept 2008, Masterplan 100 % Klimaschutz, **www.frankfurt.de/masterplan-klimaschutz**

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2009, § 7349, Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt Frankfurt am Main, www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[2] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 24.09.2015, § 6320, Masterplan 100 % Klimaschutz, www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[3] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2019, § 5019, Klimaallianz, www.stvv.frankfurt.de/parlis.



Kommunale Klimaanpassungskonzepte

Als Folge des Klimawandels müssen sich Städte auf steigende Durchschnittstemperaturen und zunehmende Wetterextreme einstellen. Klimaanpassungsstrategien beschreiben die Ausgangslage von Städten in Zeiten sich verändernden Klimas und formulieren Ziele und Maßnahmen, um den Klimafolgen zu begegnen. Die *Frankfurter Anpassungsstrategie an den Klimawandel* dient als Handlungsleitfaden und umfasst die Themenfelder Planen, Bauen, Grün, Mobilität, Wasser und Gesundheit.

Der Indikator beschreibt Maßnahmen aus der Klimaanpassungsstrategie der Stadt Frankfurt.

Ziel

Mit der *Frankfurter Anpassungsstrategie an den Klimawandel* wird die Lebens- und Aufenthaltsqualität in Frankfurt am Main verbessert.[1]

Entwicklung und Einflussfaktoren

Wetteraufzeichnungen zeigen, dass die Jahresmitteltemperatur in Frankfurt steigt. Heiße Tage mit Temperaturen über 30 Grad und tropische Nächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad sinkt, nehmen zu. An die steigende Temperatur und die zunehmenden Wetterextreme müssen sich Städte anpassen.

Die Anpassungsstrategie der Stadt Frankfurt sieht zahlreiche Maßnahmen vor: **Kaltluftschneisen** sollen zur Belüftung der Innenstadt in Rahmen- und Bebauungsplänen erfasst und gesichert werden. Planungen für Neubaugebiete werden hinsichtlich der Anpassung an den Klimawandel überprüft: So basieren zum Beispiel der Kätcheslachpark am Riedberg und der Europagarten auf klimatologischen Untersuchungen. Die Stadt hat mit dem GrünGürtel und dem großen Grünraum am Main die Weichen für eine klimaangepasste Stadt gestellt. Über das Niddatal und entlang des Mains strömt auch in heißen Sommernächten kühlende Luft in die Stadt. Im Grünbereich müssen Parks, Grünzüge und Alleen miteinander verknüpft werden. So sollen grüne Speichen von der Innenstadt bis zum GrünGürtel und Strahlen hinaus in die Region geschaffen werden. Die Arten- und Sortenanzahl der Bäume wird erhöht, um gegen Hitzeperioden und neue Schädlinge gewappnet zu sein.

Beim **Bauen** gehen Klimaschutz und Wohnkomfort Hand in Hand. So erspart eine gute Dämmung verbunden mit Sonnenschutz und einem Nachtlüftungskonzept den Einbau von Klimaanlagen.

Durch **Dach- und Fassadenbegrünungen** werden Gebäude gekühlt und das Mikroklima verbessert. Mit dem Förderprogramm *Frankfurt frischt auf – 50 % Klimabonus* übernimmt die Stadt seit 2018 bis zu 50 Prozent der Kosten für Dach-, Fassaden- und Hinterhofbegrünung. Auch Investitionen zur Verschattung, die in den öffentlichen Raum hineinwirken, sowie die Installation öffentlich zugänglicher Trinkbrunnen werden gefördert. Zisternen, die der Bewässerung der neuen Grünflächen dienen, werden ebenfalls anteilig bezuschusst. Bisher wurden im Rahmen des Programms über 500 Personen beraten, 100 positive Förderbescheide versandt und 60 Maßnahmen umgesetzt – viele weitere sind aktuell in Planung und Umsetzung.[2]

Da Hitze die Gesundheit bedrohen kann, geben die Behörden seit 2005 bei schwülheißen Wetterlagen **Hitzewarnungen** aus. Ältere alleinlebende Menschen sollen beispielsweise von Trinkpatinnen und -paten versorgt werden.

Auch im **Hochwasserschutz** hat sich viel getan. Zur Vorbereitung auf Starkregenereignisse und Spontanüberflutungen wurden gemeinsam mit Nachbargemeinden Gewässerpegel und Warnsysteme für die Taunusbäche eingerichtet. Anwohnende wurden per Faltblatt über Risiken, Vorsorgemaßnahmen und Hilfen informiert. In künftigen Baugebieten sollen größere Mengen Regenwasser direkt versickern. Durch Entsiegelung – beispielsweise durch Rasengleise für die Straßenbahn – kann die Regenwasserbewirtschaftung in bestehenden Quartieren verbessert werden.

Maßnahmen zur Klimaanpassung haben in der Regel einen planerischen Vorlauf, daher muss der Zustand aktuell noch als eher schlecht bewertet werden. Die Tendenz wird aufgrund des gestiegenen Umweltbewusstseins und der beschlossenen Maßnahmen im Rahmen der Klimaanpassungsstrategie jedoch gut bewertet.

Projekte und Maßnahmen

Datengrundlagen schaffen: Klimagutachten und Modellierungen werden für relevante Teilbereiche erstellt. Der Klimaplanatlas gibt darüber hinaus eine gesamtstädtische Einschätzung der klimatischen Relevanz.

Berücksichtigung klimatischer Belange bei allen Planungs- und Bauvorhaben: Klimatische Aspekte können durch vielfältige Maßnahmen berücksichtigt werden, beispielsweise durch den Ausbau von Nahwärme-, Fernwärme- und Kältenetzen, eine stärkere Einbeziehung von Regenwasserbewirtschaftungskonzepten, die Sicherung von Kaltluftschneisen, den Ausbau der energetischen Sanierung, die Steigerung der Grünflächenanteile, die Pflanzung von klimaangepassten Straßenbaumarten, die Schaffung von Retentionsräumen und den Einsatz von hellen Oberflächenmaterialien.

Stadtinterne Koordination: Die behördenübergreifende *Koordinierungsgruppe Klimawandel (KGK)* und deren Arbeitsgruppe Starkregenvorsorge vernetzen und koordinieren sich zu Themen rund um den Klimawandel.

Information für die Bevölkerung: Mit Publikationen, wie dem Ratgeber für das Planen und Bauen, den Flyern zu Starkregen, Hitzefrühwarnsystemen und Hochwasser und der Broschüre Klimawandel und Gesundheit, werden die Bürgerinnen und Bürger informiert und sensibilisiert.

Zustand



Tendenz



Mehr zum Thema

Frankfurt frischt auf – 50 % Klimabonus, S. 150

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Klimaanpassungsstrategie, **www.frankfurt.de/klimaanpassungsstrategie**

Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt frischt auf – 50 % Klimabonus, **www.frankfurt.de/klimabonus**

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20.11.2014, § 5319, Frankfurter Anpassungsstrategie an den Klimawandel, www.stvv.frankfurt.de/parlis.
[2] Datengrundlage: Umweltamt Stadt Frankfurt am Main.

SDG 14
Leben unter Wasser

Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.

Ozeane und Meere sind wichtige Lebensgrundlagen. Sie bedecken über 70 Prozent der Erdoberfläche und bieten Lebensräume für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Sie sind Orte unermesslicher biologischer Vielfalt. Sie liefern Nahrung, Rohstoffe und Energie. Die Ozeane sind die größten Sauerstofflieferanten und sie beeinflussen unser Klima. Sie transportieren eine große Menge an Wärme und nehmen einen erheblichen Teil der menschengemachten CO_2-Emissionen auf. Die Ozeane können die globale Erwärmung maßgeblich beeinflussen.

SDG 14 befasst sich mit dem Leben unter Wasser und betont die Schlüsselrolle der Weltmeere zur Stabilisierung der globalen Ökosysteme und des ökologischen Gleichgewichts. Maritime Ökosysteme und das Leben unter Wasser sind zunehmend durch menschliche Aktivitäten gefährdet: Überfischung, Verschmutzung, Versauerung und übermäßiger Nährstoffeintrag gefährden die Ozeane und beeinträchtigen das Leben der Meeres- und Wasserbewohner. Plastikmüll ist eine der größten Bedrohungen für die Meeresbewohner.

Für den Schutz der Meere und von wasserverbundenen Ökosystemen wie Flüssen und Seen ist es relevant, die Verschmutzung zu verringern und sie in einen ökologisch und chemisch guten Zustand zu versetzen.

Für eine Kommune wie Frankfurt am Main ist es in diesem Zusammenhang wichtig, die Fließgewässer zu erhalten, zu schützen und ihre Qualität zu verbessern. In diesem Kapitel wird die Qualität der Fließgewässer mit einem Indikator beschrieben.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Renaturierung des Fechenheimer Mainbogens
- Naturnahe Nidda

Indikator Fließwasserqualität



Beispielgebendes Projekt

Renaturierung des Fechenheimer Mainbogens

Im Fechenheimer Mainbogen im Osten Frankfurts soll auf rund 90 Hektar Fläche eine naturnahe Landschaft mit Auencharakter entstehen, die Tieren und Pflanzen wertvolle Lebens- und Rückzugsräume und den Menschen Erholungsräume in der Natur bietet. Zwei neue Main-Nebenarme, Teiche und Tümpel, Auwälder, Wiesen und Röhrichte sollen das Gebiet neben den weiterhin bestehenden Ackerflächen prägen. Einige der geplanten Renaturierungsmaßnahmen konnten in den vergangenen Jahren bereits verwirklicht werden. Am Ufer des Mains wurden an mehreren Stellen Uferabflachungen vorgenommen und dabei die Steinschüttungen der Uferbefestigung entfernt. Vier kleinere und größere Altwasser-Teiche wurden angelegt und 2019 – als bisher größte Gewässerrenaturierungsmaßnahme im hessischen Abschnitt des Mains – ein 625 Meter langer ufernaher Main-Nebenarm neu gebaut.

Die Ufer und die Sohle der neuen Gewässer sollen weitgehend sich selbst überlassen und von der Natur begrünt werden. Die größte und noch in Planung befindliche Renaturierungsmaßnahme ist ein neuer, etwa 1,7 Kilometer langer Nebenarm des Mains, der den Fechenheimer Mainbogen entlang einer natürlich vorhandenen Geländemulde durchqueren soll. Um dieses Projekt verwirklichen zu können, wird aktuell ein Flurbereinigungsverfahren durchgeführt. Dieses soll voraussichtlich 2023 abgeschlossen sein, sodass mit der Realisierung des großen Main-Nebenarms begonnen werden kann.

www.frankfurt.de/fechenheimer-mainbogen

Beispielgebendes Projekt

Naturnahe Nidda

Durch den Ausbau der Nidda in den 1920er und 1960er Jahren wurde der Fluss zu einem Kanal. Die Begradigung und Tieferlegung machte die Nidda hochwassersicher, aber die Natur blieb dabei auf der Strecke. Die Böschungen wurden steil und weitgehend gehölzfrei, der Fluss wurde von seiner Aue und seinen Altarmen abgekoppelt und Wehre unterbanden die Fischwanderung.

1998 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main die Konzeption *Naturnahe Nidda.* Bei gleichbleibendem Hochwasserschutz und Grundwasserstand soll die kanalisierte Nidda wieder zu einem Fluss mit größerer Artenvielfalt sowie abwechslungsreicher und natürlicher Flusslandschaft werden, der unter anderem auch einen hohen Naherholungswert für Frankfurterinnen und Frankfurter bietet.

Zwischen Berkersheim und Bonames wurde in den 1990er Jahren mit dem Umbau der Nidda begonnen. Zwischen 1996 und 2001 wurde der verfüllte Bonameser Altarm wieder geöffnet und mit der Nidda verbunden. 2010 wurde der Mühlgraben am Rödelheimer Wehr so umgebaut, dass er als *Umleitungsgerinne* den Tieren ermöglicht, vom Unter- in das Oberwasser des Wehres zu wandern. Anders als bei den anderen Niddawehren kann das Rödelheimer Wehr nicht durch ein festes Streichwehr ersetzt werden. In den Jahren 2010 bis 2011 wurde an der Mündung des Dottenfeldgrabens *(Laufgraben)* in die Nidda eine Flutmulde bei gleichzeitigem naturnahem Ausbau des Dottenfeldgrabens angelegt. 2012 bis 2013 wurde schließlich das bewegliche Höchster Wehr abgerissen und durch ein 75 Meter langes, schräg in den Flusslauf gestelltes festes Streichwehr ersetzt. Gleichzeitig wurde östlich der Nidda ein etwa 150 Meter langes, rund zehn Meter breites, naturnah gestaltetes Umgehungsgerinne für den Fischaufstieg gegraben. 2021 soll das Sossenheimer Wehr abgerissen und durch ein Streichwehr ersetzt werden. Außerdem soll der Grill'sche Altarm wieder mit der Nidda verbunden werden. Der Umbau der Wehre Hausen, Praunheim und Eschersheim wird in den nächsten Jahren folgen.

https://news.stadtentwaesserung-frankfurt.de



14 LEBEN UNTER WASSER

Fließwasserqualität

Fließgewässer haben als natürlicher Lebensraum eine große ökologische Bedeutung. Ein schlechter ökologischer und chemischer Zustand von Fließgewässern ist insbesondere auf übermäßige Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, auf Verbauungen und Begradigungen sowie auf die Einleitung von zahlreichen Stoffen ins Abwasser zurückzuführen. Das Land Hessen führt schon seit vielen Jahren eine kontinuierliche Gewässerüberwachung auf zahlreiche physikalische und chemische Parameter an ortsfesten Messstationen im Mündungsbereich größerer Flüsse durch, wie beispielsweise am Main und an der Nidda in Frankfurt. Der Messaufwand wurde auf zahlreiche Bäche ausgeweitet. Mit der Verabschiedung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Jahr 2000 wurden europaweit verbindliche Ziele festgeschrieben: Gewässer sollen in einem guten ökologischen und chemischen Zustand erhalten oder durch entsprechende Maßnahmen verbessert werden. Um den Zustand feststellen zu können, wurden umfangreiche Parameterlisten erarbeitet und bestehende ergänzt. Diese ökologischen und chemischen Bestandsaufnahmen der WRRL dienen als Grundlage, um Maßnahmen an Gewässern planen und umsetzen zu können.

Der ökologische Zustand eines Fließgewässers wird anhand der Flora und Fauna und seiner Gewässerstruktur beurteilt. Dabei wird geprüft, wie stark die angetroffene Lebensgemeinschaft von der eines vergleichbaren, unbelasteten Gewässers, dem sogenannten Leitbild, abweicht.

Der Indikator zeigt den ökologischen Zustand der Bäche und Flüsse in Frankfurt am Main in Bezug auf die Gewässergüte nach dem Saprobiensystem. Die Saprobie stellt ein Maß für den Gehalt von organischen, leicht unter Sauerstoffverbrauch abbaubaren Substanzen im Wasser dar. Dieses wird anhand von Indikatorganismen bestimmt.

Ziel

Bis 2027 müssen die Frankfurter Fließgewässer einen ökologisch und chemisch guten Zustand aufweisen, um die Zielvorgabe der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) einzuhalten.

Entwicklung

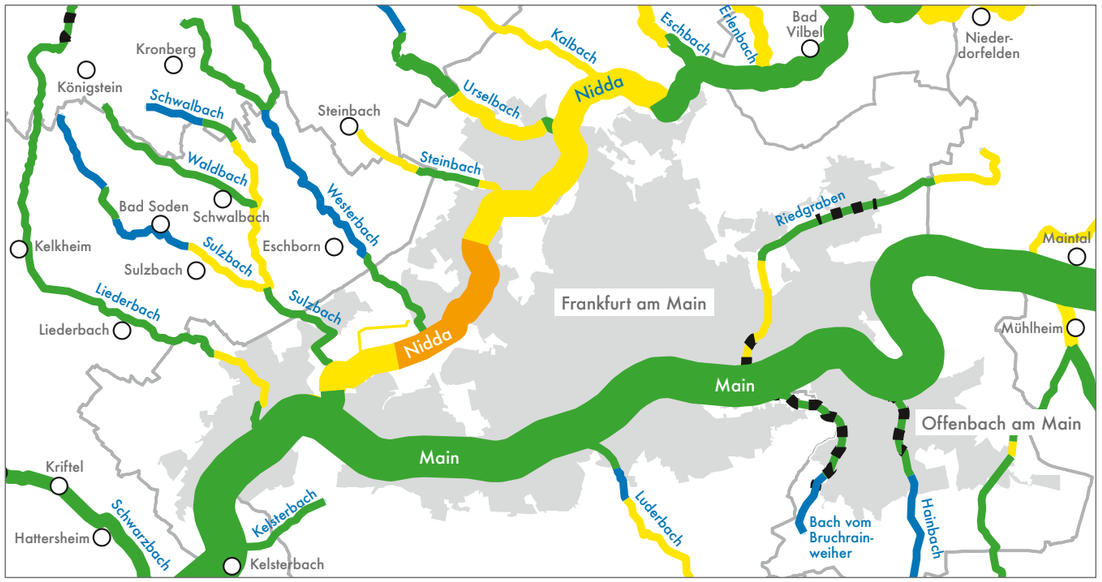
In Frankfurt am Main verlaufen neben den großen Fließgewässern Main und Nidda diverse kleinere Bäche. Hier sind insbesondere die Taunusbäche wie Liederbach, Sulzbach, Westerbach, Urselbach, Kalbach, Eschbach oder Erlenbach im Norden beziehungsweise Nordwesten des Stadtgebiets hervorzuheben. Längster Fluss mit fast 27 Kilometern innerhalb des Stadtgebiets ist der Main, gefolgt von der rund 19 Kilometer langen Nidda. Insgesamt gibt es in Frankfurt über 40 Fließgewässer mit einer Gesamtlänge von etwa 120 Kilometern.

Am Beispiel der Bestimmung zur **Gewässergüte** nach dem Saprobiensystem, das im Gegensatz zu früher mittlerweile nur noch einen Bestandteil der **ökologischen Zustandsbestimmung** der WRRL darstellt, wird die Situation der Frankfurter Fließgewässer gezeigt.

In der vom Land Hessen erstellten Karte zur ökologischen Zustandsklasse werden fünf Güte- oder Belastungsklassen für Saprobien unterschieden: *sehr gut, gut, mäßig, unbefriedigend und schlecht*. Der Maßstab der Bewertung orientiert sich am natürlichen Zustand der einzelnen Bäche und Flüsse. Die Karte macht deutlich, dass insbesondere an der Nidda und den einmündenden Bächen ein Verbesserungspotenzial mit Blick auf die biologische Gewässerqualität besteht.

Die **Gewässerstruktur** beschreibt den Ist-Zustand eines Gewässers mit seinem Bachbett, Ufern und angrenzenden Auegebieten. Je nachdem, ob das Gewässer naturbelassen oder vollständig durch menschliche Tätigkeit verändert wurde, wird den Gewässerabschnitten eine *sehr gute* bis *schlechte* Gewässerstruktur zugewiesen.

Gewässergütekarte 2016



Datengrundlage: Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation
Geofachdaten: Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
Bearbeitung: Umweltamt Stadt Frankfurt am Main

Neben dem ökologischen Zustand wird in der WRRL der **chemische Zustand** bestimmt. Hierfür werden weitere chemische Parameter – wie Schwermetalle und komplexe organische Verbindungen – untersucht. Zur Unterscheidung von guter und schlechter Wasserqualität werden Grenzwerte festgelegt.

Die letzte Auswertung nach der WRRL zeigt, dass die Frankfurter Fließgewässer noch nicht den angestrebten guten ökologischen und chemischen Zustand erreicht haben.

Maßnahmen

Besonders die Renaturierung von Gewässerabschnitten, die Verminderung der Einleitung von Nähr- und Schadstoffen aus der Landwirtschaft und Kanalisation sowie eine weitere Optimierung der Klärtechnik und Erweiterung von Reinigungsstufen der Abwasserreinigungsanlagen spielen bei der Erreichung der WRRL-Zielvorgabe eine große Rolle. Erforderliche Maßnahmen werden in einem Maßnahmenprogramm festgehalten und umgesetzt.

Ein Beispiel für die Rückführung eines Gewässerabschnittes in eine naturnahe Struktur ist die Renaturierung des Fechenheimer Mainbogens.

Die durch Renaturierungsmaßnahmen erreichte Vielfalt der Lebensräume sorgt für die Rückkehr von zahlreichen verlorengeglaubten Flussbewohnern. Auch die uneingeschränkte Möglichkeit für Fische, durch den Rückbau der sogenannten Wanderhindernisse die Laichplätze zu erreichen, die in den Quellregionen gelegen sind, sorgt für die Wiederbesiedlung der Gewässer.

Mehr zum Thema

Renaturierung des Fechenheimer Mainbogens, S. 159

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Stadtgewässer, **www.frankfurt.de/stadtgewaesser**

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Wasserrahmenrichtlinie, **http://flussgebiete.hessen.de** ➜ Umsetzung in Hessen ➜ Maßnahmenprogramm

SDG 15
Leben an Land

Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen.

SDG 15 befasst sich mit dem Leben an Land. Ziel ist es, Ökosysteme zu schützen, Wälder zu erhalten und die biologische Vielfalt zu stärken. Intakte Ökosysteme sind die Grundlage für das Leben auf der Erde und eine nachhaltige Entwicklung. Sind sie gestört, entzieht sich den Menschen die Lebensgrundlage: Es gibt nicht ausreichend Nahrung und Erholungsräume, Umweltkatastrophen häufen sich und unser Klima wird gefährdet.

Knapp die Hälfte der Stadtfläche Frankfurts ist grün: Der GrünGürtel mit dem Stadtwald – als freie Landschaft – und die zahlreichen Frankfurter Parks machen einen Großteil dieser Flächen aus. Aber auch Kleingärten, Sportflächen, Friedhöfe, landwirtschaftliche Flächen und Gehölz werden zu den Grün- und Freiflächen gezählt. Die Flächen dienen den Menschen zur Naherholung. Sie sind Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen und erfüllen wichtige klimatische Funktionen.

In diesem Kapitel messen drei Indikatoren den Umgang mit den Landökosystemen in Frankfurt. Der Indikator Naturschutzflächen gibt einen Überblick über die drei vorhandenen Schutzgebietskategorien in Frankfurt und welchen Anteil sie an der Stadtfläche haben. Der Indikator Anteil Waldfläche und nachhaltige Forstwirtschaft zeigt zum einen, welchen Anteil der Wald an der gesamten Stadtfläche ausmacht. Zum anderen wird dargestellt, welcher Anteil nachhaltig bewirtschaftet wird und in welchem Zustand sich der Wald befindet. Schließlich wird ein Arten- und Biotopschutzkonzept vorgestellt, das vom Umweltamt Frankfurt am Main entwickelt wird und die Landschaftsqualität und Artenvielfalt verbessern soll.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- StadtGrün naturnah
- Städte wagen Wildnis – Vielfalt erleben

Indikator Naturschutzflächen

Indikator Anteil Waldfläche und nachhaltige Forstwirtschaft

Indikator Landschaftsqualität und Artenvielfalt



Beispielgebendes Projekt

StadtGrün naturnah

Seit 2013 verfolgt die Stadt Frankfurt am Main strategisch das Ziel, mehr ökologische Vielfalt ins öffentliche Grün zu bringen. Ob in Parks oder am Straßenrand, in ganz Frankfurt gibt es heute viele bunte Wiesen. Im Rahmen des Kooperationsprojekts *Stadtgrün – Artenreich und Vielfältig* (Bundesprogramm Biologische Vielfalt) wandelte Frankfurt beispielsweise Mittelstreifen von Straßen zu artenreichen Wiesen um. Fahrbahnränder mit naturnahen Staudenbeeten bieten Lebensraum und Nahrung für Schmetterlinge und Wildbienen in der Stadt. Entscheidend ist zudem ein integrierter Ansatz: Naturschutzbezogene Grundsätze wie die Verwendung von gebietsheimischem Saatgut oder der Verzicht auf häufige Mahd und Spritzmittel werden mit der Reduktion von Pflegekosten verbunden, genauso wie mit dem Einbezug der Frankfurterinnen und Frankfurter.

Der Umstieg auf mehr Naturnähe im Stadtgrün kann nicht ohne die Akzeptanz und Beteiligung der Stadtbevölkerung gelingen. Um den Menschen die Ziele und Gründe für die neue Gestaltung zu erläutern, ergänzen Infotafeln oder ein sogenannter *Hummelpin* die Maßnahmen vor Ort. Außerdem gibt es in Frankfurt viele Bildungs- und Mitmachangebote, die Bürgerinnen und Bürgern den Wert der biologischen Vielfalt vermitteln.

Für das Engagement im Bereich des ökologischen Grünflächenmanagements wurde Frankfurt mit dem Label *StadtGrün naturnah* in Gold für den Zeitraum von 2018 bis 2021 zertifiziert.

www.stadtgruen-naturnah.de

Beispielgebendes Projekt

Städte wagen Wildnis – Vielfalt erleben

Mit dem Projekt *Städte wagen Wildnis – Vielfalt erleben* lässt die Stadt Frankfurt am Main ausgewählte urbane Flächen verwildern. Dieser Ansatz wird in der Zeit von 2016 bis 2021 durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gefördert. Das Projekt soll

- einen Beitrag zur Erhaltung und Förderung von Arten- und Biotopvielfalt leisten,
- die Lebensqualität in den Städten steigern,
- Menschen für Stadtwildnis begeistern,
- urbane Natur erreichbar und erlebbar machen,
- neuartige Landschaftsbilder etablieren
- sowie neue Pflege- und Nutzungsstrategien erproben.

In Frankfurt gibt es zwei Projektflächen: eine am Fuß des Deponiehügels Monte Scherbelino im Frankfurter Stadtwald und eine im Nordpark Bonames in einer renaturierten Flussschleife der Nidda. Die ausgewählten Freiflächen repräsentieren wichtige und typische Lebensräume am Stadtrand, die durch vergangene oder fortdauernde Nutzung durch den Menschen kulturell überformt wurden. Hier soll zukünftig wieder wildes Naturerleben möglich sein.

Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und die Einbindung in das Bildungsprogramm *Entdecken, Forschen und Lernen im Frankfurter GrünGürtel* wird die Bedeutung der wilden Flächen und ihrer wertvollen Funktionen den Frankfurterinnen und Frankfurtern vermittelt.

Mehr zum Thema: BNE-Programme, S. 50

Das Veranstaltungsprogramm *Städte wagen Wildnis* informiert darüber hinaus über Entwicklungen rund um Stadtwildnis und die Projektflächen. Neben Frankfurt nehmen die Städte Dessau-Roßlau und Hannover an dem Projekt teil. Für Frankfurt stellt das Senckenberg-Institut ein umfassendes und einheitliches wissenschaftliches Monitoring während der gesamten Projektlaufzeit sicher. Die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit des Projekts erfolgt durch BioFrankfurt – Das Netzwerk für Biodiversität e. V.

www.staedte-wagen-wildnis.de





Naturschutzflächen

Um die biologische Vielfalt zu sichern, sind Flächen erforderlich, auf denen sich die Natur möglichst ungestört entfalten kann. Nur so können wildlebende Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume geschützt werden. Darüber hinaus sind Flächen, die Erholungsräume darstellen und mit denen Kulturlandschaft erhalten wird, zentral für die Lebensqualität einer Stadt. Innerhalb ausgewiesener Schutzgebiete ist der besondere Schutz von Natur und Landschaft rechtsverbindlich festgelegt. In Frankfurt sind dies die drei Schutzgebietskategorien Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Natura 2000-Gebiete[1]. Naturschutzgebiete, die kleiner als 5 Hektar sind, liegen in der Zuständigkeit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) im Umweltamt der Stadt Frankfurt. Alle übrigen Naturschutzflächen werden von der Oberen Naturschutzbehörde (ONB) im Regierungspräsidium Darmstadt ausgewiesen.

Der Indikator gibt an, welchen Anteil die drei Schutzgebietskategorien Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Natura 2000-Gebiete an der Gesamtfläche Frankfurts ausmachen.

Ziel

Es ist das Ziel der Stadt Frankfurt am Main, für das Landschaftsschutzgebiet *Grüngürtel und Grünzüge in der Stadt Frankfurt am Main* Erweiterungsvorschläge zu entwickeln, das Ausweisungsverfahren vom Regierungspräsidium Darmstadt zu unterstützen und eigenständig weitere Naturschutzgebiete unter 5 Hektar Größe auszuweisen.

45 %
der Frankfurter Stadtfläche sind Schutzgebiete.

Entwicklung

Fast die Hälfte der Frankfurter Stadtfläche (45 Prozent, 10.878 Hektar) wird dem Indikator Naturschutzflächen zugeordnet. Das **Landschaftsschutzgebiet** *Grüngürtel und Grünzüge in der Stadt Frankfurt am Main* umfasst 10.809 Hektar und ist das größte Schutzgebiet der Stadt. Es umfasst große Teile der Mainauen, die Niddaauen, den Stadtwald sowie Acker, Grünland und Streuobstwiesen, die an die bebauten Bereiche der Frankfurter Stadtteile angrenzen. Auch Erholungsflächen wie Parkanlagen und Gärten sind im Landschaftsschutzgebiet gelegen. Das Landschaftsschutzgebiet differenziert in zwei Zonen die hier zulässigen Nutzungen. Eine Bebauung ist in der Regel ausgeschlossen. Das weitere Frankfurter Landschaftsschutzgebiet *Untermainschleusen* umfasst rund 49 Hektar. Zum Schutz bestimmter Vogelarten ist als Teil dieses Schutzgebietes die Griesheimer Schleuse im Frankfurter Stadtgebiet ausgewiesen. Ein zweiter Teilbereich des Landschaftsschutzgebietes liegt außerhalb von Frankfurt in Eddersheim. Entscheidend ist, dass im Landschaftsschutzgebiet keine Wohn- oder Gewerbegebiete gebaut werden dürfen. Somit bleibt die offene Landschaft dauerhaft erhalten. Eines ihrer wesentlichen Merkmale ist die grundsätzliche Zugänglichkeit der Gebiete für Menschen und damit ihr Erholungswert.

Es gibt insgesamt sieben ausgewiesene **Naturschutzgebiete** in Frankfurt, die 121 Hektar der Stadtfläche umfassen: Berger Hang, Enkheimer Ried, Harheimer Ried, Mühlbachtal, Riedwiesen bei Niederursel, Schwanheimer Dünen und Seckbacher Ried. Die Voraussetzungen für die Ausweisung von Naturschutzgebieten sowie die damit einhergehenden Nutzungseinschränkungen sind hoch. Naturschutzgebiete zielen auf den Schutz einer besonderen Landschaft ab und dienen dem Schutz von Lebensgemeinschaften, Tier- und Pflanzenarten. Beeinträchtigungen dieser Gebiete durch menschliche Einflüsse sollen verhindert werden.

1.313 Hektar des Stadtgebietes sind als **Natura 2000-Gebiete** ausgewiesen. Natura 2000-Gebiete befinden sich am Berger Hang, an der Berger Warte, am Erlenbach, im Frankfurter Oberwald, im Kelsterbacher Wald, im Mark- und Gundwald, in den Schwanheimer Dünen, im Schwanheimer Wald, im Seckbacher Ried sowie an der Griesheimer Schleuse. Natura 2000 ist ein zusammenhängendes Netz von Schutzgebieten innerhalb der EU. Zweck des Natura 2000-Schutzgebietssystems ist der länderübergreifende Erhalt der biologischen Vielfalt durch Schutz, Pflege und Entwicklung bestimmter Lebensräume und Tier- und Pflanzenarten.

Zum Teil überlagern sich die Naturschutzflächen (Schutzgebiete) in Frankfurt. Auf insgesamt 1.337 Hektar gibt es eine Kombination von verschiedenen Schutzgebietskategorien. So befindet sich zum Beispiel der Schwanheimer Wald als Natura 2000-Gebiet gleichzeitig im Landschaftsschutzgebiet. Zwischen 2010 und 2019 haben sich die Flächenanteile verändert: Die Landschaftsschutzgebiete wurden um 32 Hektar verkleinert, die Natura 2000-Gebiete wurden um 13,2 Hektar vergrößert.[2]

Mittels der reinen Flächengröße kann keine Aussage über den Zustand und die Qualität der einzelnen Schutzgebiete abgeleitet werden. Zur Erhaltung und Entwicklung dieser Gebiete sind dauerhafte Anstrengungen aller Akteure vor Ort die grundlegende Voraussetzung.

Projekte und Maßnahmen

Die Stadt Frankfurt erarbeitet ein *Arten- und Biotopschutzkonzept*, um Ökosysteme und naturnahe Lebensräume zu erhalten. Der Bestand wird erfasst und Ziele und Maßnahmen für den Arten- und Biotopschutz werden entwickelt.

Die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete ist in Vorbereitung.

Illegale Nutzungen in Frankfurter Schutzgebieten sollen unterbunden werden. *FFH-Gebiet Seckbacher Ried*[3]: Die Naturschutzbehörde Frankfurt hat aktuell eine Vielzahl ungenehmigter Gebäude und Zäune beseitigen lassen. Nach der geplanten Fortschreibung des Pflegeplans (Maßnahmenplan) im Jahr 2021 werden zielgerichtete Pflegemaßnahmen und gegebenenfalls einzelne Biotopneuanlagen (beispielsweise der Bau eines Teiches für den Kammmolch) initialisiert.

Mehr zum Thema

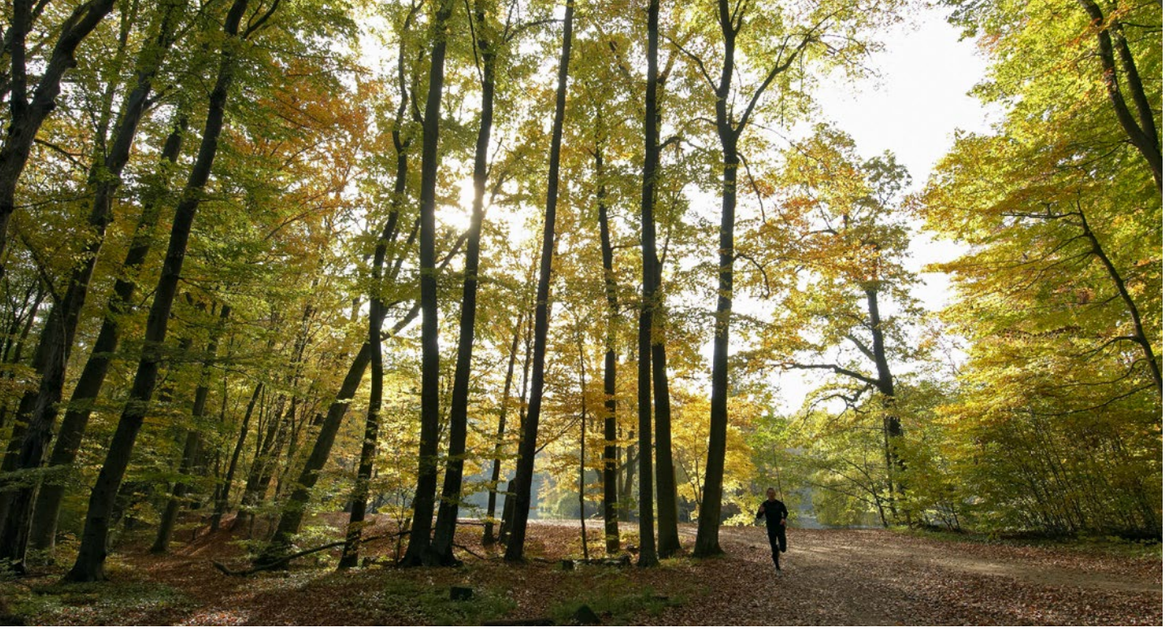
Landschaftsqualität und Artenvielfalt, S. 172

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Schutzgebiete, **www.frankfurt.de/schutzgebiete**

BioFrankfurt – Das Netzwerk für Biodiversität e. V., Biodiversität, **www.biofrankfurt.de**

[1] Natura 2000 ist das zusammenhängende Netz europäischer Schutzgebiete. Grundlage ist die am 21.05.1992 von den Mitgliedstaaten der EU beschlossene FFH-Richtlinie (F = Fauna, Tierwelt, F = Flora, Pflanzenwelt, H = Habitat, Lebensraum). Natura 2000 schließt auch Gebiete ein, die nach der Vogelschutzrichtlinie von 1979 zu schützen sind.
[2] Datengrundlage: Regierungspräsidium Darmstadt. Obere Naturschutzbehörde; Auswertung Umweltamt Stadt Frankfurt am Main.
[3] Gebiet nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie.



Anteil Waldfläche und nachhaltige Forstwirtschaft

Der Stadtwald stellt einen wesentlichen Erholungsraum in Frankfurt dar und erfüllt als Lebensraum von Pflanzen und Tieren eine zentrale Funktion für den Artenschutz. Er produziert Kaltluft, speichert Kohlendioxid und stellt lokal produziertes Holz bereit.

Der Indikator zeigt den Anteil des Stadtwaldes an der gesamten Stadtfläche. Er misst zudem den Anteil der zertifizierten Flächen an der gesamten Waldfläche. Das PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC™[1] (Forest Stewardship Council) vergeben diese Zertifizierungen an Waldflächen, die besonders hohe Anforderungen an nachhaltige und umweltverträgliche Waldbewirtschaftung erfüllen.

Ziel

Der Stadtwald bleibt erhalten, wird weiterhin nachhaltig bewirtschaftet und stellt sich den Herausforderungen der Klimaanpassung.

15,5%

der Stadtfläche umfasst der Frankfurter Stadtwald.

Entwicklung und Einflussfaktoren

Der Frankfurter Stadtwald wird auf der Grundlage der Bundes- und Landeswaldgesetze nachhaltig bewirtschaftet. Er ist aufgrund seiner Bedeutung für Natur- und Umweltschutz als erhaltenswert eingestuft und als Bannwald geschützt.

Der Stadtwald umfasst eine Fläche von rund 4.000 Hektar, die in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben ist. Seit 2011 liegt der Anteil an der Gesamtfläche der Stadt bei 15,5 Prozent. Damit steht den Frankfurterinnen und Frankfurtern eine – in Bezug auf ihre Größe – stabile und zudem ökologisch hochwertige Naherholungsfläche zur Verfügung. Durch die Lage des Stadtwaldes in der Nähe des Frankfurter Flughafens sind die Erholungssuchenden jedoch dem Lärm der startenden und landenden Flugzeuge ausgesetzt. Der Anteil an nachhaltig und umweltverträglich bewirtschafteter Fläche ist mit 98,7 Prozent sehr hoch. Der Stadtwald ist mit Ausnahme des Stadiongeländes, des ehemaligen Rennbahngeländes und des Golfplatzes vollständig nach FSC™[1] und PEFC zertifiziert. Die Biodiversität und die Strukturvielfalt im Wald werden über die Jahre von den strengen Standards profitieren.[2]

Einflussfaktoren auf die Entwicklung des Stadtwaldes sind neben der Umsetzung der immer strenger werdenden Zertifizierungs-Standards auch der Klimawandel und Bauprojekte. Der Frankfurter Stadtwald hat in den letzten Sommern extrem unter Hitze und Trockenheit gelitten. Eine große Zahl an Bäumen musste deshalb bereits gefällt werden. Viele Bäume sind von Trockenschäden gezeichnet und müssen mit Schädlingen wie dem Borkenkäfer oder mit Pilzerkrankungen kämpfen. Der Gesundheitszustand der Waldbestände im Frankfurter Stadtwald hat sich laut des Waldzustandsberichts im Jahr 2019 durch den Hitzestress und die geringen Niederschläge noch einmal verschlechtert. Zudem sank der Grundwasserspiegel 2019 um 1,34 Meter ab, so dass auch die Wasserversorgung für die Bäume deutlich schwieriger wird. Etwa 97 Prozent der Waldbäume zeigen Verlichtungen in den Baumkronen, hervorgerufen durch verminderten Blattaustrieb und frühzeitigen Laubfall. Dies ist das höchste erfasste Niveau der Schädigungen seit Beginn der Waldzustandserhebung. Eiche, Buche, Fichte und Kiefer sind besonders betroffen. Während diese klimawandelbedingten Phänomene den Baumbestand schädigen, sind Flächenverluste durch Bautätigkeit selten geworden.

Maßnahmen und Projekte

Schutz der Biodiversität

Rund 300 Hektar Waldfläche werden stillgelegt und die Befahrung der Fläche wird beschränkt. Dort soll eine natürliche Verjüngung des Waldes durch Wildaufwuchs stattfinden. Auf kahlen Flächen im forstlich genutzten Bereich werden vor allem einheimische Gehölze gepflanzt. Fremdländische Baumarten werden nur in geringem Umfang aufgeforstet. Dies soll die Biodiversität und den Bestand heimischer Arten schützen. Darüber hinaus gibt es ein vom Stadtforst unterstütztes Forschungsprojekt der Goethe-Universität, in dem untersucht wird, ob mediterrane Eichenarten eine trockenheitsresistente und trotzdem auch für die heimische Fauna nutzbare Alternative sein können.

Flächenrückgewinnung

Durch die neue Gateway Gardens-Bahnanbindung am Frankfurter Flughafen wurden Waldflächen zurückgewonnen. Der alte Streckenverlauf in einem Schutzgebiet nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie wird wieder aufgeforstet. Zwar wurden auch für die neue Trassenführung Bäume gerodet, allerdings in einem Bereich, der für den Artenschutz weniger wertvoll ist.

Spenden- und Pflanzaktion für den Stadtwald

Um die Lücken im Stadtwald zu schließen, wurde eine städtische Spenden- und Pflanzaktion initiiert. Mehr als 400 Personen nahmen an der ersten Pflanzaktion im November 2019 teil und pflanzten gemeinsam rund 5.000 Baumsetzlinge.

Anteil des Stadtwaldes und Anteil der zertifizierten Flächen

Zustand

●●●

Tendenz

↗

Zustand des Waldes

Zustand

●○○

Tendenz

→

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Umwelt und Grün, **www.frankfurt.de/themen/umwelt-und-gruen**

Grünflächenamt Stadt Frankfurt am Main, Baumpflanzaktionen, **www.frankfurt.de/gruenflaechenamt**

[1] Grünflächenamt Stadt Frankfurt am Main, Lizenznummer FSC-C122981.
[2] Datengrundlage: Grünflächenamt Stadt Frankfurt am Main.



Landschaftsqualität und Artenvielfalt

Intakte Ökosysteme und naturnahe Lebensräume mit ihrer Fauna und Flora tragen in urbanen Räumen dazu bei, die Lebensqualität der Menschen zu bestimmen. Um Ökosysteme und naturnahe Lebensräume zu erhalten, erstellt das Umweltamt der Stadt Frankfurt am Main ein Arten- und Biotopschutzkonzept (ABSK) für Frankfurt. Arten sind Gruppen von Lebewesen, die eine Fortpflanzungsgemeinschaft bilden und fruchtbare Nachkommen erzeugen. Ein Biotop ist ein Lebensraum einer Lebensgemeinschaft wild lebender Tiere und Pflanzen. Biologische Vielfalt umfasst die Vielfalt innerhalb der Arten und zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme.

Die Stadt Frankfurt kommt mit dem ABSK ihrer Verantwortung nach, Arten- und Biotopschutz als Aufgabe auf der kommunalen Ebene zu begreifen. Dieser Auftrag leitet sich aus dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ab. Nach Fertigstellung des Konzepts wird das Umweltamt prüfen, inwieweit sich in diesem Rahmen erarbeitete Indikatoren eignen, um den lokalen Biodiversitätswert und die Artenvielfalt zu messen. Im Rahmen der Fortschreibung des Nachhaltigkeitsberichts können geeignete Indikatoren aufgenommen werden, die die Landschaftsqualität und Artenvielfalt messbar werden lassen. Die Beschreibung des Konzepts in diesem Bericht bildet den Auftakt dafür.

Ziel

Es ist das Ziel des Frankfurter Arten- und Biotopschutzkonzeptes, einen Beitrag zum Erhalt, zur Förderung und zur Verbesserung der heimischen und für Frankfurt typischen Arten- und Biotopvielfalt zu leisten.

Entwicklung und Methodik

Die Stadtnatur in Frankfurt umfasst vielfältige Biotope, wie beispielsweise Fließ- und Stillgewässer, Röhrichte, Feuchtwiesen, Magerrasen, Streuobstwiesen, Wälder und Gebüsche. Im Jahr 2011 wurde das Umweltamt durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beauftragt, ein Arten- und Biotopschutzkonzept für die Stadt Frankfurt zu erstellen.[1] Als Fachkonzept des Naturschutzes stellt das Arten- und Biotopschutzkonzept zunächst den Bestand der biologischen Vielfalt in Frankfurt dar. Aus dieser Bestandserfassung erfolgt die Analyse und Bewertung von Arten und Biotopen. Daraus ergibt sich eine Gesamtbewertung, die das ganze Stadtgebiet umfasst und mit der Kern- und Entwicklungsflächen des Naturschutzes sowie Flächen für den Biotopverbund identifiziert werden können.

Auf dieser Grundlage werden Ziele und Maßnahmen für den Arten- und Biotopschutz abgeleitet und sowohl Zielarten als auch Frankfurter Verantwortungsarten herausgearbeitet:

Zielarten sind Arten, die im Zentrum der naturschutzfachlichen Bemühungen im Arten- und Biotopschutzkonzept der Stadt Frankfurt stehen. Hierfür sind besonders geeignet:

- Arten im Stadtgebiet, die besonders schutzbedürftig (besonders selten und/oder gefährdet) sind.
- Arten, die aufgrund der Ansprüche an ihren Lebensraum ausgewählte Lebensräume/Habitate für eine ganze Gruppe charakteristischer Arten repräsentieren. Anhand dieser Arten können Flächenansprüche und konkrete Anforderungen an die Ausgestaltung der Lebensräume und Teilhabitate wichtiger Leitbiotope formuliert werden.

Frankfurter Verantwortungsarten sind Arten, für die Frankfurt eine besondere Verantwortung hat und für die besondere Anstrengungen unternommen werden sollen, um diese Arten zu schützen und zu fördern. Eine besondere Verantwortung wird aus folgenden Gründen abgeleitet:

- Das Vorkommen der Art auf Frankfurter Gemarkung übernimmt eine wichtige Brückenfunktion für das hessische Gesamtvorkommen.
- Die Art ist am Rande ihres Verbreitungsgebietes.

Die erarbeiteten Ziele und Maßnahmen werden priorisiert, was eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des ABSK darstellt. Um die Zielerreichung zu überprüfen, werden Indikatoren bestimmt und es wird ein Programm zum Monitoring und zur Evaluierung entwickelt.

Mehr zum Thema
Naturschutzflächen, S. 168

Erwartete Ergebnisse des Arten- und Biotopschutzkonzeptes:

- Bestandsdarstellung
- Flächendeckende naturschutzfachliche Bewertung des Stadtgebiets auf Basis der Bewertung von Arten und Biotopen
- Identifizierung von Zielarten und Frankfurter Verantwortungsarten
- Identifizierung von Kern- und Entwicklungsflächen
- Biotopverbundplanung
- Ziele und Maßnahmen einschließlich Priorisierung
- Indikatoren der Zielerreichung und Programm zum Monitoring und zur Evaluierung

Entscheidend für den Erhalt und die Verbesserung der Biodiversität in Frankfurt ist die anschließende Umsetzung des Konzepts.

[1] Stadt Frankfurt am Main, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2011, § 991, Ein Artenschutzkonzept für die Stadt Frankfurt am Main erstellen, www.stvv.frankfurt.de/parlis.

16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN

SDG 16
Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Nachhaltige Entwicklung erfordert Frieden und Stabilität. SDG 16 hat das Ziel, friedliche und inklusive Gesellschaften zu schaffen, die auf der Achtung der Menschenrechte, dem Schutz der Schwächsten, der Rechtsstaatlichkeit und einer auf allen Ebenen verantwortungsvollen Politik basieren. In diesem Zusammenhang sind transparente Institutionen relevant, die diskriminierungsfreie Gesetze und Politiken fördern, Korruption und organisierte Kriminalität bekämpfen und Gewalt und Verbrechen verhindern.

Die subjektive und objektive öffentliche Sicherheitslage ist für Frieden und Stabilität in einer Kommune besonders relevant. Der Indikator Straftaten zeigt die Entwicklung der Delikte in Frankfurt am Main sowie Maßnahmen, die zur weiteren Steigerung der öffentlichen Sicherheit ergriffen werden.

Für eine inklusive Gesellschaft, die transparent ist und allen Frankfurterinnen und Frankfurtern die Möglichkeit der Mitbestimmung bietet, ist Bürgerbeteiligung relevant. Der Indikator informelle Bürgerbeteiligung zeigt Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sowie ihre bisherige Institutionalisierung in der Stadt Frankfurt am Main.

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Präventionsrat Frankfurt am Main
- Frankfurt Green City

Indikator Straftaten

Indikator informelle Bürgerbeteiligung



Beispielgebende Projekte

Präventionsrat Frankfurt am Main

Der Präventionsrat wurde 1996 gegründet und hat sich zur Aufgabe gemacht, die Sicherheit in Frankfurt zu stärken und Kriminalität vorzubeugen. Der Rat überwacht und bewertet die Kriminalitätslage in Frankfurt, um anschließend entsprechende Zielsetzungen zu definieren. Mitglieder des Rates sind die Stadträtinnen und Stadträte der Dezernate Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr, Integration und Bildung sowie Soziales, Senioren, Jugend und Recht, der Polizeipräsident und die Leitung der Staatsanwaltschaft. Neben dem Präventionsrat der Stadt wurden 18 regionale Präventionsräte (Regionalräte) in den Frankfurter Stadtteilen gegründet, um ein Netzwerk lokaler Stützpunkte für die Präventionsarbeit zu etablieren. Durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten vor Ort führt dieses Netzwerk zu einer spürbaren Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheitslage in Frankfurt.

www.gewalt-sehen-helfen.de ➜ Präventionsrat

Frankfurt Green City

Der dezernatsübergreifende Green City-Prozess wurde 2014 angestoßen und fördert die nachhaltige Entwicklung der Stadt Frankfurt am Main. Auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Stadt werden gemeinsam Lösungen für Nachhaltigkeitsherausforderungen entwickelt und neue Ansätze erprobt. Der Green City-Prozess begleitet diese Entwicklung strategisch und kommunikativ. Bürgerbeteiligung und die Einbindung der Frankfurter Bevölkerung sind wichtige Bestandteile des Prozesses. Mit Bürgerdialogen – beispielsweise zu den Themen Plastikfrei oder Klimaanpassung –, Ausstellungen zu Nachhaltigkeitsthemen oder Kampagnen wie Stadtradeln bietet der Green City-Prozess Frankfurterinnen und Frankfurtern die Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen und in den Austausch über die nachhaltige Entwicklung der Stadt Frankfurt zu treten. Der Prozess leistet einen Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und inklusiven Gesellschaft, die ihrer Bevölkerung Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet.

www.frankfurt-greencity.de

Straftaten

Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit ist ein wesentlicher Aspekt der lokalen Lebensqualität. Eine am Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte Kommune sollte das Ziel haben, die Anzahl der Straftaten zu reduzieren, um ein höheres Sicherheitsniveau für Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

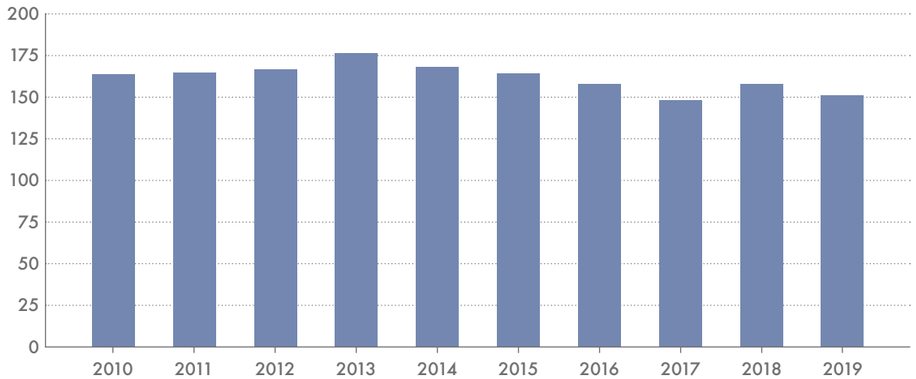
Die am häufigsten vorkommenden Straftaten im Alltag sind Eigentumsdelikte wie Diebstahl, Einbruchsdiebstahl, Betrug und Sachbeschädigung. Delikte gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die Gesundheit wie Mord, Totschlag und Körperverletzung kommen seltener vor, sind jedoch für die Opfer schwerwiegender und oft mit lange nachwirkenden Traumata verbunden.

Der betrachtete Indikator setzt die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten ins Verhältnis zu den Einwohnerinnen und Einwohnern und zeigt die Anzahl der Straftaten je 1.000 Einwohnende.

Ziel

Die Anzahl der Straftaten soll kontinuierlich reduziert werden.

Registrierte Straftaten pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Frankfurt am Main von 2010 bis 2019



Datengrundlage: Bürgeramt, Statistik und Wahlen Stadt Frankfurt am Main; Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Entwicklung und Einflussfaktoren

Die registrierten Straftaten in Frankfurt am Main lagen im Jahr 2019 bei 151 Delikten auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. 2010 lagen die Straftaten noch bei 164 Delikten pro 1.000 Einwohnende und stiegen auf einen Höchstwert von 176 im Jahr 2013. 27 Prozent der Straftaten im Jahr 2019 waren Eigentumsdelikte.

Betrachtet man die registrierten Straftaten in der Kriminalstatistik für Frankfurt am Main, muss man die Besonderheiten der Stadt berücksichtigen: Frankfurt mit seinen rund 380.000 Einpendelnden wächst am Tag zu einer Millionenstadt. Frankfurt ist ein Verkehrsknotenpunkt mit täglich rund 460.000 Reisenden am Hauptbahnhof und der Frankfurter Flughafen ist der größte in Deutschland – hier gab es 2019 rund 71 Millionen Fluggäste. Darüber hinaus gab es im Jahr 2019 rund 10,8 Millionen Übernachtungen in Frankfurt. Die Berechnung des Indikators bezieht sich lediglich auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner und lässt die hohe Tagesbevölkerung und die Vielzahl an Flughafengästen, Durchreisenden und Übernachtungsgästen außer Acht. Die Zahlen sind daher nicht mit den Statistiken anderer Städte vergleichbar.

Mit einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Stadtverwaltung, einer wegweisenden Drogenpolitik und der Aktion *Gewalt-Sehen-Helfen* entwickelt Frankfurt kontinuierlich neue Strategien zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit.

Um die Sicherheit der Frankfurterinnen und Frankfurter in der Stadt zu erhöhen, wurden in den letzten Jahren zunehmend mehr Kontrollen am Hauptbahnhof und im Innenstadtbereich sowie Streifendienste auf der Zeil – der zentralen Fußgängerzone in der Innenstadt – durchgeführt. Ferner wurde die Beleuchtungssituation am Hauptbahnhof verbessert. Auch die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bahn, der Landespolizei und der Stadtpolizei wurde intensiviert, um den Bereich um den Hauptbahnhof sicherer zu gestalten.

Projekte und Maßnahmen

Sicherheitstelefon

Das Sicherheitstelefon ist rund um die Uhr, auch am Wochenende und an Feiertagen, unter der Nummer 069 212-44044 erreichbar. Bürgerinnen und Bürger können sich mit allen Fragen rund um Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung an die 24-Stunden-Hotline wenden.

Sicherheitsmobil

Das Sicherheitsmobil besucht in regelmäßigen Abständen alle Frankfurter Stadtteile und bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Belange und Fragen rund um Sicherheit und Ordnung zu stellen.

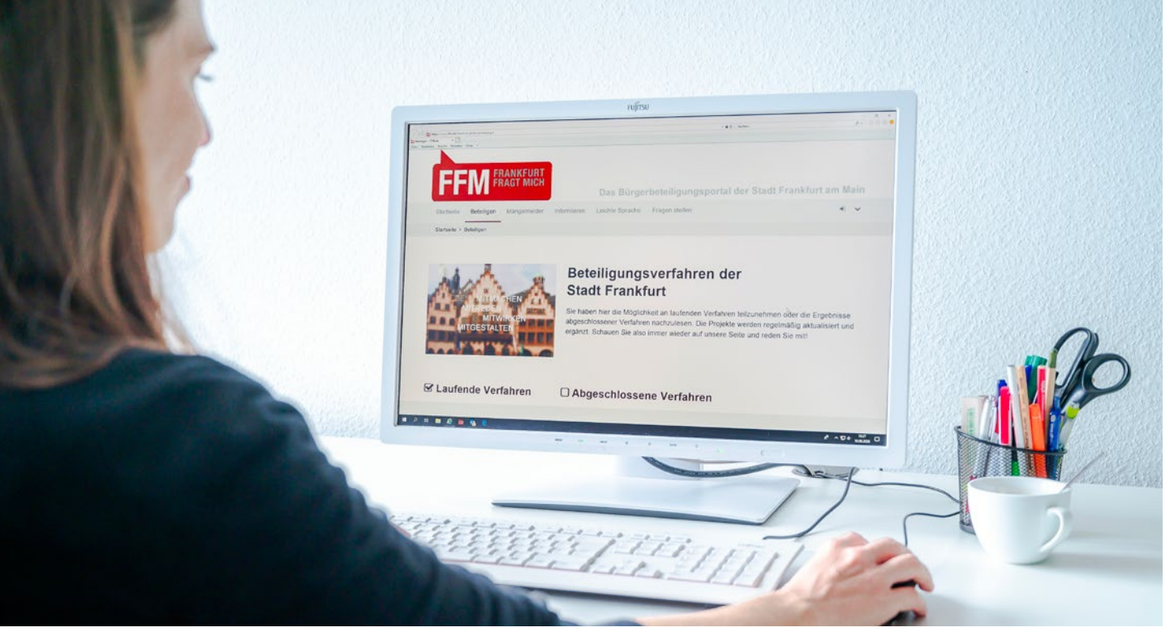
Gewalt-Sehen-Helfen

Die Kampagne *Gewalt-Sehen-Helfen* des Frankfurter Präventionsrats wirbt für mehr Zivilcourage und vermittelt in Seminaren Wissen über Verhaltensweisen, mit denen man sich selbst und andere in der Öffentlichkeit vor Belästigungen und Gefahren schützen kann.

Weitere Informationen

Polizeipräsidium Stadt Frankfurt am Main, Kriminalstatistik,
www.polizei.hessen.de ➜ Kriminalstatistik

Stadt Frankfurt am Main, Sicherheit und Ordnung,
www.frankfurt.de/themen/sicherheit-und-ordnung



16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN

Informelle Bürgerbeteiligung

Informelle Bürgerbeteiligungsverfahren beschreiben unterschiedliche Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die nicht gesetzlich geregelt und darauf ausgerichtet sind, die politische Meinungs- und Entscheidungsbildung zu beeinflussen. Die Verfahren sind in erster Linie an einem Austausch von Bürgerinnen und Bürgern und Entscheidungsträgerinnen und -trägern orientiert und finden im Idealfall in den frühen Phasen der politischen Willensbildung statt.

Der Indikator zeigt, welche Möglichkeiten der informellen Bürgerbeteiligung die Stadt Frankfurt am Main durch die übergreifende Beteiligungsplattform *Frankfurt Fragt Mich* bietet und wie aktiv diese genutzt werden. Er gibt einen kurzen Überblick über die Institutionalisierung informeller Bürgerbeteiligungsprozesse der Stadt.

Ziel

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main wirken durch eigene Ideen an der Gestaltung der Stadt mit und werden bei Planungs- und Entscheidungsvorhaben eingebunden.

211 Ideen
wurden durchschnittlich pro Jahr auf der Ideenplattform eingereicht.

Entwicklung und Einflussfaktoren

Seit 2014 bietet die Stadt Frankfurt das digitale Bürgerbeteiligungsportal *Frankfurt Fragt Mich* an. Ziel ist, dass die Bürgerinnen und Bürger bei stadtweiten Online-Beteiligungsverfahren mitmachen und dadurch aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt mitwirken. Kern des Portals ist eine Ideenplattform, in der alle Frankfurterinnen und Frankfurter eigene Vorschläge einbringen können. Die Ideen reichen über die Bereiche Umwelt, Stadtraum, Mobilität bis hin zu Bildung. Bürgerinnen und Bürger können sich austauschen, vernetzen und weitere Unterstützende für ihre Idee finden oder andere Vorschläge unterstützen. Sind acht Wochen nach der Internetveröffentlichung 200 Unterstützende gefunden, wird der Vorschlag vom zuständigen Fachdezernat geprüft. Das Ergebnis der Prüfung wird auf der Webseite veröffentlicht. Seit dem Start im April 2014 bis April 2020 wurden 1.267 Ideen eingereicht. Im Durchschnitt waren dies etwa 211 Ideen pro Jahr.[1] Das Portal, das schwerpunktmäßig neben der Ideenplattform auch einen Mängelmelder umfasst, wurde grafisch erweitert, barrierefrei gestaltet und mit einer Infokampagne beworben. 2019 wurde es um eine App ergänzt, um die Beteiligung zu vereinfachen. Der modulare Aufbau der Plattform erlaubt die Integration weiterer städtischer Beteiligungsverfahren.

Darüber hinaus führen viele städtische Ämter eigenständig Bürgerbeteiligungen durch, sei es im Umweltbereich, beim Schulentwicklungsplan, beim neuen Bürgerpark oder bei der Entwicklung neuer Stadtteile. Die Beteiligung findet größtenteils über separate Online-Portale oder öffentliche Veranstaltungsformate statt und wird durch die zuständigen Fachämter organisiert. Die Bürgerbeteiligungsverfahren der Stadt haben bisher keine gemeinsame Basis. Es gibt keine zentrale Stelle, die Formate bündelt oder koordiniert. Auch fehlen Leitlinien, die einen verbindlichen und transparenten Rahmen von der Idee über die Gestaltung bis hin zur Umsetzung und Entscheidung für informelle Bürgerbeteiligung ermöglichen. Diese Strukturen sind notwendig, damit die vielen nebeneinanderstehenden Beteiligungsprozesse für alle Bürgerinnen und Bürger transparent werden.

Der Frankfurter Magistrat will sich nach einem Anstoß durch die Arbeit des Vereins *mehr als wählen* im Nachgang zum ersten Frankfurter Demokratiekonvent 2019 mit dem Thema *Leitlinienprozess für eine bessere Bürgerbeteiligung* ergebnisoffen beschäftigen.[2] Bereiche der Stadtverwaltung haben sich daher bei einem ersten Treffen Ende 2019 vernetzt, um den Prozess voranzubringen und sich auf Verwaltungsebene auszutauschen. Offen ist, ob es einen verbindlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu einem Leitlinienprozess geben wird. Durch die signalisierte Bereitschaft, sich dem Thema zu widmen, und die vielfältigen bestehenden Beteiligungsformate innerhalb der Stadt gibt es dessen ungeachtet einen positiven Trend.

Beteiligungsprozesse

Der **Frankfurt Green City-Prozess** begleitet die Entwicklung Frankfurts zu einer nachhaltigeren Stadt und ermöglicht einen stadtübergreifenden Austausch. Bürgerinnen und Bürger können sich bei Veranstaltungen wie Bürgerdialogen zu wechselnden Themen in den Prozess einbringen. **www.frankfurt-greencity.de**

Die **Frankfurter Initiative zur Entwicklung und Umsetzung von Beteiligungsmodellen für Jugendliche** ist ein Konzept, das auf Kommunikation und Mitgestaltung setzt. Mit dem Partizipationsprojekt, das auch den Frankfurter Partizipationspreis für Jugendliche einschließt, sollen Jugendliche erfahren, dass es lohnenswert ist und Spaß macht, sich für die eigenen Interessen zu engagieren. **www.jugendbildungswerk-ffm.de/partizipation.html**

Frankfurt macht Schule ist ein Beteiligungsprozess für alle, die sich für Schule in Frankfurt interessieren. Bei der Premiere des Formats 2014/2015 beteiligten sich 500 Menschen an der Entwicklung des integrierten Schulentwicklungsplans. **www.frankfurt-macht-schule.de**

Das Frankfurter Programm **Aktive Nachbarschaft** bringt benachbarte Menschen und Einrichtungen zusammen, um gemeinsam die Wohn- und Lebenssituation vor Ort zu verbessern und den sozialen Zusammenhang zu stärken. **www.frankfurt-sozialestadt.de**

Weitere Informationen

Stadt Frankfurt am Main, Plattform Frankfurt Fragt Mich, **www.ffm.de**

Zustand

Tendenz

Mehr zum Thema
Frankfurt Green City, S. 175

[1] Datengrundlage: Amt für Informations- und Kommunikationstechnik Stadt Frankfurt am Main, Statistik unter www.ffm.de.
[2] Handlungsempfehlungen für bessere Bürgerbeteiligung, 1. Frankfurter Demokratiekonvent 2019, mehr als wählen e. V.: www.demokratiekonvent.de ➜ Handlungsempfehlung.

17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE

SDG 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.

SDG 17 befasst sich mit globalen Partnerschaften, um die Agenda 2030 mit den 17 Sustainable Development Goals insgesamt zu erreichen.

Kommunen können sich für globale Partnerschaften und Entwicklungszusammenarbeit einsetzen, indem sie Partnerschaften zu Städten im Globalen Süden aufbauen und fairen Handel stärken.

Mit 17 Partnerstädten auf vier Kontinenten verfügt Frankfurt über breite internationale Kontakte. Drei dieser Partnerstädte – Granada (Nicaragua), Guangzhou (China) und Kairo (Ägypten) – liegen im Globalen Süden. Persönliche Begegnungen über kulturelle Grenzen hinweg, Kultur- und Erfahrungsaustausch sowie Wissenschaftskooperationen sind zentrale Aspekte dieser Partnerschaften. Auch als Gründungsmitglied des Vereins *Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern Südamerikas* übernimmt Frankfurt eine zentrale Rolle für die Stärkung von globalen Partnerschaften für eine nachhaltige Entwicklung.

Fairer Handel hilft Erzeugerinnen und Erzeugern aus dem Globalen Süden, einen angemessenen Mindestpreis zu erzielen, und trägt so zur globalen Gerechtigkeit und zu starken Partnerschaften bei. Das Engagement für fairen Handel wird in diesem Kapitel mit einem Indikator messbar gemacht, mit dem die Ausgaben der Stadt für fair gehandelte Produkte dargestellt werden.

Mehr zum Thema

CO_2-Ausstoß, S. 152

Inhalt

Beispielgebende Projekte
- Fairtrade-Stadt Frankfurt am Main
- Fair Finance

Indikator fair gehandelte Produkte in der Kommune



Beispielgebende Projekte

Fairtrade-Stadt Frankfurt am Main

2011 wurde Frankfurt durch *TransFair e. V. – Verein zur Förderung des Fairen Handels in der Einen Welt* als Fairtrade-Town ausgezeichnet, da die Stadt erfolgreich Strukturen etabliert und Maßnahmen umsetzt, um fairen Handel zu fördern. Seit 2009 gibt es in Frankfurt eine lokale Steuerungsgruppe, die alle Aktivitäten rund um fairen Handel vor Ort koordiniert. Die Steuerungsgruppe vereint Mitglieder aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik und betreibt unter anderem Öffentlichkeitsarbeit, um auf das Thema fairen Handel aufmerksam zu machen. Jährlich im September findet beispielsweise die *Faire Woche* statt, die mit einem vielfältigen Programm Ansätze, Chancen und Herausforderungen des fairen Handels sichtbar macht. 2017 richtete die Stadt die Koordinierungsstelle Fair Trade ein, um die Aktivitäten und Initiativen über die Fairtrade-Town-Kampagne hinaus weiter zu intensivieren. 2019 verabschiedete der Magistrat einen Beschluss zum Fairen Handel. Darüber hinaus wird sich die Stadt im Verein *Rhein.Main.Fair* engagieren, um durch kommunale Vernetzung den Fairen Handel in der Region voranzutreiben; ein entsprechender Beschluss ist in Vorbereitung.

www.frankfurt.de/fairtrade

Fair Finance

Da Frankfurt ein international bedeutender Finanzplatz ist, sind faire Geldanlagen ein wichtiger Handlungsschwerpunkt. Die Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt, die Betriebsrenten gewährt und sich durch die Umlagen ihrer Mitglieder finanziert, engagiert sich im Bereich faire Finanzen. Seit 2017 verfolgt sie eine nachhaltige Anlagestrategie. Gelder werden nicht neu in Unternehmen investiert, die Waffen produzieren oder die bei der Produktion viel Kohlenstoffdioxid emittieren. Firmen im Anlageportfolio müssen ferner grundlegende Mitbestimmungsrechte und die Sicherheit ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantieren.



17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE

Fair gehandelte Produkte in der Kommune

Fairer Handel beschreibt einen kontrollierten Handel, der den Erzeugerinnen und Erzeugern einen adäquaten Mindestpreis garantiert, soziale, arbeitsrechtliche und ökologische Mindeststandards einhält sowie langfristige, sichere Handelsbeziehungen stärkt. Als öffentliche Auftraggeber können Kommunen fairen Handel aktiv fördern, indem sie fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die unter Verletzung der Mindeststandards hergestellt wurden.

Der Indikator zeigt die kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Lebensmittel. Nicht betrachtet werden Ausgaben für Catering und Verkaufsautomaten sowie Ausgaben für Produkte, die nicht über den Zentraleinkauf beschafft werden.

Ziel

Es ist das Ziel der Stadt Frankfurt am Main, die Beschaffung und den Einkauf von Lebens- und Genussmitteln grundsätzlich auf fair gehandelte und/oder nachhaltig produzierte Produkte zu beschränken. Insbesondere gilt dies für Produkte wie Kaffee, Tee, Zucker, Gebäck, Schokolade sowie Obst und Gemüse, die vom Magistrat oder den Ämtern und städtischen Betrieben aus dienstlichem Anlass angeboten werden.

Entwicklung

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main fasste 2019 einen Beschluss zur Förderung von fairem Handel und nachhaltiger Produktion auf regionaler Ebene und bekannte sich damit dazu, den fairen Handel in Frankfurt gezielt zu unterstützen.

Der Beschluss sieht unter anderem vor, dass der Magistrat, die Ämter und die städtischen Betriebe bestimmte Lebens- und Genussmittel, die aus dienstlichem Anlass angeboten werden, ausschließlich fair beschaffen.

Im Jahr 2018 wurden fair gehandelte Lebensmittel für rund 5.000 Euro über den Zentraleinkauf der Stadt beschafft. Die Ausgaben für fair gehandelte Lebensmittel stiegen im Jahr 2019 auf rund 11.000 Euro bei leicht sinkenden Gesamtausgaben für die Warengruppe Lebensmittel.[1] Somit haben sich die Ausgaben für fair gehandelte Lebensmittel und auch der Anteil der fair gehandelten Produkte an den Lebensmitteln, die die Stadt Frankfurt insgesamt bezieht, mehr als verdoppelt.

Dennoch werden aktuell nicht alle Produkte fair beschafft. Zur städtischen Produktpalette gehören bisher unter anderem fairer Kaffee, Tee, Zucker und Gebäck. Die Palette für fair gehandelte Produkte soll in den Rahmenverträgen des Zentraleinkaufs sukzessive erweitert werden, um den Anteil der fair gehandelten Produkte zu erhöhen.

Das Engagement der Stadt geht auch über Lebens- und Genussmittel hinaus. 2019 wurde beispielsweise fair und nachhaltig produzierte Arbeitskleidung in den Katalog für öffentlich zu beschaffende Produkte aufgenommen.

Projekte und Maßnahmen

2017 wurde die Koordinierungsstelle Fair Trade eingerichtet, um die städtischen Aktivitäten zu verstärken und Initiativen rund um das Thema fairer Handel zu bündeln. Die Koordinierungsstelle berät zum fairen Einkaufen innerhalb der Stadtverwaltung, informiert über die Hintergründe des fairen Handels und vernetzt Akteure.

Sie begleitet außerdem die Fairtrade-Town-Kampagne.

Weitere Informationen

Koordinierungsstelle Fair Trade Stadt Frankfurt am Main, Fairtrade-Town-Kampagne,
www.frankfurt.de/fairtrade

Zustand

●●○

Tendenz

↗

Mehr zum Thema

Fairtrade-Stadt Frankfurt am Main, S. 181

[1] Datengrundlage: Stadtkämmerei Stadt Frankfurt am Main.



Ausblick: vom Bericht zur Strategie

Auf der Basis der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und den 17 Nachhaltigkeitszielen, den Sustainable Development Goals (SDGs), hat der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main einen Nachhaltigkeitsbericht erstellt.

In diesem Nachhaltigkeitsbericht sind Informationen zu 61 ausgewählten Indikatoren zusammengetragen, die den 17 SDGs zugeordnet sind. Zu allen 17 Nachhaltigkeitszielen werden Projektbeispiele vorgestellt. Die Beschreibung der Indikatoren enthält in der Regel Aussagen zu Zielen, Entwicklungen, Einflussfaktoren, Konzepten, Projekten und Maßnahmen. Viele Indikatoren sind mit einer Bewertung des Ist-Zustandes und der Entwicklungstendenz versehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich der Bericht auf die Zeit vor der Corona-Pandemie bezieht.

Auf der Basis der Berichterstattung, die sich auf die SDG-Indikatoren für Kommunen[1] stützt, kann die weitere Entwicklung zu einer nachhaltigen Stadt in den kommenden Jahren nachvollziehbar und im Vergleich mit anderen Kommunen[2] überprüft werden. Das verwendete Indikatorenset soll für die folgenden Berichte als Grundlage genutzt, aber gleichzeitig auch weiterentwickelt werden.

Während der Erarbeitung dieses Berichtes wurde durch den Deutschen Städtetag, die Bertelsmann Stiftung und weitere Partner ein überarbeiteter SDG-Indikatorenrahmen für Kommunen entwickelt. Darauf aufbauend, soll auch das Indikatorenset für Folgeberichte in Frankfurt an den bestehenden Standard für Kommunen in Deutschland angepasst werden.

In einer schnell wachsenden Metropole wie Frankfurt am Main ist nachhaltige Entwicklung eine ebenso notwendige wie herausfordernde Aufgabe. So müssen Prozesse immer wieder hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Umwelt überprüft werden, damit unsere Stadt langfristig lebenswert bleibt. Der Bericht dokumentiert, dass Frankfurt schon vieles erreicht hat und dass sich eine Vielzahl von Konzepten, Strategien, Projekten und Maßnahmen in Planungs- und Umsetzungsprozessen befindet.

Der Frankfurter Nachhaltigkeitsbericht 2020 könnte eine Grundlage für die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie sein, die die wesentlichen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung zusammenfasst, messbare Ziele festlegt, Prioritäten identifiziert und Maßnahmen zur Zielerreichung definiert.

Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung sind ebenso eingeladen sich zu beteiligen wie Vereine, Verbände, Unternehmen und Stiftungen. Denn das Ziel, unseren Kindern eine soziale und wirtschaftlich starke Gesellschaft in einer intakten Umwelt zu hinterlassen, können wir nur gemeinsam erreichen. Wir alle können unser Konsum-, Mobilitäts- und Freizeitverhalten unter Aspekten der Nachhaltigkeit überdenken. Das Jahr 2020, mit seinen durch die Corona-Pandemie bedingten gewaltigen Herausforderungen für die Stadt und persönlichen Einschränkungen auf vielfältigsten Ebenen, macht deutlich, dass Veränderungen möglich sind und dass sich diese auch auf Nachhaltigkeitsaspekte positiv auswirken können. Mehr Radfahren oder Zufußgehen, digitale Konferenzen statt Dienstreisen oder die vermehrte Nutzung von Homeoffice beeinflussen unsere Umwelt. Die Luft wird sauberer, der Verkehrslärm geht zurück und die Lebensqualität in der Stadt steigt.

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf

Nachhaltigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung. Tropische Temperaturen, ausgeprägte Trockenzeiten, Unwetter und sterbende Bäume zeigen uns überdeutlich, dass wir keine Zeit mehr haben. Wir alle, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wie auch die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen, müssen handeln und gemeinsam ein nachhaltiges Frankfurt schaffen. In diesem Sinne laden wir Sie herzlich ein, sich mit uns auszutauschen. Auf unserer Website **www.frankfurt-greencity.de** veröffentlichen wir umfassende Informationen rund um den Frankfurt Green City-Prozess. Hier finden Sie auch Hinweise zu Veranstaltungen, bei denen Sie sich informieren und Themen einer nachhaltigen Stadt mit uns diskutieren können. Oder schreiben Sie uns. Gerne nehmen wir über **green.city@stadt-frankfurt.de** Ihre Anregungen zu diesem Bericht und zu Aspekten der Nachhaltigkeit entgegen.

[1] Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag u. a. (2018): SDG-Indikatoren für Kommunen.
[2] Bertelsmann Stiftung, SDG-Portal, www.sdg-portal.de; Bertelsmann Stiftung Wegweiser Kommune, www.wegweiser-kommune.de.

Bildnachweise

Titelseite, S. 4/5, S. 10/11, S. 23, S. 24, S. 29, S. 32, S. 41, S. 46, S. 50, S. 56, S. 63, S. 79, S. 81, S. 82 , S. 95, S. 98, S. 109, S. 111, S. 124, S. 132, S. 134, S. 138, S. 151, S. 156, S. 159, S. 160/161, S. 168, S. 175, S. 178, S. 182, S. 184/185 Stadt Frankfurt am Main, Umweltamt, Eckhard Krumpholz

S. 2 oben Christina Clasen

S. 2 unten Peter Jülich, peter-juelich.com

S. 3 oben Stadt Frankfurt am Main, Dezernat für Verkehr

S. 3 mittig Dieter Schwer, www.dieterschwer.com

S. 3 unten Stephan Scheibel

S. 19 Stadt Frankfurt am Main, Umweltamt, Stella Marraccini

S. 26, S. 126, S. 165, S. 170 Stefan Cop, stefancop.com

S. 34 Stadt Frankfurt am Main, Gesundheitsamt

S. 53, S. 105 Stefanie Kösling, stefaniekoesling.de

S. 69 Mainova AG

S. 92 Jean-Luc Valentin

S. 103 Andi Weiland, gesellschaftsbilder.de

S. 141 Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES)

S. 149 Stadt Frankfurt am Main, Umweltamt, Lara-Maria Mohr

S. 166/167, S. 181 Stadt Frankfurt am Main, Umweltamt, Frieder Leuthold

S. 172 Martin Dürr, www.flickr.com, CC BY 2.0

Impressum

Herausgeber
Stadt Frankfurt am Main
Der Magistrat

Entwickelt im Rahmen des Frankfurt Green City-Prozesses unter Beteiligung folgender Dezernate:
Dezernat IV: Planen und Wohnen
Dezernat VI: Verkehr
Dezernat IX: Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr
Dezernat X: Umwelt und Frauen
Dezernat XI: Integration und Bildung
www.frankfurt-greencity.de

Konzeption und Gesamtredaktion
Christa Michel (Projektleitung)
Sophie van Rijn, Jacqueline Monz (Redaktion)
Umweltamt
Abteilung Umweltkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
Galvanistraße 28
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-39100
E-Mail: green.city@stadt-frankfurt.de
www.umweltamt.stadt-frankfurt.de

Unter Mitwirkung folgender Stellen:
Stadt Frankfurt am Main: Amt für Bau und Immobilien; Amt für multikulturelle Angelegenheiten; Amt für Straßenbau und Erschließung; Amt für Wohnungswesen; Bürgeramt, Statistik und Wahlen; Büro der Stadtverordnetenversammlung; Dezernat III: Personal und Gesundheit; Dezernat V: Bau und Immobilien, Reformprojekte, Bürgerservice und IT; Dezernat VIII: Soziales, Senioren, Jugend und Recht; Energiereferat; Frauenreferat; Gesundheitsamt; Gleichberechtigungsbüro; Grünflächenamt; Jugend- und Sozialamt; Koordinierungsstelle Fair Trade; Ordnungsamt; Stabsstelle Inklusion; Stabsstelle Sauberes Frankfurt; Stadtentwässerung; Stadtkämmerei; Stadtplanungsamt; Stadtschulamt; Straßenverkehrsamt; Umweltamt

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH; Hessenwasser GmbH & Co. KG; Mainova AG; Polizeipräsidium Frankfurt am Main; Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main; traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH; Umweltlernen in Frankfurt e. V.; Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH

Gestaltung
11D – Kommunikation GmbH

Druck
Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG

Erscheinungsjahr
2020



www.frankfurt-greencity.de